

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

Öffentliche Sitzung vom 11. bis 14. Dezember 1978

3. Sitzungstag (13. Dezember 1978)

Stenographisches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

8. Ergänzung der Tagesordnung (S. 1)
Beratung des 6. Hauptstücks, Stadtplanung:
Redner: Die GRe. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz
(S. 1), Dr. Peter Mayr (S. 5 u. 32), Haubenburger
(S. 10), Brosch (S. 12), Dr. Krasser (S. 14), Schultz
(S. 15), Arthold (S. 18) und Rosenberger (S. 26)
sowie amtsf. StR. Dipl.-Ing. Dr. Wurzer (S. 33)
Beratung des 7. Hauptstücks, Bauten:
Redner: Die GRe. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz

(S. 37), Alram (S. 39), Dipl.-Vw. Karoline Pluskal
(S. 41), Hoffmann (S. 43) und Haberl (S. 45)
sowie amtsf. StR. Böck (S. 49)
Beratung des 8. Hauptstücks, Wohnen:
Redner: Die GRe. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz
(S. 51), Hahn (S. 54), Lustig (S. 59), Dkfm.
Dr. Ebert (S. 62 u. 70), Ing. Hofstetter (S. 67 u. 71)
und Dr. Peter Mayr (S. 70) sowie amtsf. StR.
Pfoch (S. 71)

Vorsitzende: Die GRe. Pöder, Lehner,
Ing. Hofstetter, Maria Szöllösi, Dkfm.
Dr. Ebert und Mayrhofer.

(Wiederaufnahme um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR. **Pöder**: Wir nehmen die Sitzung des Gemeinderates wieder auf.

Zur Tagesordnung mit ihren bisherigen Nachträgen für die öffentliche Sitzung sind zwei weitere Geschäftsstücke und drei Wahlen, für die nicht-öffentliche Sitzung, die noch heute stattfinden wird, ist ein Geschäftsstück hinzugekommen. Sie wurden auf die Tagesordnung gesetzt und sind unter den Postnummern 90 bis 94 auf dem IV. Nachtrag zur Tagesordnung für die öffentliche Sitzung bzw. unter der Postnummer 7 auf dem I. Nachtrag der Tagesordnung für die nichtöffentliche Sitzung enthalten.

Im Sinne des § 17 Abs. 4 der Geschäftsordnung stelle ich die Frage, ob dagegen ein Einwand erhoben wird. — Ein Einwand wird nicht erhoben. Es wird daher noch in dieser öffentlichen Sitzung, also morgen, bzw. in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung über sie entschieden werden.

Wir setzen die Beratung des Entwurfes des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1979 sowie des Gebührenprüfungsantrages und des Finanz- und Investitionsplanes 1979 bis 1983 fort.

Wir kommen zum 6. Hauptstück, Stadtplanung. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz. Ich erteile es ihm.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Pawkowicz**: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Her-

ren des Wiener Gemeinderates! Während noch im Sommer 1976 die Geschäftsgruppe die Auffassung vertreten hat, daß die Ausarbeitung eines Stadtentwicklungsplanes als Gesamtplan für das ganze Stadtgebiet nicht zielführend, nicht zweckmäßig und auch nicht realisierbar sei, und lediglich Stadtentwicklungspläne für Teilbereiche der Stadt als sinnvoll angesehen wurden, hat der Herr Bürgermeister nur wenige Monate später, Ende 1976, die Geschäftsgruppe Stadtplanung beauftragt, einen Stadtentwicklungsplan für ganz Wien auszuarbeiten.

Dieses Hin und Her innerhalb weniger Monate zeigt mir sehr deutlich, wie unklar damals, also Ende 1976, die Vorstellungen noch waren, wie unsere Stadt sich weiterentwickeln soll, wie es hier weitergehen soll. Ich glaube, daß hier auch eine Reihe von Fehlentwicklungen, die es in der weiteren Folge gab bzw. eine Reihe von durchaus problematischen Planungsvorgängen zu finden sind.

Die Freiheitliche Partei hat damals den Stadtentwicklungsplan für Wien sehr begrüßt, weil damit auch eine längst fällige Diskussion über wichtige grundsätzliche Fragen möglich wurde.

Wir erwarten uns allerdings heute, daß es nicht bei dieser Diskussion bleibt, sondern daß ein Maßnahmenkatalog, und wie ich meine ein ganz konkreter Maßnahmenkatalog, in den nächsten Monaten erstellt werden soll, nach dem dann auch tatsächlich vorgegangen werden kann, bzw. sollen die sehr konkret erarbeiteten Unterlagen, die es

dann gibt, auch in der eigentlichen Stadtplanung Berücksichtigung finden.

Ich darf da ein Beispiel anführen, meine Damen und Herren: Im Sachbereich Verkehr wurde unter anderem auch das Problem Lärm behandelt. In dem vorliegenden Bericht wird in ohne Zweifel sehr schönen graphischen Darstellungen das Problem des Lärms bei Tag und bei Nacht in den verschiedenen Zählbezirken, mit Prozenten belegt, ausgewiesen. Hier kann man also sehr deutlich ablesen, wann, wo und in welchem Ausmaß sich die Wiener Bevölkerung vom Lärm belästigt gefühlt hat.

Im wesentlichen liegt dieser Studie die fünf Jahre alte Umwelterhebung aus dem Jahre 1973 zugrunde, die hier ausgewertet wurde und die ohne Zweifel sehr gute Aufschlüsse über dieses Problem gibt.

In der mir vorliegenden generellen Verkehrskonzeption wird dann noch zweifelsfrei festgelegt, daß sich der Verkehrslärm aus verschiedenen Komponenten zusammensetzt, wie etwa Motorengeräusche, Karosseriegeräusche, Rollgeräusche usw., und daß die Stärke der Lärmemission von der Anzahl der Lärmquellen abhängt, von der Verkehrsgeschwindigkeit, vom Straßenbelag, von Reflexionen im Straßenraum usw.

Meine Damen und Herren! Das ist alles richtig, ich bezweifle das nicht. Das ist alles sehr schön, und da gibt es an sich gar nichts dazu zu sagen. Ich glaube auch, daß es richtig ist, daß man diesem Lärm mit Lärmschutzwällen, mit Betonmauern und mit anderen Lärmschutzeinrichtungen begegnen kann. Auch das steht ja zweifelsfrei fest.

Was ich in den Ausführungen allerdings vermisse und was als Planungsziel sowohl im Teilkapitel Verkehr als auch im Teilkapitel Wohnungswesen oder in irgendeinem anderen der Teilkonzepte fehlt, ist die Aussage, daß in Zukunft möglichst davon Abstand genommen wird, Siedlungen ausgerechnet dort zu errichten, wo das Verkehrsaufkommen bereits heute außerordentlich hoch ist bzw. wo in der nächsten Zeit ein außerordentlich hohes Verkehrsaufkommen zu erwarten sein wird.

Als konkretes Beispiel darf ich die Siedlung Am Schöpfwerk hernehmen, wo der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung — Sie erinnern sich noch alle — in Form des Lärmschutzwalles Sanierungsmaßnahmen oder, wie ich es bezeichnet habe, Reparaturmaßnahmen treffen mußte, weil bei der Planung dieser Siedlung damals — um jetzt den Herrn Präsidenten Czettel zu zitieren — die Belange des Umweltschutzes nicht beachtet oder, wie er sagte, völlig außer acht gelassen wurden und es nun einmal so ist, daß der Lärmschutzwall keine ausreichende Lösung der künftigen Umweltbelastung durch Lärm bieten kann. Das kann nur unterstrichen werden und ist sicher sehr richtig.

Wir Freiheitlichen haben in unserem Verkehrskonzept verlangt, daß den Belangen des Umweltschutzes bei allen Planungsvorhaben Rechnung zu tragen ist. Wir erwarten daher auch von der Stadtplanung, daß projektierte Vorhaben, auch wenn sie schon formell beschlossen wurden, überprüft und,

wenn sie sich nicht im Einklang mit den Zielsetzungen des Umweltschutzes befinden, abgeändert werden.

Die fehlenden Verkehrskonzepte der letzten Jahre — und ich erlaube mir hier schon anzumerken, daß eigentlich auch heute im wesentlichen nur eine Bestandsaufnahme vorliegt — haben dazu geführt, daß die Verkehrsverhältnisse in unserer Stadt so sind, wie sie die Wiener bewertet haben, nämlich schlecht. Sicher spielt dabei die rasante Entwicklung des Straßenverkehrs eine sehr maßgebliche Rolle. Immerhin stieg der Kfz-Bestand insgesamt von zirka 350.000 Fahrzeugen im Jahr 1966 auf 520.000 Fahrzeuge heute, und in den achtziger Jahren werden zirka 600.000 Fahrzeuge zugelassen sein.

Im Hinblick auf diese Entwicklungstendenz scheint es notwendig zu sein, eine gezielte Neuordnung der städtischen Infrastruktur anzustreben, um die erzwungene Mobilität herabzusetzen. Das heißt meines Erachtens, daß die neuen Wohn-, Schlaf- und Freizeitbereiche in zumutbarer Entfernung von den vorhandenen städtischen Arbeitsplätzen liegen sollten. Und das bedingt wiederum, daß als zukünftiger Schwerpunkt der Stadtentwicklungsplanung die Stadterneuerung gegeben sein muß. Aber ich glaube, darüber sind sich im wesentlichen alle drei hier vertretenen Parteien einig, denn damit kann das Verkehrsaufkommen des berufsbedingten Verkehrs sehr erheblich reduziert werden.

Da stehen wir dann vor folgendem Problem: Die Wohnbevölkerung in den betroffenen Gebieten, nämlich in den Gebieten, wo diese Stadterneuerung durchgeführt werden sollte, weist heute bereits einen sehr hohen Anteil alter Menschen auf, und diese Mitbürger sind, wie wir wissen, kaum motorisiert. Also müßten hier zumindest in den Abendstunden — so könnte man annehmen — genügend Parkplätze zur Verfügung sein. Das ist aber nicht der Fall, denn, wie Sie wissen, wenn man nach 20 Uhr in den betroffenen Bezirken, sei es im 7. oder im 8. Bezirk, auf Parkplatzsuche geht, findet man kaum einen Parkplatz. Es ist dann schier zum Verzweifeln.

Bei einer Stadterneuerung, wie wir sie anstreben, wird aber der Motorisierungsgrad der nachrückenden Bevölkerung weiter ansteigen, denn die Neuen, die hier nachsiedeln werden, haben ja mit Sicherheit alle ihren Pkw. Das heißt, daß es notwendig sein wird, im innerstädtischen Bereich genügend Parkflächen, genügend Parkgaragen zur Verfügung zu stellen, da sonst der Mangel an vorhandenen Abstellplätzen zwangsläufig wiederum dazu führt, daß die unerwünschte Abwanderung fortgesetzt wird bzw. daß es gar nicht zu einer Zuwanderung von neuer Bevölkerung in diese Stadtgebiete kommt.

Diese Garagenplätze sind aber, wie ich meine, nur dann sinnvoll, wenn die Wohnbevölkerung diese auch erwerben kann, das heißt, wenn sie erschwinglich sind. Wenn wir eine Wohnbevölkerung mit gemischter sozialer Struktur haben wollen, dann scheint es eben notwendig zu sein, sich in

verstärktem Maße dieses Problems anzunehmen bzw. Schritte zu setzen, die, wenn sie schon nicht das Parkproblem lösen, es doch immerhin erträglich machen.

Die Analyse, die uns im Teilbericht Verkehr des Stadtentwicklungskonzeptes vorgelegt wurde, wonach die Entwicklungstendenzen im Bereiche des ruhenden Verkehrs auf eine Fortsetzung der sehr nachteiligen Entwicklung seit dem Jahre 1964 bis jetzt hinweisen, scheint mir da einfach zu wenig zu sein.

Wir Freiheitlichen schlagen daher vor, daß Parkgaragen vor allem bei Neubauten, Umbauten oder in Sanierungsgebieten in innerstädtischen Gebieten großzügig gefördert werden sollen, und zwar in Form von Zinsenzuschüssen unter Verwendung der Mittel, die als Strafgehalte von Parksündern an die Stadt Wien abgeführt werden, und der Erträge der Parkmeterabgabe.

Außerdem sollte unserer Meinung nach bei Neubauten oder Flächenanierungen — das scheint mir nun der zweite konkrete Vorschlag zu diesem Problem zu sein — das Wiener Garagengesetz, das ja vorsieht, daß auf drei Wohnungen zwei Parkplätze oder zwei Stellplätze zur Verfügung stehen müssen, abgeändert werden, zumindest soweit, daß für jede Wohnung ein Abstellplatz oder noch besser für fünf Wohnungen sechs Stellplätze zur Verfügung gestellt werden. Damit kann dann auch der Besucherverkehr so eingebunden werden, daß der fließende Verkehr nicht weiter beeinträchtigt wird.

Diese Mehrleistung gegenüber dem jetzigen Zustand müßte aber dann natürlich gerade in den innerstädtischen Bezirken, und besonders in den innerstädtischen Bezirken, gefördert werden, da sonst das Wohnen dort unerschwinglich teuer zu werden droht.

Einen wichtigen Teil der Stadterneuerung stellen ohne Zweifel die verkehrsarmen Zonen in Wien dar. Richtig wird in der vorliegenden Untersuchung darauf verwiesen, daß sich wegen des starken Fußgängeraufkommens gerade historisch gewachsene Hauptverkehrs- und Hauptgeschäftsstraßen zur Errichtung verkehrsarmer Zonen eignen. Wir wissen ja, daß gerade diese Hauptgeschäftsstraßen und Hauptverkehrsadern in alten Städten besondere Zentren, besondere Ladenzentren waren.

Wien verfügt nun schon über eine ganze Reihe von Fußgängerzonen, und die Planung sieht in absehbarer Zukunft auch eine Erweiterung dieser Fußgängerzonen vor. Das ist, wie mir scheint, eine sehr erfreuliche Entwicklung, meine Damen und Herren, denn jeder Schnittpunkt der Fußgängerstraßen wird so zu einer Art Forum, das Besucher anlockt, sie dann zum Verweilen bewegt. Da gibt es dann Bänke, Blumen, mehr oder weniger schöne Brunnen, Schaukästen, Trottoircafés. Das alles schafft eine sehr gemütliche und freundliche Atmosphäre. Da kann man dann spazieren gehen. Da schaut man dann nicht so genau auf die Straße — und dann steigt man plötzlich, bitte sehr, in einen Hundsreck hinein. Und sehen Sie: Wenn man in diese Exkremente von Hunden hineintritt und nicht

gerade ein ausgesprochen fröhlicher Mensch ist, der nämlich glaubt, daß es Glück bedeutet, wenn man da hineinsteigt, ist der wunderbare Eindruck, den die Fußgängerzone vermittelt, zumindest getrübt.

Nun ist mir schon klar, meine Damen und Herren, daß sich Hundebesitzer von ihren Tieren sehr ungern trennen. Ich war schließlich selbst einmal ein Hundebesitzer. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, man nimmt sie einfach nicht mit und schaut, daß so etwas wie ein Hundesitter auf sie aufpaßt. Das ist aber sehr schwierig.

Jetzt kann man aber auch ein weiteres sagen: Die Wienerinnen und Wiener sind ohne Zweifel sehr tierliebend, das ist überhaupt keine Frage, aber alle ärgern sich über die teilweise wirklich unerträgliche Verschmutzung, wie sie manchmal in den Nachmittagsstunden in den Fußgängerzonen herrscht.

Hier sollte, so glaube ich, Abhilfe geschaffen werden. Das Problem ist, wie. Eine höhere Besteuerung in dem Bereich halte ich für nicht sehr zielführend, denn es ist sicher so, daß der Hund für viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger der einzige Freund ist, wie es so schön heißt, und eine solche Maßnahme vor allem die sozial Schwächeren treffen würde. Das ist also wahrscheinlich nicht sehr zielführend.

Der Vorschlag, den die Stadtverwaltung schon vor einiger Zeit gemacht hat — ich habe das der Zeitung entnommen —, nämlich sogenannte Hundeklos einzurichten, ist nicht zielführend, das kann man sicher sagen. Diese Viecherln haben nämlich das Problem, daß sie meistens dann nicht müssen, wenn man sie dorthin führt. Daher funktioniert das nicht.

Jetzt gibt es dann noch Vorschläge, daß man immer so ein Schauerl in der Aktentasche oder in der Handtasche mitträgt. Das scheint mir aber ziemlich unhygienisch zu sein.

Was aber meines Erachtens möglich ist und was man vielleicht auch tun sollte, wäre: Ich kann mir vorstellen, daß man bei den Abfallbehältern, die dort überall angebracht sind, Automaten hinhängt, wo man beim Einwurf von 1 Schilling ein Pappendeckelschauferl herausbekommt. Es muß relativ preisgünstig sein, aber es soll nicht umsonst sein, sonst funktioniert das nicht. Das heißt, man wirft 1 Schilling ein, bekommt ein Pappendeckelschauferl und putzt das eben weg. (GR. Edlinger: Das ist dann ein städtisches Unternehmen! Das gehört in eine andere Geschäftsgruppe!) Es hängen in Wien, wie man weiß, auch andere Automaten für diverse hygienische Artikel, und die sind meistens in Betrieb. Das heißt, daß es sicherlich funktioniert. Damit kann ohne Zweifel gerade in diesem Punkt, wie ich meine, Abhilfe geschaffen werden. Wer das trotzdem nicht verwendet, der muß dann eine hinreichend große Strafe zahlen. Das ist das erzieherische Moment, das auch zur Erhaltung und Stärkung des Umweltschutzbewußtseins beitragen kann.

Nach diesem zugegebenermaßen Detailproblem darf ich Ihr Augenmerk wieder auf einen Punkt der Stadtplanung lenken, durch den in den letzten

Jahren das Budget der Gemeinde außerordentlich stark belastet wurde, und zwar auf die Planung der Trassen für den öffentlichen Verkehr.

Die Bundeshauptstadt besitzt, wie wir wissen, noch aus der Zeit der Monarchie ein ausbaufähiges Eisenbahnnetz, das seine ursprünglichen Aufgaben, Güter und Personen im ganzen Stadtgebiet zu verteilen und auch nach Wien zu bringen, eigentlich nicht verloren hat. Die ihrer Funktion beraubten Strecken gehen nun weitgehend ihrer Stilllegung entgegen. Die Chance, diese Strecken zu adaptieren, wurde bis jetzt nur sehr bescheiden genutzt.

Ein noch heute betriebenes Verkehrsmittel aus der Gründerzeit ist die Wiener elektrische Stadtbahn, deren Ausstattung, wie wir wissen, ständig zu Verspätungen führt, und immer häufiger kommt es auch zu Unfällen. Es wurden allerdings, das sei hier auch festgestellt, schon Sanierungsmaßnahmen eingeleitet, wenn auch verspätet.

Am meisten wird von den Wienerinnen und Wienern die Schnellbahn gelobt. Wie aus Erhebungsunterlagen hervorgeht, hat sie sich voll bewährt. Sie wird aber, und das bedaure ich, nur sehr schleppend weiter ausgebaut, obwohl bekanntlich ausbaufähige Eisenbahnstrecken vorhanden sind.

Im September 1974 errichteten der Bund und die Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland die Verkehrsverbundorganisationsgesellschaft, die den Zweck hat, Vorarbeiten für einen zu gründenden Verkehrsverbund durchzuführen. Diese Gesellschaft mit dem so langen und komplizierten Namen war aber, wie mir scheint, nicht sehr effektiv, denn als konkretes Zukunftsprogramm wird in der generellen Verkehrskonzeption nur ausgewiesen, daß die Schnellbahn im Jahre 1982 in 15 Minuten die Strecke Meidling—Liesing befahren soll und daß eine Intervallverbesserung nach Leopoldsdorf und der S-Bahn-Betrieb nach Mistelbach für 1983 geplant wird. Aber schon der Zeitpunkt, wann ein genereller, geregelter S-Bahn-Verkehr von Wien zum Flughafen Schwechat eingeführt wird, ist offengelassen. Der Herr Stadtrat Mayr hat uns schon am ersten Tag der Budgetdebatte erklärt, daß es Schwierigkeiten mit dem angrenzenden Bundesland Niederösterreich gibt, das nicht bereit ist, finanziell etwas beizutragen. Das mag schon richtig sein. Aber für mich bleibt das Problem bestehen, daß eine Großstadt, eine Weltstadt wie Wien bis jetzt noch keine geregelte Schnellbahnverbindung zu ihrem Flughafen zustandegebracht hat. Das ist doch bedauerlich, wie mir scheint.

Völlig offen bleibt im Planungskonzept, was mit der Vorortelinie geschehen soll. Um es genauer zu sagen: Die Vorortelinie kommt in dem vorliegenden Konzept, in der generellen Verkehrskonzeption gar nicht vor. Dabei besteht aber gerade dort die Chance, die vorhandenen Gleiskörper so auszubauen bzw. die vorhandenen Anlagen so zu adaptieren, daß ein schnellbahnmäßiger Betrieb durchzuführen ist. Der zur Zeit eingesetzte Autobusverkehr scheint mir dafür nicht der richtige Ersatz zu sein.

Der Herr Stadtrat Professor Wurzer hat in seinen Vorlesungen — ich habe diese Vorlesungen im

großen und ganzen immer eifrig besucht — immer wieder festgestellt, daß Eisenbahnlinien, natürlich auch Schnellbahnlinien, für eine Stadtentwicklung infrastrukturelle Tendenzen haben, das heißt Infrastrukturen nach sich ziehen. Daher wundert es mich, daß das nicht im Konzept ist. Ich glaube nämlich, daß sich in dem Augenblick, wo die Vorortelinie in Betrieb geht und dort ein attraktiver Schnellbahnverkehr stattfindet, eine Neuorientierung des Verkehrsgeschehens, also des berufsbedingten Verkehrs abwickeln könnte. Das heißt, daß sich das zur Zeit in Wien hauptsächlich radial abwickelnde Verkehrsaufkommen dann in verstärktem Maße tangential entwickeln könnte.

Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Gerade das gibt der Stadtentwicklung eine neue Tendenz, neue Impulse, weil sich der Hauptverkehr dann von dem abwenden kann, was bis jetzt immer passiert, nämlich daß er in die Stadt hinein muß, und sich um die Stadt günstiger verteilen kann. So wie es seinerzeit die Schnellbahn ermöglicht hat, daß Meidlinger nach Floridsdorf fahren können und auch umgekehrt, so ermöglicht dann die Schnellbahn eine ähnliche Mobilität. Die Freiheitliche Partei, die eine Inbetriebnahme der Vorortelinie seit Jahren fordert, hat einen Vorschlag für ein S-Bahn-System vorgelegt, der vielleicht nicht ganz vollständig ist, aber immerhin mit Grundlage für ein ähnliches Konzept der Stadtplanung sein könnte.

Nun noch einen Blick zum finanziellen Teil dieser Angelegenheit. Berechnungen, die die Bundesbahn intern angestellt hat, haben ergeben, daß der Kostenaufwand für die Adaptierung und die Inbetriebnahme dieser Vorortelinie nicht höher als zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Schilling — das kommt auf den Ausbaugrad an — liegen wird. Das ist etwa die gleiche Summe, die ein Kilometer U-Bahn in der Stadt kostet.

Wie ich den verschiedenen Presseberichten vom 16. November dieses Jahres entnehmen kann, hat Herr Stadtrat Mayr nunmehr zugesagt, die Vorortelinie zwischen Heiligenstadt und Penzing zum Gegenstand von Verhandlungen mit dem Bund zu machen. Das freut uns natürlich, denn somit ist doch ein Umdenken eingetreten, obwohl, wie gesagt, in der generellen Verkehrskonzeption noch nichts steht. Wir hoffen aber, daß das in absehbarer Zeit aufgenommen wird.

Wie den Presseberichten weiter zu entnehmen ist, wird man im Jahre 1981/82 auch mit dem Bau der U 3 beginnen. Darf ich ganz kurz etwas zum Problem der U 3 sagen. In Anbetracht der Budgetsituation der Gemeinde Wien scheint es uns zweckmäßiger zu sein, vorläufig auf diese U 3 zu verzichten und statt dessen die U 1, die U 2, die U 4 und die U 6 sowie die Vorortelinie voll auszubauen. Vor allem könnten mit der Verlängerung der U 1 der neue Durchmesser erweitert und die dort getätigten Investitionen sehr sinnvoll ausgenutzt werden. Hier soll in erster Linie eine Weiterführung der U 1 durch den Laaerberg vorgesehen werden, und auch auf der anderen Seite der U 1, wo jetzt der Endpunkt in Kagran vorgesehen ist. Es erschien mir

zweckmäßig, die U 1 so zu verlängern, daß eine Verknüpfung mit der S-Bahn in Leopoldau möglich wird. Damit könnte für die U 1 das erreicht werden, was Herr Stadtrat Mayr für die U 3 und die Vorortelinie vorgesehen hat, nämlich die Verknüpfung der beiden Verkehrsträger S-Bahn und U-Bahn.

Es erscheint uns nun selbstverständlich, daß an solchen Verknüpfungspunkten und an anderen wichtigen Verkehrsknoten — die es zum Teil schon gibt — entsprechende Vorkehrungen getroffen werden müssen, um die Parkmöglichkeiten sicherzustellen. Überhaupt wird das Park-and-ride-System im verstärkten Maße vorzusehen sein, wobei die dazu benötigten Flächen schon jetzt geplant, gekauft und zur Verfügung gestellt werden müssen. Sonst entwickelt sich ein wildes Park-and-ride-System — das sieht man an einzelnen Stellen der Schnellbahn heute schon —, und das ist ein teilweise sehr unerfreulicher Zustand.

Wenn der Bau der U 3 aber, wie wir uns das vorstellen, in weitere Ferne rückt, wenn andere Sachen vorgezogen werden, dann erscheint es uns notwendig, daß den Beschleunigungsmaßnahmen für einzelne Straßenbahnlinien erhöhtes Augenmerk geschenkt wird. Untersuchungen haben nämlich ergeben, daß bei einzelnen Fahrten durch die Stadt die Reisegeschwindigkeit unserer Straßenbahn, zum Beispiel in der Mariahilfer Straße, manchmal unter die der Fußgängergeschwindigkeit absinkt. Dazu kann allgemein festgestellt werden, daß die Geschwindigkeit der Straßenbahn in Wien bedeutend unter der Geschwindigkeit von Straßenbahnen in anderen Städten des Westens, zum Beispiel in München, liegt.

Wenn wir also Prioritäten setzen wollen, dann erscheint es uns wichtiger zu sein, die vorhandenen Straßenbahnlinien auszubauen und zu beschleunigen. Der 52er, der 58er, der 5er und der D-Wagen sollten zunächst einmal beschleunigt werden. Zweitens müssen die U 1 verlängert, die U 2 und U 4 fertiggestellt und die U 6 — wo heute bereits, wie Erhebungen der Gemeinde zeigen, ein hohes Verkehrsaufkommen zu erwarten ist — geplant und gebaut werden. Drittens müßte Hand in Hand damit die Vorortelinie in Betrieb genommen werden.

Das alles erscheint uns Freiheitlichen notwendiger, billiger und zweckmäßiger als der überaus teure Bau der U 3.

Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich habe versucht, einige der uns wichtig erscheinenden Schwerpunkte für die künftige Entwicklung unserer Stadt zu skizzieren. An Ihnen, vor allem an der Mehrheit dieses Hauses, wird es liegen, ob Sie unsere Überlegungen zumindest teilweise aufgreifen und ob unsere Vorschläge im Sinne einer modernen und zukunftsweisenden Stadtplanung berücksichtigt werden.

Vorsitzender GR. **Pöder**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dr. Peter Mayr. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. Peter **Mayr**: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich darf vorweg sagen: Meine Fraktion erblickt im Hundeklo kein vorrangiges Pro-

blem der Stadterneuerung. Wir glauben, daß es im Rahmen der Stadtplanung viel wichtigere Probleme gibt.

Auf den ersten Blick war ich bei der Vorlage des Budgets versucht, den Stehsatz der letzten Jahre zu verwenden: Es sind dieselben Ansätze, und im wesentlichen liegt das Problem der Stadtplanung beim Hirnschmalz, das zu verwenden und einzusetzen ist. Nun zeigt sich aber, daß diesmal im Budget eine Änderung bei der Position 611.30, Sondererfordernisse, eingetreten ist, und zwar ist der Betrag von 30 Millionen auf 40 Millionen Schilling erhöht worden. Die Aufschlüsselung dieser 40 Millionen Schilling ergibt, daß die Magistratsabteilung 19 erstmals einen eigenen Budgetansatz hat.

Ich kann das namens meiner Fraktion begrüßen, und zwar aus folgenden Überlegungen: Die Magistratsabteilung 19 hat früher alle ihre Projekte und alle ihre Planungen im Rahmen des Budgets der Magistratsabteilung 28 auszutragen gehabt. Die Folge war, daß erst dann, wenn die Straßenverwaltung ein Projekt angegangen ist, im letzten Moment die Magistratsabteilung 19 eingeschaltet worden ist, weil erst dann das Geld vorhanden war. Wir waren daher bei der Gestaltung der Straßenräume und bei anderen stadtgestalterischen Problemen, die in die Kompetenz der Magistratsabteilung 19 fallen, immer abhängig davon, ob die Magistratsabteilung 28 ein Straßenbauvorhaben vor hat oder nicht. Das heißt, wir waren immer unter Zeitdruck, und wir konnten die Dinge nie richtig überlegen. Dieser eigene Betrag von 10 Millionen Schilling reicht, glaube ich, aus, daß sich die Magistratsabteilung 19, losgelöst von konkreten Straßenbauvorhaben, mit stadtgestalterischen Fragen befassen kann, und zwar ohne Zeitdruck und ohne den bevorstehenden Einsatz eines Baggers. Wir werden sehen, ob dieses Versprechen im nächsten Jahr in Erfüllung gehen wird.

Der größte Teil des verbleibenden Betrages unter „Sondererfordernisse“ gilt den Arbeiten am Stadtentwicklungsplan. Ich halte es daher für erforderlich, hier einige kurze Anmerkungen zum Stadtentwicklungsplan, zu den laufenden Arbeiten zu machen. Die Grundsatzdiskussion wird ja im nächsten Jahr stattfinden.

Von den 14 Teilen des Stadtentwicklungsplanes sind bisher sieben Teile im Planungsausschuß diskutiert, zur Diskussion freigegeben und gedruckt versendet worden.

Die bisherigen Arbeiten sind sehr umfangreiche und nach unseren Vorstellungen hervorragend zusammengefaßte Bestandsaufnahmen unserer Stadt.

Meine Damen und Herren! Diese Bestandsaufnahmen zeigen auch Entwicklungen, die von meiner Fraktion wiederholt aufgezeigt, aber leider immer wieder als bloße Miesmacherei abgetan wurden. Nunmehr finden sich diese Bestandsaufnahmen mit drastischen Ziffern und konkreten Aussagen in den Arbeiten der Stadtplanung.

Ich möchte nur einige Aspekte aus den bisherigen Teilen des Stadtentwicklungsplanes aufzeigen. So zeigt das Kapitel „Über örtliche Raumplanung“

die gefährlichen Umfahrungstendenzen Wiens im Rahmen des europäischen Straßen- und Eisenbahnnetzes. Das heißt, Wien, das ohnehin in der westlichen Welt am Rande liegt, gerät durch diese Umfahrungsstrecken noch mehr in eine gefährliche Randlage. Der Ruf, der daraus resultieren sollte, müßte nach einem beschleunigten Ausbau der Südbahn gehen. Diesen Ruf, unmißverständlich vorgebracht, habe ich vom Herrn Bürgermeister bisher vermißt.

Das Kapitel Bevölkerung zeigt die auch finanziell schwerwiegende Wanderungsbewegung in Wien. Die Wiener verlassen gewissermaßen geordnet ihre Stadt, sie ziehen in das niederösterreichische Umland. In Wien selbst haben wir eine Randwanderung in die Bezirke entlang des Wienerwaldes. Die Folgen dieser beiden Wanderungsbewegungen finden Sie im Kapitel Wohnen. Dort steht es ganz deutlich, daß bestimmte Teile unserer Stadt, ungefähr beiderseits des Gürtels und bis hinein zur Lastenstraße, von der Verslumung bedroht sind. Der Kreislauf dieses Prozesses ist dargestellt: Abwanderung der leistungsfähigen Bevölkerung; zurück bleiben die Älteren, die sozial Schwächeren. Damit geht die Wirtschaftskraft in diesen Teilen verloren, Arbeitsplätze gehen verloren, die Betriebe siedeln ab, und damit ist ein Kreislauf in Gang gesetzt, der in einer Reihe von Städten tatsächlich dieses Verslumungsproblem verursacht hat.

Vor Jahren habe ich hier im Gemeinderat einmal erklärt, daß diese Bezirke von dieser Entwicklung bedroht sind, und ich erntete damals von einem sozialistischen Gemeinderat, der nunmehr als Bezirksvorsteher tätig ist, den Zwischenruf: Das glauben Sie doch selber nicht! Ich habe es damals geglaubt. Wenn er es damals nicht geglaubt hat, so kann er es heute im Kapitel Wohnen nachlesen. Die Problematik wird ohne Zweifel im Kapitel Stadterneuerung, das demnächst zur Diskussion stehen wird, noch schärfer dargestellt werden.

Alle bisherigen Kapitel enthalten Bestandsaufnahmen und am Ende Zielvorstellungen über die Zukunft dieser Stadt. Eine Reihe dieser Ziele werden von uns vollinhaltlich geteilt, weil sie den Vorstellungen, die wir hier wiederholt entwickelt haben, entsprechen. Bei aller Kritik, die im Rahmen einer Budgetdebatte von der Opposition vorgebracht wird, ist es aber auch durchaus möglich, daß man dort, wo man erkennt, daß Gutes gemacht wird, das auch sagt, und das gilt nach meiner Meinung für die bisherigen Bestandsaufnahmen.

Das Hauptproblem, das sich im nächsten Frühjahr stellen wird, ist die politische Umsetzbarkeit der Ziele, wenn sie koordiniert und für richtig erkannt worden sind. Ob es — das sage ich ganz offen, ohne irgendwelche Beschönigungen — dem Herrn StR. Wurzer gelingen wird, innerhalb der Mehrheit eine Vergatterung auf diese Ziele und übereinstimmende Vorstellungen zu bekommen, wage ich zu bezweifeln. Ich möchte das an einem einzigen Beispiel erläutern, das sich heute im Stadtsenat ereignet und bei dem sich das Auseinandergehen der einzelnen Geschäftsgruppen schon dargestellt hat.

Das Kapitel Wohnen ist im Stadtplanungsausschuß in Anwesenheit des Stadtrates Pfoch als kompetenter Stadtrat diskutiert worden, und er hat dort selbst gesagt, daß monatelang an diesem Papier gearbeitet worden ist, und man sehe darin den Vorrang für die Stadterneuerung und eine entsprechende Erweiterung entlang der Entwicklungsachsen, soweit es der Raumbedarf erfordert.

Was geschah nun heute im Stadtsenat? Wir kaufen einen Acker in Breitenlee, am Rande der Stadt, ländliches Gebiet, um einen Quadratmeterpreis von 108 Schilling. Mitgeboten hat dort ein Landwirt. In dem Papier, das Herr StR. Wurzer über die Landwirtschaft in Wien herausgegeben hat, steht als eine der Zielvorstellungen, daß die geordneten ländlichen Räume, die noch bestehen — Breitenlee ist dort namentlich genannt —, erhalten werden sollen, der dörfliche Charakter und der Zusammenhang der landwirtschaftlichen Gründe. Ein landwirtschaftlicher Grund in diesem Bereich kostet zwischen 40 und 60 Schilling pro Quadratmeter; Sie können sich erkundigen. Wenn die Stadt Wien jetzt 108 Schilling zahlt, dann steht im Raum die Umwidmung als Baugrund. Das ist im Stadtsenat nicht gesagt worden, es ist darüber nur diskutiert worden. Da müßte aber der Stadtrat für Stadtplanung sagen: Das kommt an dieser Stelle nicht in Frage! — Dieses kleine Beispiel zeigt schon, daß man über 200 Seiten Papier diskutieren und dann hinausgehen und unbeleckt das Gegenteil tun kann. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Aus der Vielzahl der Probleme, die uns in den nächsten Jahren ins Haus stehen, ist eines der gravierendsten die Stadterneuerung. Es ist kein spektakuläres Problem in dem Sinn, daß man es mit Eröffnungen usw. umjubeln kann, sondern es ist eine Daueraufgabe, die wir in den nächsten Jahrzehnten zu erfüllen haben.

Vor kurzem hat im Renner-Institut, einer sozialistischen Bildungseinrichtung wie die politische Akademie der ÖVP, ein interessantes Seminar über die Probleme der Stadterneuerung stattgefunden, und die Ergebnisse dieses Seminars finden Sie teilweise in der „Arbeiter-Zeitung“. Was waren die Schlagworte der Referenten dort: Mehr finanzielle Mittel für die Stadterneuerung, eine Änderung der Organisationsstruktur des Magistrats. Erinnern Sie sich an den Artikel, den ich hier einmal zitiert habe, „Der Fisch stinkt am Kopf“, in dem sehr heftige Kritik nicht an Personen, sondern an der Organisationsform im Magistrat geübt wurde. (GR. Hahn: Der Betreffende sitzt jetzt selbst im SPÖ-Kopf!) Richtig, er sitzt an der richtigen Stelle, wo er mitarbeiten kann.

Weiter werden gefordert: Begleitende soziale Betreuung der betroffenen Bevölkerung, Härteausgleich in § 7-Fällen, Hilfe für besonders gefährdete Betriebe, Werkstättenhöfe, Ersatzwohnungen im Bezirk. — Das sind die Ansatzpunkte, die dort diskutiert worden sind und die von meiner Fraktion und von mir hier seit dem Inkrafttreten des Stadterneuerungsgesetzes immer wieder als notwendige Ergänzungsmaßnahmen zur Stadterneuerung verlangt worden sind.

Wenn dieses Seminar zur Bewußtseinsbildung der anwesenden sozialistischen Mandatäre gedient hat, kann ich das nur begrüßen. Ich hoffe aber, daß wir nach Vorliegen des Bandes „Stadterneuerung“, der ja mehrere hundert Seiten umfassen wird, Zeit haben, dieses Problem offiziell im Rathaus, allenfalls im Rahmen eines Seminars, zu diskutieren.

Wenn man auf diese gefährdeten Stadtteile zwischen Gürtel und Lastenstraße blickt, dann sieht man, daß im wesentlichen vier Gründe für die Abwanderung entscheidend sind. Das eine ist die schlechte Wohnungsausstattung, das zweite ist die Umweltbelastung, vor allem durch Lärm, das dritte ist der fehlende Stellplatz, und das vierte ist das fehlende Grün. Wenn man das Problem in den Griff bekommen will, muß man für alle vier Punkte Lösungen anbieten, sonst geht es daneben. (GR. Gawlik: Das fünfte ist der Drang der Privaten, Bürohäuser zu bauen!) Das kann man durch Planungsmaßnahmen verhindern, Kollege Gawlik, lesen Sie in der Bauordnung nach! (GR. Gawlik: Ich bin nicht dagegen, ich sage es nur!) Die Planungsinstrumente haben wir, Kollege Gawlik, wir brauchen sie nur anzuwenden: Bauordnung, besondere Bebauungsbestimmungen. Darf ich nur darauf hinweisen. — Die Diskussion trägt ja immer zur Bildung bei. (GR. Gawlik: Ihnen kann ich das schon konzederen, aber nicht jedem!)

Den ersten Punkt, die schlechte Wohnungsausstattung, haben wir mit der Wohnungsverbesserung in den Griff zu bekommen versucht. Es zeigt sich aber die Entwicklung, daß gerade die sozial Schwachen, denen man mit dieser Aktion bei der Wohnungsverbesserung helfen wollte, sie nicht in dem Maß in Anspruch nehmen wie Personen, die ohnehin ganz gut ausgestattete Wohnungen haben. Das liegt daran, daß die Einkommensverhältnisse dieser Menschen oft wirklich am Existenzminimum sind und sie selbst die Rückzahlungsraten nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz nicht tragen können. Aber noch mehr liegt es daran, daß man ihnen bei der Abwicklung eines Wohnungsverbesserungsfalles an die Hand gehen muß. Magistratsintern, mit dem ganzen Zeitablauf, der da notwendig ist, funktioniert es, man muß ihnen aber schon bei der Einreichung helfen und sagen, was sie machen können. Das ist fast die Aufgabe eines Sozialarbeiters.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes und insbesondere des Lärmschutzes wird uns noch einiges einfallen müssen. Ich darf darauf verweisen, daß es zum Beispiel europäische Städte gibt, die für bestimmte Straßenzüge Förderungsaktionen beim Umbau der Fenster haben, weil bekanntlich das Fenster der neuralgische Punkt beim Lärm ist.

Dann schließlich das fehlende Grün und der fehlende Stellplatz. Hier, bin ich der Meinung, bedarf es grundlegender Änderungen in unserer Planungs- und Wohnbaupolitik. Wir können auf die Dauer nicht jedes Abbruchhaus in Wien wieder durch ein neues Haus, möglichst noch höher, ersetzen. Wir müssen schauen, ob wir nicht bei Bauplätzen eine kleine Grünfläche schaffen können, ob dort nicht anhand von Konzepten nach gewis-

sen Normen Garagenstellplätze geschaffen werden können.

Wir müssen das auch für unsere eigenen Grundstücke überprüfen, denn wenn Sie sich das Wohnbauprogramm anschauen: Wir haben in den alten Gebieten sehr viele Gründe, und wir reißen dort ebenfalls kritiklos die Häuser ab, um neue hinzubauen.

Ich darf Ihnen an einem Beispiel zeigen, wo das danebengegangen ist: beim Stadterneuerungsgebiet Ottakring. Dort haben die Erhebungen eindeutig ergeben, daß ein Abwanderungsmotiv darin besteht, daß der Stellplatz nicht vorhanden ist. Die Planer waren sich klar, daß dort eine Lösung des Stellplatzproblems notwendig ist, wenn man mit dieser Stadterneuerung Erfolg haben will. Was ist aber — nicht aus sachlichen Erwägungen, sondern aus politischen Erwägungen — geschehen? Mat hat eine Hochgarage ausdrücklich auf einen Bauplatz gestellt, auf dem ein tadelloses Privatwohnhaus mit tadellos ausgestatteten Wohnungen bestanden hat, und man hat ein freies Grundstück, das im Eigentum der Gemeinde steht, für eine Wohnbauwidmung vorgesehen. Was ist jetzt tatsächlich geschehen? Auf Grund des Widerstandes der betroffenen Bevölkerung ist die Parkhauswidmung herausgefallen, und zwar zurecht, weil diese Garage nie gekommen wäre. Man hat aber gleichzeitig auf dem einzigen vorhandenen freien Bauplatz in diesem Grotzl einen Gemeindebau geplant und wird ihn hinstellen. Das ist keine Lösung! (GR. Oblasser: Das stimmt doch nicht!) Schauen Sie sich das an; Sie sind neu, da werden Sie die Entwicklung noch nicht so richtig verfolgt haben! (GR. Gawlik: Er ist ein Ottakringer!) In der Eisnergasse kommt auf den Bauplatz ein Gemeindebau hin. Erkundigen Sie sich bei StR. Pfoch. (GR. Oblasser: Aber in der Lärmzone war die Garage geplant!) Und von ihr fährt man auf die Kreuzung Thaliastraße—Wattgasse hinaus. Ich meine, wenn Sie auf einem Plan eine Garage hinzeichnen und dort steht ein Haus, in dem die Leute in besten Wohnungen leben, und Sie glauben, Sie kommen zu einer Lösung des Problems, dann sind Sie ein Optimist. Ich bin es nicht, und wir werden gemeinsam daraufkommen, daß das Problem dort ungelöst geblieben ist. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Oblasser: Dann schauen Sie sich den Plan einmal an!)

Nachdem ich annehme, daß Sie meinen Bemerkungen nicht immer den Glauben schenken, der geboten wäre, darf ich Sie darauf hinweisen, daß es auch in Ihren eigenen Reihen Männer gibt, die so etwas schreiben und zu Recht schreiben und die qualifiziert sind, das zu schreiben.

Es gibt eine Zeitung des Österreichischen Instituts für Raumforschung — unser Stadtplaner ist da Mitherausgeber —, und in der ist vor kurzem ein Artikel mit dem Titel „Anstatt eines Plädoyers für Stadterneuerung“ gestanden, übrigens von demselben Autor, der die Sache geschrieben hat mit dem Fisch, der beim Kopf stinkt. Sie können das dort nachlesen, dort ist nämlich genau das drinnen, was ich jetzt gesagt habe.

Nun ein Wort zum Verkehr. Der Herr Bürgermeister hat seiner Fraktion eine Denk- und Diskussionsphase bis in den Februar verordnet. Nur boshafte Kritiker können meinen, daß bis dahin die Wahlniederlage vergessen ist und Sie sich alle an den gewohnten Gang hier gewöhnt haben, so daß sich gewissermaßen eine Reform erübrigen kann, weil ja ohnehin alles bestens ist. Aber, wie gesagt, das können nur boshafte Kritiker meinen. (GR. Gawlik: Da kennen Sie uns schlecht! Da kennen Sie den Gawlik schlecht!) Aber Sie werden immer niedergestimmt, Sie werden in Ihrer Fraktion immer niedergestimmt! (Heiterkeit. — GR. Gawlik: Geh, geh! — GR. Hahn: Der Gawlik wird der neue Stadtplaner!)

Auf einem Gebiet allerdings — und wenn ich die gestrige Pressekonferenz des Herrn Bürgermeisters richtig verstanden habe, hat er das Problem auch schon erkannt —, auf dem Gebiet des Verkehrs, muß etwas geschehen, und zwar organisatorisch und im Maßnahmenkatalog. Es muß ganz einfach die Phase Planung, Finanzierung und Realisierung zusammengeschieben und effektiver gemacht werden. Das heißt, daß die Verkehrsplanung wie bisher sicherlich bei der Stadtplanung zu bleiben hat, weil Verkehrsplanung ja ein integrierender Teil der Stadtplanung ist. Daß die Finanzgruppe für die Finanzierung zu sorgen hat, ist auf jeden Fall sicher, hier wird man nichts ändern können. Aber das Entscheidende ist, daß man organisatorische Änderungen bei der Durchführung der Verkehrsmaßnahmen setzt, und das reicht von der Inanspruchnahme von Grund und Boden über Straßen- und Brückenbauten bis zur Verkehrsorganisation. Das muß in einer Hand sein. Darüber hinaus muß es noch ein entsprechendes Weisungsrecht an die anderen Einbautenstellen, wie Kanal, Wasser usw., geben. Das heißt, es muß ein Zusammenspiel eintreten, um tatsächlich die Maßnahmen zeitmäßig rasch durchzuführen.

Zurzeit ist es doch so, daß die einzelnen Magistratsabteilungen ihre Aufgabe brav erfüllen, aber ihr Problem nur isoliert betrachten. Das heißt, die Magistratsabteilung, die Grund für einen Straßenbau in Anspruch nehmen will, arbeitet brav und redlich dahin, aber es ist ihr ganz Wurst, wann die Straße kommt und wann der Bagger zu arbeiten anfängt, Hauptsache, die Ablösesumme, die notwendig ist auf Grund der Schätzgutachten, stimmt.

Nun zeigt sich aber, daß auf diese Weise oft ein, zwei, drei Jahre verhandelt wird, und der geringe Vorteil, den man durch die Einhaltung eines Schätzpreises erreicht, ist durch die steigenden Baukosten des Straßenbauvorhabens weit überholt. Das heißt, hätte man ein wenig großzügiger entschädigt, hätte man viel früher zu bauen beginnen können.

An Hand konkreter Beispiele bin ich gerne bereit, Ihnen das zu zeigen. Verfolgen Sie das Entscheidungsverfahren entlang der Schwarzlackenau im Zusammenhang mit der A 22 gegen das Chorherrenstift. Da können Sie das genau verfolgen. (GR. Edlinger: Aber da gibt es schon einen anderen Weg auch: Ein bißchen bessere gesetzliche Möglichkeiten!) Ja, das stimmt schon. Ich kann Ihnen einige

Beispiele sagen. (GR. Edlinger: Wie beim Eisenbahngesetz!) Das funktioniert. Man muß es nur schnell anwenden. (GR. Edlinger: Ja, genau!)

Kollege Edlinger, Sie sollten einmal vergleichen: Die niederösterreichische Straßenbauabteilung und die Wiener arbeiten mit den gleichen Rechtsinstrumenten. Sie sollten einmal sehen, wie das in Niederösterreich klappt und wie lang das in Wien dauert. (GR. Edlinger: Das glaube ich! Das ist ja ein Unterschied! — GR. Haberl: In Baden!) In Baden ist es jedenfalls schneller gegangen. Das in Baden kenne ich ganz genau. Das hat nur ein Jahr gedauert. (GR. Haberl: Immerhin!) Bei uns dauert es fünf Jahre! (Beifall bei der ÖVP. — GR. Edlinger: Einen Meter Acker gibt man leichter her als ein Haus!) Dort ist kein Haus. Wenn Sie an den Wirt denken bei der A 22, der liest schon seit fünf Jahren in der Zeitung, daß über sein Grundstück eine Autobahn führen wird. Und erst voriges Jahr im Herbst ist einmal einer von der Magistratsabteilung 28 gekommen und hat gesagt: Sie, da wird eine Autobahn gebaut werden! — Sagt er: Das habe ich vor fünf Jahren schon gelesen! Wann kommt denn das? — Sagt der von der Magistratsabteilung 28: Na ja, jetzt wird es ernst! — Daraufhin haben wir uns erkundigt. Es dauert noch. Ein generelles Projekt ist eingereicht.

Dann hat der Wirt gesagt: Sie, in der Schwarzlackenau ist ein Grundstück frei. Ich lebe dort von den Kleingärtnern. Dort könnte ich, wenn ich das Grundstück bekomme, mein Häusl wieder hinbauen, und eine Wohnung brauche ich auch.

Ui, das war ganz schrecklich. Also, eine Gemeindewohnung kann er nicht bekommen, weil das ein Bundesstraßenprojekt ist und der Bund keine Gemeindewohnungen hat. Die Gemeinde sagt: Eine Gemeindewohnung gebe ich nicht her, denn das muß der Bund zahlen.

Das hat dann einen ungefähr einjährigen Aktenkrieg hin und her ausgelöst. Interessante Konvolute sind geschrieben worden. Endergebnis ist, daß der Referent dem gesagt hat: Im nächsten Jahr können Sie ruhig aufsperrn, da geschieht noch lange nichts. (Heiterkeit.)

Die Niederösterreicher allerdings sind schon bald an der Landesgrenze, dann kommt die Tafel: Hier endet die Autobahn in Niederösterreich, die Wiener Fortsetzung kommt in zwei Jahren. (Neuerliche Heiterkeit. — GR. Gawlik: Ein guter Gag ist immer gut! Da lache ich auch!) Das Traurige ist nur: Er stimmt! Das ist das Unglück!

Nun ein Wort zum Bodenrecht. Im Zusammenhang mit der Grundstücksdiskussion im Sommer ist hier wiederholt von sozialistischen Rednern darauf hingewiesen worden, daß die bodenrechtlichen Instrumente fehlen. Ich habe mich hier mehrmals zum Wort gemeldet und habe gesagt: Die bodenrechtlichen Instrumente sind schon da, man muß sie nur anwenden. Sollte es Verfahrensschwierigkeiten geben, werden wir darüber reden können.

Man hat mir das damals nicht geglaubt. In der Zwischenzeit hat der Herr Bautenminister Moser, der ja Ihrer Fraktion angehört, dasselbe gesagt. Bei

dem Seminar am Renner-Institut erklärte er wörtlich — in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 16. November nachzulesen —, daß die bodenrechtlichen Instrumente nicht optimal, aber anwendbar sind. Er bedauerte, daß das Stadterneuerungsgesetz und das Bodenbeschaffungsgesetz lediglich in Ottakring — nach vier Jahren, in Klammer — und Braunau ansatzweise herangezogen worden sind. Weitere Modelle, sagt er, wären aber durchaus möglich gewesen.

Was ist aber tatsächlich geschehen? Ungeachtet der Tatsache, daß der eigene Bautenminister erklärt, das Gesetz funktioniert, man muß es nur einmal handhaben, haben Ihre Genossen Schranz, Kittl und Blecha im Nationalrat eine Initiative ergriffen und einen Abänderungsvorschlag zum Bodenbeschaffungsgesetz eingebracht. Dieser Vorschlag enthält schlechthin ein generelles Eintrittsrecht der Gemeinde für alle Grundkäufe, egal ob bebaut oder unbebaut, egal ob für Wohnungsbau oder für andere Zwecke. In den Erläuternden Bemerkungen steht sogar „für Amtshäuser“. Auf das bin ich neugierig, wenn Sie das erste Wiener Wohnhaus auf Grund dieser Bestimmungen in Anspruch nehmen, um ein Magistratisches Bezirksamt zu errichten. Auf das bin ich neugierig. Das wird eine „patzen“ Rede werden. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Ausgenommen sind lediglich Grundkäufe zwischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften — ist klar: Bund, Gemeinde — und zwischen nahen Verwandten sowie die Einfamilienhäuser. Allerdings, bei den Einfamilienhäusern ist den Genossen Kittl und Blecha ein Irrtum passiert. Sie haben nämlich die alte Formulierung genommen: Eigenheime, nach der Wohnbauförderung gefördert. Das heißt, die Gemeinde hätte — das ist den westlichen Bundesländern besonders bekannt, dort haben nämlich die meisten Leute ihre Eigenheime mit Bausparkasse finanziert — auch ein Eintrittsrecht, wenn einer sein Häusl verkauft. Das müssen Sie noch vertreten!

Nun, wie schaut das jetzt tatsächlich aus! Hier wird das erste Mal beim Bodenrecht im Parlament etwas vorgeschlagen, was jeden Zusammenhang zwischen Stadtplanung, Wohnhausbau und Inanspruchnahme von Grund und Boden ausschließt. Nach meiner Meinung ist das ein erster Schritt zu einer Verwirklichung von Juso-Forderungen nach der Sozialisierung von Grund und Boden, damit Ende des freien Bodenmarktes. (GR. Gawlik: War der Adenauer auch ein Juso? Schauen Sie sich das Gesetz von Adenauer an!) Nein, nein, vom Adenauer stammt das nicht. Das Bundesbaugesetz ist erst in der letzten Zeit novelliert worden, wo Sie das suchen können, was Sie glauben, mir vorwerfen zu können. Der Adenauer nicht. Damals, nach dem Krieg hat es ja genügend Grund und Boden gegeben — bedauerlicherweise, das muß man schon sagen.

Der bekannte Professor Sieber, ein Schweizer, hat sich in einem Buch mit diesem Problem auseinandergesetzt. Ich möchte hier einen Kernsatz zitieren. Er sagt: „Die Art und Weise, wie die Rechtsordnung eines Landes die Verfügung über Boden

regelt, ist von entscheidender Bedeutung für das, was man die Wirtschaftsordnung oder das Wirtschaftssystem bezeichnet.“

Unter dem Vorwand, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Haltet den Spekulant!“, sind Sie auf dem Weg dazu, einen Baustein aus unserem marktwirtschaftlichen System, aus dem geordneten System unseres Staates herauszuschlagen. (GR. Gawlik: Na, so geordnet ist das nicht!)

Sie müssen sich einmal vorstellen, wie das Eintrittsrecht überhaupt funktioniert. Das ist nämlich das, was sich die Initiatoren nicht durch den Kopf haben gehen lassen. Das Gesetz dient dazu, um angebliche Spekulanten — und zugegebenermaßen, wir wissen alle, es gibt solche — in den Griff zu bekommen, weil man bei Grundkäufen ein Eintrittsrecht hat.

Was ist aber tatsächlich die Voraussetzung, daß das Eintrittsrecht geltend gemacht wird? Die Voraussetzung ist, daß der bereit ist, einen Kaufvertrag mit jemand abzuschließen. Das machen die aber gar nicht, sondern die sitzen auf ihrem Acker und warten, bis ein Vertreter der Magistratsabteilung 69 kommt und sagt: Den Acker brauchen wir! Das heißt, das Eintrittsrecht erübrigt sich in diesem Fall, weil der ohnehin verkaufen will. Es kommt auch das, woran Sie denken, die Preisglocke, in diesem Fall gar nicht zur Anwendung; sie kommt nur dann zur Anwendung, wenn ein Eintrittsrecht ausgeübt wird. Das heißt, der Vorschlag ist überhaupt nicht präzise durchgedacht.

Schauen Sie sich unsere Instrumente an. Wir haben für die Stadt dort, wo wir es brauchen, ein Eintrittsrecht im Stadterneuerungsgesetz. Nützen wir es. Wenn es Verfahrensschwierigkeiten gibt, sollte man sich das deutsche Stadterneuerungsgesetz vor Augen halten: Dort hat es 87 Einspruchsmöglichkeiten gegeben. Es ist dann allen Parteien gelungen, aus den 87 nur mehr 60 zu machen. Es wird uns, wenn wir so viele Einspruchsmöglichkeiten haben, sicher auch gelingen, ihre Zahl herabzusetzen.

Dort, wo wir für die Infrastruktur Grund und Boden brauchen, haben wir eigentlich ein viel stärkeres Instrument: die Enteignungsbestimmungen der Bauordnung. Hier ist der Titel im Gesetz nachzulesen, die Entschädigungsgrundsätze sind nachzulesen, und wenn es auch hier an Verfahrensfragen scheitern sollte, dann sind wir gerne bereit, da mitzuarbeiten. (GR. Rosenberger: Da schau her! — GR. Gawlik: Das nehmen wir gern zur Kenntnis!)

Aber neben den gesellschaftspolitischen Bedenken gibt es auch verfassungsrechtliche Bedenken gegen dieses Eintrittsrecht. Ich habe mir extra einen Hochschulprofessor ausgesucht, der Ihrer Fraktion angehört, das ist der Herr Dozent Dr. Aicher. Dieser Dr. Aicher hat ein Buch geschrieben über das letzte Bodenbeschaffungsgesetz. Sie wissen, im Bodenbeschaffungsgesetz ist ja für Gemeinden ein Eintrittsrecht enthalten. Dazu schreibt er folgendes — ich zitiere wörtlich, damit Sie nicht glauben, ich mache da irgendeinen Trick —: „Die im Bodenbeschaffungsgesetz positivierten“ — gescheit schreibt er das

natürlich, nicht mit so einfachen Worten, wie ich das sage (Heiterkeit) — „Konzeption des Eintrittsrechtes ist verfassungswidrig, weil sie gegen die Wesensgehaltssperre des Artikel 6 Staatsgrundgesetz verstößt.“

Artikel 6 besagt — ich habe gleich nachgeschaut, nicht wahr, das beruhigt —: Freier Liegenschaftsverkehr ist ein Grundrecht der Österreicher.

„Überdies“ — schreibt er weiter — „ist das Eintrittsrecht, soweit es den Gemeinden zur Wahrnehmung aller Gemeindeaufgaben zusteht, schon aus kompetenzrechtlichen Gründen verfassungswidrig, weil derart umfangreiche Eintrittsmöglichkeiten im Kompetenzbestand ‚Volkswohnungswesen‘ keine Deckung finden.“

Und schließlich sagt er: „Es verletzt auch den Schutz des Eigentums.“

Nun hat aber auch der Herr Bürgermeister eine Idee gehabt, und zwar findet sich in seinem Arbeitsprogramm der Grundstückspool. Da steht: Alle, die in Wien ein Grundstück kaufen, werden unter einen Hut gebracht. Wir schaffen ein Monopol, das ist ganz klar, obwohl es sonst heißt, Monopole gehören zerschlagen; hier machen wir ein Monopol, damit wir den Preis auf dem Grund- und Bodenmarkt diktieren können.

Folgen Sie meinen Überlegungen: Bund, Stadt Wien, Gesiba, Wibag, Stadterneuerungsgesellschaft, Sozialbau plus ungefähr 40 Bauträger in Wien (GR. Edlinger: Freunde des Wohnungseigentums!) — sicher, die sind auch dabei. (GR. Schultz: Das hat er nur vergessen!) — werden alle unter einen Hut gebracht. Dieses Monopol kauft dann. Ich frage Sie: Was wird das für eine Streiterei unter denen sein, welches Grundstück gehört mir oder dir. Das möchte ich erleben. Es wird dann nämlich genau das eintreten, was Sie gar nicht wollen. (GR. Edlinger: Wenn es an Verfahrensfragen scheitern sollte, können wir darüber reden!) Nein, das scheitert an Grundsatzfragen, denn plötzlich wird sich herausstellen, daß die Magistratsabteilung 69, die Wibag, die Sozialbau und wie sie alle heißen unnötig sind. Denn warum soll dieses große Grundstücksmonopol, dieser Pool, seine Grundstücke hergeben, damit andere bauen? Er wird in der Eigendynamik sozialistischer Manager sagen: Das machen wir selber. Dann wird es mit dieser Vielfalt auf dem Wohnungssektor und auch auf dem Grundstückssektor vorbei sein. Überlegen Sie sich das. (GR. Hahn: Der Konecny!) Allerdings, der kann sich dann auch kein Haus kaufen; aber der bekommt eines vom Pool zugewiesen. (Heiterkeit bei der ÖVP.)

Zusammenfassend möchte ich nur folgendes sagen: Im Rahmen der Entwicklung unserer Stadt wird die Stadterneuerung ohne Zweifel die große Aufgabe der Zukunft sein, nicht aus Gründen der Nostalgie — in Deutschland hat es einen Kongreß gegeben, der das ausdrücklich in seiner Überschrift gehabt hat: „Stadterneuerung nicht aus Nostalgie“ —, sondern als lebenswichtige Notwendigkeit für die Funktion unserer Stadt.

Die Probleme, die auf uns zukommen, erfordern Verantwortung, klare Kompetenzen. Wir sollten

unser vorhandenes Wissen, unsere Unterlagen, auch die finanziellen Ressourcen und Instrumente einsetzen und nicht dort, wo Schwierigkeiten sind, klagen und auf den Gesetzgeber warten. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Pöder: Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Haubenburger. Ich erteile es ihm.

GR. Haubenburger: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Meine Vorredner haben sich mit den laufenden Arbeiten am Stadtentwicklungsplan befaßt. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Stadtentwicklungsplanes ist meiner Meinung nach aber ein von der ÖVP seit langem verlangter Generalverkehrsplan. Hier, meine Damen und Herren, warten wir seit langem auf Vorschläge für die Neubewertung des Bundesstraßennetzes in Wien.

Herr Stadtrat Wurzer hat dies wohl angekündigt, so in der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission im Juni 1978 und zuletzt im Beirat Donaubereich. Bis jetzt, meine Damen und Herren, fehlen jedoch noch konkrete Aussagen, welche Straßenzüge mit Vorrang ausgebaut und welche Straßenzüge in der Dringlichkeitsreihung überhaupt herausgelassen werden sollten, auf die man verzichten kann.

Das Bundesstraßengesetz, meine Damen und Herren, insbesondere der Katalog der Bundesstraßen und ihre Dringlichkeitsreihung, ist damals unter optimistischen Erwartungen hinsichtlich der Finanzierung und der damit verbundenen Realisierung beschlossen worden. Tatsächlich — wie sollte es anders sein — fehlt es an den finanziellen Mitteln, um das gesamte Netz realisieren zu können.

Vor allem — das sei hier der Ordnung halber gesagt — gibt es auch erhebliche Widerstände der betroffenen Bevölkerung gegen eine Reihe von Straßenprojekten.

Die Neubewertung, meine Damen und Herren, vor allem die Umordnung in den Dringlichkeitsstufen ist nunmehr eine besondere Notwendigkeit geworden, weil durch verschiedene Änderungen im Bestand, durch Umplanungen und dergleichen der Netzzusammenhang gar nicht mehr oder nur mehr teilweise gewährleistet ist.

So darf ich nur darauf hinweisen, daß die Traisenbrücke — jetzt freilich die Brigittenauer Brücke, wenn Sie so wollen — im ursprünglichen Netz die Verbindung der A 5 und der A 20 über die Donau darstellte. Nunmehr sollen aber, selbst nach Aussagen der Sozialisten, die A 5 über die Alte Donau und die A 20 durch die Brigittenau nicht mehr gebaut werden. Eine ursprünglich wiederholt vorgebrachte Forderung der Österreichischen Volkspartei.

Die Traisenbrücke bzw. die Brigittenauer Brücke als Rest bleiben jetzt gewissermaßen im Raum stehen. Wenn auch über die Notwendigkeit einer 5. Donaubrücke immer wieder diskutiert und argumentiert wird, darf nicht übersehen werden, daß die vorgesehene Brücke auf der linken Donauseite in einen gewaltigen Autobahnknoten, verbunden mit der Donauuferautobahn, mündet, während sie

auf der rechten Donauseite in Form eines Abfahrtringes in den Handelskai versendet. Daher wird es notwendig sein, bei der Änderung der Dringlichkeitsreihenungen besonders auf den Netzzusammenhang Bedacht zu nehmen.

Im Sommer wurde in der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission darüber ausführlich diskutiert. Ich war selbstverständlich nicht dabei, falls Sie mir das vorwerfen sollten. Dabei lag der Entwurf eines Verkehrspapiers B der Diskussion zugrunde. Von den Vertretern der Österreichischen Volkspartei wurde mit Nachdruck klar und deutlich darauf hingewiesen, daß sich die Vorstellungen dieses Arbeitspapiers sehr wohl mit den Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei decken und damit im Zusammenhang stehen, wie dies auch mein Kollege Dr. Mayr in einer Pressekonferenz dargelegt hat. Lediglich bei der B 222 — das ist diese Straße, die in Niederösterreich aufhört und dann weitergebaut werden soll — scheiden sich die Geister. (GR. Outolny: Ist das nicht woanders?) Schauen Sie, mir geht es hier genauso wie Ihren Kollegen, aber ich werde mich bestimmt in dieser Richtung noch genau informieren. Wir haben ja das Privileg, hier neu zu sein.

Sie sehen, daß bei der B 222 keine Übereinstimmung erzielt werden konnte, wie ich schon betonte, scheiden sich hier die Geister. So dringlich es ist, diesen Vorstellungen endlich gerecht zu werden, ist mir jedoch bekannt, daß bisher in dieser Richtung weder mit Niederösterreich noch mit dem Bautenministerium Kontakt aufgenommen worden ist — das stimmt jetzt schon, nicht? —, welche Vorstellungen Wien in dieser Situation überhaupt hat.

Besonders wichtig — ich glaube, da werden Sie mir auch zustimmen — wäre eine Absprache mit Niederösterreich, da ja der Straßenzusammenhang des Wiener Netzes mit dem niederösterreichischen Straßennetz unbedingt erforderlich ist.

Ich glaube, es ist auch wichtig, wenn ich die Planungsgemeinschaft Ost zitiere. Offenbar ist diese Planungsgemeinschaft noch nie dazugekommen, sich diesen Problemen zu widmen, denn seit ihrer Gründung sind nämlich nach meinen Informationen die Planungsorgane — mit Ausnahme von Beamtengesprächen — überhaupt noch nicht zusammengetreten.

Ich frage mich: Finden die Landesamtsdirektoren keinen gemeinsamen Termin für ein so wichtiges Treffen? Die verantwortlichen Politiker haben sich seit der Gründung in Laxenburg auf der Ebene dieser Planungsregion überhaupt noch nicht getroffen. Was sagen Sie dazu?

Neben diesen notwendigen und grundsätzlichen Ausführungen gestatten Sie mir, daß ich noch auf einige Einzelfälle eingehe. Die Südosttangente und ihre Annahme durch die Kraftfahrer hat gezeigt, daß die Forderung nach Bündelung des Verkehrs richtig ist. Die Bewohner der Schlachthausgasse wissen davon ein Lied zu singen, da sie jahrelang unter diesem Verkehr gelitten haben und jetzt natürlich aufatmen können. Freilich zeigt sich aber auch, daß eine Bündelung des Verkehrs — noch

dazu, wenn sie so nahe im Stadtbereich gelingt — erhöhte Maßnahmen in Richtung eines Lärmschutzes erfordert.

In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde dieses Problem entlang der Südosttangente ausführlich behandelt. Ich darf hier meinen Kollegen Arthold zitieren, der zu diesem Problemkreis einige sehr deutliche und objektive Aussagen gemacht hat. Die Lehre daraus muß jedoch sein, daß die Entscheidung für die Bündelung des Verkehrs auf wichtigen Straßen nur unter Bedachtnahme auf Lärmschutzmaßnahmen erfolgen kann.

Kollege Mayr hat hier europäische Vergleiche zitiert. Ich möchte eine Stadt in Österreich zitieren, und zwar Graz; nicht, weil mir der Herr Götz so sympathisch ist, sondern weil sich dieser Vergleich anbietet.

In Graz werden, wie ich zuletzt gelesen habe, von der Stadtverwaltung Beträge für Lärmschutzfenster beigestellt, und zwar bewegt sich die Subventionierung in der Höhe bis zu 25 Prozent. Bei uns sollte es bei jedem Straßenbau eine Selbstverständlichkeit sein, den davon betroffenen Bewohnern und Bürgern unserer Stadt ebenfalls zu helfen und zur Seite zu stehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Am Beispiel dieses Projektes zeigt sich, daß ein wenig Großzügigkeit bei der Absiedlung, allenfalls bei der Enteignung sowie bei konkreten Maßnahmen mit mehr Flexibilität weit billiger für den Straßenbau erforderlicher Raum hätte gewonnen werden können. Überhaupt zeigt sich, daß die organisatorische Trennung zwischen den Magistratsabteilungen, die den Grund und Boden für Straßenbauten in Anspruch nehmen, und den Straßenbauabteilungen selbst nicht zielführend ist.

Durch den Egoismus der einzelnen Abteilungen ist es so, daß eine Abteilung mühevoll um Grundstücke feilscht — und diesen Beamten sei unserer herzlicher Dank gesagt. Es ist keine einfache Arbeit, überhaupt wenn man zu einem Wirt kommt, der jahrelang auf das Geld wartet, und die Angelegenheit dann immer wieder verschoben wird, wenn ich hier wieder Kollegen Mayr zitieren darf. Es ist so, daß die Differenz, die bei den Verhandlungen zutage tritt, oft ganz gering ist, wenn man die Forderungen des Grundeigentümers berücksichtigt. Angesichts der Verzögerungen und der dadurch eintretenden Baukostensteigerungen könnte man diesen Forderungen des Grundeigentümers wirklich leicht nachkommen.

Gleichzeitig könnte auf diese Weise der Straßenbau beschleunigt werden, und ich sage Ihnen ehrlich, das ist das, was wir alle wollen. Sie sehen also, wie einfach es wäre, Sie brauchen hier nur die Österreichische Volkspartei zu fragen. Wir sagen ja immer: Das Wichtigste zuerst. Das ist für uns, meine Damen und Herren, bestimmt kein Lippenbekenntnis, glauben Sie uns das! (Beifall bei der ÖVP.)

Gestatten Sie mir, daß ich zum Abschluß auf ein für die Verkehrswirtschaft sehr wichtiges Problem komme und auf ein für die Wirtschaft meiner Auffassung nach bedeutendes Problem eingehe.

Seit langem verlangt die Wiener Wirtschaft Abstellflächen für die eingesetzten Lkw-Züge. Da dieses Problem auf teuren Betriebsgrundstücken nicht gelöst werden kann, stand die Nutzung der Flächen unter den Stelzen der Südosttangente zur Diskussion. Das Bautenministerium ist grundsätzlich bereit, die Nutzung dieser Flächen der Stadt Wien zu überlassen. Es bindet jedoch diese Zustimmung an eine vertragliche Regelung, die einerseits dem Bund die Haftung in diesem Bereich abnimmt und andererseits Nutzungen ausschließt, die die Hochstraße gefährden könnten. Dies bedeutet, daß der Bund grundsätzlich bereit ist, einen Vertrag in dieser Richtung abzuschließen. Auf diesem Wege stünden der Stadt Wien Flächen für die Abstellung von Lkw-Zügen und für Lagerzwecke, aber auch für andere Nutzungen zur Verfügung. Zunächst übernahm es die Stadt Wien, den Entwurf eines Bestandsvertrages vorzulegen. Nach längeren Verhandlungen ist nun die Stadt Wien am Zug, ihre Vorstellungen in dieser Richtung dem Ministerium vorzulegen. Leider fehlt mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei diesem Aktenstück der notwendige Druck, damit bald eine zufriedenstellende Nutzung dieser Flächen erreicht werden kann. Vielleicht könnten Sie, Herr Stadtrat für Stadtplanung, gemeinsam mit den zuständigen anderen Geschäftsgruppen dieser Angelegenheit Nachdruck verleihen. Wir wären sehr froh, wenn diese so wichtige Angelegenheit nicht in die große Denkpause hineinfallen würde.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich noch sage, daß das Bundesstraßenkonzept für Wien ohne Zweifel eine erhebliche verkehrspolitische Bedeutung hat. Diese Chance zu nützen, wird im Rahmen des Generalverkehrsplanes immer dringlicher! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Brosch zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Brosch: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich möchte hier zu einem Teilbereich der Stadtplanung Stellung nehmen. Die Vorbereitung des Stadtentwicklungsplanes, die Vorarbeiten und die Beschaffung der Unterlagen haben es erstmals ermöglicht, daß die Stadtgestaltung, die Magistratsabteilung 19, Gelegenheit hatte, Zielsetzungen für ihre Bereiche zu setzen. Nach meiner Ansicht ist es allgemein unbestritten, daß diese Zielsetzungen notwendig sind. Ich bin der Meinung, daß hiezu einige grundsätzliche Worte notwendig sind.

Zu Beginn möchte ich hier den deutschen Architekturkritiker Manfred Sack erwähnen. Er sagt: Die Stadt ist ein geschichtlicher Vorgang, den man nicht anhalten kann, sondern den man regulieren muß. Er sagt weiter: In der jetzigen Phase ist man bemüht, diese Dinge anhalten zu können. Die Architekturpraxis schwankt zwischen den Extremen, zwischen der Profitsucht und der Vergangenheitsseligkeit, zwischen der brutalen Grundstücksausnutzung ohne Rücksicht auf die Umgebung und das Stadtbild und andererseits dem übertriebenen

Schutz alles Hergebrachten. Ich glaube, daß beides für die Stadtgestaltung nicht zuträglich ist. Ich bin auch der Ansicht, daß es hier in Wien wie auf der ganzen Welt für Ballungsräume keine vergleichbaren Ziele gibt. Wie ein Mensch nie einem anderen gleich ist, so gibt es nach meiner Meinung auch keine Stadt auf der Welt, die einer anderen Stadt ähnlich ist. Jede Stadt hat ihren geschichtlichen Werdegang und ihre geschichtliche Entwicklung. Wenn man Wien betrachtet: Von der Grenzfestung gegen die Völker des Nordens über die Metropole eines Reichenreiches, des Habsburgerreiches, bis zur Hauptstadt eines Sechsmillionenlandes ist es ein sehr weiter Weg, der immer eine Gestaltung dieser Dinge verlangt hat. Wenn wir vor allem auf die letzten zwei Jahrhunderte zurückblicken, so sehen wir, daß es sehr viele berühmte Architekten gegeben hat. Ich möchte hier nur erwähnen: Lukas von Hildebrandt, Johann Bernhard Fischer von Erlach, Karl von Hasenauer, Heinrich Ferstel, Van der Nüll, Gottfried Semper und Theophil Hansen. Die Bauwerke vor allem in der Nähe der Ringstraße, aber auch in den anderen Gebieten der Stadt haben sicherlich die Stadt gestaltet und ihr das Gepräge gegeben. Nach meiner Ansicht kann man hier schon von Gestaltungsaufgaben sprechen, wenn es auch noch nicht so konkret gesagt wurde wie in den letzten Jahren. Ich glaube, daß das Gepräge der Stadt durch die Vergangenheit in dem wirklich großen Bereich der Stadterweiterung zu suchen ist.

Kaiser Franz Joseph hat 1857 die Schleifung der Basteien dekretiert, also nicht aus dem Willen des Volkes heraus. Er hat die Verbauung dieses großen Bereiches verlangt, was dazu führte, daß in erster Linie die Stadtverwaltung sehr großen Aufgaben gegenüberstand und es zu sehr großen finanziellen Schwierigkeiten gekommen ist. Man darf auch nicht zu sagen vergessen, daß sich damals die Spekulation sehr stark beteiligt und ihr Scherflein in Sicherheit gebracht hat. Es wurde die Eingemeindung von 34 Vorstädten zwischen Glacis und Linienwall beschlossen. Es wurden 1890 durch das Eingemeindungsgesetz 43 Vororte außerhalb des Linienwalls dem Stadtgebiet einverleibt. Favoriten wurde 1874 einverleibt. Im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts wurde Floridsdorf zum Wiener Stadtgebiet erklärt. Man kann sich vorstellen, daß es hier schon die Problematik der Entsorgung und der Versorgung gab. Man muß auch sehr deutlich sagen, daß es durch die Entsorgung und Versorgung — Wasserleitungsbau, Schlachthof — zu neuen Gestaltungselementen gekommen ist, zu Gestaltungselementen, die einer Millionenstadt entsprochen haben. Man hat damals geglaubt, daß Wien eine Stadt mit vier Millionen Einwohnern werden wird. Man hat daher den Schlachthof und auch die verschiedenen Entsorgungen entsprechend dimensioniert. Wir haben dadurch Glück gehabt. Bei der Wasserleitung können wir heute noch davon profitieren, daß man damals schon für eine Viermillionenstadt geplant hat. Wir können heute froh sein, daß die Planungen und die Durchführung dieser Arbeiten so großzügig erfolgt sind.

Ich möchte hier noch eines erwähnen, den Wohnungsbau. Man hat sich zwar sehr um die Ent- und

die Versorgung gekümmert und sie eindeutig zu kommunalen Aufgaben erklärt, man hat sich aber weder in der liberalen noch in der christlichsozialen Ära der Stadt Wien um eine kommunale Lösung des Wohnungsbaues gekümmert. Die Gestaltung hat sich auf die Ringstraße bezogen, auf Entsorgung und Versorgung, aber nicht auf die Bevölkerung. Dieser Bereich wurde eine Domäne des privaten Unternehmens, des Hausherrn des vorigen Jahrhunderts. Ich glaube, wenn man über Gestaltungsfragen zu diskutieren beginnt, kann man nicht daran vorbeigehen, daß es die private Sphäre war, die den Wohnbau, natürlich in privatkapitalistischer Manier, gewinnbringend ausnützte. All diese Zinskasernen, die uns beim Verkehr und auch hinsichtlich der Wohnungen so viel zu schaffen machen, sind das Produkt des vorigen Jahrhunderts. Erst nach 1918 wurde der kommunale Wohnungsbau als Teil der kommunalen Arbeit angesehen. Man weiß aber, daß das in der Zwischenkriegszeit noch keinesfalls unbestritten war, es hat die Ausdrücke von Festungsbau, Zinslöchern usw. gegeben. All diese Dinge haben gezeigt, daß in letzten Zuckungen immer wieder versucht worden ist, den privaten Wohnhausbau zu forcieren und den öffentlichen Wohnungsbau zurückzusetzen.

Erst nach 1945 — ich glaube, das wird von keiner Partei bestritten — hat der kommunale Wohnungsbau — neben der Förderung auch von Genossenschafts- und Eigentumsbauten durch Bund, Land und Gemeinde — einen festen, unbestrittenen Platz in der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Geschichte geht weiter. Die Befriedigung der wichtigsten materiellen Bedürfnisse nach dem Zweiten Weltkrieg ist weitgehend abgeschlossen. Eine neue Ära beginnt. Es ist eine Ära, in der man im Städtebau ein weltweites Unbehagen feststellen kann. Man muß sich jetzt auf dem Gebiet der Stadtforschung verschiedene Dinge gegenüber der bebauten Wohnwelt zurechtlegen. Ich glaube, daß es hier echte Aktivitäten unserer Stadtgestaltung geben muß, die dazu führen, daß wir auch in Zukunft die Aufgaben der öffentlichen Hand innerhalb der Stadtgestaltung bewältigen können.

In diese Betrachtungen ist der Mensch, der in der Stadt wohnt, eingeschlossen. Dieser Mensch hat heute wesentlich andere Bedürfnisse als um die Jahrhundertwende. Er kann heute schon vom Einkommen her ganz andere Bedürfnisse entwickeln als die Menschen, die seinerzeit in den Zinskasernen der Jahrhundertwende wohnen mußten. Damals gab es ein geringeres Einkommen und viel größere Wohnungsdichte. Heute haben wir eine sehr geringe Wohnungsdichte, die es ermöglicht, den Wohnraum optimaler zu gestalten. Es ist natürlich viel leichter, sich in einer Wohnung, wo nur zwei oder drei Personen wohnen, komfortabel einzurichten, als in einer Wohnung, wo noch fünf oder sechs Kinder leben, und wenn auch noch die finanziellen Mittel geringer sind.

Ich bin der Meinung, daß der Großstädter, speziell der Wiener, seine Ansichten gewandelt hat. Der Wiener ist momentan der Ansicht, daß er keine großstädtische Verdichtung braucht. Er will eine

überschaubare Struktur des Stadtraumes. Er will auch seine persönlichen Beziehungen zu seiner Umwelt ausbauen. Er will seine private Sphäre anonym wissen. Er ist weit weniger interessiert an Gemeinschaftsaufgaben, er findet es vielmehr selbstverständlich, als Städter einsam in der Gemeinschaft zu leben, wenn ich das so formulieren darf.

Ich glaube, daß wir von der Stadtgestaltung aus gestaltend eingreifen müssen. Es ist nicht so, daß Dinge gottgewollt sind, sondern sie bedürfen sehr gründlicher Planung. Wenn man sich bei der Stadtentwicklungsplanung Unterlagen beschafft, dann muß man auch Konsequenzen daraus ziehen und Ziele festlegen.

Ich glaube, daß Wien nicht nur eine Stadt für den Fremdenverkehr sein will, die den Gästen nur die Baudenkmäler des vorigen Jahrhunderts zeigen will. Nein, wir wollen auch eine lebendige Stadt sein. Daher müssen wir versuchen, eine Stadt zu gestalten, die wesentliche Merkmale unserer Unwechselbarkeit gegenüber anderen Städten aufweist.

Wir müssen unsere naturräumliche Situation erhalten. Wir müssen die als Zeugnis der historischen Entwicklung entstandenen kunst- und kulturhistorisch bedeutsamen Bauten und Ensembles als wesentliche Punkte des Erkennens der Stadt Wien erhalten. Wir müssen aber auch versuchen, den Bürger dazu zu bringen, daß er sich mit seiner Stadt identifiziert. Wir müssen weiters versuchen, die Entwicklung des Stadtbildes nach einem geordneten Höhengaufbau zu vollziehen.

Wenn es hier Kritik an der Stadterweiterung gibt und von Stadterneuerung gesprochen wird, dann kann ich nur sagen, daß es nur einen Konsens geben kann. Man kann nicht verlangen, im innerstädtischen Bereich für genügend Parkplätze zu sorgen, und gleichzeitig die Stadterweiterung verhindern. Das ist an sich ein Widerspruch. Wenn man eine höhere Wohnungsqualität und mehr Parkplatz für den einzelnen verlangt, so ist das nur durch eine Verdünnung der Bevölkerung möglich, denn jeder Parkplatz benötigt ja Grundfläche. Deshalb kann man nicht gleichzeitig die Stadterweiterung verdammen. Ich meine, daß man sich gerade bei der Ausweitung einer bebauten Fläche die Gliederung der neuen Bereiche der Stadt sehr genau überlegen muß, damit es zu überschaubaren Teilbereichen kommt.

Wir müssen trachten, daß es das vielfältige Raumerlebnis nicht nur im innerstädtischen Bereich, nicht nur in den historischen Teilen unserer Stadt gibt, sondern daß es auch bei Neuplanungen möglich ist, so etwas zu schaffen. Einige Anzeichen, wie die Erhaltung von Vorstadtkernen usw., sind ja vorhanden. So muß es möglich sein, ein überschaubares Leben auch in einem neuen Stadtteil zu schaffen. Die Verfassungsänderung, die den Bezirksvertretungen mehr Mitspracherecht einräumt, ist ebenfalls ein Teil, der es erlaubt mitzuwirken. Diese Mitwirkung wird von der Bevölkerung allgemein gewünscht.

Wenn wir die Gestaltung von Grünflächen in die Stadtgestaltung mit einbeziehen, dann kann das

nicht nur so vor sich gehen, daß es jedes Jahr mehr Grünflächen gibt — das ist statistisch nachweisbar —, sondern die Grünflächen dürfen nicht nur der Freizeitbefriedigung dienen, sie müssen auch der Durchsetzung stadterhaltender Ziele dienen. Daß im innerstädtischen Bereich keine zusätzlichen Grünflächen geschaffen werden, stimmt nicht. Nicht nur im 6. und 16. Bezirk, sondern auch im 7. Bezirk ist eine heiß umstrittene Fläche doch zur Grünfläche geworden. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Daß die Beseerparks ein wenig saniert werden, ist zu wenig!) Es geht aber keinesfalls so, daß jedes Grundstück, das der öffentlichen Hand gehört, als Grünfläche, und jedes Grundstück, das in Privatbesitz ist, zu dichtester Wohnbebauung verwendet wird. Man kann nicht immer nur sagen, freier Gemeindegrund muß für einen Park verwendet werden, und nebenbei zulassen, daß private Gründe dicht verbaut werden.

Ich kann ein Lied davon singen, wie viele private Gärten und Innenhöfe nicht der Öffentlichkeit zugänglich sind. Ich kann die Herren Gemeinderäte der Österreichischen Volkspartei nur um Unterstützung bitten. Sie sollen einmal versuchen, eine in Privatbesitz befindliche Grünfläche der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des GR. Arthold.) Ich könnte vom Bezirk Neubau diesbezüglich sehr viel erzählen. Man sollte nicht den Sternwartepark erwähnen, da es in unmittelbarer Nähe dieses Parks ohnehin Grünflächen gibt. Am Neubau gibt es in unmittelbarer Nähe keine Grünflächen, jedoch große private Grünflächen mit oft 80 bis 100 Bäumen, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden. Sie könnten sich hier also einmal sehr deutlich zur Grünlandbeschaffung und zur Grünlanddurchflutung aller innerstädtischen Bereiche bekennen. Sie sollten nicht nur versuchen, sofort nach Freiwerden eines kleinen Fleckerls Parkplätze zu verlangen, wie es in der Bezirksvertretung geschehen ist. Damit bringt man doch nur zusätzliche Luftverschmutzung in die Innenhöfe. Da muß man schon konsequent in allen Bereichen der Verwaltung sein. Man sollte nicht in der Bezirksvertretung Parkplätze verlangen und im Gemeinderat beim Kapitel Stadtgestaltung für Grünflächen plädieren. Da spielt eben sehr stark das Eigentumsrecht hinein. Es wurde hier schon erwähnt, daß das Eigentumsrecht eine entscheidende Rolle spielt. Es geht nicht nur um das Eintrittsrecht, sondern auch um das Verfügungsrecht, daß man der Öffentlichkeit Grünflächen zuführen kann.

Wenn von der Stadtgestaltung die Rede ist, möchte ich noch einen anderen Bereich erwähnen, der schon bei der Kultur behandelt wurde, den ich aber auch hier erwähnen möchte, weil er zur Stadtplanung gehört: die Schutzzonen.

Bei den Schutzzonen ist die erste Etappe abgeschlossen. 1975 wurden 98 Schutzzonen vorgesehen, es wurden dann einige zu größeren Zonen zusammengelegt, und es sind bereits 59 Anträge ausgearbeitet und auch vom Gemeinderat beschlossen worden. Für elf Zonen sind die Planentwürfe im Genehmigungsverfahren, und diese elf Anträge

werden wahrscheinlich 1979 vom Gemeinderat beschlossen werden. In Zukunft wird die Festsetzung der Schutzzonen im Rahmen der Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes erfolgen, aber auch den Bezirksvertretungen ist es möglich, Schutzzonen zu beantragen. Es ist bereits ein Antrag des 18. Bezirkes im Genehmigungsverfahren, wo sich die Bezirksvertretung bemüht, eine Schutzzone zu bekommen.

Ich möchte hier auch noch einige Gestaltungsaufgaben der Magistratsabteilung 19 erwähnen, die im Zuge der Diskussion über den Stadtentwicklungsplan vielleicht ein bißchen in den Hintergrund getreten sind. Ich möchte hier die Gestaltung des Stephansplatzes, des Grabens, aber auch des Reumannplatzes mit der U-Bahn, des Engelsplatzes, der Rotenturmstraße und des Neuen Marktes erwähnen, ebenso die Planung des Morzinplatzes und des Schwedenplatzes, die stadtgestalterisch dem innerstädtischen Bereich ein völlig neues Aussehen geben wird. Der Bereich des Donaukanals wird ja völlig neu gestaltet; neben dieser Gestaltung wird aber auch eine verkehrsmäßige Lösung getroffen, die der Bevölkerung von Wien sicher einige Entlastung bringen wird.

In diesem Sinne wollen wir den Beamten und Mitarbeitern in diesem Bereich, die sich durch großen persönlichen Einsatz, Arbeitseifer und Leistungsfreudigkeit auszeichnen, für ihre Arbeit namens des Gemeinderates den herzlichen Dank aussprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Unser Bürgermeister hat am Beginn gerade in stadtgestalterischer Hinsicht ein sehr deutliches Programm unserer künftigen Arbeit umrissen. Wir haben in einer breiten Palette, von der Erweiterung der Mitwirkung des einzelnen Gemeindebürgers bis zu den Problemen von Stadtgestaltung, Stadterneuerung und Umweltschutz, versucht, eine Vision einer menschengerechten Stadt zu geben. Ich glaube, man sollte immer wieder sagen, daß wir nicht im Althergebrachten stecken geblieben sind, sondern versuchen, nicht nur Fremdenverkehrsstadt zu sein, sondern eine lebendige Stadt der Gegenwart. Wir sind durch unsere Stadtgestaltungsarbeit bemüht, dafür zu sorgen, daß jeder Wiener gerne hier wohnt und daß es sich in dieser Stadt zu leben lohnt.

Wir sind in der stadtgestalterischen Arbeit nicht der Vergangenheit verhaftet, und ich möchte abschließend sagen, daß sich jeder Wiener gestalterisch beteiligen kann, daß sich jeder Wiener aber auch freuen kann, in seiner Heimatstadt zu leben! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. **Lehner:** Als nächster Redner gelangt Herr GR. Dr. Krasser zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. **Krasser:** Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die Baupolizei zur Stadtplanung ressortiert, möchte ich mich mit der Praxis gewisser Hauseigentümer beschäftigen, die ihrer Verpflichtung nach der Bauordnung zur Erhaltung ihrer Gebäude in gutem, der Baubewilligung und den Vorschriften der Bauordnung

entsprechendem Zustand mit Vorbedacht und aus spekulativen Gründen nicht nachkommen. Wie in jedem Berufsstand gibt es natürlich auch hier schwarze Schafe. Es gibt Eigentümer, die von der Sozialfunktion des Eigentums noch nichts gehört haben. Wenn ein solcher Hauseigentümer auf den Abbruch spekuliert, dann unterläßt er es systematisch, die Instandhaltung vorzunehmen, und bisweilen helfen auch unbekannte Dritte, durch Herausreißen der Fenster- und Türstöcke kräftig mit, den Verfallsprozeß voranzutreiben. Freiwerdende Wohnungen in diesem Haus werden nicht mehr vermietet, oder es werden kurzfristig Gastarbeiter aufgenommen, um die zumeist älteren verbliebenen Mieter zu demoralisieren oder einzuschüchtern. Diese alten Personen haben von sich aus gar nicht mehr den Mut, ein Instandsetzungsverfahren nach § 8 des Mietengesetzes anzuregen. Resignieren diese Mieter und ziehen aus, dann haben die Hauseigentümer erreicht, was sie wollten, und sie ersparen sich die Bereitstellung einer Ersatzwohnung nach dem Mietengesetz.

Wenn die Baupolizei von solchen eklatanten Vernachlässigungen der Instandhaltungspflicht Kenntnis erhält, erläßt sie nach § 129 der Bauordnung einen Instandsetzungsauftrag. In dringenden Fällen geht sie mit notstandspolizeilichen Maßnahmen vor, in denen der Hauseigentümer selbst wegen der Dringlichkeit nicht mehr gehört werden muß. Wenn nun diesem Instandsetzungsauftrag in der gewährten angemessenen Frist nicht entsprochen wird, so wird nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz mit Ersatzvornahme vorgegangen. Es ist dies ein Verfahren, das sich aus mehreren Etappen zusammensetzt und geraume Zeit in Anspruch nimmt. Die voraussichtlichen Kosten der Ersatzvornahme — der Magistrat erteilt ja einer Baufirma den Auftrag zur Durchführung der Arbeiten — werden mittels eines Vorauszahlungsbescheides festgesetzt und im Exekutionsweg im Grundbuch pfandrechtlich sichergestellt.

Im Budget 1979 sind unter der Rubrik 801.30 4,030 Millionen Schilling für Ersatzvornahmekosten im Zuge von Bauaufträgen vorgesehen. Ob dieser Betrag ausreichend ist, hängt von der Zahl dieser Instandsetzungsersatzvornahmeverfahren ab, die uns aber unbekannt ist. Aus diesem Grunde haben mein Kollege Präsident Hahn und ich am Beginn der Sitzung eine Anfrage eingebracht, die über die laufenden Ersatzvornahmeverfahren Aufklärung bringen soll.

Diese Zwangshypothek im Grundbuch tut dem Hauseigentümer vorderhand noch nicht weh. Es ist mir von einem Fall erzählt worden, wo der Hauseigentümer, eine Baufirma, im Zuge des Exekutionsverfahrens erklärt hat, die Instandsetzungsarbeiten selbst vornehmen zu wollen. Er hat auch damit begonnen, und damit wurde das Vollstreckungsverfahren eingestellt. Kurze Zeit später hat aber der Hauseigentümer, die Baufirma, seine Arbeiten eingestellt und somit die Behörde in eklatanter Weise hinters Licht geführt, so daß das Vollstreckungsverfahren von neuem eingeleitet werden mußte.

Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß gegen diese Abbruchsspekulation ganz hart vorgegangen werden muß. Es wäre nun wirkungsvoller, weil für den Verpflichteten unmittelbar spürbar, wenn man diesen Vorauszahlungsbescheid sogleich auch in das bewegliche Vermögen des Verpflichteten vollstrecken würde, sich also nicht mit der grundbücherlichen Sicherstellung allein begnügt. Man muß diesen Leuten den Exekutor ins Haus schicken, in die Wohnung, ins Büro, man muß pfänden die Fahrnisse, die Einrichtung, das Bargeld, den Pkw, die Bankkonten und was man sonst alles vorfindet. Erst dann werden diese Spekulanten erkennen, daß die Stadtverwaltung entschlossen ist, im Interesse der wirtschaftlich schwächeren Mieter gegen eine solche unsoziale Handlungsweise unter Ausschöpfung aller gesetzlichen Möglichkeiten vorzugehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, daß sich diese Vorgangsweise bald herumsprechen und so manchen Spekulanten dann das Lächeln über die Ohnmacht der Behörde vergehen wird. (Beifall bei der ÖVP und bei Gemeinderäten der SPÖ.)

Diese Vollstreckungsart hätte überdies den Vorteil, daß die Stadtverwaltung wenigstens teilweise schon früher das von ihr ausgelegte Geld zurückbekommen könnte und nicht erst, was die Regel ist, auf eine Rückzahlung in zehn Jahresraten im Rahmen eines § 7 Mietengesetz-Verfahrens zu warten hätte.

Ich habe daher gemeinsam mit Kollegen Dr. Peter Mayr einen Antrag eingebracht, der beinhaltet:

„Der Magistrat der Stadt Wien möge zur wirklichen Bekämpfung der Abbruchspekulation in Fällen der Ersatzvornahme bei baupolizeilichen Instandsetzungsaufträgen die Vorauszahlungsbescheide auch in das bewegliche Vermögen des Verpflichteten vollstrecken.“

Ich betrachte dies als einen tauglichen Weg, den Abbruchspekulanten in unserer Stadt das Handwerk zu legen, und darf mich abschließend bei Ihnen wegen meines Katarrhs der Stimmbänder wegen der Stimme entschuldigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Lehner:** Als nächster Redner gelangt Herr GR. Schultz zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. **Schultz:** Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Stadtplanung und Stadtgestaltung gehören zu jenen Aufgaben einer kommunalen Verwaltung, deren Ergebnisse oft erst viele Jahre nach ihrer Realisierung Anerkennung finden. Es ist eine Wiener Spezies, die historisch belegbar ist. Denken wir etwa an den Bau der Ringstraße: Viele heute anerkannte, ja als beispielhaft hingestellte Bauten entlang dieser Straße wurden während ihrer Planung und Realisierung vernichtend kritisiert, von der sogenannten öffentlichen Meinung abgelehnt.

Vieles hat sich seit dieser Zeit in unserer Stadt geändert — die Spezies, alles vernichtend zu kriti-

sieren, abzulehnen, was mit Planung und Stadtgestaltung zusammenhängt, ist geblieben. Im Spannungsfeld der Meinungen, seien sie aus politischen Motiven, seien sie aus sensationssüchtigen Motiven einzelner Medien, mit „Watschenmann“-Mentalität und aus welchen Gründen immer, wurde in den letzten Jahren eine große Zahl von Projekten verwirklicht. Denken wir etwa an die Gestaltung des Karlsplatzes: Was wurde da nicht alles gesagt und geschrieben! Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, einige wenige Aussagen wieder in Erinnerung bringen.

Da stand in der „Presse“ vom 7. Mai zu lesen: „Rathausendlösung für Karlsplatz. Man spricht von einem europäischen Skandal.“ Und abschließend lesen wir in diesem Artikel: „Auf dem Karlsplatz wurde mit den Menschen auch ein Teil ihrer Kultur eingegraben, scheint es.“

Oder am 11. Juni in der Ausgabe der „Presse“: „Endlösung auf dem Karlsplatz. Gelungenste Verfälschung.“

Oder am 26. August 1977 im „Kurier“ unter dem Titel „Wiener Wüstenlook“: „Die Verwüstung der Stadt Wien schreitet fort. Dieser Satz ist wörtlich gemeint“, heißt es hier. „Eine Wüste muß ja nicht aus Sand bestehen, sie kann auch durch Eis gebildet werden oder durch Geröll oder durch Beton. Der Karlsplatz oder vielmehr das, was einmal der Karlsplatz war, ist ein Beispiel dafür. Hier hat sich nahe dem, was man so das Herz der Stadt nennt, eine wahre Wüste gebildet. Hier verursachte eine ästhetische, planerische, administrative Erosion Furchtliches — eine Karstlandschaft, die immer noch grauslicher wird, je näher der Fertigstellungstermin rückt.“

Und zum Schluß kann man hier lesen: „Jede Zeit und jede Stadt hat ihren Stil. In Wien des Jahres 1977 ist es der der Wüste.“

Demgegenüber, meine Damen und Herren, steht die Meinung derer, in deren Interesse und für deren Benützung die umfangreichen Arbeiten im Bereich des Karlsplatzes durchgeführt wurden, nämlich die Meinung der Wienerinnen und Wiener. In einer Befragungsaktion wurde folgendes festgestellt:

Die gesamte Platzgestaltung — Grünflächen, Verkehrswege — erhielt von 61 Prozent der befragten Personen die Note „sehr gut“. 63 Prozent halten den Karlsplatz für einen interessanten, sauberen Platz, 54 Prozent für fortschrittlich geplant, von 43 Prozent erhielt er das Prädikat „charmant“. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich weiß schon, meine Damen und Herren von der Opposition, daß Sie sich sehr oft im krassen Gegensatz zur Meinung der Wienerinnen und Wiener befinden. (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Nein, nein, genau das Gegenteil!) Das ist ja nichts Neues, das können wir in vielen Sachfragen feststellen. (GR. Zörner: 8. Oktober!) Ja, ja, der 8. Oktober. Es ist gestern, glaube ich, oder vorgestern ausführlich über den 8. Oktober gesprochen worden. Es wurden Prozentzahlen genannt. Es kommt halt immer darauf an, von wo man den Bezug hernimmt. (GR. Zör-

ner: Wollen Sie sagen, daß Sie gewonnen haben am 8. Oktober?) Nein, nein, das hat ja auch niemand behauptet, meine Damen und Herren, daß wir am 8. Oktober gewonnen haben. Deswegen denken wir ja auch darüber nach, was wir vielleicht noch besser machen könnten. Wenn Sie sich mit dem Ergebnis des 8. Oktobers zufrieden geben, dann ist das Ihre Sache, das geht uns nichts an. (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Wir schon! Aber ihr nicht!) Das ist richtig: Wir sind nicht zufrieden, und wir denken auch darüber nach, was wir noch besser machen könnten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht weiter aus den Antworten bei dieser Befragungsaktion vorlesen, aber es ist klar und deutlich hervorgegangen, daß ein großer Prozentsatz der Wienerinnen und Wiener die Gestaltung des Karlsplatzes doch als sehr positiv angesehen hat.

Es ist klar, meine Damen und Herren, daß bei stadtgestalterischen Tätigkeiten nicht eine volle Übereinstimmung mit allen gefunden werden kann. Das ist selbstverständlich. Aber ich glaube, daß doch die große Mehrheit diese Arbeit anerkannt hat.

Ich darf vielleicht auf noch etwas hinweisen, meine Damen und Herren. Nicht anders war es ja letztlich bzw. ist es noch bei der Gestaltung des Stephansplatzes, des Grabens und des Stock-im-Eisen-Platzes, und auch dazu einige Schlagzeilen aus den Tageszeitungen.

Das liest man im „Kurier“ unter dem Titel „Wien-City“: „Mehr Loch als Stock im Eisen“. Da liest man im „Kurier“ (GR. Gawlik: Das ist ja auch der ÖVP-„Kurier“!) unter dem Titel „Eiserne Maiglöckchen“ über die Beleuchtungskörper am Graben: „Die Steinplatten- und Betonwüste dehnt sich in Wien weiter aus. Sie ist — der ‚Watschenmann‘ hat es schon beschrieben — vom Karlsplatz her an der Oper vorbei bis zur Walfischgasse vorgedrungen. Sie machte sich dann vor dem Musikvereinsgebäude breit, und wenn die ersten Platten auf dem Stephansplatz nicht trügen, wird auch der bald ziemlich wüstenähnlich aussehen.“ In Fortsetzung dessen, was wir über den Karlsplatz gehört haben.

Es heißt weiter: „Neuestens wachsen auf diesen wüsten und unfruchtbaren Flächen aber auch andere Gebilde: Leuchten und Laternen, die — wenn der ‚Watschenmann‘ recht unterrichtet ist — den interessanten Typennamen ‚Maiglöckchenleuchten‘ tragen, weil sie nämlich ähnlich wie jene lieblichen Frühlingsboten erst schlank in die Höhe wachsen und sich von dort dann herunterbiegen.“ Und dann heißt es: „Denn im Scheine dieser Maiglöckchenlampen tritt auch der letzte Hauch von großstädtischem Flair in den Schatten, verdüstern sich die großen Konturen einer Stadt, die ja wirklich einmal eine Weltstadt war, und übrig bleibt nichts als die Erinnerung an den nächtlichen Bahnhof von Attnang-Puchheim. So oder so, daß ein Wiener Stadterneuerungskonzept sich einmal an Attnang-Puchheims Leuchten orientieren würde, also das hätte man sich selbst in den schlimmsten Tagen des Slavik-Geschmacks nicht vorstellen können.“

Meine Damen und Herren! Hier könnte ich noch aus vielen solchen Presseaussendungen zitieren. Ich

möchte es Ihnen ersparen, weil viele von Ihnen ja sicherlich auch diese Meldungen gelesen haben. Und auch dazu, meine Damen und Herren, gibt es eine völlig diametrale Meinung der Wienerinnen und Wiener.

Ich darf vielleicht auch noch darauf hinweisen: Als es um die Gestaltung des Grabens und des Stephansplatzes ging, hat auch der Herr Vizebürgermeister Dr. Busek sehr markante Aussprüche getan. Er meinte, der Graben sei ein Hinterhof mit WC — vielleicht kann der Herr Kollege Pawkowicz seine Hunderl dorthin außerln führen (GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Nicht nur meine!) —, und die Gestaltung der City sei total verhunzt.

Dem steht wieder die Meinung einer großen Zahl von Wienerinnen und Wienern gegenüber, die meinen, daß die angeblich so umstrittene Fußgängerzone Kärntner Straße gar nicht so umstritten sei. Nicht weniger als 85 Prozent der Wiener beurteilen die Fußgängerzone positiv, und ebensolche Erklärungen gibt es zum Stephansplatz und zum Graben.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es durchaus vertretbar ist, daß es solche Meinungen, wie ich sie zitiert habe, gibt. Es ist dagegen vielleicht nur zu bemerken, daß es halt ebenso wie politische Minderheiten auch Minderheitenmeinungen über die Gestaltung der City gibt.

Es hat diese total verhunzte Gestaltung der Innenstadt den Herrn Vizebürgermeister Dr. Busek nicht davon abgehalten, sehr publikumswirksam bei der Eröffnung anwesend zu sein. (GR. Rosenberger: Er hat es versucht!)

Meine Damen und Herren! Eine weitere wichtige stadtgestalterische Aufgabe wird im Bereich des Franz Josef-Kais, des Morzinplatzes und des Schwedenplatzes realisiert, wie schon kurz mein Kollege Brosch angezogen hat. Es wird vorgesehen, daß städtebaulich der Franz Josefs-Kai eine harmonische Fortsetzung der Ringstraße bilden soll. Durch die Verlegung der Bundesstraße soll ein größerer Abstand zum Verkehrsgeschehen entstehen. Damit ist verbunden, glaube ich, eine wesentliche Reduzierung des Verkehrslärms für die Wohn- und Arbeitsbevölkerung, die dort ihrer Arbeit nachgeht.

Dieser breite, zusammenhängende Freiraum — weil heute schon so viel über Grün gesprochen wurde — zwischen Straße und Häuserfront sieht eine Reihe von Gestaltungselementen vor, nämlich die Anlegung neuer Grünflächen, Baumpflanzungen und die Ausbildung ursprünglich geplanter Nebenfahrbahnen als Fußgängerzonen.

Der Morzinplatz zwischen Rotenturmstraße und Marc Aurel-Straße soll als Erholungsraum ausgestaltet werden. Die Garagendecke der Tiefgarage am Morzinplatz wird mit Erde aufgeschüttet und begrünt. Durch die Aufschüttung verschwinden die niedrigen oberirdischen Aufbauten der Garage, wie die Stiegenaufgänge und die Lüftungen. Die beiden hohen Lüftungsschächte werden jedenfalls optisch verkleinert und zusätzlich mit Bäumen abgedeckt.

Unmittelbar vor dem Stiegenaufgang zur Ruprechtskirche wird eine Pergola errichtet werden,

vor der Sitzgelegenheiten zum Verweilen einladen. Abseits dieser Sitzgelegenheiten befindet sich ein Kinderspielplatz. Der Boden des Morzinplatzes soll abwechselnd mit Asphaltflächen und Betonplatten ausgelegt werden. Für die Beleuchtung sind Kugellampendelaber vorgesehen.

Im Gegensatz zum Morzinplatz, meine Damen und Herren, der eine Erholungsfunktion hat, ist der Schwedenplatz ein Verkehrsknotenpunkt, auf dem U-Bahn, Straßenbahn und Bus zusammentreffen. Durch die Gestaltung der ursprünglich geplanten Nebenfahrbahnen zwischen Rotenturmstraße und Laurenzerberg für Fußgänger kann jedoch ein großzügiger verkehrsfreier Bewegungsraum geschaffen werden. Der U-Bahn-Aufgang Rotenturmstraße wird inmitten einer größeren Grünfläche liegen. Baumgruppen auf der Rotenturmstraße und auf dem Laurenzerberg umrahmen den Schwedenplatz. Im Bereich der Geschäfte ist Platz für Schanigärten vorgesehen. Die übrige Möblierung wird sich auf Sitzgelegenheiten, Papierkörbe und einige Vitrinen beschränken. Kioske sind im U-Bahn-Aufgang Laurenzerberg untergebracht.

Für das Textilviertel wurde in Übereinstimmung mit den Betroffenen und der Bezirksvertretung für den 1. Bezirk eine Verkehrsorganisation erarbeitet, die durch eine sinnvolle Einbahnführung die Zugänglichkeit dieses Gebietes gewährleisten wird.

Planmäßig, meine Damen und Herren, werden auch die Arbeiten im Donaubereich Wien fortgesetzt. Im kommenden Jahr soll der Nordteil der Neuen Donau zwischen Langenzersdorf und der Kuchelau auf einer Länge von 5 Kilometern als Freizeit- und Erholungsgebiet ausgebaut werden.

Im Beirat für den Donaubereich wurden dazu folgende Empfehlungen gegeben: Das linke Inselufer bzw. das rechte Ufer der Neuen Donau soll ähnlich wie der Südteil als Wildbadeplatz ausgestaltet werden. Sie wissen ja, meine Damen und Herren, daß die Ausgestaltung des Südteils ein ungeheurer Erfolg war. Zigtausende Erholungssuchende haben an manchen Badewochenenden dieses Gebiet bereits bevölkert. Durch die Verlängerung der Autobuslinie 32 B soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß dieser Wildbadeplatz auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln entsprechend erreicht werden kann. Ebenso sind für Autofahrer Parkplätze vorgesehen im Bereich des Einlaufwerks Langenzersdorf, bei der Schwarzlackenu und am rechten Donauufer beim Kahlenbergerdorf.

Durch die Errichtung zweier Brücken und die Inbetriebnahme einer Fähre wird künftig eine kurze Fußgänger Verbindung zwischen Schwarzlackenu und der Kuchelau hergestellt. In der Höhe der Überfuhrstraße soll zunächst eine Fußgängerbrücke über die Baustelle der Donauuferautobahn errichtet werden. Mit einer zweiten Fußgängerbrücke, der sogenannten Sekundärbrücke, geht es dann weiter über die Neue Donau zur Donauinsel, von wo man mit einer Fähre über den Strom und weiter zum Kahlenberg gelangen kann.

Ähnlich wie bei den Wildbadeplätzen im Südteil ist auch hier die Errichtung von sanitären Anlagen

und die Ausstattung mit Papierkörben vorgesehen. Flöße sollen den Sprung ins kühle Naß erleichtern. Auf der Insel sollen ein Zeltlagerplatz für die Teilnehmer des Wiener Ferienspiels sowie allgemein benützbare Spielplätze errichtet werden.

Ebenso wurde geregelt, daß der Baustellenverkehr für die Donauuferautobahn am linken Ufer der Neuen Donau abgewickelt werden soll, so daß die Insel und das rechte Ufer den Erholungssuchenden ungestört zur Verfügung stehen wird.

Zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für den gesamten Donaubeereich wurden Überlegungen angestellt, Teile in den Wald- und Wiesengürtel aufzunehmen und die Wasserfläche der Neuen Donau als Erholungsgebiet zu widmen.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, auch noch ein Wort zum Projekt Brigittenauer Brücke, die als Deckbrücke mit zwei mal zwei Fahrspuren als lokale Verbindung zwischen den beiden Donaufern geplant ist. Am linken Donauufer ist die Verknüpfung mit der Donauuferautobahn im Knoten Donaupark und am rechten Donauufer der Anschluß zum Handelskai vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Im Verlaufe dieser Sitzung hat die große Oppositionspartei einen Antrag auf Volksbefragung über den Standort der 5. Donaubrücke eingebracht. Ich möchte mich gar nicht so sehr mit diesem Antrag beschäftigen. Ich möchte nur die Frage stellen, ob hier nicht gewissermaßen eine Flucht nach vorne angetreten wird, denn ich glaube nicht, daß sich das Projekt einer 5. Donauüberquerung unbedingt für eine Volksbefragung eignet. Wen wollen Sie denn befragen, meine Damen und Herren? Die Bewohner des 20. Bezirkes nur? Oder ist es nicht auch eine Angelegenheit der Bewohner des 2., 21. und 22. Bezirkes? Oder ist das eine Frage aller Wienerinnen und Wiener, ob eine 5. Donauüberquerung gebaut werden soll? Sie müssen sich hier schon etwas näher deklarieren. Aber Sie haben wieder einmal keine Alternative und begeben sich in die Flucht nach vorne.

Als einziger Anhaltspunkt steht eine hier schon einmal von mir zitierte Meinung des Herrn GR. Hahn, daß es durchaus vorstellbar wäre, eine 5. Donauüberquerung im Raume Klosterneuburg—Korneuburg zu errichten. Ich glaube nicht, meine Damen und Herren, daß das eine befriedigende Lösung für die Wiener Bevölkerung wäre.

Dem Kollegen Haubenburger, der über die scheinbare Verwirrung der Netzzusammenhänge bei diesen Straßen gesprochen hat, ist es zumindest meiner Meinung nach nicht ganz gelungen, diese Verwirrung zu entwirren. Das ist eine sehr schwierige Materie, und man muß sich doch etwas umgehender damit befassen.

Meine Damen und Herren! Es bleibt die Frage offen, ob die beamteten und freien Mitarbeiter, die im Rahmen der Aufgaben von Stadtplanung und Stadtgestaltung umfangreiche und, wie ich meine, erfolgreiche Arbeit im Interesse der Bewohner unserer Stadt leisten, nicht auch einmal öffentlichen Dank verdienen. Da dies anscheinend aus Gründen

der Unabhängigkeit in den Medien nicht möglich ist, bitte ich Sie, diesen Dank namens des Wiener Gemeinderates aussprechen zu dürfen.

In diesem Sinne werden wir den Budgetansätzen der Geschäftsgruppe Stadtplanung gerne unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Lehner: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Arthold zu Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Arthold: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich darf ganz kurz zu einem Beitrag Stellung nehmen, den der freiheitliche Sprecher gebracht hat und der hier anscheinend großes Aufsehen erregte. Es betrifft das Hundeproblem in den Fußgeherzonen.

Ich bin selbst Mandatar eines Bezirkes, wo dieses Problem — und es ist für die Bevölkerung ein Problem — anhängig ist, und wie ich glaube, gibt es eine einfache Lösung. Sie ist zwar nicht hundertprozentig, aber eine Erleichterung. Wir sollten einfach in den Fußgeherzonen den Leinenzwang einführen, denn dann muß sich der Hundebesitzer nicht nur zu seinem Hund, sondern auch dazu bekennen, was dieser tut. Das wäre eine einfache Lösung und vielleicht ein Teil einer Abhilfe, und wir könnten weiter sehen, was noch zu tun ist.

Ein weiteres Thema zu dem ich schon im vergangenen Jahr bei der Debatte Wohnen Stellung genommen habe und das heute Kollege GR. Brosch wieder angeschnitten hat, ist das Problem der Althäuser, der Zinskasernen aus der Gründerzeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man ein historisch interessierter Mensch ist, dann tut es einem weh, wenn man heute diese Gründerzeithäuser immer unter dem Gesichtswinkel der heutigen Zeit sieht. Ich habe schon im vergangenen Jahr betont, daß die Wohnungsnot um die Jahrhundertwende mit den sogenannten Bettgebern und allem Drum und Dran kein Problem der Bausubstanz der Wohnhäuser war, denn für die damalige Zeit waren die Gründerzeithäuser ein Fortschritt. Sie hatten helle, hohe Räume, sie haben erstmals das Wasser im Haus gehabt, es hat eine Wasserleitung gegeben, die WC waren bereits im Haus und nicht mehr über dem Hof. Dieses Problem des Überbelags und der Zustände in den Häusern war doch ein Zuwandererproblem, mit dem man nicht fertig wurde. Ich verstehe daher nicht, weshalb man immer die Substanz von damals angreift. Ich bin kein Anhänger der Gründerzeithäuser, aber man sollte doch auch historisch dieses ganze Problem ins rechte Licht stellen und nicht einfach sagen, man hat damals Häuser errichtet, die uns heute im Weg stehen. So einfach kann man die Stadtplanung wirklich nicht behandeln! (Beifall bei der ÖVP.)

Er hat auch ein zweites großes Wort gelassen ausgesprochen, die Gestaltung verschiedener Plätze in Wien. Mir liegt als Bezirksmandatar von Favoriten ein Platz in Wien besonders am Herzen, und das ist der Reumannplatz. Wenn man früher einen Platz oder eine Straße angelegt hat, dann hat man sich etwas dabei gedacht. Wenn man früher auf der

Favoritenstraße gestanden ist, dann hat man einen herrlichen Blick zum Leopoldsberg und zum Kahlenberg gehabt. Stellen Sie sich heute auf den Reumannplatz, dann werden Sie vom Leopoldsberg und vom Kahlenberg nichts mehr sehen. Da hat man also etwas geschaffen, was nicht ganz gut überlegt war. Man hat sogar in der neueren Zeit etwas geschaffen: die Hängebrücke in der Grenzackergasse, die man vom Reumannplatz wunderschön gesehen hat. Stellen Sie sich heute auf den Reumannplatz, dann werden Sie die Hängebrücke über die Grenzackergasse nicht mehr sehen.

Ich überlasse es dem Geschmack, ob das sinnvoll ist oder nicht, aber man kann nicht sagen, es ist alles so gelungen. Auf den Reumannplatz werde ich später noch einmal zu sprechen kommen.

Ich glaube, das Übel der vergangenen Jahre war, daß die Sozialistische Partei in Wien das resignierende Sich-Fügen der Bürger für Zufriedenheit der Wiener gehalten hat. Zumindest haben Sie das bis zum 8. Oktober geglaubt. Hier lag die gesamte Fehleinschätzung Ihrer Arbeit, in der Stadtgestaltung und in der Planung dieser Stadt.

Ich möchte von vornherein — um alle Mißverständnisse auszuschalten — feststellen, daß bei der Stadtgestaltung für mich in erster Linie, wenn Kritik geübt wird, am politischen Auftraggeber Kritik geübt wird. Denn kein Beamter hat die Chance, die Möglichkeit oder das Recht, aus sich selbst heraus Vorschläge zu bringen, sondern er arbeitet auf Grund eines politischen Auftrages. Ich möchte den Beamten hier danken, daß sie diese Arbeit mustergültig erfüllen; wenn ich hier Kritik übe, dann ausdrücklich am Auftraggeber, der dem Beamten sagt, welche Ziele er zu verfolgen hat. Diese Ziele setzt ja nicht der Beamte, sondern die setzt der politische Funktionär. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun möchte ich meine Ausführungen einmal aus der Sicht eines Bezirksmandatars machen, wie er heute die Stadtgestaltung in dieser Stadt sieht; außerdem will ich darstellen, wie sie aus der Sicht eines Bürgers gesehen wird.

Ich habe hier prominente Meinungen. Wenn wir in den Regierungsprogrammen über die Stadtplanung nachlesen, dann sehen wir zum erstenmal im Jahre 1973 einen Satz, der wesentlich erscheint. Da heißt es — aus dem Zusammenhang gerissen ist er noch positiver als im Zusammenhang, aber er ist auch so durchaus begrüßenswert —: „Die Stadtplanung muß in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung und vor allem der Wiener Bevölkerung erfolgen.“ Das heißt also, seit 1973 ist dem Herrn Bürgermeister der Sozialistischen Partei bewußt, daß der Bürger bei der Gestaltung seiner Stadt selbst mitzuwirken hat.

Beim Regierungskonzept für diese Legislaturperiode ist das noch weitgreifender. Hier heißt es unter: „Im Dienste der Bürger“: „Wir bekennen uns dazu, daß die Stadtverwaltung in ihren Entscheidungen und in ihren Plänen von der Mitarbeit, dem Interesse und der Kritik der Bürger getragen wird. Gerade im unmittelbaren Lebensbereich einer

Großstadt bestehen für die Bewohner das größte Problembewußtsein und die stärkste Bereitschaft, an der Lösung bestehender Schwierigkeiten teilzunehmen.“

Dazu muß ich sagen: Sehr lobenswerte Ausführungen, ich muß sie aber mit der Praxis konfrontieren und sehen, wie schaut das draußen in der Bevölkerung, unter den Mandataren und unter jenen, die vom Volk beauftragt sind mitzuwirken, tatsächlich aus?

Ich darf den Herrn Bürgermeister weiter zitieren. Bei der Angelobung der Bezirksvertretung in Favoriten am 28. November 1978 führte der Herr Bürgermeister folgendes Interessante aus: Wien wäre das einzige Bundesland, wo es eine gewählte Bezirksvertretung gibt. Und als zweite wesentliche Aussage: Die Bezirksräte eines Wiener Bezirkes wie Favoriten können stolz sein, weil sie sich nicht nur mit Gemeinderäten von kleinen Städten, sondern auch durchaus mit Gemeinderäten von Landeshauptstädten messen können.

Bei dieser Aussage steckt mehr dahinter, und ich darf sie ins rechte Licht rücken. Ist sich der Herr Bürgermeister nicht bewußt, daß es in Österreich 2.301 gewählte Gemeindevertretungen gibt, die nicht nur Finanzhoheit, sondern auch Beschlußfähigkeit haben? Bitte, fragen Sie unsere Bezirksräte, welche Rechte sie haben. Hätte ihnen die Bauordnung 1976 nicht die Mitwirkung gegeben und das gestern beschlossene Kleingartengesetz, dann hätten sie nach wie vor überhaupt keine Kompetenzen. Das ist die Wirklichkeit: 2.300 Gemeindevertretungen mit Beschlußfähigkeit und Finanzhoheit, 23 gewählte Bezirksvertretungen in Wien ohne Finanzhoheit und ohne die Möglichkeit, effektiv und beschlußfähig hier in dieser Stadt mitzuwirken. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, daß die Forderung, die die Österreichische Volkspartei im Laufe der letzten zehn Jahre immer wieder erhoben hat, daß eine Aufwertung der Bezirksvertretungen zu erfolgen hat, nun doch einmal erfüllt werden sollte. Wir glauben nämlich, daß gerade diese Bezirksvertretungen, diese Mandatare, die wir da draußen gewählt haben, viel mehr darüber Bescheid wissen, was die Bürger unserer Stadt gerne haben wollen, wie ihr Gefühl zu dieser Stadt ist, als es wir hier vom Rathaus aus sehen können.

Ich darf mich noch einem anderen Problem zuwenden, dem Problem des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Derzeit ist es so, daß der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan das Um und Auf der Stadtgestaltung ist. Ich darf dazu feststellen, daß dieser Vorgang in zweifacher Hinsicht unbefriedigend ist. Erstens werden große Bezirke — ich denke hier vor allem an Favoriten, aber es gibt auch noch andere große Bezirke, sogar solche, die in ihrer Ausdehnung noch größer sind — Teil um Teil zerschnitten und in Einzelteilen gewidmet, Flächenwidmungs- und Bebauungspläne werden auf Raten erstellt. Die Zusammenschau, der Gesamtüberblick geht nicht nur dem Bürger, sondern auch vielen Bezirksmandataren und den Mandataren hier im Gemeinderat verloren, denn es ist kaum möglich,

Dutzende Flächenwidmungspläne zu studieren, um zu sehen, wie die Gesamtgestaltung des Bezirkes ausschaut. Das ist die eine Seite.

Die zweite unbefriedigende Seite der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ist der zeitliche Ablauf. Die Beschlußfassung über den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan spielt sich so ab, daß er zuerst der Bezirksvertretung vorgelegt wird. Hier darf ich mich auch mit einer Meinung der sozialistischen Fraktion auseinandersetzen, wenn immer gesagt wird: Die Bezirksvertretung hat beschlossen. Die Bezirksvertretung hat nicht die Kompetenz, etwas zu beschließen. Die Bezirksvertretung hat nur die Möglichkeit, Stellung zu nehmen! Wir aber wollen, daß die Bezirke die Beschlußfähigkeit bekommen, denn hier sehen wir eine Chance der Bezirke, in der Planung echt mitzuwirken.

Was mich dabei auch stört, ist der zeitliche Ablauf, daß wir in den Bezirksvertretungen Stellung nehmen, aber erst nach dieser Stellungnahme die öffentliche Auflage erfolgt, wo der einzelne Bürger der Stadt den Flächenwidmungsplan einsehen kann. Das heißt, der Bezirksmandatar ist auf jeden Fall in die Enge getrieben. Er hat nicht die Chance, sich, bevor er sagt, das ist gut und das ist nicht gut — hie und da gibt es ja Mängel —, mit den Bürgern auseinanderzusetzen. Dieser Vorgang sollte nach meiner Meinung so abgeändert werden, daß die öffentliche Auflage mit der Diskussion in der Bezirksvertretung zusammenfällt, damit dann eine echte Beschlußfassung, eine Kompetenz für die Bezirksvertretung vorhanden ist. Dann wäre eine solche Beschlußfassung auch sinnvoll. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben — ich glaube, daß die Österreichische Volkspartei einen großen Anteil daran hat — einen gemeinsamen Antrag eingebracht, daß die betroffene Bevölkerung bei öffentlicher Auflage der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne verständigt wird. Herr Stadtrat, Sie werden mir doch sicherlich zugeben, daß diese Angelegenheit bis heute nicht sehr befriedigend verlaufen ist und die Bevölkerung trotz Verständigung nicht so Anteil nimmt, wie wir uns das erhofft hätten. Dabei muß ich die Frage stellen, ob diese Ausschreibung, diese Verständigung, die wir machen, nicht unzureichend ist. Die Österreichische Volkspartei ist gerne bereit, ihre Pro-Wien-Organisation zur Verfügung zu stellen, und wir werden sehen, ob nicht dadurch ein größeres Interesse bei den Bürgern zu wecken ist, daß sie an den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen wirklich Interesse zeigen.

Nun zur Planung selbst. Ich habe vorhin davon gesprochen, daß den Bezirksmandataren und vor allem der Bevölkerung durch die heutige Form der Flächenwidmung die Zusammenschau über die Gesamtgestaltung eines Bezirkes völlig fehlt. Ich bin der Ansicht, daß wir uns hier an den anderen Bundesländern orientieren sollten. Was in den Bundesländern die Raumordnung ist, könnte in Wien ein städtebaulicher Rahmenplan oder ein Stadtentwicklungsplan sein.

Als zweite Stufe wären Bezirksentwicklungspläne vorzulegen, die untergeordnet sind, weil be-

reits festgelegt ist, was aus gesamt Wiener Sicht notwendig ist: Ausfallstraßen, große Verkehrsverbindungen. Diese Bezirksentwicklungspläne wären also die zweite, untergeordnete Stufe, und als letzte Stufe kämen die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, weil ich glaube, daß die heutigen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne auf der einen Seite Jahrhundertprojekte vorsehen, auf der anderen Seite aber Festlegungen haben, die im Detailausbau unserer Stadt manchmal hinderlich sind. Ich möchte auf solche Themen heute nicht eingehen, das würde zu weit führen; ich habe hier im Gemeinderat darüber schon einmal gesprochen. Ich denke nur an die Wohnungsverbesserung. Wenn heute in einem Haus, das durchaus in Ordnung ist und vielleicht in 30 oder 40 Jahren einmal der Flächenwidmung entsprechend umgebaut wird, eine Wohnungsverbesserung gemacht wird, dann kann das nicht geschehen, weil das Haus nicht der Flächenwidmung entspricht. Ich weiß schon, es gibt eine Ausnahmegenehmigung. Es ist aber nicht der Sinn der Sache, daß ich heute schon Detailformulierungen festlege, die in drei, vier Jahren längst überholt sind.

Die Stadtplanung scheint mir heute etwas zu abstrakt, zu theoretisch zu sein. Wir sind heute Gott sei Dank nicht in der Situation, ein neues Brasília zu planen; das wäre eine furchtbare Sache. Unsere Aufgabe in der Planung ist es nach meiner Meinung, die Umwelt, die Lebensqualität für die Menschen unserer Stadt zu verbessern. Das ist das Naheliegendste, die großstädtischen Probleme, die wir haben und die auch andere Städte haben, auf unsere Art, auf unsere Weise zu lösen, in dieser Stadt das, was lebenswert ist, lebenswert zu erhalten, und das, was es nicht ist, lebenswert zu machen. Diese Stadtplanung ist ein sehr schwieriges Unterfangen, wenn wir sie so machen wollen, wie es unseren Vorstellungen entspricht, nämlich näher beim Bürger. Wir sind der Ansicht, daß hier noch viel mehr zu geschehen hat, daß es aber manchen zu anstrengend scheint. Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, die Österreichische Volkspartei ist bereit, diese Mühe, diese Anstrengungen auf sich zu nehmen! Wir haben es in dieser Stadt durch etliche Aktionen bewiesen. Wir sind bereit, die verschiedenen Meinungen, die in der Bevölkerung auftreten, koordinieren zu helfen. Wir wissen, daß dabei für eine politische Partei Reibungsverluste entstehen, aber die Bürgernähe hat nun einmal ihren Preis. Ich glaube, wir dürfen sie trotzdem nicht aus dem Auge verlieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Da heute Herr GR. Brosch gemeint hat, der Kaiser Franz Joseph hat dekretiert, und wir haben die Ringstraße bekommen, frage ich mich, was der Bürger heute für eine Meinung von der Stadtplanung hat. Da wird nicht mehr vom Kaiser, aber es wird dekretiert. Ich habe in der Stadtplanung schon einmal über das berühmte Wort „man“ gesprochen. Man macht, man tut, man forscht. Ich möchte gerne wissen, wer „man“ ist. Wo liegen die Entscheidungsgewalten? Das wäre interessant. Ich meine, dieser Sache müßten wir einmal auf den Grund gehen. Ich bin nämlich der Meinung, nicht „man“ entscheidet, sondern die letzten Aufträge, die letzten Kontrollen und all das, was mit der Planung zusam-

menhängt, liegen beim Gemeinderat und nirgendwo anders. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich verfolge seit genau zehn Jahren sehr aufmerksam, kritisch und interessiert die Planung eines Bezirkes. Es handelt sich um den 10. Wiener Gemeindebezirk, dem ich heute als Mandatar angehöre. Ich möchte drei sogenannte Jahrhundertprojekte herausgreifen und aufzeigen, wie sich die Planung in der Praxis auf das Bezirksleben ausgewirkt hat. Es handelt sich um die U-Bahn, um die Fußgängerzone Favoriten und um die Südosttangente. Alle drei Projekte haben im Grunde genommen nichts mit Flächenwidmung zu tun. Hier ist keine Flächenwidmung, hier sind einfach Zielvorstellungen notwendig. Daß die Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung langwierig ist und es viel Zeit in Anspruch nimmt, bis man ganz Wien durchgearbeitet hat, kann nicht heißen, daß es mit den Zielvorstellungen so lange dauern muß.

Wir haben Leitliniendiskussionen gehabt, wir haben eine Diskussion über die Stadtentwicklung, und eigentlich sollten wir schon längst unsere Zielvorstellungen haben. Es ist interessant, daß wir zum Beispiel für diesen Bezirk 1970 ein Entwicklungskonzept hätten bekommen sollen. Es wurde eines in Auftrag gegeben. Der Kontrollamtsbericht 1971 schreibt dazu: Wir haben zwar den Auftrag bezahlt, aber die Arbeit ist bis heute nicht abgeliefert. — Bis heute hat man das vergessen! Es mag sich um einen Betrag handeln, der aus unserer Sicht nicht sehr hoch ist. Vielleicht geht es um 100.000, 200.000, 300.000 oder um 2 Millionen Schilling. Ich konnte den genauen Betrag nicht eruieren.

Aus der Sicht des Bürgers scheint es doch eine enorme Verfehlung zu sein, wenn Aufträge erteilt, diese aber nicht abgeliefert werden und die Stadtverwaltung gezwungen ist, zu bezahlen.

Die Zielvorstellungen müssen einfach vorhanden sein, weil wir sie brauchen, um Projekte, die im Laufe der Zeit an uns herangetragen werden, richtig einzuordnen. Ich darf Ihnen ein Problem vor Augen führen. Wir haben über Drängen der Österreichischen Volkspartei — die Österreichische Volkspartei hat wiederholt Anträge gestellt — den Beschluß gefaßt, die U 1 über den Reumannplatz hinaus nach Rothneusiedl zu verlängern. Nun gibt es einen Forschungsauftrag, wie diese U-Bahn in Rothneusiedl geführt wird. Aber siehe da: Zur gleichen Zeit haben wir einen Auftrag über die Wienerberggründe, zur gleichen Zeit wurde das AUA-Gebäude mit 1.200 Arbeitskräften in Betrieb genommen, zur gleichen Zeit haben wir die Verlängerung der Straßenbahnlinie 67 durch die Neilreichgasse beschlossen. Das ganze paßt nicht zusammen, und zwar aus dem einfachen Grund: Mit der U 1 wurde die Nord-Süd-Richtung aufgeschlossen, plötzlich entsteht aber eine Schwerpunktlinie in West-Ost-Richtung, von der AUA hinüber zu den Wienerberggründen.

Ich frage mich nun, wie die U-Bahn dort unten — wienerisch gesagt — die Kurve kratzen wird. Wird sie zum Kurzzentrum fahren und das neu anzusiedelnde Gebiet bei den Wienerberggründen rechts liegen lassen, oder wird sie nach rechts die

Kurve nehmen und die AUA und das Kurgelbiet links liegen lassen? Warum war es nicht möglich, vor zehn Jahren für einen Bezirk, von dem man gewußt hat, daß er sich enorm entwickeln wird, ein Grundsatzprogramm zu schaffen, Leitlinien, Zielvorstellungen zu bringen, damit man nicht plötzlich drei Achsen hat, die man nur mit einer Achse aufschließen kann?

Dazu kommt noch: Wir haben die Verlängerung der Straßenbahnlinie 67 durch die Neilreichgasse beschlossen und gleichzeitig die U 1 nach dem Süden verlängert. Im Voranschlag der Verkehrsbetriebe ist für den Ausbau der Linie 67 im nächsten Jahr kein Betrag vorgesehen. Voraussichtlich wird der Ausbau erst 1981 oder 1982 erfolgen. Bis dorthin hoffen wir die U 1 fertig zu haben. Ich frage mich nur, wie die Endlösung der Verkehrsprobleme in diesem südlichen Bereich tatsächlich aussehen wird. Welche Betriebe werden tatsächlich angeschlossen, welche werden auf der Strecke bleiben? Es wird also ohne jedes Konzept da ein Stück hingestellt und dort ein Stück hingestellt. Der AUA hätte es bestimmt nichts ausgemacht, wenn man ihr gesagt hätte, wo die U-Bahn hinfährt, und sie ersucht hätte, nicht dort zu bauen, wenn wir ihr am Wienerberg ein Grundstück angeboten hätten.

Meine Damen und Herren! Hier ist nicht vorausschauend gedacht worden, und unter vorausschauend Denken verstehen wir in dieser Stadt planen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf ein weiteres Problem aufzeigen. Wir beschäftigen uns heute sehr mit dem öffentlichen Verkehr und mit dem Individualverkehr. Wir denken darüber nach, wie wir das Verkehrsproblem lösen können, das dadurch entsteht, daß Leute quer durch Wien entweder mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit ihrem Auto zum Arbeitsplatz fahren. Im Grunde genommen wissen wir, daß jeder sagt: Wenn ich ehrlich bin, eine Lösung sehe ich nicht.

Als wir in Favoriten darangegangen sind, Vorschläge für die Wienerberggründe vorzubringen — Herr Stadtrat Wurzer hat sehr schnell geschaltet und Aufträge erteilt, nachdem im Sommer durch die Presse gegangen ist, daß die Wienerberggründe nicht brachliegen dürfen, nachdem die Betriebe an den Wienerberggründen vorbei längst nach dem Süden abgewandert sind —, haben wir uns auch den Kopf über den Verkehr zerbrochen, aus dem einfachen Grund, weil wir uns sagten: Aus Favoriten pendeln täglich 45.000 Menschen aus, und dies durch die drei Löcher Matzleinsdorfer Platz, Südtiroler Platz und in den 11. Bezirk.

Welche verkehrstechnische Lösung gibt es? Diese Pendlerbewegung sollte einmal abgefangen werden, und für einen Teil dieser Bevölkerung, vor allem für die Frauen, sollten im Bezirk selbst Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit könnten wir die öffentlichen Verkehrsmittel entlasten und zum Teil auch den Individualverkehr einschränken. Überlegen wir doch, welche Entlastung es für den Verkehr bedeuten würde, wenn statt 45.000 nur mehr 35.000 Menschen auspendeln.

Nun will ich mich dem Problem Fußgeherzone widmen. Die Fußgeherzone wurde, so liest man es immer wieder in den Bezirkszeitungen, von der Bezirksvertretung beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Beamter der Stadtplanung hat bei dieser denkwürdigen Sitzung einen Vortrag gehalten, wie man sich die Gestaltung der Fußgeherzone in Favoriten vorstellt. Nachher wurde gefragt, ob man diesen Vortrag zur Kenntnis nehme oder nicht. Einige Bezirksräte der Österreichischen Volkspartei haben damals Bedenken geäußert, weil sie der Meinung waren, daß zu einer Fußgeherzone auch Begleit-einrichtungen gehören. Das wird ja auch immer wieder bestätigt. Man hat vor Schaffung der Fußgeherzone genaue Erhebungen gemacht und festgestellt, daß 64 Prozent der Kunden mit dem Auto auf die Favoritenstraße kommen. Wenn man dieser Erkenntnis Rechnung trägt, dann ist doch die erste Schlußfolgerung: Wenn ich die Kunden in Zukunft halten will, muß ich für diese Kunden auch Parkplätze schaffen. (Zwischenruf bei der SPÖ: Parkgarage Reumannplatz!) Die Parkgarage am Reumannplatz ist eine klasse Sache. Ein Bekannter von mir, der sich am Reumannplatz angesiedelt hat, fragte mich, ob ich ihm keinen Garagenplatz verschaffen könne, denn er findet in seiner Umgebung keinen Parkplatz. Ich verwies ihn auf die Reumanngarage und meinte, daß er dort einen Parkplatz finden werde. Darauf meinte er, daß er arbeiten gehe und nicht immer vor 8 Uhr abends zu Hause sei. Die Parkgarage sperrt jedoch um 8 Uhr abends, und erst um 6 Uhr früh kann man sein Auto wieder holen. Wenn man einmal früher zur Arbeit muß, muß man das Auto im Freien stehen lassen. Wenn man später nach Hause kommt, muß man das ebenfalls tun. Außerdem darf ich dem Bürger nicht den Vorwurf machen und sagen: Du, da habe ich dir eine Garage hingestellt, wenn du sie nicht annimmst, bekommst du keinen Parkplatz!

Ich habe hier im Gemeinderat schon einmal darauf hingewiesen und tue es immer wieder: Die Fußgeherzone Favoritenstraße, die Fußgeherzone Kärntner Straße wurde in der Bezirksvertretung nicht beschlossen, denn dazu hat sie laut Verfassung nicht das Recht. Diese Fußgeherzone im 10. Bezirk, die ein Drittel der Struktur des Bezirks völlig verändert hat, wurde auch hier im Gemeinderat nicht beschlossen. Groteskerweise haben wir hier im Gemeinderat die Papierkörbe, die Granitsteine und die Lampen dafür beschlossen, aber dazu, daß die Struktur eines Drittels eines Bezirkes völlig verändert wird, gab es im Gemeinderat keine Möglichkeit der Stellungnahme. Es war einfach nicht möglich. Wenn Sie das nicht glauben, dann studieren Sie die Verfassung, dann studieren Sie einmal die Verordnungen, die es gibt, die Geschäftsordnung, dann werden Sie sehen: Wir haben diese Möglichkeit nicht. (GR. Maria Kuhn: Sie haben einen Bezirksrat enthoben, weil er dafür gestimmt hat!) Wen bitte? (GR. Maria Kuhn: Den Trilety!) Bitte, Herr Kommerzialrat Trilety ist aus der Politik ausgeschieden. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Er war 15 Jahre Parteiboss der Österreichischen

Volkspartei in Favoriten (GR. Maria Kuhn: Bis zur Fußgeherzone!) und hat sich sein ganzes Leben geweigert, ein Mandat anzunehmen. Ich muß hier die Ehre dieses Mannes, der unser Ehrenobmann in der ÖVP ist, wirklich retten. Diesem Mann, der bis heute dem Bezirksvorstand meiner Partei angehört, wurde, als es darum ging, seinen Betrieb in Favoriten abzusiedeln, wo heute das Per Albin Hansson-Zentrum steht, gesagt, er wird seine Absiedlung nur dann ordentlich vor sich gehen lassen können, wenn er sich aus der politischen Tätigkeit zurückzieht.

Ich habe hier einen Zeugen, Herrn GR. Ebert. Das hat sich genau in dem Jahr abgespielt, in dem mich Kommerzialrat Trilety gefragt hat, ob ich bereit wäre, diese Funktion im Bezirk zu übernehmen. Deshalb ist es für mich eine sehr denkwürdige Zeit. Dieser Mann hat damit also wahrlich nichts zu tun. Das ist etwas, wo Sie auf die Seife steigen! (Beifall bei der ÖVP.)

Eines ist jedenfalls entscheidend: Fragen Sie die Bezirksräte, ob sie die Möglichkeit haben, mitzubestimmen. Die Sozialistische Partei konnte sich bis heute nicht dazu entschließen, den Bezirksvertretungen Rechte zu geben. Warum haben Sie das nicht verankert, als wir die Verfassungsreform beschlossen haben? Warum sind die Rechte der Bezirksvertretungen nicht verankert worden, wie die Österreichische Volkspartei es verlangt hat, bis heute nicht? Wir warten noch immer darauf, daß es kommt. Vielleicht nach der Denkpause. Wenn ich mir heute die Berichte des Herrn Bürgermeisters anschau: Er kommt jetzt anscheinend darauf, daß es doch notwendig ist, wie wir es schon vor Monaten und Jahren gesagt haben, die Bezirksvertretungen aufzuwerten. (Beifall bei der ÖVP.)

Rein rechtlich wird eine Fußgeherzone heute so geschaffen, daß in einem Verwaltungsakt eine Fahrverbotstafel hinkommt. Das ist alles, was für eine Fußgeherzone notwendig ist, und wenn Sie darüber lächeln, dann sind Sie unwissend, dann haben Sie keine Ahnung davon, was in Wien wie beschlossen wird! (Beifall bei der ÖVP.)

Darf ich Ihnen jetzt sagen: Wenn es bei uns Leute gegeben hat, die Bedenken gegen die Fußgeherzone gehabt haben, dann war es ihr Recht. Wir sind eine so pluralistische Partei, daß es bei solchen Sachproblemen einfach Menschen gibt, die sagen können, ja, das gefällt mir, oder das gefällt mir nicht, vor allem dann, wenn sie persönlich betroffen sind.

Wie sieht aber die Situation jetzt, drei Jahre danach, aus? Meine Damen und Herren! Ich habe zu jenen gehört, die für die Fußgeherzone waren, ich war allerdings für eine andere Form der Fußgeherzone. Ich will das aber nicht näher erläutern. Ich habe gestern mit einem sozialistischen Funktionär des Bezirks gesprochen, und er hat mir da eigentlich Recht gegeben.

Wie sieht die Situation aber aus? Die untere Favoritenstraße ist nach wie vor ungeklärt. Im damaligen Vortrag wurde die Fußgeherzone vom Reumannplatz, von der Davidgasse bis zum Süd-

tiroler Platz angekündigt. Wir haben die Fußgeherzone bis zur Landgutgasse errichtet, von der Landgutgasse bis zum Südtiroler Platz herrscht aber Tohuwabohu. Dort gibt es nichts. Dort redet sich der Herr Stadtrat Nekula auf die Geschäftsleute aus, daß er den O-Wagen nicht führen kann, und die Planer reden sich auf den O-Wagen aus, daß sie darum keine Fußgeherzone machen können. Auf die Idee, daß die Geschäftsleute dort eine verkehrsarme Zone wollen, ist niemand gekommen, weil es bis heute niemand für notwendig gefunden hat, die Briefe der Geschäftsleute, die sich vor mehr als einem Jahr bereiterklärt haben, hier mitzumachen, nicht gegen die Planung, sondern mit der Planung zu arbeiten, diese seitenlangen Briefe zu beantworten. Das ist die Bürgermitbestimmung, das ist das Bürgermitreden, daß man es nicht einmal der Mühe wert findet, die Briefe dieser Bürger zu beantworten!

Eine zweite Sache. Man geht jetzt so weit, daß man zum Beispiel in dem Stück zwischen Landgutgasse und Columbusplatz Taten setzt, die mit einem Endausbau nicht zusammenpassen können. Meine Damen und Herren! Sie können sicher sein, daß die Österreichische Volkspartei diese Probleme mit der betroffenen Bevölkerung sehr eingehend diskutieren wird. Oder kennen Sie den Endausbau, oder gibt es dort Protektionismus, daß man dort plötzlich einen Schanigarten für einen Betrieb hinstellt, von dem im Bezirk niemand etwas weiß, weder die Bezirksvertretung noch hier der Gemeinderat. Wie geht diese Planung vor sich, meine Damen und Herren? Entweder sind Sie bereit, das mit der gesamten Bevölkerung zu machen, oder Sie nehmen zwei, drei her, die Ihnen Liebling sind, und mit denen machen Sie die Planung vor ihrem Haus. Das ist das, was angekreidet werden muß. Die Bürger haben ein Recht, mitzubestimmen. Daß Sie aber nicht reagieren, daß Sie nicht einmal bereit sind, meine Damen und Herren, Briefe zu beantworten, das macht dieses Konzept, das Sie haben, einfach unglaublich. So werden Sie in Zukunft diese Stadt sicher nicht mit den Bürgern gestalten können! (Beifall bei der ÖVP.)

Und wie ist jetzt das Urteil über diese Fußgeherzonen; das betrifft nicht nur Favoriten, das betrifft alle Fußgeherzonen, die wir geschaffen haben. Bis heute wurden keine Parkplätze für die Anrainer geschaffen. Kein Mensch kümmert sich darum, was mit den Menschen passiert, die in der Umgebung der Fußgeherzone wohnen. Wir haben dort die Blauen Zonen. Ist in Ordnung, wir sind dafür. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen diese Leute tatsächlich vor sieben oder acht Uhr ihr Haus verlassen und dürfen sie nicht vor fünf oder sechs Uhr abends nach Hause kommen? Wo sollen die ihre Autos hinstellen? Man läßt sie einfach durch die Gegend laufen und sagt: Tut, was ihr wollt, das ist euer Problem! Wollen wir, daß in der Fußgeherzone und in ihrer Umgebung Menschen leben, oder wollen wir das nicht? Wenn wir wollen, daß sie dort leben, dann müssen wir auch die Voraussetzungen schaffen. Im modernen Zeitalter gehört es dazu, daß die Leute ein Auto haben, und ich kann den Menschen, die in der Fuß-

geherzone wohnen, nicht sagen: Weil du hier wohnst, dafür parkst du am Laaer Berg! Das ist sicherlich nicht die Lösung.

Das größere Problem aber, meine Damen und Herren, ist das Problem für die Kunden. Wir werden darauf noch zurückkommen. Wenn ich am vergangenen Samstag bei den Verkehrsnachrichten im Rundfunk gehört habe, daß die Autobahnauffahrt Brunn am Gebirge gesperrt ist, weil bei der Abfahrt in die Shopping City Süd zwei Kilometer Rückstau sind, dann, meine Damen und Herren, ist das die Folgeerscheinung, daß Sie nicht bereit sind, wenigstens an den langen Einkaufssamstagen rund um die Fußgeherzone provisorische Parkplätze zu schaffen! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe schon im vergangenen Jahr darauf hingewiesen und gesagt, mit Strafezahlungen und verstärktem Polizeieinsatz rund um die Fußgeherzone an den langen Samstagen geht es nicht, das kann nicht die Lösung sein. Ich habe gebeten, sich etwas einfallen zu lassen. Nichts ist geschehen. Ich habe den Vorschlag gemacht, an diesen langen Samstagen die Laxenburger Straße und die Sonnwendgasse als Einbahn zu führen, im großen Kreisverkehr, und die gewonnenen Flächen als Parkplätze zu verwenden. Nichts ist geschehen! Abermals ist verstärkter Polizeieinsatz gewesen. Fragen Sie die Menschen, wie viele Strafzettel sie in ihren Autos haben. Wer nach Favoriten in die Fußgeherzone einkaufen fährt, der wird bestraft und nicht belohnt, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit, und so schaut es tatsächlich aus!

Und eine zweite Situation, meine Damen und Herren: Wenn Sie die Papiere, die Herr StR. Wurzer herausgibt, lesen — ich habe manchmal das Gefühl, lesen tut das nur die Opposition; Sie verlassen sich allzusehr darauf, daß der Herr Stadtrat ohnehin das vorlegt, was da kommt —, dann finden Sie in dem Stadtentwicklungsplan über Finanzen und Wirtschaft zur Nahversorgung, daß Favoriten trotz der attraktivsten Fußgeherzone und des Einkaufszentrums der schlechtest versorgte Bezirk von Wien ist, was die Nahversorgung angeht. Das ist Favoriten.

Und warum kommt das? Weil wir in unserer Euphorie, eine Fußgeherzone im Zentrum zu haben, vergessen haben, planerisch einzugreifen, daß die Randzonen versorgt werden.

Wenn wir uns die Zeichnung anschauen, die diesen Plänen beiliegt, dann sehen wir, daß die Randzonen Favoritens tatsächlich die unterversorgtesten von ganz Wien sind.

Wenn heute ein Bezirksrat im „Favoritner Journal“ schreibt, es ist eine Wahnsinnsidee, wenn die ÖVP einen City-Bus zu den Spitälern verlangt, dann muß ich dazu sagen: Meine Damen und Herren! Wir wissen schon, daß es nicht nur darum geht, die Besucher von Favoriten zu den Spitälern zu führen. Da steckt ja mehr dahinter. Gerade diese Gebiete, die Inzersdorfer Straße entlang von der Laxenburger Straße zur Triester Straße und jenes Gebiet zwischen den beiden Spitälern, von dem viele gar nicht wissen, daß es zu Favoriten gehört,

sind vollkommen unterversorgt. Wir wollen diese Menschen mit einem Verkehrsmittel anbinden an das Einkaufszentrum. Denn zurück bleiben dort nicht jene Menschen, die ein Auto haben, die relativ gut verdienen, sondern zurück bleiben die alten Leute, die nicht mobil sind. Für diese Menschen wollen wir den City-Bus haben, damit sie auch die Chance haben, zum Markt und zum Einkaufszentrum zu kommen. (Beifall bei der ÖVP.) Hier, glaube ich, denken Sie viel zu wenig mit, was sich draußen tatsächlich bei der Bevölkerung abspielt und was die Menschen in dieser Stadt tatsächlich brauchen.

Am 25. Februar dieses Jahres haben wir die U-Bahn eröffnet. Die Österreichische Volkspartei hat damals verlangt, daß die U-Bahn — 1972 war der erste Antrag der Österreichischen Volkspartei — nach Rothneusiedl-Oberlaa verlängert wird. Meine Damen und Herren! Sie haben sicherlich den Wahlkampf 1973 verfolgt, und ich muß sagen, es war für mich eines der stärksten Erlebnisse, mit welcher Vehemenz damals die Sozialisten gegen die Verlängerung der U1 aufgetreten sind. Umso größer war dann mein Eindruck, als es unter dem Druck der Öffentlichkeit, unter dem Druck der zahlreichen Unterschriften gelungen ist, die U-Bahn doch nach dem Süden zu verlängern.

Wir haben damals ein Verkehrskonzept vorgelegt, wie Favoriten mit dem öffentlichen Verkehr aufgeschlossen wird, wenn die U1 bis zum Süden fertig ist. Sie haben das bis heute nicht. Was hat der Herr Stadtrat Nekula gemacht? Ich habe im Jahre 1973 zum Budget verlangt: Die U-Bahn ist zwar noch lange nicht fertig, aber man sollte sich überlegen, wie der Anschlußverkehr, der Sekundärverkehr nach der U-Bahn aussieht, denn die U-Bahn ist ja nur ein Hauptzubringer. Wenn ich den Bezirk versorgen will, brauche ich einen Anbindeverkehr, denn es wohnen ja höchstens 15 Prozent tatsächlich an der U-Bahn. Das heißt, die Attraktivität der U-Bahn hängt davon ab, wie gut, wie rasch und wie bequem ich zu der U-Bahn hinkomme.

Sie sind hergegangen, genau zwei Monate vor der Eröffnung der U-Bahn, und haben ein Konzept herausgelassen, ein ganz klasses Konzept, das in der Zwischenzeit bereits dreimal revidiert worden ist. Ich muß sagen: Ich glaube, heute kann man in Favoriten nicht einmal mehr darüber lächeln, heute kann man nur mehr lachen über das, was sich dort tatsächlich abspielt. Neben den Glückstreffern, muß ich sagen, des Autobusses 66 A, der wirklich in Ordnung geht, und des Autobusses 68 A — bitte, das war ein Wunsch seit Jahren — ist alles andere so ziemlich danebengegangen. Ich denke nur an die Linie O. Seit die Favoritenstraße und die Laxenburger Straße mit einem öffentlichen Verkehrsmittel versehen sind, war das nie eine Parallelführung. In der Euphorie der U-Bahn-Eröffnung hat man geglaubt, weil dort die U-Bahn fährt, kann man alles rundherum wegstreichen.

Nun glaube ich, daß wir uns doch durchgesetzt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir werden nicht lockerlassen, uns in Wien in allen

Belangen der Stadtplanung durchzusetzen, weil wir zu wissen glauben, was die Bürger in dieser Stadt haben wollen! (Beifall bei der ÖVP.) Sie haben hier ein Verkehrssystem geschaffen, das nicht funktioniert.

Die zweite Sache: eine völlig unverständliche Endstelle der Autobuslinien 14 A und 68 A. Jeder Favoritner greift sich an den Kopf, warum von zwei Autobuslinien, die die gleiche Endstelle haben, der eine links im Uhrzeigersinn und der andere rechts, also entgegen dem Uhrzeigersinn, fährt. Jetzt frage ich mich: Wozu ist das gut? Erst jetzt, weil die Bürger dort sagen, das ist eine Wahnsinns-idee, geht man plötzlich zu den Bürgern hin und fragt: Was wollt ihr denn eigentlich?

Meine Damen und Herren! Sie hätten sieben Jahre Zeit gehabt, sich mit der Bevölkerung ins Einvernehmen zu setzen! Ich bin sogar überzeugt, daß die Menschen die Einstellung des O-Wagens geschluckt hätten, hätte man vorher gesagt: Jetzt wird die U1 verlängert, das dauert ein paar Jahre, dann haben wir eine neue Situation. Aber auch das haben Sie nicht gemacht. Dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie mit den Menschen nicht reden, daß Sie auch kein Verständnis bei der Bevölkerung dort draußen finden! (Beifall bei der ÖVP.)

Daß dieser gesamte Anschlußverkehr in Favoriten mit den Autobussen eine Ad-hoc-Lösung war, Herr Stadtrat, wird durch etwas anderes bewiesen: Sie haben mit Ihren Autobussen den Reumannplatz total verschandelt, verhunzt und ruiniert.

Und ich sage Ihnen: Ich werde mit diesen Bürgern des Reumannplatzes zu Ihnen kommen, die keine Nacht, keine Abendstunde, keine Morgenstunde Ruhe haben. Denn hätten Sie, als die U-Bahn geplant wurde, auch diese Anschlußnetze eingeplant, dann hätten Sie nämlich im Tiefparterre der Garage einen Autobusbahnhof schaffen können, wo Sie den 14 A, den 68 A und den 66 A hineingebracht hätten. Dann hätten wir uns auch etwas anderes erspart: die Verhüttelung des Reumannplatzes.

Der Herr Bürgermeister bringt der Favoritner Bevölkerung anlässlich der Angelobung in Favoriten ein Geschenk: ein Wartehäuschen für den 66 A. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mitten auf einen Platz, von dem man gesagt hat, er ist schön gestaltet worden, bauen wir jetzt ein Wartehäuschen! Ich frage mich: Was war da geplant? Was war da vorausschauend?

So schaut die Realität Ihrer Stadtplanung aus: Dort noch ein Stückl, da noch ein Stückl, morgen korrigieren wir es, dann geben wir es dorthin und dann geben wir es dahin. (Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner: Flexibel!)

So schaut also der Reumannplatz aus: Autobusse, Lärmbelästigung. Die Bürger regen sich auf. Autobushaltestellen ohne Regenschutz — das sind moderne Neuplanungen. Meine Damen und Herren! Das ist Ihre Planung! Mit der können wir uns in dieser Stadt nicht identifizieren! (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun noch ganz kurz zur Südosttangente. Das muß ich heute zum Vorwurf machen. Es wäre fast

penibel, würde ich mich heute bei jedem Geschäftsstück zur Stellungnahme herausfordern lassen und sagen: Da stimme ich dagegen, da stimme ich dagegen. Das ist einfach schon lästig.

Wir haben beschlossen, eine Befragung durchzuführen bzw. die Auswirkungen der Südosttangente zu überprüfen. Herr Stadtrat! Nach meiner Erfahrung in der Praxis ist das eine völlig unnötige Arbeit, denn die Auswirkungen der Südosttangente sind heute ganz andere als dann, wenn der Landstraßer Gürtel ausgebaut sein wird.

Der Landstraßer Gürtel ist eigentlich dazu gedacht, daß der Hauptstrom des Verkehrs, der in das Innere der Stadt will, dort die Südosttangente verlassen soll. In der Praxis hat sich aber ganz etwas anderes eingebürgert: Das ist ein Nadelöhr, durch das die Autofahrer nicht kommen. Der Gürtel ist dort nicht ausgebaut, daher weichen sie aus. Und heute sind wir so weit, daß die Autofahrer daraufgekommen sind, daß es das einfachste ist, die Südosttangente, die eine Entlastung für Favoriten sein sollte, beim Favoritner Kreis zu verlassen, und wir haben eine vielfache Belastung des Favoritner Kreises gegenüber der Zeit vor der Eröffnung der Südosttangente.

Das ist ganz klar ersichtlich. Stellen Sie sich in den Morgenstunden in die Favoritenstraße beim Laaerbergbad. Früher sind Sie mit einer Ampelphase durchgekommen, heute ist der Stau bis zur Per Albin Hansson-Siedlung. Das ist der beste Beweis dafür, daß der Kreisverkehr viel mehr belastet ist als früher. Da brauche ich keine Erhebungen.

Diese Belastung wird aber weg sein, wenn das Nadelöhr am Landstraßer Gürtel beseitigt ist. Daher ist eine Zwischenbefragung ein völlig hinausgeschmissenes Geld, meine Damen und Herren!

Und wenn man das hier im Rathaus vom grünen Tisch aus nicht sehen will, bitte, dann soll man halt einmal hinausgehen und soll sich anschauen, wie das in der Praxis ist.

Aber die Südosttangente hat natürlich ein zweites Problem mit sich gebracht. Jeder will heute von den Innenbezirken zur Südosttangente. Ein Bezirk wie Favoriten, der am Rand liegt, muß halt auf sich nehmen, daß ein enormer Durchzugsverkehr vorhanden ist, weil die Leute zu der Südautobahn und zu der Südosttangente wollen.

Ich würde gern alle Menschen, die hier mitzuarbeiten haben, mit einem Auto auf die Favoritenstraße im 4. Bezirk oder auf den Matzleinsdorfer Platz stellen und sagen: Bitte: jetzt fahr einmal zur Südosttangente. Dann schaue ich mir an, wie die einzelnen Bürger zur Südosttangente kommen. Wir haben die Laxenburger Straße als eine der Ausfallstraßen. Aber im östlichen Teil des Bezirkes haben wir die breiteste Straße, die Steudelgasse, abgesperrt. Dort haben wir den Bürgern nämlich versprochen — es sind durchwegs, zu 90 Prozent Gemeindebauten, das muß man berücksichtigen —, wenn der Umleitungszirkus mit der U-Bahn vorbei ist, dann bekommen sie wieder eine ruhige Straße.

Dafür hat man jetzt die Herndlgasse — die früher eine genauso ruhige Straße war wie die Steudelgasse, aber dort sind wieder 80 Prozent Eigentumsbauten —, obwohl sie um die Hälfte schmaler ist, zur Hauptdurchzugsstraße des Bezirkes gemacht.

Und jetzt schaue ich mir an: Bitte: wo sind die Ausfallstraßen aus dem Bezirk? Früher einmal hat es in Favoriten zwei, drei Straßen gegeben, wo sich der Verkehr gebündelt hat; heute fährt alles kreuz und quer durch Favoriten.

Und auch eine Erhebung der Stadtverwaltung und nicht eine der ÖVP: Favoriten ist heute der verschmutzteste Bezirk, mit dem größten Staubbiederschlag und mit Straßen, die Abgasmengen haben, wie sie in den Innenbezirken vorkommen.

Hier frage ich mich wirklich: Wollen wir in einem solchen Bezirk, wo wir noch genügend Raum und Platz haben, nicht endlich darangehen, ihn so zu gestalten, daß er lebenswert ist? Oder lassen wir ihn einfach links liegen, überlassen wir alles einfach dem Zufall?

Hier, muß ich sagen, ist in der Stadtverwaltung durch Jahre hindurch etwas versäumt worden, und ich frage mich, ob wir manches überhaupt noch gutmachen können. Hier muß also, glaube ich, noch sehr, sehr viel nachgedacht werden.

Die derzeitige Planungssituation und den Planungsvorgang kann also die Österreichische Volkspartei nicht akzeptieren. Wir können den Planungsvorgang nicht akzeptieren, wenn er nicht offenkundiger wird, wenn er nicht durchsichtiger wird für den politischen Mandatar, vor allem für die Bezirksmandatare, und für die Bevölkerung des Bezirkes, damit man die Chance hat, seine Meinung auch kundzutun. Was steht in den Zeitungsaussendungen? Was hat der Herr Bürgermeister festgestellt? „Die Bürger haben keine Stelle, wohin sie sich wenden und ihre Probleme darlegen können.“ Meine Damen und Herren! Das war unser Plus für „Pro Wien“, denn wir haben unser Ohr geöffnet und haben gesagt: Bürger, kommt zu uns! Wir hören und geben weiter, und wir verarbeiten eure Probleme für die zukünftige Gestaltung in dieser Stadt.

Ich glaube, Sie sollten auch dazu kommen, die Planung so demokratisch, so transparent zu machen, daß der Bürger mitreden kann, daß er von vornherein ersehen kann, wie dieser Bezirk, wie diese Stadt gestaltet wird, denn wenn er mitgeredet hat, dann wird er sich mit dieser Planung und mit dieser Stadt auch tatsächlich identifizieren.

Wir glauben, wir müssen dem Bürger dieser Stadt eine Chance geben, daß er mitreden kann. Wo soll er mitreden, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn nicht bei den Problemen, die ihn unmittelbar betreffen? Warum hat man den Bürger nicht gefragt beim O-Wagen, ob er glaubt, daß das sinnvoll ist? Wir sind ja sonst ganz groß mit der Vergabe von solchen Aufträgen. Warum hat man also hier einen solchen Auftrag nicht vergeben?

Ich komme zurück auf den Kollegen Schultz, der gesagt hat — und damit will ich schließen —:

Unsere Hoffnung ist, daß unsere Planung heute von späteren Generationen einmal anerkannt wird. Meine Damen und Herren! Das ist nicht unser Ziel. Unser Ziel ist, daß die Planung, die wir heute machen, von der heute lebenden Bevölkerung anerkannt wird! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. **Hofstetter**: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Rosenberger zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. **Rosenberger**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde nach den etwas emotionalen Ausführungen meines Vorredners versuchen, ein paar Bemerkungen über die Aufgaben der Stadtplanung generell zu machen, weil es mir sinnvoll erscheint, sich einmal zu vergegenwärtigen, wozu es denn überhaupt geht.

Es geht darum, daß entsprechend der politischen Willensbildung die konzeptive Voraussetzung zur Verwirklichung des Arbeitsprogramms zu schaffen ist. Dazu gehört die Gliederung des Lebensraums Wien, also die Strukturplanung, dazu gehört die Verkehrskonzeption, und dazu gehört, das Baugeschehen in dieser Stadt im Griff zu behalten. Das sind die grundsätzlichen Voraussetzungen für die Stadtplanung, wie wir Sozialisten sie sehen.

Wenn wir uns mit der Gliederung des Lebensraumes in Wien beschäftigen, dann müssen wir uns in erster Linie den Wohn- und Siedlungsgebieten zuwenden, dann müssen wir uns damit auseinandersetzen, wo wir die Betriebs- und die Industriezonen ansiedeln, den Arbeitsbereich der Menschen; dann wollen wir die Schul- und Bildungsstätten entsprechend situieren und die Erholungs- und Freizeitbereiche so ansetzen, daß sie zum Nutzen der Wohnbevölkerung vorhanden sind. Wir haben dies alles zu tun unter Bedachtnahme auf das, was wir heute Umweltschutz nennen, auf Lärmbelastung und vieles andere, von dem heute schon die Rede war.

Aber wir dürfen diese Gliederung des Lebensraumes Wien nicht losgelöst von den Problemen der Region sehen. Aus diesem Grund erscheint es notwendig, sich auch den Problemen der Ostregion — gemeinsam mit Niederösterreich und mit dem Burgenland — zuzuwenden und diese Fragen nicht aus dem Auge zu lassen.

Wenn wir uns mit den Verkehrskonzeptionsfragen beschäftigen, dann sind wir Sozialisten der Auffassung, daß es keine Verteufelung des Individualverkehrs geben darf, wenn wir auch dem öffentlichen Verkehr den Vorrang einräumen wollen. Wir sind der Auffassung, daß es das notwendige Nebeneinander des öffentlichen und des Individualverkehrs geben muß. Wir glauben, daß wir dazu dem öffentlichen Verkehr alle Hilfen zu bieten haben, wie da sind Beschleunigungsprogramme und ähnliches mehr.

Wir wollen darüber hinaus die Sicherheit der Fußgänger in dieser Stadt gewährleisten, die Sicherheit der Fußgänger, die auch dem Verkehr insgesamt zugute kommt. Das ist nicht nur die Anbrin-

gung von Lichtsignalanlagen, sondern das ist unter anderem auch die Schaffung von verkehrsarmen Zonen, von verkehrsberuhigten Zonen.

Wir wollen aber auch der Ordnung des ruhenden Verkehrs, seiner Überwachung ein besonderes Augenmerk schenken. Es wird in diesem Zusammenhang notwendig sein, sich Gedanken darüber zu machen, welche Überwachungsmethoden zielführend sein können. Dazu zählt natürlich auch ein Garagenkonzept, das in Ausarbeitung ist.

Zur Verkehrskonzeption zähle ich auch den U-Bahn-Bau, das U-Bahn-Netz, und es ist für uns überhaupt keine Frage, daß wir in der Lage sein werden, durch den verstärkten Einsatz von finanziellen Mitteln das U-Bahn-Grundnetz in den vorgesehenen Zeitabschnitten seiner Realisierung zuzuführen.

Wenn ich zuvor von verkehrsarmen Zonen gesprochen habe, von Fußgeherzonen, und wenn das von Vorrednern hier so besonders gefordert worden ist, dann möchte ich bei der Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, wozu es bei der Planung von verkehrsarmen Zonen und Fußgeherzonen in erster Linie geht: Hauptverkehrsstraßen sollen, so war die Rede, verkehrsarme Zonen, sollen Fußgeherzonen werden. Ich möchte doch auch davon berichten, daß wir im Planungsprozeß in erster Linie den Widerstand der Geschäftswelt zu überwinden haben. Ich erinnere mich daran, daß sich in allen Bereichen, wo es heute die vielgeliebten und vielgepriesenen Fußgeherzonen gibt, die Geschäftswelt in der ersten Planungsphase entschieden dagegen ausgesprochen hat und der Meinung gewesen ist, daß damit Gewinneinbußen und Geschäftsengang verbunden wären. Erst als man daraufgekommen ist, daß man sich in einer Fußgeherzone mit viel mehr Mühe die Auslagen betrachten kann, erst zu diesem Zeitpunkt — etwas spät, Herr Dr. Ebert, sehr spät sogar — hat sich auch die Geschäftswelt für Fußgeherzonen ausgesprochen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn wir das Baugeschehen in der Stadt im Griff behalten wollen, dann verlangt dies unter anderem auch, daß wir die Einhaltung der Bauordnung strikte zu überwachen bereit sind und damit in der Lage sind, stadtgestalterisch zu wirken und zu verhindern, daß es Fehlentwicklungen in diesem Bereich gibt. Es verlangt auch die Einhaltung der Schutzzonen und des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes überhaupt, der ja für weite Teile — zwei Drittel des Stadtgebietes — bereits besteht.

Das verlangt noch etwas. Das verlangt, daß man nicht nur mehr Grün fordert und bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit davon spricht, daß man mehr Erholungsräume für die Menschen schaffen soll. Das sind nur Phrasen, wenn man auf der anderen Seite weiß, daß dem Wald- und Wiesengürtel bei weitem nicht die nötige Bedeutung beigemessen wird. Ständig wird versucht, den Wald- und Wiesengürtel etwas anzuknabbern und sich mit seinem Häuschen in die Erholungsflächen — in die Schutzzonen — hineinzusetzen, obwohl die Umweltmöglichkeiten für die Gesamtbevölkerung dadurch gestört werden.

Ich möchte gar nicht davon sprechen, welche Schwierigkeiten wir in einem Randbezirk, wie etwa Hietzing, bei der Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels in den derzeit festgelegten Zonen haben. Aber ich erinnere Sie daran, meine Damen und Herren, wie es auf der niederösterreichischen Seite des Wienerwaldes aussieht, wie dort immer tiefer in den Wienerwald hineingegraben wird, weil es dort solche Schutzbestimmungen anscheinend nicht gibt oder weil man protektionistisch außer acht läßt, wie gesunde Umwelt im wahrsten Sinn des Wortes zerstört wird.

Es ist auch notwendig, daß wir uns beim Schutz des Wald- und Wiesengürtels und bei den Grünzonen einmal bewußt werden, daß Wien eine der wenigen Großstädte dieser Welt ist, die sich eines wirklich großartigen Grüns im Stadtgebiet selbst erfreuen können. Es wird für uns eine selbstverständliche Verpflichtung sein, dieses Grün für die Bevölkerung zu erhalten; ein Grün, das pro Kopf der Bevölkerung mehr ausmacht als in irgendeiner anderen Großstadt dieser Welt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch hinzufügen, daß es notwendig ist, wenn wir das Bau-geschehen mit den anderen Abteilungen und Geschäftsgruppen des Magistrats im Griff behalten wollen, die Kontrolle über die Grund- und Bodenpolitik nicht zu verlieren. Dazu bedarf es aber gesetzlicher Maßnahmen, und ich bin sehr froh über den Antrag, den Herr Stadtrat Krasser hier eingebracht hat, möchte aber hinzufügen: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, daß das wirklich ein Instrument ist, um gegen Abbruchspekulant und ähnliches zu Felde ziehen zu können.

Ich war sehr verwundert, daß GR. Dr. Mayr die Initiative im Nationalrat als ein wenig lächerlich abgetan und gemeint hat, daß die darin enthaltenen Anregungen, nun ja, dem Juso-Konzept entnommen sind. Hier trennen uns — das darf ich bei dieser Gelegenheit sagen — eben Welten. Wir vertreten die Auffassung, daß man nicht auf der einen Seite Spekulant in Schutz nehmen und auf der anderen Seite Maßnahmen verlangen kann, um dem Grund- und Bodenspekulantentum Einhalt zu gebieten. Mit der Haltet-den-Dieb-Methode allein werden wir dieses Problem nicht lösen können, sondern hier bedarf es gesetzlicher Maßnahmen. Die Anregungen, die wir in der September-Sitzung des Wiener Gemeinderates gemacht haben, die Anträge, die wir hier gestellt und letztlich auch beschlossen haben, sind bekanntlich weder von der ÖVP noch von den Freiheitlichen unterstützt worden. Es ist in Wahrheit — wenn Sie mir diesen Ausdruck gestatten — keine redliche Politik, hier gegen Spekulanten zu sprechen und sie auf der anderen Seite zu schützen, indem Sie unseren Anträgen Ihre Zustimmung verweigern.

Wir wollen die Planungsabsichten zur Verwirklichung des Arbeitsprogrammes in den nächsten Jahrzehnten dadurch sichern, daß wir eben in die Diskussionsphase des Stadtentwicklungsplanes und der Verkehrskonzeption eingetreten sind und prak-

tisch nach einem Jahr eine beachtliche Leistung vorlegen können.

Sie wissen, aufbauend auf den Leitlinien sind wir darangegangen, uns die großen Analysen erarbeiten zu lassen und zu erarbeiten, die nun vorliegen. Die Kapitel überörtliche Raumplanung, die natürlichen Lebensgrundlagen, Bevölkerungsstruktur und Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Finanzen, Soziales und Gesundheit, Wohnen, Verkehr, Stadterneuerung und Bodenordnung sowie technische Dienstleistungen liegen schon vor, und in den nächsten Wochen werden wir die Kapitel Freizeit, Erholung, Kultur und Bildung sowie Siedlungsstruktur, die bereits abgeschlossen sind und dem Planungsausschuß vorgelegt werden, einer Beratung unterziehen können.

Wir sind stolz auf diese Arbeit, die hier geleistet worden ist. Außer Wien haben sich bisher nur Innsbruck und Graz der Aufgabe unterzogen, so etwas wie einen Stadtentwicklungsplan zu erarbeiten, wobei man das in Innsbruck getan hat, ohne einen Katalog der Entwicklungsziele oder Entwicklungspläne, wie das hier erstellt wurde, hinzuzufügen. Man bleibt auf einem Drittel des Weges stehen, nicht einmal auf halbem Weg. Graz hat so etwas mit dem ausdrücklichen Hinweis erarbeitet, daß das als ein Konzept und nicht mehr als ein Konzept zu betrachten ist.

Worum geht es in den nächsten Monaten? Es geht darum, die Konsequenzen aus den Analysen durch politische Entscheidungen und Beschlüsse in einen Plan, nämlich in den Stadtentwicklungsplan, umzusetzen. Wir Sozialisten dieses Hauses sind gewillt, diesen Rahmenplan für die Zukunft Wiens im Konsens mit allen politischen Kräften des Wiener Gemeinderates zu erstellen.

Wir laden die Oppositionsparteien ein, gemeinsam mit uns zu arbeiten, um innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes konkrete Ergebnisse erzielen zu können.

Ich darf den Kollegen Dr. Mayr beruhigen: Es wird hier nicht darum gehen, die SPÖ-Fraktion auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Herr Dr. Mayr, wenn Ihre Bünde an einem gemeinsamen Strang ziehen, dann sind wir schon ein großes Stück weitergekommen!

Ich möchte bei der Gelegenheit ein Wort des Dankes an alle Mitarbeiter der Geschäftsgruppe Stadtplanung sagen, die sich in wirklich vorbildlicher Weise bei der Erarbeitung der Analysen mit eingesetzt haben. Ich möchte auch allen Beamten in den anderen Geschäftsgruppen danken, die bei der Erarbeitung der Detailpläne mitgearbeitet und mitgewirkt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Unser besonderer Dank gilt aber jenen Experten und Professoren, die ihr Können und Wissen in den Dienst unserer Sache gestellt haben. Hier meine ich insbesondere die im Verkehrssektor tätigen Professoren Dorfwith, Knoflacher, Faller und Schickel.

Erlauben Sie mir, noch ein persönliches Wort hinzuzufügen. Wir wären mit unseren Arbeiten bei weitem noch nicht so weit, daß wir Anfang kom-

menden Jahres praktisch alle Analysen vorliegen haben und dann zu den politischen Entscheidungen und Beschlüssen kommen können, wenn sich nicht unser amtsführender Stadtrat Professor Wurzer mit diesem Engagement um den Stadtentwicklungsplan und die Verkehrskonzeption bemüht hätte, wenn er diese Aufgabe nicht so betrieben und koordiniert hätte. Auch ihm gebührt der Dank des Gemeinderates. (Beifall bei der SPÖ.)

Sowohl die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien wie auch die Arbeiterkammer haben zu unseren Vorschlägen, haben zu unseren Arbeiten ihre Stellungnahmen abgegeben. Es ist erfreulich, daß es sich überwiegend um positive Stellungnahmen handelt, die an uns herangetragen werden; selbstverständlich mit allen Interessengegensätzen, die da kommen. Ich möchte einen dieser Gegensätze herausgreifen, weil er so deutlich zeigt, wie unterschiedlich die Auffassungen auf diesen Gebieten sind. Ich erinnere mich daran, daß ein großer Teil der Diskussion immer wieder dem Verkehrsgeschehen gewidmet ist, wo diverse Redner davon sprechen, daß man die Belästigung der Bevölkerung durch den Verkehr mit Lärm, durch Durchfahrtsverbote usw. steuern und nach Möglichkeit einschränken soll. Auf der anderen Seite steht die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die gerade für den Berufsverkehr, für den Lastverkehr alle Freiheiten, Verkehrsflächen usw. für sich reklamiert und dafür eintritt, daß hier keine wie immer gearteten Einschränkungen vorgenommen werden.

Ich wollte Ihnen an diesem Beispiel nur zeigen, daß Interessengegensätze vorhanden sind und daß man sich wird zusammensetzen müssen, um diese Interessengegensätze auszugleichen, um zu einem entsprechenden Konsens zu kommen. Es sollte hier nur die Vielschichtigkeit der Problematik aufgezeigt und dargestellt werden, daß es auf den jeweiligen Standpunkt, den jeweiligen Standort des Betrachters ankommt, wie er die Probleme sieht, die einer Lösung zugeführt werden sollen.

Aber eines möchte ich als ein persönliches Kredo zum Ausdruck bringen. Beim Studium der Unterlagen, die uns für den Stadtentwicklungsplan und für die Verkehrskonzeption vorgelegt wurden, kommt einem erst so richtig die Komplexität des gesamten Geschehens in der Stadtplanung zum Bewußtsein, eines Geschehens, das wir nicht nur für heute und nicht nur für morgen, sondern für Generationen vorzubereiten haben.

Es gilt zweitens, die Abhängigkeit der einzelnen Planungsaufgaben von den gesamten Stadtentwicklungszielen zu erkennen.

Ich möchte drittens hinzufügen: Mir ist dabei die ganze Faszination so richtig bewußt geworden, die in diesem Planungsgeschehen gelegen ist, wo es darum geht, die Zukunft unserer Heimatstadt Wien planerisch zu erfassen und vorzubereiten, soweit es uns mit unseren Mitteln möglich ist. Aber ich bin überzeugt, daß wir jetzt, wenn die Bestandsanalyse vorliegt, einen großen Schritt voran getan haben und daß wir uns mutig an die gestellten Aufgaben, konkrete Beschlüsse, politische Entscheidungen zu treffen, wagen können. Ich bin der Auffassung, daß

wir uns auch bewußt machen müssen, daß es Stadtplanung nicht immer gegeben hat und daß wir heute noch an Zuständen leiden, weil es eben früher keine Stadtplanung gegeben hat. Ich denke daran, daß es erst seit 1893 einen Generalregulierungsplan für Wien gibt, daß erst 1930 eine Bauordnung für Wien erlassen worden ist, daß es zwischen 1934 und 1938 dem Bürgermeister überlassen war, stadtplanerische Verordnungen zu erlassen, daß zwischen 1938 und 1945 die Reichsvorschriften für die Hauptabteilung Bauwesen vorhanden waren, die aus Wien die Perle machen sollte, die da einmal von irgend jemandem versprochen worden ist, und daß wir erst 1956 die Wiederverlautbarung der Bauordnung 1930 vorgenommen haben. Wir wissen aber, was sich in diesen Zeitläufen alles politisch, aber auch in der Entwicklung unserer Stadt getan hat. Damals und auch vor dieser Zeit sind Strukturen entstanden, die heute noch vorhanden sind und die man nicht ohneweiters beseitigen kann, mit denen man sich auseinandersetzen muß. Ich möchte daran erinnern, daß erst 1956 in der Bauordnungsnovelle der Strukturplan erstmals erwähnt wird, daß erst 1961 die Einteilung in Bauklassen in die Bauordnung aufgenommen wurde. Durch die Bauordnungsnovelle 1964 wurden die Widmung Betriebsbaugelände und schließlich im Jahre 1972 erstmals Schutzzonen in die Bauordnung mit einbezogen. Ich möchte das deshalb erwähnen, weil manche von uns so tun, als ob es früher geordnete Verhältnisse gegeben hätte und erst jetzt Unordnung in das planerische Geschehen einziehen würde. Dem wollte ich damit entgegen-treten. Ich lade Sie alle ein, meine Damen und Herren: Gegenwärtig findet im Messepalast eine wunderbare Ausstellung über die Stadtentwicklung statt, und ich würde Sie bitten, diese Ausstellung einmal zu besuchen, um sich die Entwicklung unserer Stadt, unserer Heimatstadt einmal durch die Pläne, die dort gezeigt sind, und durch die Ausstellungsgegenstände zu vergegenwärtigen. Sie werden dort diese Faszination der Entwicklung einer Weltstadt erleben. Ich lade Sie zu dieser Ausstellung wirklich herzlich ein.

Nun gestatten Sie mir, daß ich mich dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zuwende, weil ich glaube, daß von ihm das gesamte planerische Geschehen in unserer Stadt seinen Ausgang nimmt. Ich möchte dem Diskussionsredner, der davon gesprochen hat, daß Wien eine so unwohnliche Stadt ist, daß immer mehr Leute abwandern, entgegenhalten: Wie unwohnlich müssen dann alle Städte dieser Welt sein, denn die Abwanderung aus den Großstädten ist eine internationale Erscheinung und nicht allein auf Wien begrenzt. Wir wollen ja auch gemeinsam Maßnahmen finden, und zwar in dem unbestrittenen Bemühen, die Stadterneuerung in den Vordergrund zu stellen, um mit entsprechenden Leitmöglichkeiten dieser Abwanderung entgegenwirken zu können.

Es geht doch letzten Endes bei unserem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan darum, die Entwicklungsziele, die wir uns gemeinsam setzen, auch planerisch umzusetzen, ob es sich jetzt um den Wohnbereich, um den Arbeitsbereich, den Bildungsbereich, den Erholungsbereich, den Versorgungsbereich

bereich oder den Verkehrsbereich handelt. Ich bin froh, daß die Diskussion über Stadterneuerung oder Stadterweiterung in ein Stadium getreten ist, in dem man zumindest erkannt hat, daß die Stadterweiterung nicht zur Gänze abzuschaffen ist, daß aber dennoch die Stadterneuerung Priorität haben soll. Ich bin sehr glücklich darüber und hoffe nur, daß wir uns gemeinsam dazu finden, das gesetzliche Instrumentarium für die Stadterneuerung zu schaffen, um diese Absichten auch durchführen zu können. Das ist ja eine Grundvoraussetzung, um in Gebieten assanieren zu können, wo man den Besitz nicht bei der Gebietskörperschaft, sondern in privater Hand weiß. Das muß man hier mit aller Deutlichkeit sagen.

Erlauben Sie mir, zu den vier Punkten, die Dr. Mayr hier angeschnitten hat — Wohnungsqualität, Lärmbelästigung, Parkplätze und mehr Grün — auch ein paar Sätze zu sagen.

Ich sage noch einmal: Um die Assanierung in den langsam abgewohnten Stadtteilen Wiens herbeiführen zu können, bedürfen wir mehr als des gegenwärtigen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes, das 1974 beschlossen wurde. Ich hoffe sehr, daß die von den sozialistischen Abgeordneten im Nationalrat eingebrachten Initiativen, wenn sie zur Verhandlung kommen, zumindest nicht auf den Widerstand der Wiener ÖVP-Abgeordneten stoßen werden.

Ich möchte auch zur Verkehrskonzeption ein paar Bemerkungen machen. Ich glaube, daß wir uns einmal an den Entwicklungszielen, die wir uns gemeinsam im Stadtbereich setzen, orientieren müssen, wenn wir eine Verkehrskonzeption erarbeiten. Und wir sind ja mitten drin. Ich möchte auch meiner persönlichen Auffassung — ich betone: meiner persönlichen Auffassung — Ausdruck verleihen, daß das U-Bahn-Grundnetz unbedingt der Ergänzung durch die U3 bedarf, um sehr wesentliche Wohngebiete dieser Stadt miteinander zu verbinden und darüber hinaus gerade in den abgewohnten Stadtvierteln zwischen dem Gürtel und der Innenstadt ein öffentliches Verkehrsmittel anbieten zu können, das mit beiträgt, der Abwanderungstendenz entgegenzuwirken.

Ich war sehr verwundert über die Aussagen des Kollegen Dr. Mayr, die er anlässlich einer Pressekonferenz gemacht hat und die im „Kurier“ in einem Artikel, in dem vom Chaos beim Straßenbau die Rede ist, wiedergegeben waren. Bei dieser Pressekonferenz hat Kollege Dr. Mayr sehr im Gegensatz zu heute — wo er davon gesprochen hat, daß die Verkehrsplanung bei der Stadtplanung bleiben soll und nur ein besseres Zusammenspiel der Magistratsabteilungen erforderlich ist; dem pflichte auch ich bei — eine Teilung der Geschäftsgruppe Stadtplanung, und zwar unter dem Motto „aus eins mach drei“, in eine Geschäftsgruppe Verkehrsplanung, in eine Geschäftsgruppe Finanzierung und in eine Geschäftsgruppe Verkehrsmaßnahmen gefordert.

Ich war sehr überrascht darüber, denn abgesehen von anderen Dingen, auf die ich im Moment gar nicht eingehen möchte, hieße das doch, das

Pferd beim Schwanz aufzuzäumen. Gerade zuvor wurde festgestellt, daß der Verkehr nur ein Teil der gesamten Stadtentwicklung sein kann. Wenn man ihn aus der Gesamtkonzeption herausreißt, dann wird es und bleibt es ein Torso. Wenn wir uns überdies zum Prinzip bekennen, eine humane Stadt zu schaffen, die wir nicht dem Verkehr opfern wollen, würde das besonders ins Gewicht fallen. Aber es ist mir ziemlich klar geworden, warum Kollege Mayr so gesprochen hat. Ich habe mich daran erinnert, daß etwas früher jemand anderer zu diesem Thema Stellung genommen hat. Ich entnehme dem ÖVP-Pressedienst vom 15. Mai, daß der damalige Stadtrat Busek unter dem Titel „ÖVP fordert ein integriertes Verkehrsressort“ bereits eine Vormeinung zu diesem Thema ausgesprochen hat. Jetzt ist mir auch klar, warum der Kollege Mayr wider besseres Wissen im „Kurier“ diese Anregung von sich gegeben hat: Der Chef hat es gewollt, und Kollege Mayr hat entsprechend reagiert. Ich nehme ihm das nicht übel, er hat es heute korrigiert — der Chef war zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend — und von der Verkehrsplanung gesprochen, die im Rahmen der Stadtplanung bleiben soll. Auch ich bin der Auffassung, daß es so sein soll.

Meine Damen und Herren! Bei der Gelegenheit möchte ich noch etwas anbringen. Da wurde vor den Wahlen ein Programm Wien — Verkehrskonzept der ÖVP herausgegeben. Es ist ziemlich umfangreich, mit Skizzen usw. versehen. Es ist ein Lizitationskatalog geworden, der vor allem immense Forderungen an die Stadt stellt, über deren Bedekung aber keine Aussage getroffen wird. Das kostet immens viel Geld, aber man hat wahrscheinlich die Meinung: Andere sollen sich den Kopf darüber zerbrechen, wie das zu finanzieren ist.

Ich möchte die Widersprüche, die darin vorhanden sind, nur an einem Beispiel ganz leise erwähnen. Es handelt sich noch dazu um kein gravierendes, sondern um ein simples Beispiel. Wie mir bekannt ist, polemisiert die ÖVP dagegen, wie zügig die Bauarbeiten im Bereich der Reinprechtsdorfer Straße vorantreiben gehen. Dazu hat es auch Anfragen und ähnliches mehr gegeben.

Ich entnehme dem Verkehrskonzept der ÖVP in Punkt e) auf Seite 11: Straßenzüge in einem ausbauen. Für einen möglichst großen und schnell wirksamen Effekt bei Straßenbauten ist es erforderlich, nicht in kleinen Baulosen zu arbeiten, sondern ganze Straßenzüge in einem zu errichten.

Was will man also? Einmal ist man der Meinung, daß es unmöglich ist, so zizerlweise und baulosweise zu arbeiten, und im nächsten Moment sagt man wieder, es geht nur, wenn man es kleinräumig macht. Es ist, wie schon gesagt, ein Widerspruch, und ich möchte gar nicht näher darauf eingehen. Aber so sieht das Verkehrskonzept der ÖVP aus.

Noch ein paar Bemerkungen im Zusammenhang mit der von mir aufgestellten These, daß man den Verkehr nicht loslösen kann vom gesamten Planungsgeschehen in dieser Stadt.

Meine Damen und Herren! Wenn man eine Verkehrskonzeption etwa für den Bereich über der

Donau, den 22. Bezirk, vor einem Jahr oder vor zwei Jahren erstellt hätte, würde man sicherlich nicht bedacht haben, daß das Gelände des Flugplatzes Aspern einmal eine wirtschaftliche Bedeutung für diese Stadt in einem Ausmaß annehmen wird, wie es sich derzeit abzeichnet. Ich glaube, daß heute eine Verkehrskonzeption für den 22. Bezirk eine andere Gewichtung, andere Prioritäten finden wird, als es etwa noch vor einem Jahr oder vor zwei Jahren der Fall gewesen wäre.

Ich wollte mit diesem Beispiel nichts anderes beweisen, als daß etwa die Frage, wie man die Wohnverbauung praktiziert und wo man Betriebe ansiedelt, ausschlaggebend dafür ist, woran sich die Verkehrskonzeption weitestgehend zu orientieren hat.

Ich möchte wörtlich zitieren, was in unserem Konzept „Verkehr“, das Ihnen sicherlich allen bekannt ist, zu dem Thema unter „Ziele für die zukünftige Verkehrsentwicklung Wiens“ ausgeführt ist. (GR. Arthold: Ist das ein SPÖ-Konzept?) Lieber Kollege Arthold, Ihre Konzepte zitiere ich nur dann, wenn sie voller Widersprüche und unpraktikabel sind. Konzepte, die im Rathaus oder von uns erarbeitet werden, zitiere ich, wenn sie positive Verwendung finden. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich setze also fort und zitiere: „Ziel der Wiener Verkehrspolitik ist es, die Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft so zu befriedigen, daß eine möglichst hohe Qualität des Lebens in dieser Stadt für alle erreicht bzw. sichergestellt wird.“ Und nun bitte ich Sie um Aufmerksamkeit, denn im Schlußsatz heißt es: „Entsprechend sind die Ziele der Verkehrspolitik den Stadtentwicklungszielen unterzuordnen.“

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, die Gewichtung zwischen Stadtentwicklung und Verkehrskonzeption zu sehen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zu Ausführungen von Diskussionsrednern machen, und zwar zunächst zu Ausführungen des Kollegen Arthold.

Zu den Fußgeherzonen war die Meinung des Kollegen Arthold, daß diese losgelöst von den Beschlüssen der gesetzgebenden Körperschaften irgendwo im luftleeren Raum und irgendwie konzipiert werden. Sie nicken bestätigend und meinen, so ist das. Ich darf Ihnen mitteilen — ich habe mir die Daten besorgen lassen, ich selbst habe es nicht gewußt, ich war zu diesem Zeitpunkt nicht im Hause —: Die Fußgeherzone Favoritenstraße ist im April 1974 im Gemeinderat behandelt worden. (GR. Arthold: Das lesen Sie mir vor, was da beschlossen wurde!) Ich bitte Sie also, dort nachzulesen. An diesem Beispiel will ich demonstrieren, daß man mit Emotion und Lautstärke nicht argumentieren kann, sondern daß man sich die Dinge ein bißerl besser ansehen sollte.

Ich möchte aber noch ein weiteres hinzufügen, um dem Kollegen Arthold eine kleine Hilfe zu bieten. Lieber Kollege Arthold! Alle Beschlüsse, die mit Geldausgaben verbunden sind, sind in den Budgetansätzen des jeweiligen Jahres ausgewiesen.

Unter anderem natürlich auch die finanziellen Aufwendungen für die Schaffung von Fußgeherzonen. Sie stehen also in der Budgetdebatte mit zur Diskussion, und wenn Sie es überlesen haben, dann ist das Ihr Problem. Man soll aber nicht so tun, als ob hier in irgendeiner Form eine undemokratische Vorgangsweise gegeben wäre, daß die Bürger überfahren werden oder die gewählten Organe von der Möglichkeit, mitzuwirken, ausgeschlossen sind.

Kollege Arthold hat weiters davon gesprochen: Wenn man die Stadtgestaltung kritisiert, dann ist das keine Kritik an den Beamten, sondern eine Kritik an den politischen Auftraggebern. Nun, Kollege Arthold, der dem Planungsausschuß angehört, müßte eigentlich wissen, daß Großprojekte überwiegend in Form von Wettbewerben ausgeschrieben werden, von Wettbewerben, die in vielen Fällen von internationalen Jurys geprüft werden. Da kann man nicht so tun, als ob die politischen Auftraggeber, weil sie gerade lustig waren, diese oder jene Überlegung angestellt oder, weil sie gut oder schlecht geschlafen haben, ihre Entscheidung so getroffen haben. Wir haben uns in allen Fällen von international anerkannten Fachleuten beraten lassen. Ihre Ideen sind in die Meinungsbildung eingeflossen, und die entsprechenden Beschlüsse sind dann in den Gremien gefaßt worden, die dafür zuständig waren.

Es wird immer wieder angezogen, daß plane-rische Vorhaben die heftigste Kritik der Öffentlichkeit hervorrufen. Unter „Öffentlichkeit“ ist dabei immer die ÖVP gemeint, und auch da nur die wenigen Funktionäre. Es ist immer davon die Rede, wie schlecht alles ist. Solange es eine Baugrube ist, kann man den Leuten ja noch einreden, daß es schlecht ist, solange dort noch gearbeitet wird und man es sich noch nicht richtig vorstellen kann. Wenn es dann aber zur Fertigstellung kommt, gibt es nur mehr ein Mittel: Nicht, das Werk zu loben oder zur Kenntnis zu nehmen, nein, sondern über die Dinge zu schweigen. Unter dem Motto „Reden wir von etwas anderem“ kommt das nächste Projekt an die Reihe, das dann der „öffentlichen“ Kritik anheimfällt.

Ich möchte noch an einem Beispiel zeigen, wie lustig Kollege Arthold Äpfel und Birnen zu mischen in der Lage ist. Er hat davon gesprochen, daß er so fürchterlich davon enttäuscht ist, daß im plane-rischen Ablauf irgendeines Projektes die Bürger von der Mitwirkung fast ausgeschlossen sind und daß man letzten Endes von den Bezirksvertretungen nicht erwarten kann, daß sie den Überblick über Flächenwidmungspläne usw. haben. Ich möchte dem Mitglied des Planungsausschusses mitteilen, daß beim Flächenwidmungsplan der Stadt Wien daran gearbeitet wird, Planungsgrundlagen für alle Bezirke auszuarbeiten. Die Damen und Herren werden sehr bald Gelegenheit haben, diese Pläne zu bekommen, und sie werden dann in der Lage sein, das planerische Geschehen besser zu überblicken.

Darum geht es mir aber gar nicht. Sie haben nämlich etwas anderes sehr Lustiges gesagt. Sie haben gesagt, die Bezirksvertretungen sind gar nicht in der Lage, richtig Stellung zu nehmen, und sie

kommen in die Enge — Sie haben wörtlich „Enge“ gesagt —, weil sie eine Stellungnahme abgeben müssen und erst nachher die Flächenwidmungen beziehungsweise die Absichten öffentlich kundgetan werden.

Lieber Kollege Arthold! Erstens einmal haben die Bezirksvertretungen einen relativ langen Zeitraum zur Verfügung, um ihre Stellungnahme zu erarbeiten. Und wenn man die Pro-Wien-Ohrwascheln angeblich ohnedies dauernd am Mund des Volkes hat, müßte man doch in der Lage sein, die entsprechenden Willensabsichten der Bevölkerung von Haus aus im linken Gehörgang zu haben, um sie dann bei der Stellungnahme artikulieren zu können. Wir haben uns bisher nicht gescheut, Entwicklungsabsichten, die in der Form von Aufforderungen zur Stellungnahme an die Bezirksvertretungen gelangt sind, mit der Bevölkerung zu diskutieren und dann im Einklang mit der Bevölkerung eine Stellungnahme abzugeben. Wenn Sie da zu spät daran sind, würde ich Ihnen empfehlen, Ihre Antennen und Empfangsgeräte auf die richtige Wellenlänge einzustellen, um das Volkswollen auch tatsächlich vernehmen zu können. Ich bin überzeugt, daß dabei etwas für die Gesamtarbeit Profitables herauskommen wird.

Kollege Arthold, ich würde da nicht in die Sonne gehen mit den gewählten Bezirksvertretern, die so machtlos sind, und das den freigewählten Gemeindevertretern in den anderen Bundesländern gegenüberstellen. Lieber Kollege Arthold! Wenn in anderen Bundesländern freigewählte Bürgermeister und Gemeindevertreter vom politischen Willen des vom Landeshauptmann eingesetzten Bezirkshauptmannes abhängig sind, dann würde ich diese Art der Demokratie hier im Wiener Gemeinderat lieber nicht zur Sprache bringen! (Beifall bei der SPÖ.) Ich werde nicht müde werden, wenn dieses Thema zur Sprache kommt, diese Mißstände im demokratischen Rechtsstaat, die nicht nur in Niederösterreich und nicht nur in Vorarlberg fröhliche Urständ feiern und zu Exzessen jeglicher Art führen, entsprechend anzuprangern, solange es auf diesem Gebiet keine Änderung gibt.

Hier zeigt sich das gestörte Demokratieverhältnis der ÖVP in Wien, wenn sie Beispiele anführt, von denen sie genau weiß, daß sie in Wahrheit als ein schwerer Bumerang ins eigene Kreuz zurückkrachen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wenn von der Verständigung der Bevölkerung über den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan die Rede ist, dann darf ich Ihnen sagen, daß wir seit Jahren bei jeder Sitzung des Stadtplanungsausschusses, wenn wir über Flächenwidmungsänderungen zu beraten und zu beschließen haben, gleichzeitig auch vorlegen, welche Information der Öffentlichkeit damit verbunden ist. Daraus kann man entnehmen, ob der PID eine Aussendung gemacht hat, ob es Plakate gegeben hat usw. Leider erscheint in den Tageszeitungen nur das, was aus irgendwelchen Gründen eine Krawallchance für die ÖVP Wien ist. Da schreibt man dann über Flächenwidmungsänderungsvorschläge, wenn sie von der Stadtplanung

vorgelegt werden. Ansonsten sind diese Informationen ja für die Bevölkerung uninteressant und bringen nichts, und darum werden sie, obwohl sie über den PID ausgesendet werden, in den Tageszeitungen nicht gebracht.

Abgesehen davon möchte ich bemerken, daß man ja nur Angebote der Information machen kann. Wer und wieviel davon Gebrauch macht oder machen wird, das muß man wohl dem einzelnen Bürger selbst überlassen.

Wenn sich bei dem einen Geschehen viele engagieren, freut uns das ebenso wie bei anderen, wo sich nur wenige engagieren, weil sich eben die anderen davon nicht angesprochen fühlen, weil sie dafür kein Interesse haben. Oder wollen Sie abstreiten, Kollege Arthold, daß es schon vorgekommen sein soll, daß bei Bauvorhaben in einem bestimmten Gebiet, egal wo immer, selbst der betroffene Anrainer, obwohl er schriftlich eingeladen wurde, nicht zur Bauverhandlung erschienen ist und keine Stellungnahme abgegeben hat? Das muß man in einem demokratischen Rechtsstaat wohl dem Bürger überlassen, ob er eine Information akzeptiert, ob er Stellung bezieht oder nicht. Das kann man nicht dekretieren, und das kann man auch von der Geschäftsgruppe Stadtplanung keineswegs fordern. (GR. Arthold: Sie kennen Ihre Regierungserklärung nicht!) In der Regierungserklärung heißt es, daß wir dieses Informationsangebot der Öffentlichkeit machen müssen und wollen, und das geschieht ja auch. (GR. Arthold: Nein, das steht nicht so drinnen! Lesen Sie nach, was steht unter „Im Dienste des Bürgers“!) Wieweit davon Gebrauch gemacht wird, das ist das Entscheidende.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zur U-Bahn, weil hier davon die Rede war. Meine Damen und Herren, wir alle haben es miterlebt, wie die ÖVP gegen die U-Bahn gewesen ist. (GR. Arthold: Bitte? Wann?) Na, in dem Augenblick, wo Sie bei der Finanzierung der U-Bahn durch den Beschluß im Bundesrat verhindert haben, daß der Bund ein halbes Jahr früher Zuschüsse zum Wiener U-Bahn-Bau leistet. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Meine Damen und Herren, das sind Fakten, die Sie nicht abstreiten können, das liegt auf dem Tisch und ist bekannt. Man kann nicht einmal so und einmal so tun. Entweder man bekennt sich zu einer Sache und tut mit oder nicht.

Aber in der Zwischenzeit haben wir dankbar zur Kenntnis genommen, daß Sie mittun. Wir freuen uns über den Konsens in dieser Angelegenheit. Sicherlich haben Ihre Überlegungen in den gesamten Meinungsbildungsprozeß genauso Eingang gefunden wie alle Überlegungen, die in diesem Zusammenhang vorhanden sind.

Aber mit Lizitation werden wir diese Probleme nicht lösen können, sondern wir werden uns zusammensetzen müssen, um gemeinsam die praktikabelste Lösung für das Wiener U-Bahn-Grundnetz zu finden.

Bevor ich meine Bemerkungen zu den Diskussionsrednern schließe, möchte ich auch dem Kol-

legen Dr. Mayr noch in einer grundsätzlichen Sache erwidern.

Kollege Dr. Mayr, Sie haben davon gesprochen, daß nach unserer Vorstellung von einem Grundstückspool die Rede sein soll. Sie haben dann polemisch gemeint: Aha, ein Monopol! Schau, schau, diese bösen Sozialisten, die waren doch immer so gegen Monopole, und nun wollen sie selbst ein Monopol. Unter dem Beifall Ihrer Fraktion haben Sie das hier zum Ausdruck gebracht. (GR. Arthold: Verdienter Beifall!) Verdienter Beifall: Nun, das glaube ich gerne, Kollege Arthold. Ich bin Ihnen auch sehr dankbar dafür, denn ich weiß, daß bei dieser Formulierung im Kollegen Dr. Mayr weniger der Gemeinderat Dr. Mayr, sondern mehr der Wirtschaftsbundfunktionär Dr. Mayr gesprochen hat.

Es ist nämlich bei Monopolen zu unterscheiden, meine Damen und Herren, ob es sich um privaten Besitz und private Macht in der Handhabung, in der Nutzung eines Monopols handelt, oder ob es sich darum handelt, ein Monopol zu schaffen, das sich in der demokratischen Kontrolle einer Gebietskörperschaft befindet. (Beifall bei der SPÖ.) Da ist ein himmelhoher Unterschied. Und zu diesem demokratisch kontrollierten Monopol bekennen sich auch die Sozialisten vorbehaltlos.

Erlauben Sie mir noch die Feststellung, daß wir bei Stadtentwicklung und Verkehrsorganisation versuchen müssen, nach den Bedürfnissen der Bevölkerung die Aufgaben so zu harmonisieren, daß sie nach den Kriterien der Lebensnotwendigkeiten der Bewohner Wiens geplant und realisiert werden. Für uns Sozialisten steht auch in der Planung und gerade im planerischen Bereich der Mensch im Mittelpunkt unseres Wollens. Hierzu werden uns Stadtentwicklungsplan und Verkehrskonzeption, an der wir, wie ich hoffe, alle gemeinsam arbeiten wollen, den Rahmen schaffen.

Wenn schon von den Bezirksvertretungen die Rede ist, möchte ich doch darauf hinweisen, daß es, aufbauend auf die Ergebnisse des Stadtentwicklungsplanes und der Verkehrskonzeption, nun an den Bezirksvertretungen liegen wird, gemeinsam mit den Bezirksbürgern und gemeinsam mit uns allen an die Erstellung von Bezirksentwicklungsplänen zu schreiten. Ich glaube, das wird ein gewaltiger, ein großer demokratischer Dialog werden, den wir aber, gestützt auf Rahmenpläne, die wir uns gemeinsam geben wollen, auch bewältigen werden.

Erlauben Sie mir zum Schluß zu sagen: Diese faszinierende Aufgabe, für den Lebensraum von 1,5 Millionen oder wenn Sie wollen von 2 Millionen Menschen die Zukunft vorzubereiten, wird gelingen, wenn die Politiker in der Lage sind, den Willen der Bevölkerung artikulierend, die Ziele festzulegen, um der Verwaltung die konkreten Aufgaben stellen zu können, damit diese sie realisieren kann.

Wenn wir uns gemeinsam im Konsens, wie ich hoffe, zusammenfinden, um die Zielrichtung anzugeben, die wir gemeinsam für Wien anstreben, werden wir sicherlich auch eine Verwaltung an unserer Seite finden, die uns bei der Bewältigung behilflich ist! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Dr. Mayr zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. Mayr: Sehr geehrte Damen und Herren! An und für sich habe ich vorgehabt, zu einigen Punkten dem Kollegen Rosenberger meine Meinung im Ausschuß oder sonstwo zu sagen. Aber dann habe ich den Kollegen Gawlik „Ha!“ schreien gehört (Heiterkeit), und das hat mich sofort bewogen, hier herauszugehen. (GR. Gawlik: Ich bin ein gutes Stimulans!) Ja, Sie sind ein Animator gewissermaßen.

Zunächst zu der Bemerkung „U-Bahn“: Bitte, wir haben das schon sehr oft gehört, warum die ÖVP angeblich gegen die U-Bahn gewesen sein soll. Ich darf nur auf eine neue Facette aufmerksam machen. Durch technische Notwendigkeiten bedingt kann jetzt nicht mehr gesagt werden: Die ÖVP ist auf den U-Bahn-Zug aufgesprungen. Darf ich darauf aufmerksam machen: Das geht nicht mehr. (Heiterkeit. — GR. Rosenberger: Das haben wir verhindert!) Schauen Sie, aus technischen Gründen.

Ich nehme auch zur Kenntnis, daß es verschiedene Monopole gibt und daß man allmählich auch zu der Auffassung kommt, daß man sich darüber auseinandersetzen muß.

Es ist interessant: Ich kann mich noch an Schriften erinnern, wo man gegen die internationalen Konzerne gewettert hat, und jetzt laufen ununterbrochen Verhandlungen, zum Beispiel mit Ford, um einen internationalen Konzern dazu zu bringen, in Wien zu bleiben und hier Arbeitsplätze zu sichern. Das ist auch eine sehr interessante Bewußtseinsbildung.

Nun, es gibt hier einige Irrtümer im Zusammenhang mit den Pressekonferenzen. Ich nehme zur Kenntnis, daß der Kollege Rosenberger sich hier auf Pressemitteilungen stützt. Ich werde ihn auf den Verteiler unserer Presseaussendungen setzen lassen, damit er die Originalaussagen bekommt. (GR. Rosenberger: Ich habe nur den „Kurier“ zitiert!) Ja, lobenswert, daß Sie ihn lesen, aber in der „AZ“ bin ich überhaupt untergegangen, was kränkend ist. (Heiterkeit.)

Im Zusammenhang mit dem Umbau der Zweier-Linie hat eine Besprechung stattgefunden. Das war gewissermaßen das auslösende Moment. Da waren ungefähr siebzehn Magistratsabteilungen von sieben Geschäftsgruppen vertreten, Bezirksvorstehungen, Polizei, Post, alles mögliche war da dabei. Die haben ziemlich lange diskutiert. Am Schluß sind auch die Verkehrsbetriebe gefragt worden, welche Varianten für die Zweier-Linie es in diesem Bereich gibt; es handelt sich um die Führung entlang der Stadtbahn. Da haben die Verkehrsbetriebe gesagt: Leider können wir da noch nichts sagen, weil wir nicht wissen, ob der Zweier dort überhaupt fahren wird, ob er nicht eingestellt bzw. eine andere Linienführung haben wird. Daraufhin war allgemeine Ratlosigkeit. Man hat gesagt: Warten wir ab, was der Professor Faller und die anderen Professoren im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes zu dieser Linie sagen, zu dem verbleibenden Zweier-Torso vom Prater bis

zum Karlsplatz. Und so ist man auseinandergegangen.

Es gibt natürlich Varianten, an Stelle der Führung bis zum Karlsplatz die Zweier-Linie zum Schwedenplatz zu führen. Damit wäre in diesem Bereich der Lastenstraße keine Straßenbahn mehr, und man könnte das Verkehrsprojekt anders anlegen.

Aber wenn Sie sich diese Fülle von Magistratsabteilungen mit sieben Geschäftsgruppen anschauen, dann müssen Sie konsequenterweise Überlegungen anstellen, ob man nicht die Organisation verbessern kann.

Ich darf hier richtigstellen: Ich habe ausdrücklich gesagt, daß man es bei drei Geschäftsgruppen wie bisher belassen soll. Sicherlich ist die Verkehrsplanung ein Teil der Stadtplanung, dort ändert sich nichts. Die Magistratsabteilung 4 für die Finanzierung — ändert sich nichts. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß man die Magistratsabteilungen, die bis zur endgültigen Bauführung Grund und Boden in Anspruch nehmen, in einer Geschäftsgruppe zusammenfassen sollte, daß man zum Beispiel die ganzen Fragen des Grundankaufes, der Enteignung usw. zum Bereich der Straßenverwaltung dazunehmen sollte, damit dort ein Konnex für ein Projekt vom Anfang an bis zum Ende gegeben ist. Das steht drinnen; ich bin gerne bereit, Ihnen das zur Verfügung zu stellen.

Das zweite: Straßenzüge in einem auszubauen, diese Aussage ist natürlich ein Torso, ein Fragment aus einer Pressekonferenz, die sich mit dem Problem der Bundesstraßen auseinandersetzt. Wenn Sie das Bundesstraßengesetz hernehmen, insbesondere den gefärbelten Plan mit den Dringlichkeitsstufen, wobei eine Dringlichkeitsstufe zehn Jahre beträgt, dann werden Sie sehen, daß es Bundesstraßen in Wien gibt, die durch ganz Wien gehen und in verschiedenen Dringlichkeitsreihen aufscheinen, und zwar geht das in Längen von 500 bis 1.000 Meter. Das erscheint uns nicht sinnvoll. Wenn man eine Bundesstraße hat und ihren Ausbau für richtig erkennt, sollte man sie in einem Zug ausbauen. Das war damit gemeint.

Nun zur Fußgeherzone. Ich besitze hier die Originalrede des GR. Arthold vom Dezember 1973. Damals waren hier Beschlüsse zu fassen, und die befaßten sich mit Sachkrediten für einzelne Anschaffungen, die im Zusammenhang mit der Fußgeherzone notwendig waren. Das bestätigt auch der Kollege Rosenberger, weil er sagt, es sind die Sachkredite im Budget nachzulesen. Das stimmt.

Worum es uns geht, ist ja ganz etwas anderes, nämlich daß die Fußgeherzone in ihrer Gestaltung früher — erst jetzt ist das der Fall — im Ausschuß für Stadtplanung nie dargelegt, nie diskutiert worden ist. Auch im Gemeinderat nicht, sondern wir haben hier gesagt: Fußgeherzone — ja, und dann haben wir zu einzelnen Sachkrediten unsere Zustimmung gegeben.

Ich muß sagen: In der letzten Zeit hat sich das geändert. Alle Mitglieder des Planungsausschusses

wissen es, daß wir jetzt solche Vorschläge an die Wand projiziert oder hingehängt bekommen, mit Varianten, und daß wir immer darüber diskutieren. Das hat sich, glaube ich, bewährt, und das ist eigentlich nichts anderes als die Verwirklichung dessen, was wir früher urgiert haben.

Weil wir schon vom 10. Bezirk gesprochen haben und da die Details so liebevoll aufgetischt worden sind, darf ich auch einen Beitrag zum 10. Bezirk bringen. Ich darf nämlich verkünden, daß sich bei der Reumannplatz-Garage die Auslastung um über 100 Prozent erhöht hat, nämlich von drei auf sieben Pkw! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt zu Wort Herr amtsführender Stadtrat Professor Dr. Wurzer. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Wurzer: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte zuerst den Herren Debattenrednern für ihre konstruktiven und kritischen Beiträge danken. Sie haben jedenfalls erkennen lassen, daß über die Wichtigkeit, über die Notwendigkeit des Stadtentwicklungsplanes und der Verkehrskonzeption, aber auch der Stadtgestaltung im wesentlichen Übereinstimmung besteht.

Ich würde aber doch, wenn Sie mir gestatten, zu einigen Diskussionsbeiträgen kurz Stellung nehmen.

Herr GR. Dipl.-Ing. Pawkowicz, Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß man bei der Überprüfung von Bundesstraßenprojekten im besonderen Maße auf die Beeinträchtigung der dort wohnenden Bevölkerung Rücksicht nehmen soll. Ich darf dazu sagen, daß das Bundesstraßengesetz erst seit einiger Zeit durch eine Kann-Bestimmung diese Möglichkeit gibt und daß wir bestrebt sind, gerade diesen Belangen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und zwar in der Form, daß wir für diese Bundesstraßenplanungen nicht nur eine Ingenieurplanung vergeben, sondern gleichzeitig auch eine städtebauliche Rahmenplanung mit den entsprechenden Modellen, so daß also schon in dieser ersten Phase Lärmmessungen, Bepflanzungen usw. studiert werden können. Dasselbe erfolgt dann noch einmal bei der Detailplanung. Ich glaube, daß damit auf diese Belange Bedacht genommen wurde.

Die Frage Vorortelinie und alles andere, was Sie erwähnt haben, ist im vollen Ausmaß in der Verkehrskonzeption, die jetzt abgeschlossen ist, behandelt worden, und Sie werden sich dann von den Vorschlägen überzeugen können, die von den Experten gemacht wurden.

Zu den Ausführungen von Herrn GR. Dr. Mayr hätte ich gerne hinsichtlich zweier Fragen Stellung genommen.

Zum ersten: Natürlich kann der Stadtentwicklungsplan oder können die Ziele, die wir jetzt gemeinsam erarbeitet und im Ausschuß diskutiert haben, auf das tatsächliche Geschehen und auf die tatsächliche Verwaltung solange keinen Einfluß, keinen direkten Einfluß ausüben, solange das nicht

in irgendeiner Form festgestellt und für verbindlich erklärt wurde. In welcher Form, wann und wie das zu geschehen hat, wird ja eine der Arbeiten zu Beginn des nächsten Jahres sein.

Zum anderen, was Sie erwähnen wegen der A 22: rasches Bautempo in Niederösterreich, zögernde Bauführung in Wien. In Wien geht es nicht nur um ein Wirtshaus, sondern wir haben über 400 Absiedlungen durchzuführen, und wir haben außerdem natürlich noch die viel schwierigeren Belange des Lärmschutzes zu berücksichtigen, die beim niederösterreichischen Bundesstraßenbau meist keine so große Rolle spielen.

Mir klingt jetzt noch die Bemerkung eines maßgebenden Beamten des Bautenministeriums im Ohr, der zu den Grünbrücken in Floridsdorf gesagt hat: Wegen ein paar Spaziergängern wird man keine Grünbrücke bauen.

Zur Frage der Stadterneuerung, wo Sie die Schwierigkeiten aufgezählt haben, würde ich gerne bemerken, daß es eine internationale Erfahrung war, die bei dem Kongreß in Hamburg und in Berlin zum Ausdruck gekommen ist. Das Hauptproblem liegt weniger im technischen und im finanziellen Bereich, sondern das Hauptproblem der Stadterneuerung liegt einfach darin, wie man älteren Menschen, die 65, 68 und 70 Jahre alt sind, begreiflich macht, daß es für sie wunderbar ist, wenn in drei, vier, fünf Jahren ein Gebiet erneuert und modernisiert ist, obwohl sie nicht wissen können, ob sie dann noch leben werden.

Hier ist ja eine auch für uns sehr wesentliche Feststellung erfolgt, nämlich die, daß die Verwaltung, der klassische Beamte bei der Lösung dieser Aufgabe nahezu überfordert ist, daß wir hier zu neuen Wegen finden sollten.

Zum Debattenbeitrag von Herrn GR. Hauburger möchte ich nur zwei Dinge sagen: Selbstverständlich ist der Netzzusammenhang auch jetzt gewahrt. Es ist nur so, daß wir bei der Neubewertung des Bundesstraßennetzes, die ja in die Kompetenz des Bundesministeriums für Bauten und Technik fällt, eine Parteienstellung haben. Die Verkehrskonzeption gibt hier einen guten Rahmen für einen allfälligen Austausch von Autobahnen, Schnellstraßen und Bundesstraßen.

Ich würde nur zu bedenken geben, daß Verhandlungen über die Neubewertung des Bundesstraßennetzes meistens, ja fast immer damit enden, daß alle Bundesländer, die sich an diesen Verhandlungen beteiligen, noch mehr Bundesstraßen haben wollen, als sie derzeit besitzen. Wenn man also Bundesstraßen oder Autobahnen aufgibt, muß man sehr vorsichtig verhandeln, damit daraus für die Stadt Wien kein Nachteil entsteht.

Zur Frage der Planungsgemeinschaft Ost darf ich dann noch in einer kurzen Bemerkung zurückkommen.

Zu Ihrem Debattenbeitrag, Herr GR. Dr. Krasser, hat Herr GR. Rosenberger Stellung genommen. Es gibt dem nichts hinzuzufügen. Meine Geschäftsgruppe ist nur indirekt berührt.

Die Behauptung von Herrn GR. Arthold, daß die Verlängerung der U 1 in den Raum Rothneusiedl, der Wettbewerb „Erste Wettbewerbsstufe Wienerberggründe“ und das AUA-Gebäude nicht zusammenpassen und daß man das schlecht überlegt hätte, möchte ich zurückweisen, und zwar aus folgender Überlegung: Die Wienerberggründe stehen erst Ende dieses Jahres zur Verfügung. Es hätte wenig Sinn gehabt, einen Wettbewerb auszuschreiben und detaillierte Festlegungen zu machen, wenn sich Bedürfnisse und Ansprüche an dieses Gebiet ändern. Ich glaube, daß wir im nächsten Jahr, bei der zweiten Wettbewerbsstufe, durchaus alles das berücksichtigen können, was nun als Ergebnis der Untersuchungen für die Verlängerung der U 1, deren Vorergebnisse bereits vorliegen, herauskommt.

Um eine generelle Planung und Klärung der Verkehrskonzeption im 10. Bezirk zu erarbeiten, haben wir darüber hinaus einen renommierten Verkehrsingenieur beauftragt, diese Unterlagen zusammenzustellen, zusammenzufassen, und das wird dann eine sehr gute Diskussionsbasis für die weiteren Überlegungen bieten. Über Ihre weiteren Ausführungen zur Mitwirkung der Bevölkerung darf ich vielleicht eine grundsätzliche Bemerkung machen.

Wenn Sie mir, meine Damen und Herren, gestatten, will ich nur drei oder vier Hauptaufgaben erwähnen, die wir mit dem Budget 1979 verwirklichen können. Das Wichtigste ist zweifellos eine eingehende Diskussion des Stadtentwicklungsplanes, vor allem jenes Planes, der die Siedlungsstruktur und das grobe Verkehrswegenetz in mehreren Varianten enthält, daß man die Vor- und Nachteile der einzelnen Varianten diskutiert. Dabei wird es eine Schwierigkeit geben. Jeder von uns weiß, daß eine moderne Großstadt ein sehr komplexes Gebilde ist, ein Gebilde, das trotz aller Vielfalt, trotz aller Gegensätze und Unterschiede letztlich ein politisches Ganzes bildet. Daher gilt für die Stadtentwicklungsplanung zwangsläufig der oberste Grundsatz, daß das Ganze immer mehr ist als die Summe seiner Teile und der Stadtentwicklungsplan nie die Summe von einzelnen Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen sein kann.

Nun ist es so, daß wir im Gemeinderat mit den einzelnen Teilen sehr oft zu tun haben. Wir beschließen Abänderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, wir beschließen einzelne Bauvorhaben, wir nehmen zu Fußgeherzonen Stellung und fassen darüber Beschlüsse; wir verhängen auch Bauverbote. Wir befassen uns aber in viel weniger Fällen mit dem Ganzen, mit der Gesamtentwicklung unserer Stadt. Sie ist weniger Gegenstand von Diskussionen und Beratungen. Nun, so wichtig für den Gemeinderat die alltäglichen „kleinen“ Probleme sind, die einer Lösung bedürfen und für das Leben der Bewohner eines Wohnviertels oder eines Straßenzuges wichtig sind, so wesentlich ist es aber auch, die übergeordneten Ziele festzulegen, sie ständig zu überprüfen und für ihre Verwirklichung einzutreten. Mit anderen Worten gesagt: Man darf bei der Gestaltung der Gegenwart — und mögen die einzelnen gegenwärtigen Probleme eine Dimension

annehmen, die ihnen gar nicht zukommt — nicht vergessen, daß man die Zukunft plant, denn wer die Zukunft nicht plant, lebt bereits in der Vergangenheit.

Ich bin überzeugt, daß alle Beteiligten am Ende dieser Diskussion des Stadtentwicklungsplanes, die im Jänner beginnen soll, die Frage der Gesamtentwicklung unserer Stadt aus einer höheren Sicht werden beurteilen können und dann die Einzelheiten in einem größeren Zusammenhang sehen, so daß sie die Komplexität der Probleme besser verstehen, abschätzen und beurteilen werden. Dieser gemeinsame Lernprozeß ist sicher auch ein sehr wesentliches Resultat unserer gemeinsamen Arbeit.

Es ist nun so, daß die Entwicklungsprobleme einer Großstadt nicht allein innerhalb ihrer Grenzen entschieden werden. Es gibt sehr maßgebende Kommunalpolitiker, die meinen, eine Großstadt, eine Metropole müßte gewissermaßen Außenpolitik betreiben wie ein Staat. Sie müßte also aufmerksam verfolgen, was in ihrem Einzugsbereich vor sich geht, weil diese Entwicklungen auch die eigene Entwicklung maßgebend prägen. Das heißt, heute sind Umland und Großstadt keine Gegenpole mehr, sondern sie bilden schon seit langer Zeit eine verkehrsmäßige, wirtschaftliche und gesellschaftliche Einheit. Der Berufspendelverkehr, auf dessen Vor- und Nachteile heute mehrmals hingewiesen wurde, die Freizeitwohnungen, der Erholungsverkehr und vieles andere verbinden die Großstadt mit ihrem Umland in einem Ausmaß, wie es in der Geschichte der Menschheit bisher noch nie der Fall war.

Das heißt, wir können Großstadt und Umland als eine Einheit empfinden, obwohl es dafür keinen institutionellen Rahmen gibt, vor allem dafür, dieses Umland gemeinsam mit der Großstadt gewissen Planungszielen und gewissen Planungs- und Ordnungsvorstellungen zu unterwerfen.

Um hier Abhilfe zu schaffen, hat Herr Bürgermeister Gratz die Anregung für die Gründung der Planungsgemeinschaft Ost gegeben. Die Geschäftsstelle — das wurde heute mehrmals erwähnt — hat am 1. September dieses Jahres ihre Tätigkeit aufgenommen, die Herren Landesamtsdirektoren haben am 27. November die wesentlichen Fragen, die zu behandeln sind, festgelegt, und zu Beginn des nächsten Jahres wird sich das Beschlußorgan — also die Herren Landeshauptleute, Finanzreferenten und Planungsreferenten der drei Bundesländer — mit diesen Fragen befassen. Darunter sind für den Stadtentwicklungsplan Wien zwei Aufgaben von entscheidender Bedeutung. Einmal die gemeinsamen Raumordnungsziele für die Ostregion, wobei Wien seine Entwicklungsziele mit einbringen muß — es muß ja seine künftige Stellung in der Ostregion fixieren —, zum anderen die Fragen des Verkehrsverbundes und zum dritten die Fragen des Bundesstraßennetzes, an denen selbstverständlich auch Niederösterreich und Burgenland interessiert sind, denn Bundesstraßen und Autobahnen hören ja nicht an den Landesgrenzen auf.

Mit diesen Initiativen kann man dann durchaus mit jenen Initiativen gleichziehen, die die Arbeitsgemeinschaft Alpen seit einiger Zeit setzt.

Nun zur Verkehrskonzeption, die in den nächsten Tagen abgeschlossen sein wird. Sie ist gemeinsam mit der Geschäftsgruppe Verkehr und Energie erarbeitet worden und unterscheidet sich von den üblichen Generalverkehrsplänen, die wir heute nicht mehr so bezeichnen möchten, durch einige ganz konkrete Fakten. Vor allem dadurch, daß die Verkehrsplanung als Teil der Stadtentwicklungsplanung betrachtet wird — das wurde von mehreren Debattenrednern ausdrücklich hervorgehoben —, daß der Wechselwirkung zwischen Stadt und Verkehr und zwischen Wirtschaft und Verkehr in einem besonderen Ausmaß Rechnung getragen wird, daß dem öffentlichen Verkehr gegenüber dem Individualverkehr ein Vorrang eingeräumt wird und daß auf die Forderungen der Stadtbewohner an ihre Wohnumwelt, auf Schutz vor Lärm und Abgasen, in bestmöglicher Weise Bedacht genommen wird.

Wenn wir uns nun vor Augen führen, daß auch nach den optimistischsten Verkehrsprognosen im Jahre 1990 nur ein Viertel der Bevölkerung über einen eigenen Personenkraftwagen verfügen wird, so ist es unsere Pflicht, in dieser Verkehrskonzeption auch dafür einzutreten, daß den Verkehrsbedürfnissen der Kinder, der älteren Menschen und der Körperbehinderten im entsprechenden Ausmaß Rechnung getragen wird.

Die Diskussion der Verkehrskonzeption wird wegen der enormen Kosten ihrer Verwirklichung für alle Beteiligten schwierig sein, sie wird erhebliche Anforderungen an alle stellen. Mit Sicherheit werden aber damit die wesentlichen Weichen für die Entwicklung der Stadt Wien gestellt.

Als eine wichtige Aufgabe wurde die Information der Bevölkerung über Stadtplanung und die Mitwirkung der Bevölkerung im Rahmen des Planungsprozesses bezeichnet. Nicht umsonst haben bei einer Umfrage im Mai dieses Jahres 51 Prozent der Befragten erklärt, daß sie eine Mitsprache bei der Gestaltung und Planung ihrer näheren Wohnumwelt wünschen; schließlich ist diese Wohnumwelt ja das, was sie als ihre Heimat empfinden.

Wir haben zur Frage der — von Jahr zu Jahr besseren — Information vorerst folgendes tun können: In den Messehallen B 1 und B 2, die für ständige Ausstellungen von einzelnen Planungsvorhaben und von großen Bauvorhaben der Stadt Wien zur Verfügung stehen, um sie zur Diskussion stellen zu können, haben wir in einer Ausstellung gemeinsam mit dem Stadt- und Landesarchiv die städtebauliche Entwicklung Wiens bis 1945 vorgeführt. Diese Ausstellung ist deshalb von einem erheblichen Interesse, weil sie einmal zeigt, wie langfristige Stadtplanung wirksam ist, wie lang eine festgesetzte Grenzlinie hält, wie lange Straßenzüge übernommen werden, bis die Realisierung erfolgt. Sie zeigt aber auf der anderen Seite die Wichtigkeit der Kontinuität der Planung und läßt — auch das sollte man nicht verschweigen — erkennen, wie gut es ist, daß manche Planungen, die nicht oder nicht ausreichend gut überlegt waren, keine Verwirklichung gefunden haben.

Ich möchte in einer weiteren Ausstellung die Entwicklung von 1945 bis jetzt und die Ergebnisse

des Stadtentwicklungsplanes und der Verkehrskonzeption anschließen, um der Bevölkerung einen geschlossenen Überblick und eine Beurteilungsmöglichkeit zu geben, was die Stadtplanung und die städtebauliche Entwicklung von Wien will.

Schwieriger ist die Frage der Mitwirkung. Es gibt diesbezüglich eine große Anzahl von gelehrten Büchern, die meist von Autoren verfaßt werden, die mit der Bevölkerung nie zusammenkommen. Ich möchte das ganz bewußt so formulieren. Ich glaube, daß das beste Mittel für die Mitwirkung der Bevölkerung keine Philosophie, keine Soziologie und keine psychologischen Detailkenntnisse sind, sondern vielmehr, daß man die Möglichkeit für eine aktive Mitwirkung schafft, und zwar für eine aktive Mitwirkung bei der Ausarbeitung, Beratung und Diskussion von Bezirksentwicklungsplänen. Darüber gibt es nach meiner Ansicht seit geraumer Zeit eine einhellige Auffassung, wobei wir wahrscheinlich in einzelnen Fällen sagen sollten: für einzelne Bezirke oder für einzelne Bezirksgruppen. Die Beratungen, die vielen Beiträge, die vielen Auseinandersetzungen und der damit verbundene Zeitverlust — auch darüber sollte man sich keine Illusionen machen — werden aber nach meiner Meinung aufgewogen durch den Lernprozeß, durch das Gefühl, an der Gestaltung der näheren Umgebung selbst beteiligt zu sein.

Dasselbe gilt für größere Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Es steht außer Streit: Wenn ich ein an und für sich geschlossenes Bezirksgebiet habe, das auch von der sozioökonomischen Struktur im wesentlichen eine Einheit bildet, dann ist, wenn im Bebauungsplan ein Teilgebiet heute beschlossen wird, das nächste ein Jahr später und das dritte in drei Jahren, der Zusammenhang sehr schwer zu beurteilen. Nach mehreren Diskussionen und im Einvernehmen mit meinen Mitarbeitern möchten wir als Vorstufe für maßgebende Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans städtebauliche Rahmenpläne ausarbeiten, die wir im Modell darstellen, damit die Bevölkerung die Konsequenzen begreifen und abschätzen kann. Dann kann man nach meiner Meinung auch jener Komponente stärker Rechnung tragen, die heute zum ersten Mal von einem Debattenredner als Hauptbeitrag gewählt wurde, nämlich der Frage der Stadtgestaltung. Wir sollten uns alle darüber im klaren sein, daß neben der Schaffung der materiellen Werte, die in eindrucksvoller Weise erfolgt ist, die Frage der Erfüllung der immateriellen Werte von entscheidender Bedeutung ist. Die vielen Telefonaktionen und die vielen Gespräche mit der Bevölkerung haben dies deutlich gezeigt. Wenn eine alte Frau einen vier Seiten langen Brief schreibt und in einem Farbphoto, das sie selbst gemacht hat, einen alten Beleuchtungskörper, einen Kandelaber, abbildet und sagt, man sollte diesen dort und dort aufstellen, so ist das einfach ein Beweis für das feine Empfinden der Bevölkerung für Fragen der Stadtgestaltung. Auch wenn ein Mann aus Favoriten anruft und sagt: Wir sind ein armer Bezirk, arm an wertvollen Kunstobjekten; wir haben ein schönes Haus aus der Gründer-

zeit, aber es ist verfallen, könnte man da nicht die Fassade in Ordnung bringen, damit wir etwas Schönes haben, das uns an die Vergangenheit erinnert?, so sind das nach meiner Ansicht sehr wertvolle Ansätze, die man pfleglich zu behandeln hat und die man mit den Schutzzonen-Festlegungen weiterentwickeln sollte.

Ich möchte hinsichtlich der Mitwirkung der Bevölkerung sowohl bei den Bezirksentwicklungsplänen als auch bei den städtebaulichen Rahmenplänen ganz offen gestehen, daß meine Mitarbeiter, vor allem solche, die sehr viel Erfahrung haben, aber auch ich selbst bis zu einem gewissen Grad, eine gewisse Reserve an den Tag legen müssen. Denn einerseits möchten wir alle die Mitwirkung der Bürger, damit man rechtzeitig gewarnt ist, wenn sich bestimmte Entwicklungen, die unpopulär und nicht durchführbar sind, anbahnen, damit man sie also rechtzeitig erkennt. Andererseits befürchtet man aber mit Recht, daß dadurch Entscheidungen verzögert werden, daß der ohnedies schon lange und komplizierte Planungsprozeß eine weitere Störung erfahren könnte. Trotzdem muß nach meiner Ansicht dieser Versuch unternommen werden, weil wir nur so zu einer echten Kenntnis der Bedürfnisse der Bevölkerung kommen. Der Planer kann von sich aus nicht behaupten, er wisse, was der Bevölkerung gut tut. Aber auch die Bevölkerung muß lernen, daß das, was sie für ihr Gebiet will, in einem größeren Rahmen, in einem größeren Zusammenhang mit der Allgemeinheit zu sehen ist.

Im übrigen glaube ich, und das scheint mir das Wesentlichste zu sein: Pläne sind ein Stück Papier, solange nicht Menschen dahinterstehen, die sie realisieren wollen, und Menschen stehen nur dann hinter Plänen, wenn sie an deren Erstellung beteiligt waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr GR. Dr. Mayr hat gemeint, es sei relativ einfach, wenn ich es so formulieren darf, einen Stadtentwicklungsplan und eine Verkehrskonzeption zu entwerfen, aber die Frage der Durchsetzung sei das Problem. Ich glaube, dieses Problem ist uns allen bewußt. Ich glaube aber auch, daß kein Einwand dagegen besteht, wenn man sagt: Ein Stadtplaner muß als gewohnheitsmäßiger Optimist von der einen Prämisse ausgehen, daß man, wenn man das Unmögliche will, auch das Mögliche erreichen kann. Das Unmögliche sind dieser Stadtentwicklungsplan und diese Verkehrskonzeption, die vor zwei Jahren nur in den Konturen sichtbar waren und deren Inhalt und Struktur sich nun immer deutlicher abzeichnen.

Gestatten Sie mir, daß ich vor allem meinen Mitarbeitern sehr herzlich danke — ohne Namensnennung —, aber auch das Wirken all jener Damen und Herren hervorhebe, die im Arbeitskreis Stadtentwicklungsplan mitgearbeitet haben, und zwar in einem erstaunlichen Ausmaß; weiters allen jenen Herren, die an der Verkehrskonzeption mitgewirkt haben, der Koordinationsstelle für den Donaubeereich, dem Beirat für den Donaubeereich, dem Verkehrsbeirat, dem Fachbeirat, allen Experten und Instituten, vor allem aber dem Planungsausschuß

des Gemeinderates für seine konstruktive und wertvolle Kritik. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Zur Beratung des 6. Hauptstückes ist kein Redner mehr vorge-merkt.

Wir kommen zur Beratung des 7. Hauptstückes, Bauten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz.

Gr. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Das städtische Bauvolumen ist definiert als die Summe der von der Stadt pro Jahr vergebenen Aufträge an die Bauwirtschaft zur Erhaltung, zur Sicherung und zur Ausweitung der Infrastruktur. Die Wiener Bauwirtschaft stellt ohne Zweifel einen wesentlichen Teil des gesamten österreichischen Wirtschaftsgefüges dar. Ich glaube daher, daß dieses Kapitel durchaus wichtig ist, vielleicht ähnlich wichtig wie das Kapitel Stadtplanung, das wir soeben abgehandelt haben. Ich bedaure es fast ein bißchen, daß der Herr Bürgermeister bis jetzt keine Zeit gefunden hat, der Gemeinderatssitzung beizu-wohnen.

Bei der Betrachtung des Finanz- und Investitionsplanes 1979—1983 sieht man, daß ein besonderer Schwerpunkt neben einer ganzen Reihe von anderen Bauvorhaben wieder der kommunale Wohnbau ist. Bei diesem Wohnbau fallen die großen Brocken — eigentlich entgegengesetzt den verschiedenen Absichtserklärungen — wieder am Stadtrand an. Das bedeutet in seiner Konsequenz wieder ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, eine Steigerung des berufsbedingten Verkehrs. Wir haben das heute schon abgehandelt.

Diese, wie ich glaube, erzwungene Mobilität entstammt unter anderem auch einer Entflechtungs-ideologie, der Architekten und Stadtplaner nicht nur in den letzten Jahren, sondern schon Jahrzehnte vorher nachgelaufen sind. Es ist immer sehr interessant, ein wenig die menschliche Kultur-geschichte zu verfolgen und dabei festzustellen, daß immer erst ein relativ extremer Schwellwert gefunden werden muß, um in neue Qualitäten umzu-schlagen. Das ist offenbar ein Gesetz der Entwick-lung. Daß wir uns vielleicht doch in den Ausläufern dieser Entwicklung befinden, ist daran erkennbar — trotzdem sollte man nicht darüber hinwegsehen —, daß sich auch heute noch eine ganze Reihe von Leuten, die für das Baugeschehen verantwortlich sind — das ist keineswegs auf Wien allein be-schränkt —, nach wie vor an der Technologie von Fertigteilen begeistern, am Baukastensystem, an Großsiedlungen und an Wohnzentren in Beton, die doch eher am Stadtrand und dann meist irgendwo auf der grünen Wiese stehen. Es scheint also der Schwellwert erreicht worden zu sein, Kollege Rosenberger hat dies heute auch festgehalten. Da spielen ohne Zweifel eine Reihe von Fakten mit. Sicher auch die erwähnte Mobilität, die aus diesen Siedlungen resultiert, und der daraus unmittelbar abzuleitende Zusammenhang, daß, je mehr Ver-kehrsaufkommen einer Stadt auf dem Individual-verkehr beruht, desto höher die Umweltbelastung sein muß. Die Versorgung mit den öffentlichen Ver-

kehrsmitteln hat ja oftmals mit der Ausweitung der Wohnsiedlungen nicht mithalten.

Dazu finden wir im Finanzplan: „Beim U-Bahn-Bau sind 1983 für das Grundnetz und für die Ver-längerung nach Kagran nur mehr unbedeutende Re-straten vorgesehen.“ Weiter heißt es — und das scheint mir bedauerlich zu sein —: „Es muß aus-drücklich darauf aufmerksam gemacht werden, daß für die Verlängerung der U1 nach Süden keine Kosten eingesetzt sind, da darüber keine genauen Aussagen getroffen werden können.“ Es ist heute schon darüber gesprochen worden, daß es bei der generellen Verkehrskonzeption immerhin schon so ausgesehen hat, als wären für die Wienerinnen und Wiener in den betroffenen Gebieten schon die Vor-kehrungen getroffen. Ich glaube aber, daß die Be-troffenen leider noch werden warten müssen, und das stimmt mich nachdenklich.

Beim Straßenbau in Wien fällt auf, daß die auf-zuwendenden Mittel gleichgeblieben sind. Inner-halb der Budgetpost ist zwar eine leichte Verschie-bung zum Ansatz 721.20, Erhaltung der baulichen Anlagen, um zirka fünf Millionen eingetreten, die für die Straßenerhaltung mehr ausgegeben werden sollen, aber von einer deutlichen Mehrbudgetierung ist auch in diesem Bereich keine Rede. Das scheint mir in hohem Maße unbefriedigend zu sein.

Wie sehen die Straßen des Wiener Straßennetzes zum Großteil aus? Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß man sich auf Test-strecken befindet. Es sind aber nicht allein die Jahr für Jahr oftmals nur notdürftig geflickten Frost-aufbrüche und das teilweise dünne Überziehen des stoßdämpferfeindlichen Würfelpflasters mit As-phalt, sondern auch die provisorisch geschlossenen Künetten usw. Das alles verwandelt die Wiener Straßen sehr häufig zu Rumpelpisten. Als Beispiel darf ich einige Straßen aus dem 3. Bezirk erwähnen, so jene aus dem Fasangassenviertel. Da gibt es die Kölblgasse, die Khunngasse, die Moosgasse, die Trubelgasse und viele andere Straßen — ich könnte die Aufzählung fortsetzen —, die in denkbar schlechtem Zustand sind. Besonders schlecht ist die Situation auch in meinem Wohnbezirk Rudolfsheim-Fünfhaus. Ebenso sieht es im 5. und 6. Bezirk aus. Die Liste könnte beliebig erweitert werden.

Natürlich kann man mir entgegenhalten, daß viele Straßen saniert wurden. Das ist richtig. Es bleibt jedoch anzumerken, daß die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, einfach zu gering sind.

Meine Damen und Herren! Diese Mittel kommen doch in erster Linie, wenn man sie richtig einsetzt, wieder unserer Wirtschaft zugute. Sei es, weil schlechte Straßen die Wiener Wirtschaft behindern, sei es, positiv formuliert, weil gute Straßen förder-lich zum Beispiel für den Fremdenverkehr sind. Straßen helfen mit, ein Bild der Stadt nach außen zu vermitteln. Ein Großteil unserer Gäste kommt nun einmal aus dem Ausland, und vor allem kom-men sie mit dem Pkw nach Wien.

Aber nicht nur für unsere Gäste, sondern auch für unsere Wirtschaftspartner spielen Straßen eine große Rolle. Mir fällt auf, daß ein erheblicher Teil

unseres Wirtschaftsverkehrs nach dem Westen ausgerichtet ist und daher ein beträchtlicher Teil des Wirtschaftsverkehrs aus dem Westen nach Wien kommt.

Damit bin ich auch schon bei der Westeinfahrt. Seit zirka fünfzehn Jahren endet die A 1 in Auhof. Etwas weiter gibt es eine mehrspurige Zufahrtsstraße in Richtung Stadt mit dem Ansatz, den Wienfluß in Richtung Flötzersteig über den bereits lange verlegten Sportplatz Rapid zu überspringen. Seit diesem Zeitpunkt ist weiter nichts mehr getan worden. Der Zielverkehr, aber auch der Transitverkehr nach dem Osten und Süden rollt auf der zwei- bzw. dreispurigen alten Bundesstraße in Richtung Schönbrunn. Erst dort gibt es die Möglichkeit, daß sich der Verkehrsfluß teilen kann. Frühestens dort können dann größere Lkw abbiegen, um in die westlichen Teile Wiens zu gelangen.

Der Zustand der Brücken in diesem Bereich ist, wie man weiß, teilweise außerordentlich schlecht. Für das kommende Jahr stehen Brückensperren und Umleitungen im Bereich der Westausfahrt ins Haus. Vor allem aber muß die erst nach dem Krieg gebaute Nikolaibrücke — sie ist erst zwölf Jahre alt —, die nach der Stadtbahnstation Hütteldorf über den Wienfluß führt, gesperrt werden. Wenn man sieht, wie kurzlebig dieses Bauwerk ist, sollte man doch Überlegungen, die die Vergabe betreffen, anstellen. Der Beton bei dieser Brücke zeigt an vielen Stellen Aussinterungen, die Fahrbahnisolierung ist undicht, Streusalz, Regen und Schnee tun meistens ihr übriges. Die Stahlbewehrungen rosten. Dann steht eben eine Generalsanierung bevor. Ich fürchte nur, daß sich diese Sanierungsarbeiten in letzter Zeit ein wenig gehäuft haben.

Ich spreche nun von der Vergabe. Es ist heute doch so, daß bei dem Wettbewerb, in dem sich unsere Baufirmen befinden, häufig der Billigstbieter zum Zuge kommt, und dieser Billigstbieter bietet sehr oft Varianten an. In diesen Varianten sind dann die Betonquerschnitte, die Stahlquerschnitte und so weiter relativ abgemindert. Diese Einsparungen, die über die Variantenvergabe getroffen werden, wirken sich — fürchte ich — negativ aus. Es muß überlegt werden, wie man aus dieser Schere herauskommen kann. Es gibt da verschiedene Möglichkeiten. Man kann zum Beispiel den Billigstbieter ausscheiden. Das würde sicher eine gewisse Entlastung bringen. Es wäre auch zu prüfen, ob Varianten grundsätzlich immer zum Zuge kommen müssen. Jedenfalls glaube ich, daß der relativ kurze Baubestand der Nikolaibrücke doch mit Anlaß sein sollte, ein bißchen über das Vergabesystem nachzudenken.

Als Ersatz für die Westausfahrt soll die neue Hütteldorfer Brücke im nächsten Sommer fertiggestellt sein. Mit dem bereits begonnenen Neubau wird dann erst ein ganz erheblicher Umleitungszirkus ermöglicht. Ich glaube aber, und da unterscheide ich mich doch ein bißchen von der Ansicht, die Herr StR. Mayr geäußert hat, daß heute schon mit relativer Sicherheit zu sagen ist, daß der Verkehr in diesem Bereich ganz erheblichen Behinderungen ausgesetzt sein wird. Das wirft die für

mich jedenfalls wichtige Frage auf, was eigentlich mit der einmal geplanten Zweiteinfahrt über den Flötzersteig weiter geschehen soll oder ob mit der Westeinfahrt ein Zustand erreicht werden soll, der Nachfolgemeasures unbedingte notwendig macht. Hier erscheint mir Aufklärung nötig zu sein: Wie wird der Flötzersteig weiter ausgebaut, kommt dort die Flötzersteig-Autobahn hin, und wenn ja, wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen?

Weil schon die Frage Brücken, Autobahnen, Stadtautobahnen angerissen ist, darf ich das gleich ein bißchen erläutern. Wie verlautet, sei die 5. Donaubrücke, deren Notwendigkeit von meiner Fraktion immer in Zweifel gezogen wurde und noch immer in Zweifel gezogen wird, schon so gut wie vergeben, noch nicht de jure, aber de facto; so höre ich es jedenfalls. Die Stahlbauarbeiten an die ARGE-Stahlbau, das sind möglicherweise Waagner-Biro, VÖEST und Wiener Brückenbau, und die Baumeisterarbeiten an die vier ARGE-Firmen, die schon die Floridsdorfer Brücke gebaut haben; nach einer fünften Firma soll noch gesucht werden. Es soll nämlich, wie bereits bei der Floridsdorfer Brücke gehandhabt, auch hier wieder eine Vergabe ohne Ausschreibung, auch ohne beschränkte Ausschreibung, erfolgen, was wieder bedeutet, daß die Baukosten wahrscheinlich erheblich zum Beispiel über denen der Reichsbrücke liegen werden. Es sind zwar dann die großen Stahlfirmen und die im großen und ganzen den Großbanken gehörenden Baufirmen weiter beschäftigt, was vielleicht ein Grund für die Vergabe an diese Firmen ist, allerdings fürchte ich, daß das dazu führt, daß damit sehr erhebliche Mittel, die für den Baumarkt zur Verfügung gestellt werden, gebunden sind, was wiederum die mittleren und kleineren Baufirmen in erheblichem Maße unter Druck bringen wird. Es fragt sich, ob es vom Standpunkt der Bauwirtschaft in Wien nicht zweckmäßiger wäre, eine ganze Reihe von sogenannten kleineren oder mittleren Bauvorhaben durchzuführen, also statt der 5. Donaubrücke, der Traisenbrücke oder Brigittenauer Brücke, wie sie jetzt heißt, etwa eine großzügige Lösung der Westeinfahrt oder eine teilweise Tieflegung des Gürtels mit Unterführungen wie am Südtiroler Platz oder am Matzleinsdorfer Platz, vor allem im Bereich des westlichen Gürtels.

Jedenfalls erscheint es uns Freiheitlichen notwendig, daß die Autobahnverbindung durch die Brigittenau, die A 20, und der Autobahnanschluß über die Alte Donau, die A 5, vorerst einmal aus dem Bundesstraßengesetz 1971 ersatzlos gestrichen werden, denn — das ist unsere Meinung, die wir hier auch schon deponiert haben — die Stadt soll nicht durch Stadtautobahnen in Mitleidenschaft gezogen werden, vor allem dann, wenn man sie, wie gerade in diesem Bereich, nicht braucht, wie wir der Auffassung sind.

Dazu fällt mir etwas auf. Vor der Wahl wurde eine zweifelsohne sehr gute und sehr aufwendig gemachte Werbeschrift der Sozialistischen Partei an die Haushalte verschickt, und da finde ich unter dem Bild des Bürgermeisters folgenden Text: Wenn es zum Beispiel darum geht, ob eine Schnellstraße

oder besser eine Grünanlage errichtet werden soll, kann das nur mittels demokratischer Mehrheitsentscheidung, sogar gebietsweise, entschieden werden.

Meine Damen und Herren! Da das offensichtlich die Meinung des Bürgermeisters ist und ich das auch für sehr vernünftig halte, gefällt mir der Vorschlag sehr gut, den die Österreichische Volkspartei gemacht hat, nämlich eine Volksbefragung darüber durchzuführen, wobei mir schon klar ist, daß man dabei den betroffenen Teil der Bevölkerung eingrenzen und sehr genau erheben muß, wer zur betroffenen Bevölkerung gehört.

Wie hat das in der Praxis ausgesehen? Da gibt es ein Aktionskomitee „Rettet die Brigittenau“, und das hat am 16. November 1978 einen Brief vom Herrn amtsf. StR. Schieder erhalten, in dem zu einem Antrag, den die Freiheitliche Partei in der Gemeinderatssitzung am 24. April 1978 eingebracht hat, nämlich im Bereich der Leipziger Straße zwischen Jägerstraße und Burghardtstraße eine Grünfläche zu errichten, wie folgt Stellung genommen wird: Die im Antrag gewünschte Prüfung der Einbeziehung dieser Verkehrsfläche in eine Grünanlage habe ergeben, daß gegen eine provisorische Ausgestaltung als Grünfläche keine Bedenken bestehen, jedoch sollte bei eventuellen Baumpflanzungen auf die spätere Realisierung des Bebauungsplanes Rücksicht genommen werden. — Nun, wie sieht diese „spätere Realisierung“ aus? Auch das geht aus diesem Schreiben hervor. Da steht nämlich: „Der rechtsgültige Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sieht im Bereich zwischen Jägerstraße und Leipziger Straße die Widmung einer 60 Meter breiten Verkehrsfläche vor.“ Das, bitte, ist nichts anderes als die A 20, von der der Herr Bürgermeister erklärt hat, daß sie nicht gebaut werde.

Daher sollte, wenn man diese Erklärung des Herrn Bürgermeisters ernst nimmt, um auch die Befürchtungen der Brigittenauer Bevölkerung zu zerstreuen, die A 20 aus dem Bundesstraßengesetz eliminiert werden, wie von uns vorgeschlagen.

Es ist natürlich sehr schwierig, wie Herr StR. Wurzer gerade festgehalten hat, weil die Bundesstraßen im Bundesstraßengesetz festgelegt sind und man, was die Bundesstraßen anbelangt, schauen muß, daß man nicht zu kurz kommt. Ich glaube aber, daß man, bevor man eine nicht notwendige und umweltfeindliche Autobahn baut, doch lieber auf diese Mittel verzichten sollte.

Nun noch ein Blick zur Philadelphiabrücke. Es ist sehr begrüßenswert, das will ich doch feststellen, daß hier wieder eine der jahrelang baufällig gewesenen Brücken ersetzt wurde, daß es eine neue, schöne Brücke gibt, die, wie wir wissen, wenige Wochen vor der Gemeinderatswahl fertiggestellt wurde. Die Brückenbreite von 36 Meter ersetzt die alte Brücke in fast vollkommener Weise, hat aber doch einen Fehler, denn über diese Brücke soll die derzeit im Bau befindliche Schnellstraßenbahnlinie 64 fahren, um dann in weiterer Folge das Wiental zu erreichen. Die sogenannte Schnellstraßenbahn, meine Damen und Herren, wird aber zumindest ab der Philadelphiabrücke bis zum Wiental, also bis

zur A 4, eher als Bummelzug verkehren müssen. Ich darf hier ein Schreiben der Magistratsabteilung 18 vom 28. Juli an die Magistratsabteilung 4 zitieren: „Denn infolge der ungünstigen Nivelette der neuen Philadelphiabrücke kann die Straßenbahnlinie 64 nur über eine Schleife beim Bahnhof Meidling in die Meidlinger Hauptstraße einbiegen und erreicht so nur mit großem Zeitverlust das Wiental und damit die U 4.“

Meine Damen und Herren! Das erscheint mir wirklich fast wie ein Witz. Da hat man bei dieser neuen Brücke vergessen, sie so zu bauen, daß die Linie 64, über die Brücke kommend, einfach die Meidlinger Hauptstraße hinunterfahren kann. Das geht nicht, sondern der 64er muß, nachdem er die Brücke überwunden hat, nach rechts abbiegen, muß sich am Meidlinger Bahnhof vorbeiquälen, dann um einen Häuserblock herumfahren, wo ohnehin schon die anderen Straßenbahnen aufgefädelt stehen, muß dann den Weg wieder zurück bis zur Brücke machen und kann erst dann nach rechts in die Meidlinger Hauptstraße einbiegen. Und damit, bitte schön, ist der ganze Vorteil, den die Schnellstraßenbahnlinie gebracht hätte, in Frage gestellt, weil ja der Anschluß an die U-Bahn-Linie sehr verzögert und erschwert wird.

Eine sehr ernste Frage, über die heute auch gesprochen werden soll, ist die Frage des Hochwasserschutzes am rechten Donauufer, denn da ist, wie mir scheint, in den letzten vier Jahren nicht sehr viel weitergegangen. Vor allem seit dem letzten Jahr hat sich hier nicht sehr viel geändert. Wir können alle nur weiter hoffen, daß kein Hochwasser kommt, denn nur der natürliche Damm Engerthstraße bietet nämlich zurzeit Schutz vor Hochwasser. Das ganze Gebiet über die Wehlstraße bis zum Handelskai — und gerade hier war in den letzten Jahren, wie wir wissen, eine sehr intensive Bautätigkeit — ist bis zur Fertigstellung des Hochwasserschutzes, also zumindest noch die nächsten fünf Jahre lang, ungeschützt.

Wir glauben daher, daß es im Interesse einer raschen Fertigstellung des Hochwasserschutzes am rechten Donauufer erforderlich ist, die unserer Meinung nach unzureichenden Ausgabenansätze für dieses Bauvorhaben auf 100 Millionen aufzustocken.

Wir stellen daher gemäß § 30 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien den Abänderungsantrag, den Ausgabenansatz Post 52 der Rubrik 317 des Voranschlages 1979 um 58 Millionen Schilling von 596.212.000 Schilling auf 654.212.000 Schilling zu erhöhen. Die Bedeckung dieser Mehrausgabe ist in unseren Einsparungsanträgen zu den diversen anderen Budgetkapiteln gegeben.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Alram zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Alram: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Verehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Gestatten Sie mir, daß ich als Neuling in diesem Hohen Haus ein paar Dinge erörtere, die mir seit der konstituierenden Sitzung aufgefallen sind.

Ich bin als gelehriger Schüler auf der Bank gesessen, habe zugehört und habe sehr viele Überraschungen erlebt, Überraschungen, die eigentlich nicht dazu angetan sind, immer Verständnis aufzubringen, wo es notwendig wäre.

Innerlich habe ich mir gedacht, ich müßte eigentlich bei einer anderen Partei sein, denn dort kann man nämlich alles: Man kann planen, man macht keine Fehler und hat das entsprechende Demokratieverständnis, weil ich ja schon sehr oft gehört habe, daß gerade die Vertreter der Österreichischen Volkspartei unter Verständnislosigkeit für die Demokratie leiden. So hat sich diese bunte Kette fortgesetzt bis zu den üblichen Dingen, die einfach sein müssen: Hochamt Stephanskirche, Weihrauch, sehr viel Weihrauch. Es ist alles bestens, natürlich ausgelöst von der sozialistischen Regierung, die wir ja jetzt schon über acht Jahre genießen, und auf der anderen Seite auch nach der selbstherrlichen Meinung der Vertretung dieser Stadt.

Glauben Sie mir: Für einen Neuling sind das Dinge, wo man schon das eine oder das andere Mal echt verzweifelt an diesen Darstellungen. Es ist sehr einfach, wenn man einer demokratischen Partei oder deren Mitgliedern das Demokratieverständnis aberkennt und für sich in Anspruch nimmt, daß man Demokrat ist und nur als Sozialist Demokrat ist. Da hat es schon viele Beweisstücke gegeben.

Ich erinnere mich auch an die Debatten — ich bin lang genug in der Politik — in der Kammer, wo es ähnlich zugegangen ist, wo man uns mitunter auch einfach als Neofaschisten bezeichnet hat: auch bei der konstituierenden Sitzung dieses Hauses ist das ja von Ihrer Seite zum Vortrag gekommen.

Meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion! Wenn Sie sich selbst betrachten und sich lange genug im Spiegel ansehen, werden Sie daraufkommen, daß von der Schminke in der letzten Zeit sehr viel abgefallen ist. (Zustimmung bei der ÖVP.) Es ist nicht mehr das strahlende Lächeln der großen Sieger der siebziger Jahre, es ist schon ein sehr bescheidenes Bild geworden, nicht mehr in Color, sondern schlicht und einfach in Schwarz-Weiß (GR. Landtsmann: Schwarz sicher nicht!), und das auch sehr grobkörnig, weil sich die Züge etwas verschwommen darstellen.

Trotzdem sollte man, glaube ich, bei all diesen Schwierigkeiten, die sich ergeben, nicht das Kind mit dem Bade ausgießen, sondern versuchen, dort zu wirken und zu arbeiten, wo man eingeteilt ist. Es gibt ja auch Arbeitsausschüsse, und zum Unterschied vom Plenum geht es dort doch ein bißchen mehr um die sachliche Materie und weniger um die Polemik, denn letzten Endes ist es ja immer wieder polemisch, was Sie uns vorwerfen. Auf der anderen Seite nehmen Sie es nie zur Kenntnis, wenn man etwas aufzeigt und Kritik übt, denn diese Kritik auf Grund der Spielregeln der Demokratie wird von Ihnen selbstverständlich zum Raunzen und zum Heruntermachen degradiert.

Weil man heute in der Betrachtung einen Ausflug in vergangene Jahrhunderte gemacht hat und über den Karlsplatz gesprochen wurde, glaube ich

eines, und da dürften auch Sie mir zustimmen: Karlsplatz schön und gut, aber das Schönste und das Wertvollste daran ist noch immer die Kirche; alles andere können wir vergessen! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, daß man diese Stadt letzten Endes verpflastert: Das Pflaster ist vorhanden, wenn auch nicht immer einheitlich und nicht immer sehr gestaltend. Es fehlt das eine und das andere — aber es ist gut, weil so von sozialistischer Seite geplant.

Wenn in der Generaldebatte davon gesprochen wurde, daß unsere Partei zum Beispiel auch österreichische Firmen oder Pioniertaten wie am Arlberg kritisiert, so glaube ich, meine Herrschaften, daß wir ein besseres Demokratieverständnis haben: Ihr Kanzler ist für ruhmreiche Verdienste dort mit einem hohen Orden belohnt worden. Auch das machen wir, denn wir haben ein Verständnis für Demokratie. (GR. Rautner: Gegen den Widerstand der Partei!) Wissen Sie, wie gern der den Tiroler Adler hat? Der ist stolz auf seinen Tiroler Adler! Und ich glaube auch, daß mein großes Vorbild Bruder Bruno nächstes Mal schon bei der Standeschützenkompanie sein wird. Nur, auf Mallorca hat man halt andere Gewehre als in Tirol, das wird sein Hemmnis sein! (Beifall bei der ÖVP.)

Nun, genug der Polemik und zurück zur sachlichen Arbeit und zu Feststellungen zur Rubrik 721. Die Ansätze für den Straßenbau sind nominell von 306,95 Millionen Schilling auf 298 Millionen Schilling gesunken. War diese Summe, gemessen an der Bedeutung der Stadt und der Tatsache eines weiteren Autobooms, schon 1978 mit 0,63 Prozent des Budgets lächerlich, beträgt sie nun nur mehr 0,58 Prozent.

Betrachtet man aber die innere Struktur dieses Kapitels, ist für den Ausbau der Hauptverkehrsstraßen laut Investitionsausweis nur eine Summe von 53,9 Millionen enthalten. Das, bitte, ist gerade ein Promille des Gesamtbudgets — etwas wenig.

Auch der Ansatz für Instandhaltung ist lediglich von 126,5 Millionen auf 132,8 Millionen angestiegen, das ist mit 5 Prozent nicht einmal der halbe Indexsatz, also tatsächlich ein echter Rückgang.

Die Behebung von Frostschäden ist stereotyp immer gleich mit 30 Millionen. Ich glaube, der Herr Stadtrat hat da einen geheimen Pakt mit dem Petrus und wird ab und zu doch etwas tiefer in die Tasche greifen müssen, wenn der Pakt nicht ganz erfüllt wird. (Amtsf. StR. Böck, seine Brieftasche ziehend: Kollege Alram!) Wunderbar! Auf StR. Böck ist doch immer Verlaß! (Jawohl-Rufe und Beifall bei der SPÖ.) Im Zusammenhang mit dem Pakt mit dem Petrus, bitte!

Also ungenügende und unrealistische Ansätze, wo echte Schwerpunkte zu setzen gewesen wären.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu einem Punkt, wo, glaube ich, die Heiterkeitsschwelle bereits überschritten ist und der uns echt Sorge bereitet: Löcher auf und Löcher zu. Wenn ich mir das ansehe, was von 1977 bis jetzt allein in der

Presse gestanden ist, so ist das eine Fülle von Beschwerden, die, glaube ich, jeder einzelne von uns schon irgendwann einmal sehr stark zu spüren bekommen hat. Man ist berechtigterweise verärgert. Es hat großartige Versprechungen des Herrn Bürgermeister gegeben — gehalten wurde bis jetzt sehr wenig. Aber eines hat er gemacht: Sofort, damit die Koordinierung floriert, hat er den Computer — im Volksmund „Blechtrottler“ genannt, wie hier schon einmal gesagt wurde — eingesetzt. Ich möchte hier die Frage stellen: Womit wird der gefüttert? Ich habe nämlich die Angst, daß er demnächst in seine wesentlichsten Bestandteile auseinanderfallen wird: in Blech und in sonstige Bestandteile; das andere möchte ich mir ersparen.

Ich glaube, das sind Dinge, die man wirklich ernst nehmen sollte.

Wenn ich in diesem Haus gehört habe, daß nämlich des „Tages der offenen Tür“ des Wiener Rathauses ein Betrag von 4 Millionen zur Verfügung steht, darf ich dem Herrn Bürgermeister abschließend auch eine Anregung geben: Veranstalten Sie einen „Tag der geschlossenen Löcher“, und Wien wird zufriedener sein! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Frau GR. Dipl.-Vw. Karoline Pluskal zum Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Dipl.-Vw. Karoline Pluskal: Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich doch mehr mit dem Kapitel Bauten und weniger mit meinem Vorredner beschäftigen, der gegen die Polemik ins Feld gezogen ist und hier selbst sehr polemisch gewirkt hat.

Seit der kommunale Wohnhausbau in das Programm der Stadt Wien aufgenommen wurde, ist er Gegenstand von immer wiederkehrenden Angriffen, von Angriffen, die sich später, wenn genügend Distanz erreicht war, als unrichtig und gehässig herausstellten. Da es auch derzeit nicht an Angriffen und — zumindest bei einigen — nicht an Zweifeln am kommunalen Wohnhausbau fehlt, darf ich das einmal analysieren.

1923 wurde das erste Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien beschlossen, und bis zum Ende der Ersten Republik wurden 65.000 Wohnungen errichtet. Von Anfang an standen diese Gemeindewohnungen im Mittelpunkt von Kritik, wobei sie der politische Gegner einmal als Kartenhäuser, die ohnehin bald einstürzen, und das andere Mal als Parteifestungen und -burgen bezeichnete, bei denen den Sozialdemokraten Bürgerkriegsabsichten unterstellt wurden.

Im Zweiten Weltkrieg wurden zirka 88.000 Wohnungen zerstört, so daß 1945 der Wiederaufbau im Vordergrund stand. Es galt vor allem, schnell und billig Wohnraum zu beschaffen. Wer zu dieser Zeit aufwendige Architektur betrieben hätte, der wäre nicht ernst genommen worden. Die Lösung der drückenden Wohnungsnot mußte mit weitgehender Rationalisierung erreicht werden.

Die einfache Architektur dieser Epoche, der sogenannte Emmentalerbaustil, war demnach keine Einfallslosigkeit oder in sonstigen negativen Momenten der öffentlichen Hand begründet, sondern einfach die Verwirklichung des damaligen Auftrages, der herrschenden Wohnungsnot so rasch wie möglich Herr zu werden.

Erst im Laufe der Jahre konnte mit dem Zurückgehen der quantitativen Wohnungsnot die qualitative Anforderung an die Wohnung wieder mehr an Bedeutung gewinnen, und heute haben die Architekten die Möglichkeit, ihre Ideen und Vorstellungen vom modernen Bauen weitgehend zu verwirklichen. Ich sage „weitgehend“, denn eines ist immer vorrangig: Die Architektur muß sinnvoll der Bevölkerung dienen. Es geht nicht darum, Denkmäler für den einzelnen Architekten zu schaffen, sondern wir brauchen gut durchdachte Wohnungen, in denen sich die Menschen wohlfühlen.

Daher darf ich hier zum wiederholten Male die Forderung anbringen, daß verstärkt die Wünsche derjenigen zu berücksichtigen sind, die die meiste Zeit in der Wohnung verbringen und die auch in erster Linie die Hausarbeit verrichten, und das sind noch immer, auch in der Zeit der zunehmenden Partnerschaft, die Frauen. (Beifall bei der SPÖ.) Die Frauen sollten daher bereits bei der Planung ein größeres Mitspracherecht als bisher erhalten.

Im Rahmen der Vielfalt von Wohnformen und des Suchens nach neuen Formen sind einige Beispiele zu nennen, damit ich nicht im Sinne einer umkehrenden Einschränkung mißverstanden werde. Diese Beispiele sind: das im Wettbewerb „Wohnen morgen“ preisgekrönte Objekt im 15. Bezirk in der Weiglasse, die Wohnhausanlage im 12. Bezirk, Am Schöpfwerk, wo man in Oktogonen die Kommunikation testen wird können, und die Wohnhausanlagen im 10. Bezirk in der Neilreichgasse und im 21. Bezirk am Marco Polo-Platz, wo ebenfalls namhafte Architekten am Werk sind.

Im Sinne unseres Arbeitsprogramms verlagert sich die Bautätigkeit der Gemeinde Wien immer mehr von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung, auch wenn das einer meiner Vorredner nicht wahrhaben wollte. Bei den Baubeginnen 1972 waren nämlich von insgesamt 2.308 Wohneinheiten, die von der Magistratsabteilung 24 ausgeführt wurden, 261 der Stadterneuerung und 2.047 der Stadterweiterung zuzurechnen. Damals war also noch ein Verhältnis von 11 : 89. Bei den Baubeginnen 1978 konnten von insgesamt 2.370 Wohnungen 1.318 oder 55 Prozent, also bereits mehr als die Hälfte, der Stadterneuerung zugerechnet werden.

Sicher wird es immer Grenzfälle der Zuordnung zu der einen oder anderen Gruppe geben, aber diese Zahlen ergeben sich aus einer einheitlichen Auffassung.

Im Wohnbauprogramm 1979 sind von insgesamt 2.500 Wohnungen — wieder von jenen, die von der Magistratsabteilung 24 ausgeführt werden — 1.776 oder 72 Prozent im Sinne des Vorrangs für die Erneuerung vorgesehen. 724 Wohneinheiten oder 28 Prozent sind nach wie vor Stadterweiterung, auf

die bei zirka 20.000 vorgemerkten Wohnungssuchenden nicht verzichtet werden kann.

Die Anzahl der Wohnungen, die der Stadterneuerung zuzurechnen sind, ist demnach, gemessen an dem Baubeginn der jeweiligen Jahre, von 1972 bis 1978 auf das rund Fünffache gestiegen und wird 1979 das Siebenfache erreichen. Dies wirkt sich natürlich auch auf die Größe der Baustellen aus. Die Durchschnittsgröße der Baustellen betrug zum Beispiel 1972 noch 209 Wohnungen. 1978 sind es pro Baustelle nur mehr 93 Wohnungen und 1979 nur mehr 71 Wohnungen. Klammert man hier die Großbaustelle Marco Polo im 21. Bezirk aus, kommt man sogar auf 52 Wohneinheiten je Baustelle.

Der Trend zur Stadterneuerung und die damit verbundenen vielen kleineren Baustellen bringen auch eine verstärkte Arbeitsintensität mit sich. Auf den innerstädtischen Baustellen ist der Arbeiterstand, bezogen auf die in Bau befindlichen Wohnungen, um rund 40 Prozent höher als bei jenen der Stadterweiterung. Insgesamt sind derzeit auf den Baustellen des kommunalen Wohnbaus rund 3.000 Arbeitnehmer beschäftigt. Dazu wären noch jene zu zählen, die in den Werkstätten und Fabriken an der Vorfertigung von Bauteilen bzw. an der Herstellung von Werkstücken, zum Beispiel Fenster, Türen usw., arbeiten.

Dieser Aspekt des kommunalen Wohnhausbaues, nämlich die Sicherung vieler Arbeitsplätze, ist gerade in der heutigen Zeit nicht hoch genug einzuschätzen und mit ein wesentlicher Teil unseres sozialistischen Programmes, das gleichzeitig auch die Wohnsituation vieler Menschen verbessert. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Umstellung von den Großbaustellen am Stadtrand zu den Kleinbaustellen im dichtverbauten Gebiet hat auch Auswirkungen auf die Baukosten gehabt. Der kommunale Wohnhausbau wird mit der Wohnbauförderung finanziert, das heißt, den Baukosten sind obere Grenzen gesetzt. Trotzdem ist die Qualität der Ausstattung festgelegt, und zwar nach einer sehr hohen Norm. Beim kommunalen Wohnhausbau gibt es kein Ausweichen auf eine schlechtere Ausstattung, zum Beispiel auf billigere Kunststoffböden usw., wo dann dem künftigen Wohnungsinhaber für eine bessere Ausstattung beträchtlich höhere Kosten erwachsen.

Der kommunale Wohnhausbau muß mit den finanziellen Mitteln nach den gesetzlichen Bestimmungen der Wohnbauförderung auskommen und gleichzeitig den hohen Qualitätsanforderungen gerecht werden. Auch dies sollte hier einmal deutlich gesagt werden. Andere Wohnbauträger helfen sich zum Beispiel dadurch, daß ein Teppichboden, der in der Grundausstattung häufig aus billigem Nadel filz besteht, oft nur auf die Rohdecke geklebt wird. Die wärme- und schalltechnischen Nachteile sind dabei nicht mehr reparabel, auch nicht durch noch so hohe Aufzahlungen für einen besseren Teppichbelag. Im kommunalen Wohnhausbau werden überall qualitativ hochwertige Hartholzfußböden hergestellt, und die Ausstattung der Wohnung entspricht überall einem hohen Niveau.

Die reine Wohnfläche — ohne Loggien, Balkone und Terrassen — liegt derzeit bei rund 74 Quadratmeter, im Jahre 1973 waren wir noch bei 69 Quadratmeter. Mit den Außenflächen halten wir derzeit bei rund 80 Quadratmeter. Damit ist ein Standard erreicht, der auch international anerkannt wird. Dabei muß auch die Preisgünstigkeit hervorgehoben werden. Die Aufwendungen der Magistratsabteilung 24 an Gehältern und sonstigen Kosten liegen, gemessen an den Ausgaben für den kommunalen Wohnhausbau, im laufenden Jahr unter einem Prozent. Selbst wenn noch die Kostenanteile der anderen zugeordneten Abteilungen, für Installationen usw., zugerechnet werden, liegen die Aufwendungen für die echten kommunalen Bauführungen weit unter jenen anderer Bauträger.

Auch die eigentlichen Baukosten sind niedriger, die Arbeiten werden ja öffentlich ausgeschrieben, die Anbotsverhandlung ist öffentlich, der Bestbieter erhält den Zuschlag, wenn die Anbotssumme in den Finanzierungsplan paßt, der wieder von den Regeln der Wohnbauförderung bestimmt ist. Paßt die Anbotssumme nicht in den Finanzierungsplan, dann werden jedenfalls nicht die zu zahlenden Eigenmittel erhöht oder die Qualität abgesenkt, sondern durch Ausschreibung in Varianten wird den Bietern die Möglichkeit gegeben, nach ihren Ressourcen und ihrem Management den Bau zu errichten, natürlich nach den bereits vorgegebenen Qualitätsnormen, sowohl bauphysikalisch als auch in der Ausstattung.

Die Beamten der federführenden Bauabteilung ringen in jedem einzelnen Fall in zäher und mühevoller Arbeit um den Erfolg, der bei Wohnungen mit einem Eigenmittelanteil von nur 390 bis 700 Schilling je Quadratmeter auf der Hand liegt.

Für bauliche Herstellungen stehen im nächsten Jahr 2.328 Millionen Schilling zur Verfügung.

Ein Wort noch zur Infrastruktur. Die Bedürfnisse der Bevölkerung hinsichtlich der Infrastruktur können beim kommunalen Wohnhausbau auf direktem Weg verwirklicht werden. Bei den derzeit in Bau befindlichen 6.765 Wohneinheiten werden folgende Einrichtungen mitgebaut: 74 Geschäftslokale, fünf Kindertagesheime, zwei Postämter und neun Büros, eine Bücherei, eine Mutterberatungsstelle, drei Pensionistenklubs und ein Jugendheim sowie andere Hobby-, Gemeinschafts- und Kinderspielflächen. Als Sprecherin für die Frauen möchte ich die Bedeutung der Infrastruktur, wie Kindertagesheime, Gemeinschafts- und Kinderspielflächen, vor allem für die Frauen unterstreichen, da wir ja die Qualität einer Wohnung nicht nur an ihr selbst, sondern auch an ihrer Wohnumgebung bzw. an der Wohnungsumwelt messen. Der oberste Wertmaßstab ist für uns dabei das Wohlbefinden der Menschen, die in diesen Wohnungen leben.

Die Vorteile des kommunalen Wohnungsbaus für die Bevölkerung könnten noch durch einige weitere Beispiele ergänzt werden.

Ein wichtiges Argument, auf das ich hier nicht verzichten möchte, ist die Preisregulierung. Würde es den kommunalen Wohnhausbau nicht mehr ge-

ben, so würde damit eine lästige Konkurrenz für die anderen Bauträger entfallen. Die Folgen wären sofort steigende Kosten für den Wohnungssuchenden. Es geht demnach darum, vom ökonomischen Bauen nicht nur zu reden, sondern ihn zu fördern, und die beste Förderung erfolgt durch den kommunalen Wohnhausbau. Er allein ist wirtschaftlich und zugleich abgestimmt auf die Familien, für die er bestimmt ist. In seiner Gesamtheit betrachtet, macht er erst unsere Stadt wohnlich und menschlich.

Für uns Sozialisten ist der kommunale Wohnhausbau unabdingbar.

Zum Schluß möchte ich nicht versäumen, allen Mitgliedern des Ausschusses Bauten und allen Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit herzlich zu danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Hoffmann zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Hoffmann: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Das ist heute der dritte Tag der Budgetschöpfung 1979 und draußen — wie man so durchschimmern sieht — scheint die Sonne. Die Beamten hier und auch wir, die Mandatäre, sind als moderne und fleißige Grottenolme bei Neonlicht gezwungen, da zu sein. Ich kann — nicht allein wegen der Menschenfreundlichkeit, sondern auch, weil vieles von diesem Budget durch bereits vorher Gesagtes rhetorisch abgegrast erscheint, denn was für das Bauen gilt, gilt ja auch vom Planen her — kurz sein, will aber trotzdem ganz kurz auf Allgemeines Bezug nehmen.

Ich nehme da ein Wort eines meiner Vorredner, des von mir sehr geschätzten Gemeinderates Rosenberger, aus dem 13. Bezirk auf, der — zwar wahrscheinlich nur für sein Ressort, aber doch — die Worte aussprach: Wir laden zur Mitarbeit ein. Nun, das höre ich gerne. Wie sieht das aber in der Praxis aus? Wenn sich diese Mitarbeit, die Sie nicht ableugnen können, im Guß von fertigen Vorschlägen, von fertigen Eingaben darstellt, dann werden diese leider von der Mehrheit fast immer abgelehnt. Mehr noch. Wenn die Gedanken, die wir gerne für unsere Stadt hier auf den Tisch des Hauses legen, und unsere Vorschläge — nicht für die Sozialistische Partei, sondern für Wien, das möchte ich festhalten —, wenn die dann besprochen werden, dann ist — das fiel mir bei der Debatte vorher schon auf — die Erwähnung allein in Ihren Augen, meine Damen und Herren der Mehrheit, schon fast strafbar, denn der nächste, spätestens der übernächste Redner stürzt sich darauf und versucht, sie rhetorisch zu zerhacken. Im Gegensatz dazu: Wenn Sie dazu übergehen — und das tun Sie eigentlich immer —, die Leistungen hervorzuziehen, die Sie sich selbst als Partei zuschreiben, obzwar die Leistungen sehr oft und überwiegend auf Seiten der Wiener und der Wiener Wirtschaft liegen, dann streuen Sie sehr gerne Lob. Ich verstehe das, nur darf ich feststellen: Sie machen das in etwas auffälliger Weise. Sie haben hier Stadträte zu loben und ihnen frische Lorbeerkränze ins mehr oder weniger lockige Haupt

zu flechten, die zunächst eigentlich nur bis Februar auf ihrem Podest stehen, und da und dort knistert vielleicht schon ein Sprengsatz unter diesem Standbild. (GR. Gawlik: Hoffmann, der Neoterrorist!) Ich bestimmt nicht, Kollege Gawlik, denn wir haben keine Sprengsätze gelegt! Sie wollen umbilden, nicht wir. Uns lassen Sie ja gar nicht umbilden. (GR. Gawlik: Was war mit dem Reichsbrückenbauer?) Was meinen Sie damit? Ich kann Ihnen sagen, wer den Sprengsatz gelegt hat: Die Schlampererei, Herr Kollege, und wenn Sie es deutlich haben wollen: die Ihre. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Der Bauer hat gehen müssen, und der Busek ist gekommen.)

Meine Damen und Herren, ich höre weitere Zwischenrufe, weil man doch nur verlängern will. Aber es zahlt sich nicht aus. Kommen wir also zum Kapitel selbst.

Ich habe schon anklingen lassen: Es ist in erster Linie die Vollziehung dessen, was vorher geplant wurde, denn wir haben ja, abgesehen von Projekten und Detailprojekten, auf diesem Gebiet weniger in unseren Ansätzen. Da kommt natürlich auch all das an den Tag, was sich vorher nicht so deutlich dargestellt hat. Sicherlich Gutes, aber leider manchmal auch nicht so Schönes. Auch der heute bereits so strapazierte Karlsplatz hat sich erst beim Bau in seiner ganzen wilden Größe geoffenbart. In einem Projekt schaut das immer ganz anders aus. Ein Modell, das ist ein zahmes, braunes Holz, da sieht man nicht, wie es dann in der Wirklichkeit wird. Noch eines: Projekte haben keine Ohren. Ich denke da an verschiedene Wohnbauten — auch das wurde heute, vorgestern und gestern schon gesagt —, wo Straßen so dicht vorüberführen, daß es eine Zumutung ist, Menschen in diese Wohnungen zu setzen, auch wenn man nachher dazu übergeht, Lärmschutzwände zu bauen, die man bauen muß und die wir gerne mit beschlossen haben.

Um gleich bei den Bauten zu bleiben. Meine geschätzte Vorrednerin hat sich damit sehr beschäftigt. Ich bin allerdings nicht ganz ihrer Meinung; ich werde darauf noch kommen.

Nun aber zu den Gemeindebautenansätzen selbst. Sie sind bedeutend geringer als in den vergangenen Jahren, speziell im vorvergangenen Jahr. Das, muß ich sagen, sehe ich positiv, weil dadurch auch andere Bauträger — alles wird ja von derselben Mutter gespeist — zum Zuge kommen.

Es war da ein Umschichtungsantrag meiner Partei, zu dem ich in meinem Debattenbeitrag Stellung zu nehmen hatte. Ich will Ihnen das sehr gerne vorlesen, und denken Sie dann an die Worte Ihres Finanzstadtrates, sie sind sehr ähnlich. Ich sagte nämlich im vorigen Jahr: Wir sind der Meinung, daß für sogenannte private Bauträger, das sind vorwiegend Baugenossenschaften und ähnliche Zusammenschlüsse, eine stärkere Zuteilung von Mitteln, zumindest um 500 Millionen, zu Lasten des kommunalen Wohnhausbaues notwendig ist, notwendig deswegen, um die oft bereits jahrelangen Wartezeiten für die Eigentümer oder Genossenschaftler abzukürzen. Vom Bausektor in Wien, ge-

samt gesehen, wird dadurch kein Abstrich gemacht, nur der Bauherr ist zum Teil ein anderer.

Ich sagte dann weiter — ich muß etwas weiter vorne anfangen, weil man mir das vielleicht vorhalten könnte —: Ich halte dabei aber, weil wir wissen, daß man auf SPÖ-Seite gerne das Kind mit dem Bade ausschüttet, ausdrücklich fest, daß wir keineswegs Feinde des kommunalen Wohnungsbaues waren und sind. Bürger mit geringerem Einkommen werden immer darauf zurückzugreifen haben, dafür wird gebaut, und dafür sind wir auch.

Und dann sagte ich: Ich darf bei dieser Gelegenheit noch einmal unsere Meinung in Erinnerung bringen, die wir nicht erst jetzt haben: Es gibt viele, die gar nicht oder erst sehr spät in den Genuß einer Gemeindewohnung kommen und kommen können. Es sind in erster Linie junge Leute und Leute mit höherem Einkommen. Bietet man diesen nicht die Möglichkeit, in den Grenzen ihrer Heimatstadt Eigentum zu erwerben, so werden sie womöglich nach außerhalb abwandern. Wir verlieren, da sie potente Steuerträger sind, ihre Steuerkraft, ihre Konsumkraft, und natürlich wird auch der Finanzausgleich als Folge sinkender Kopfpzahl dadurch für Wien schlechter.

Ich schloß dann die Worte an: Ich kann mir nicht vorstellen, daß man einer so logischen Überlegung und deren Ausdruck in Form des Umschichtungsantrages nicht folgen zu können glaubt. — Man hat nicht gefolgt. Aber heuer haben Sie fast auf die Ziffer hin das verwirklicht, was wir schon voriges Jahr vorgeschlagen haben, und das ist positiv.

Nun zur Struktur. Hier, Frau Kollegin, bin ich nicht ganz Ihrer Meinung. Sie haben nämlich gefunden, daß die Mittel für die Stadterneuerung überwiegen gegenüber der Stadterweiterung. Das kommt auf den Standpunkt an. Sie haben das nicht präzisiert. Ich darf Ihnen sagen: Ich bin bei meinen Überlegungen vom Wert ausgegangen und nicht von der Anzahl der Wohnungen. Das dürfte aber ungefähr dasselbe sein, denn so weit sind die durchschnittlichen Wohnungsziffern noch nicht auseinander, obgleich sie manchmal sehr differieren.

Wenn Sie natürlich Aderklaa, Marco Polo, Wiener Flur, Schöpfwerk oder Neilreich, um die bedeutendsten zu nennen, die ich für Stadterweiterung ansehe, nach innen ordnen, dann haben Sie recht. Ich tue das nicht, und wenn ich ziffernmäßig vergleiche, komme ich auf genau 53 Prozent außerhalb des Gürtels. Es wurde heute schon gesagt, daß die Folge davon teure Infrastruktur ist. Es ist errechnet, daß bis zu 40 Prozent der Gesamtbaukosten auf diese Infrastruktur entfallen, da es noch der Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen bedarf und ungeheuer langer Verkehrslinien, die wir erst neu schaffen müssen. Was, meine Damen und Herren, tun Sie damit Ihrem so gequälten Stadtrat für Verkehr an! Man wird fast sagen müssen: Und Herr Stadtrat Nekula nahm fünf Autobusse und beförderte damit 5.000 Menschen innerhalb kurzer Zeit. Meine Damen und Herren, das ist in der Bibel gegangen mit dem Brot, das wurde vermehrt, aber eine Autobusvermehrung tritt leider nicht ein.

Es ist überdies, um beim Wohnbau zu bleiben, leider Gottes eingerissen, daß große Nachträge zu genehmigen waren. Wir haben ihnen in der Regel zugestimmt, schon der Bauwirtschaft halber, schon der Vollbeschäftigung halber. Es war aber nicht immer allein der Lohn-Preisindex, es war auch die lange und manchmal überlange Bauzeit, die das über den Weg des Lohn-Preisindex in die Höhe getrieben hat und darüber hinaus waren es oft Dinge, die man schon bei der Planung hätte sehen müssen und die dann nachträglich mit hohen Millionen Zahlen eingeflossen sind. Daß man zum Beispiel mehr Stellplätze braucht, hätte man vorher wissen können, daß man, um nur von einem zu sprechen, eine umweltfreundliche Müllanlage für 40 Millionen braucht, hätte man auch schon vorher wissen können, daß man Blumentröge, gegen die ich nichts habe, zur Verschönerung braucht, war auch schon vorher zu ersehen. So summiert sich das zu ungeheuren Baukosten. Als Beispiel möchte ich nur die Ada Christen-Gasse erwähnen. Hiefür wurden im Jahre 1971 224,9 Millionen vorgesehen: der Betrag wurde dann jedoch um 240 Millionen auf 465 Millionen erhöht, und vor kurzem haben wir noch einmal 33 Millionen zu genehmigen gehabt.

Ich möchte dem Finanzstadtrat beinahe ein neues Budgetkapitel zugestehen — ein Kapitel für Unvorhergesehenes gibt es ja schon —, und dieses müßte die Bezeichnung Vorhersehbares, nicht Eingepantes tragen und sich in Milliardenhöhe bewegen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Wort zum Hochwasserschutz. Darüber wurde heute schon ziemlich viel gesprochen, und die Freiheitliche Partei hat einen Antrag gestellt. Trotzdem möchte ich der Ordnung halber festhalten, daß man sich über Drängen der Oppositionsparteien, besonders über unser Drängen, doch entschloß, von den vorjährigen drei Millionen auf 42 Millionen bei der rechten Hochwasserschutzkante aufzustocken. Es ist ein erster Schritt, der sicherlich zu begrüßen ist.

Im übrigen darf ich dazu sagen, daß der Hochwasserschutz eine riskante Angelegenheit bleibt, solange er in Bau ist. Ich möchte einmal mehr daran erinnern — Gott möge uns davor behüten, daß uns einmal ein Eisstoß während der Bauzeit überrascht —, daß wir schon längst fertig wären und dieses Risiko nicht mehr zu tragen hätten, hätte man den ursprünglichen Plan, dem wir einst anhängen, verwirklicht. Ansonsten wünschen wir dem langsam voranschreitenden verbesserten Hochwasserschutz alles Gute.

Last, not least muß ich auch zu den Brücken etwas sagen. Die Traisenbrücke ist heute schon zitiert worden. Kollege Schultz hat gemeint, daß unser Antrag auf eine Volksbefragung, den wir auf die betroffene und sehr interessierte Bevölkerung eingegrenzt haben, eine Flucht nach vorne sei. Ich weiß nicht, vor wem wir hätten flüchten sollen. Vor Ihrer Meinung, die Sie uns vielleicht entgegensetzen, sicher nicht. Und vor dem Volk, das der Souverän ist, schon gar nicht, sonst würden wir das Volk ja nicht befragen. Und gerade das wollen wir. Es war nichts anderes als eine taube Nuß, ein leeres Wort.

Kollege Schultz hat wieder einmal gemeint — er tut das sehr gerne —, wir hätten viel lieber eine 5. Donaubrücke in Klosterneuburg. Da muß ich noch einmal sagen: Wir haben auch nichts gegen eine weitere Brücke in Klosterneuburg. Ich selbst aber war es auftrags meiner Funktion, der seit 1970 die 5. Donaubrücke gefordert hat. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Mit welchem Standort?) Das war Ihnen damals sehr unangenehm, weil das eines Ihrer Wahlversprechen des Jahres 1970 war. Das Erinnern daran war Ihnen immer peinlich. Was wir jetzt angeschnitten haben und was wir bekritteln, ist niemals die 5. Donaubrücke, denn sie ist notwendig, und ich selbst habe sie gefordert. (Ruf bei der SPÖ: Wohin sollen wir die 5. Donaubrücke bauen?) Wohin? — Zweifellos an einen geeigneteren Punkt als an diesen. (Ruf bei der SPÖ: Wo ist der?) Ich bin kein Techniker. Sie wissen es ja besser. Sie haben den Standort gewählt, obwohl auch Sie keine Techniker sind. Wir wissen nicht, ob das der geeignete Standort ist. Vielleicht ist er es. Um das zu klären, haben wir den Weg der Volksbefragung gewählt. Das Volk hat immer recht, so ist es doch, auch wenn es Ihnen am 8. Oktober nicht ganz recht war.

Nun zum Ansatz für die Brücken. 278 Millionen sind natürlich nicht alles, weil ja an anderer Stelle auch noch die Reichsbrücke mit 140 Millionen aufscheint. Löst man aber aus diesen 278 Millionen die Floridsdorfer Brücke mit 145 Millionen Schilling und die Kosten für den Abbruch der alten Floridsdorfer Brücke heraus, so bleiben nur mehr 83 Millionen übrig. Momentan haben wir aber keine unbedingt dringlichen Vorhaben. Vielleicht kommen wir in diesem Jahr damit aus.

Bemerken möchte ich jedoch dazu, daß es eigenartig ist, wenn man volle 145 Millionen in den Investitionsausweis aufnimmt und dabei weiß, daß ein großer Betrag davon an Zahlungen weggeht, also keine echte Investition mehr darstellt. Sogar der Abbruch der alten Floridsdorfer Brücke mit 50 Millionen scheint unter den Investitionen auf. Ich glaube dabei die Sucht des Herrn Finanzstadtrates zu erkennen, das Kapitel Investitionen, das er immer besonders herausstellt, möglichst hoch zu schrauben.

Nun zu den weiteren Ansätzen dieses Kapitels. Mir ist der Rückgang des Betrages für Brückenrevisionen unangenehm aufgefallen, wenn ich das so sagen darf. Ich tue das gar nicht gerne, ich beschwöre nicht gerne Geister, die sich jetzt Gott sei Dank über den Wassern befinden und die es nicht notwendig haben, zu tauchen. Wir haben in fleißiger Arbeit — im Ausschuß wurde immer gemeinsam gearbeitet, es war keine unangenehme Arbeit, es wurde auch von den Beamten sauber gearbeitet — in drei Listen — die erste am 2. August 1976 mit 20 Brücken, die zweite am 25. Februar 1977 mit 26 Brücken und die dritte am 11. März 1977 mit 22 Brücken — zusammen 68 Brücken mit einem Aufwand von insgesamt 85 Millionen Schilling zur Generaluntersuchung gestellt. Der vorjährige Ansatz hiefür betrug noch 25 Millionen. Heuer ist dieser Ansatz für die Untersuchung von Brücken auf

20 Millionen zurückgegangen. Im Zusammenhang damit, daß auch der Betrag für die allgemeine Brückenreparatur von 13,2 auf 12 Millionen zurückgegangen ist, muß ich sagen, daß das ein arger Rückfall ist. Das ist ein Rückfall in jene Zeiten, als man sich dachte, es wird schon nichts geschehen, und dann geschah es doch.

Meine Damen und Herren! Ich habe keinen extra Umschichtungsantrag eingebracht, aber ich appelliere an Sie, vor allem an den Herrn amtsführenden Stadtrat, diese Post zumindest auf die vorjährige Höhe aufzustocken. Das müßte doch während des Jahres durch Umschichtungen möglich sein. Sicherheit ist doch das oberste Gebot. Das ist, glaube ich, auch Ihre Meinung. Auf diese Art wird die Sicherheit aber nicht gewährleistet.

Die von mir kritisierten Punkte im Zusammenhang mit dem, was Kollege Alram gesagt hat, versetzen uns leider nicht in die Lage, diesem Kapitel unsere Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Haberl zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Haberl: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Wir haben bei den Ansätzen für die Gruppe Bauten sehr viele verschiedene Dinge gehört. Ich muß dazu sagen: Auch einige Dinge, die sich mit dem Budget beschäftigt haben.

Wenn Kollege Alram eingangs gemeint hat, er ist sich vorgekommen wie von einer anderen Partei, dann muß ich sagen: Vielleicht hat er seine Tätigkeit als Betriebsrat in der CA gemeint, wo er die ganze Zeit als Überparteilicher fungiert und nach der Deklaration als Kandidat der Österreichischen Volkspartei für den Wiener Gemeinderat neun Prozent und zwei Mandate verloren hat. Vielleicht ist von da her Ihre Aussage zu begründen, daß Sie keine Farben mehr gesehen haben, als Sie in den Spiegel geschaut haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie uns vorgehalten haben, daß vom strahlenden Lächeln der großen Sieger nicht viel übriggeblieben ist, dann möchte ich nicht auch in Ihr Vokabular verfallen, als Sie gemeint haben, so manche Aussagen von uns wären Stehsätze. Wenn Sie sich nun nach dem 8. Oktober als strahlender Sieger bezeichnen, dann mag das für uns eine Darstellung sein, um zu wissen, wie groß der Anteil der Österreichischen Volkspartei unter der Wiener Bevölkerung wirklich ist, wenn Sie mit 4.000 Stimmen Ihre vier Mandate dazugewonnen haben und nunmehr bei 34 Prozent halten.

Eine Aussage des Kollegen Alram scheint mir auch noch interessant zu analysieren. Er hat gemeint, daß der Karlsplatz — ich möchte es volkstümlich sagen — grauslich ist, das schönste, was dort existiert, ist die Karlskirche. Ich weiß nicht, Kollege Alram, ob Sie da nicht ein bißchen hinten nach sind, nämlich hinter dem Termin der Eröffnung, wo hunderttausend Wiener begeistert die Eröffnung des Karlsplatzes gefeiert haben. (Beifall)

bei der SPÖ.) Ich habe fast das Gefühl, Herr Kollege Alram, daß Sie den Karlsplatz nur ein einziges Mal — vielleicht auch bei der Eröffnung — auf Ihrem Weg von der Wohnung zum Dienstort gesehen haben. (Zwischenruf des GR. Alram.) Es freut mich, wenn Sie auch nachher schon öfter dort waren. Vielleicht machen Sie sich dann ein objektives Bild. Vielleicht gehen Sie mit Ihrer Nachbarin mit dem Kinderwagen hin, damit sie endlich sieht, wie sie zur Passage hinunter kann, ohne über die Stiegen zu müssen.

Kollege Alram hat auch gemeint, daß er im Ausschuß immer sehr sachlich mitarbeitet. Nun, da möchte ich ihm sagen, daß ihn eigentlich gar nichts daran hindert, auch hier im Plenum sachlich zu arbeiten. (Beifall bei der SPÖ.)

Was Sie mit Ihren Ausführungen über die Standschützenzugehörigkeit ausdrücken wollten, weiß ich nicht, aber vielleicht wollen Sie in die Zeit zurück, wo Sie eine Armbrust bekommen, damit Sie besser Ihre polemischen Schüsse auf das Forum abgeben können.

Zum Auf und Zu beim Straßenbau. Meine Damen und Herren, das war wieder ein eklatantes Beispiel, daß man etwas in den Raum stellt, ohne ein konkretes Beispiel anzuführen, wenn ich auch gerne zugebe, daß es da oder dort einmal vorkommen mag. Man darf aber doch keine solchen globalen Verurteilungen und Unzukömmlichkeiten hinstellen.

Ich richte aber an Sie die Einladung, bei der Argumentation so zu verfahren, daß man sich, ohne zu erschrecken, nicht nur in den Spiegel, sondern auch in die Augen sehen kann. Ich hoffe, daß wir auf dieser Basis auch im Ausschuß weiterarbeiten können.

Eines noch zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Pawkowicz. Herr Dipl.-Ing. Pawkowicz hat über die Philadelphiabrücke gesprochen, und ich möchte hier etwas, obwohl es nicht unmittelbar mit dem Budget im Zusammenhang steht, richtigstellen. Sie haben gemeint, daß man bei der Philadelphiabrücke auf eines vergessen hat, daß sie nicht so gut ist wie die alte Philadelphiabrücke, weil die Schnellstraßenbahnlinie 64 wegen des großen Höhenunterschiedes, der sich aus dem Bau über die Bundesbahn ergeben hat, nicht direkt in die Meidlinger Hauptstraße fahren kann, sondern nach rechts abbiegen muß. Ich glaube kaum, daß man der Bevölkerung zumutet, mit der Schnellstraßenbahnlinie 64 um die Murlingengassenschleife Ringelspiel zu fahren. Sie haben die Darstellung falsch gebracht. Der Anschluß Wiental ist so zu verstehen — ich zumindest verstehe es so, und vielleicht können Sie sich dann informieren, ob ich recht habe —, daß die Straßenbahnlinie 64 dann entlang der Linie 62 zum Gürtel, zum 118er fährt und dort den Margaretenplatz, das Einkaufszentrum Mariahilf und den Westbahnhof anbindet. Ich könnte mir das jedenfalls als effizientere Lösung vorstellen.

Herr GR. Hoffmann hat dann gemeint, daß auch noch die Schlamperie bei der Reichsbrücke zu er-

wähnen wäre. Ich gebe Ihnen da sehr gerne recht, Herr Regierungsrat. Ich darf loyalerweise fortsetzen, wo Sie aufgehört haben. Ich darf in Erinnerung rufen, daß die Reichsbrücke, die eingestürzte Reichsbrücke, in den Jahren 1932 bis 1934 errichtet wurde und die Gutachter ausgeführt haben, daß der Einsturz tatsächlich auf eine Schlamperie beim Bau zurückzuführen war. Nur lasten Sie das aus den Jahren 1932 bis 1934 doch nicht den Sozialisten an, denn die sind in dieser Zeit durch Ihre Parteivorgänger mit Gewalt aus dem Rathaus verdrängt worden! (Zustimmung bei der SPÖ.)

Ich habe eingangs erwähnt, daß wir hier nicht polemisieren sollten, und ich möchte es nunmehr auch nicht tun. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Gestatten Sie mir aber, daß ich auf polemische Vorwürfe auch eine entsprechende Antwort gebe. Das müssen Sie mir zubilligen.

Kommen wir aber zu den Budgetansätzen zurück. In den Ballungsräumen, meine sehr geehrten Damen und Herren, nimmt der von Ihnen so kritisierte Straßenbau überall die gleiche Problemstellung ein, zumindest in den vergleichbaren europäischen Städten. Wir glauben, daß die Lösung dieser Straßenbauprobleme eine der vordersten Positionen sein soll, die wir in dieser Legislaturperiode in Angriff nehmen und verwirklichen wollen.

Wenn im Arbeitsprogramm der Wiener Sozialisten festgelegt wurde, daß ein Mittelweg zwischen dem öffentlichen und dem Individualverkehr zu gehen wäre, so erfordert diese Aussage unter anderem den heute auch von Ihnen geforderten raschen Bau von aufnahmefähigen Verkehrsbändern. Es ist gleichzeitig aber auch Sorge zu tragen, daß im Notfall entsprechend leistungsfähige Umfahrungsmöglichkeiten vorhanden sind, wie etwa im Falle der Verkehrsbänder der Westausfahrt.

Das Budget 1979 sieht für den Ausbau des Wiener Straßennetzes und die im Zuge der Herstellung von Schnell- und Hochstraßen erforderlichen Brückenbauten einen Ansatz von insgesamt 791,5 Millionen Schilling vor; ich ziehe jetzt die Rubriken 721 und 722, jeweils Post 52, zusammen. Dazu kommen aber noch die Ansätze des Bundes bzw. jene der Magistratsabteilung 4 für Straßenbauten in Betriebsaufschließungsgebieten, die nicht in den Ansätzen der Gruppe Bauten enthalten sind.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Erhaltung eine kontinuierliche Zunahme der Beträge, die dafür ausgegeben werden, erfordert. Natürlich, meine Damen und Herren, erfordert die Zunahme der Straßenlänge jährlich zusätzliche Ausgaben. Wir halten derzeit bei etwa 2.500 Kilometer Gemeindestraßen, und naturgemäß erfordert das einen höheren Aufwand.

Ich darf dem Herrn Kollegen Pawkowicz gleich sagen: Im Jahre 1977 waren es 114 Millionen Schilling, die dafür erforderlich waren. Für 1978 waren bereits 127 Millionen veranschlagt, und für 1979 sind es rund 133 Millionen. Das, meine Damen und Herren, ist eine Steigerung von 17 Prozent und liegt damit weit über der Zuwachsrate. Nicht zuletzt ist dieses hohe Erfordernis auch auf die Sanierung der

spikesbeschädigten Straßenoberflächen zurückzuführen.

Ich habe zuerst erwähnt, daß die Magistratsabteilung 4 Beträge für die Aufschließung von Industriegebieten ansetzt. Das zeigt die Bedeutung, die die Stadt Wien ihren Anstrengungen beimisst, zusätzliche Arbeitsplätze für Wien zu schaffen und die Ansiedlung von Firmen in Wien zu fördern. Dafür ist es unter anderem auch notwendig, den Straßenbau bedeutend zu forcieren. Neben den Fortsetzungsarbeiten kommen zwei neue Vorhaben dazu, und zwar im Auhof und in der Gelben Haide im 23. Bezirk.

Mit den für Neubauten vorgesehenen Ausgaben werden wir mehrere Verkehrsbauwerke beginnen und fortsetzen können, die nach der Fertigstellung für die Verkehrsteilnehmer fühlbare Erleichterungen bringen werden. Selbstverständlich bringen diese neuen Verkehrsbänder — das ist der positive Nebeneffekt dabei — auch eine verbesserte Wohnqualität für jene Menschen, die an bisher oft hoffnungslos verstopften Verkehrsadern wohnen. Daß bei allen Straßenneubauten auch ein entsprechender Lärmschutz mit ausgeführt wird, ist eine nicht mehr wegzudenkende Erkenntnis der heutigen Zeit. (GR. Arthold: Siehe A 3!) Herr Kollege, wenn Sie mir zugehört hätten, wären Sie daraufgekommen, daß ich von jenen Bauvorhaben gesprochen habe, die wir nun beginnen. Jene Beispiele, die Sie meinen, sind mit einer separaten Post in den Ansätzen untergebracht. (GR. Arthold: Geh!) Schauen Sie es sich an, es sind 6,5 Millionen Schilling!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Beispiel für die Möglichkeiten der Entflechtung des Durchzugsverkehrs in Wohngebieten ist das Verbindungsstück der S 2, der Hochstraße in Floridsdorf. Das ist eine sehr wirksame Schnellverbindung zwischen der Brünner Straße und der Donaukanal-Schnellstraße über die Nordbrücke. Die erste Baustufe wird bereits im Jänner kommenden Jahres begonnen werden und soll Mitte 1980 dem Verkehr übergeben werden können. Hiefür sind 35 Millionen Schilling allein für den Straßenbau und rund 120 Millionen Schilling für die Brückentragwerke erforderlich. Eine interessante technische Neuheit dabei ist, daß die Prager Straße ohne Mittelpfeiler und ohne Verkehrsbehinderung überquert werden soll. Selbstverständlich werden auch hier die Lärmschutzmaßnahmen gleich beim Bau berücksichtigt.

Aber, Herr Kollege Arthold, ich darf Ihnen vielleicht ein anderes Beispiel zitieren. Vielleicht können Sie dann an anderer Stelle bei Ihren Parteifreunden deponieren, wie man sich um eine Entflechtung des Verkehrs sorgen und um die Lärmbelastigung anderer sehr wenig kümmern kann. Beim Ortseingang von Perchtoldsdorf, wenn man aus Liesing kommt, steht eine wunderschöne Tafel: Für Schwerfuhrwerksverkehr gesperrt, Umleitung über Rodaun. Also eine Umleitung über Wien, damit man in Perchtoldsdorf keine Schwierigkeiten hat. Das seit einem Jahr, und das, obwohl die Bautätigkeit, die einmal zu dieser Umleitung geführt hat, seit einiger Zeit fertiggestellt ist. Aber vielleicht können Sie das dem niederösterreichischen

Landeshauptmann-Stellvertreter und Bürgermeister von Perchtoldsdorf in geeigneter Form einmal mitteilen. Die Rodauner Bevölkerung wird Ihnen dafür sicherlich dankbar sein.

Eine straßenbauliche Maßnahme, die sich im Zuge des absoluten Hochwasserschutzes für Wien ergibt, ist der Bau der A 22, der Donauuferautobahn. Das ist jene Autobahn, die der Kollege Haubenburger von Ihrer Fraktion heute verwechselt hat. Ich weiß schon, bei der ersten Rede ist man meist ein bißchen nervös. Mir geht es heute noch so, ich gestehe das gerne ein. Im Gespräch mit meinen Freunden ist aufgetaucht, daß es früher einmal die Sitte gegeben hat, den Redner bei seinem ersten Beitrag hier am Rednerpult nicht zu unterbrechen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Appell an Sie alle richten: Vielleicht kann man diese gute alte Sitte wieder erneuern, diese Gepflogenheit wieder einführen. Ich nehme mich selbst auch bei der Nase, weil ich es war, der den Kollegen Haubenburger unterbrochen hat.

Aber wieder zurück zur A 22. Sie ist als Fortsetzung der niederösterreichischen Donauautobahn gedacht und wird im ersten Bauabschnitt mit einem Aufwand von 170 Millionen Schilling, von Strebersdorf kommend, den Bereich der Nord- und der Floridsdorfer Brücke anbinden. Auch hier wieder eine interessante Neuerung. Auf dem Teilstück der A 22 zwischen Floridsdorf und Nordbrücke kommt erstmals eine sogenannte Grünbrücke — der Ausdruck ist heute schon einmal gefallen — zur Anwendung. Damit soll gewährleistet werden, daß die Fußgänger in einer Art Park die Autobahn überqueren können. Das Verkehrsband selbst wird im Frühjahr des kommenden Jahres in Angriff genommen, und als Termin für die Fertigstellung ist das Jahr 1981 vorgesehen.

Im Südosten Wiens wird im Zuge der A 4, der Flughafenautobahn — ich sage das immer dazu, damit es keine Verwechslungen gibt —, mit dem Bau der Hochstraße in Kaiser-Ebersdorf begonnen werden. In den zweieinhalb Jahren bis zur Fertigstellung dieses Teilstückes werden der Bauwirtschaft Aufträge in der Höhe von 160 Millionen Schilling zufließen. Das ist sicherlich ein weiterer großer Beitrag zur Erhaltung der Arbeitsplätze im Wiener Raum. Bei zwei Straßenüberführungen in diesem Zusammenhang werden 36 Millionen Schilling und bei der Unterführung der Haidestraße bei demselben Projekt weitere 24 Millionen Schilling verbaut.

Die Grundfreimachungen für die Haupttrasse sind bereits zu 90 Prozent erledigt. Von Ihnen ist heute angesprochen worden, daß man sich bei den Grundfreimachungen zu lange Zeit läßt. Wenn ich sage, zu 90 Prozent, dann komme ich auch auf die restlichen 10 Prozent zu sprechen. Es handelt sich um zwei Fälle, und in beiden ist auf eine baldige einvernehmliche Lösung mit der Landwirtschaftskammer zu hoffen. Hier, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, können Sie zeigen, wie ernst es Ihnen ist, der Stadt Wien bei der Verwirklichung derartiger Projekte zu helfen.

Kollege Jedletzberger wird unsere Wünsche sicherlich bei der Landwirtschaftskammer vertreten.

Ein Bauwerk von eher lokaler Bedeutung ist der Bau der Brigittenauer Brücke, der 5. Donaubrücke, die nach dem Budget ebenfalls im Jahre 1979 begonnen werden soll. Obwohl diese Verbindung der Bezirke Brigittenau und Floridsdorf zu verschiedenen Initiativen der Interessengruppen geführt hat, bleibt doch die Notwendigkeit einer solchen Bezirksverbindung unbestritten. Ich darf dazu sagen, daß die Planungen so aussehen, daß die Auf- und Abfahrtsknoten so errichtet werden, daß die angrenzende Wohnbevölkerung nicht beeinträchtigt werden wird.

Ich möchte die Meinung des Kollegen Regierungsrat Hoffmann von der tauben Nuß nicht übernehmen, sondern ich würde das eher so formulieren, daß man sich in diese Volksbefragung deshalb hineinmanövriert hat, um vielleicht doch wieder irgendwo ein bißchen politisches Kapital zu schlagen; so nach dem Motto „Heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd's andere an“ wird man dieser Anregung sicherlich folgen, denn wenn man diese Brücke zwei Straßen weiter baut, wird die Bevölkerung, die dort wohnt, wo die Brücke dann einmündet, auch keine Freude haben. Hier sollte man sich, glaube ich, nicht an Emotionen, sondern an den Notwendigkeiten orientieren.

Kollege Pawkowicz hat auch einen Verkehrsplan für die Westeinfahrt verlangt. Ihm war nicht ganz klar, wie der Flötzersteig eingebunden werden soll, wann das geschehen soll. Nun, das ist auch dem Budget zu entnehmen. Im Westen Wiens wird das Konzept der Bündelung von Verkehrsströmen und der Schaffung von alternativen Umfahrungsstraßen, wie ich es bereits eingangs erwähnt habe, verwirklicht. Durch die damit erreichbare Beschleunigung des Verkehrsflusses werden die negativen Auswirkungen des Verkehrs auf die Bevölkerung in den umliegenden Wohngebieten sicherlich sehr stark reduziert werden können.

Die Hauptverkehrsader Wientalstraße wird im Bereich Auhof direkt in die Westautobahn einfließen, die jetzt noch bestehende Lücke wird dadurch geschlossen werden können. In diesem Zusammenhang ist auch die verkehrsmäßige Anbindung des Betriebsbaugebietes Auhof neu zu ordnen.

1979 wird aber auch mit dem Ausbau der Umleitungsstrecken begonnen werden. Der Flötzersteig wird etwa ab der Waidhausenstraße zu einem leistungsfähigen Verkehrsträger ausgebaut, in Form einer Hochstraße über die Nikolaibrücke geführt und bei der von Ihnen erwähnten Anschlußstelle eingebunden.

Die zweite Möglichkeit einer Umleitung bietet sich bei der Linzer Straße an. Hier werden die Begradigung einer Kurve in Maria Brunn und der in Arbeit befindliche Neubau der Gustav Ritt-Brücke eine durchgehende Verbindung der Linzer Straße mit der Westausfahrt ohne Belastungsbeschränkung erlauben.

Nicht unerwähnt bleiben darf aber auch der begonnene Neubau der Hütteldorfer Brücke über

den Wienfluß. Die alte, für einen kurzfristigen, etwa drei Monate dauernden Umleitungsverkehr nicht mehr geeignete Brücke weist einen so schlechten Erhaltungszustand und eine so geringe Belastbarkeit auf, daß ein Stückchen weiter westwärts eine neue Brücke gebaut werden muß.

Aus der Anfragebeantwortung durch Herrn Stadtrat Böck in der Fragestunde war bereits ein Umleitungskonzept während der Belagsarbeiten auf der Nikolaibrücke über das neue, mit einem Aufwand von 13 Millionen Schilling errichtete Tragwerk ersichtlich.

Ich darf noch dazusagen, daß die Bezirksvorsteherung diesem Umleitungskonzept seinerzeit zugestimmt hat und daß nach dem Wechsel, der in der Bezirksvorsteherung Hietzing eingetreten ist, die neue Frau Bezirksvorsteher einen anderen Alternativvorschlag eingebracht hat, nämlich den des Begegnungsverkehrs in der Hadikgasse. (Amtsf. StR. Böck: Über den Hietzinger Kai!) Über den Hietzinger Kai. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man das überhaupt als eine Alternative bezeichnen kann, dann darf ich Sie einmal einladen: Fahren Sie mit Ihrem Auto in der Spitzenzeit durch die Hadikgasse oder den Hietzinger Kai. Sie werden dann sehen, daß es bei einem Umleitungsverkehr mit Gegenverkehr nicht zu einem Gegenverkehr, sondern zu einem Gegenstillstand kommen würde.

Der Vollständigkeit halber soll auch noch der Baubeginn im Frühsommer 1979 der seit einiger Zeit der Verkehrsbelastung nicht mehr ganz entsprechenden Ameisbrücke über die Westbahn erwähnt werden, deren Neubau zu einer entscheidenden Verbesserung des Tangentialverkehrs im Westen Wiens beitragen wird.

Wenn wir für die bauliche Erhaltung der rund 460 in Verwaltung und Erhaltung der Magistratsabteilung 29 befindlichen Brücken 24 Millionen Schilling angesetzt haben, so ist, glaube ich, die Verminderung gegenüber den Budgets der Vorjahre so zu begründen, daß die Untersuchungen der anderen Brücken zum Großteil bereits in den vergangenen Jahren abgeschlossen wurden.

In diesem Betrag ist allerdings die Aufwendung für die jährlich dreimalige Überprüfung der Brückentragwerke inkludiert. An 55 Brücken werden im kommenden Jahr Hauptprüfungen durchzuführen sein. Unter anderem sind das die Pilgrambrücke, die Wienerbergbrücke, die Aspangbrücke, die Gürtelbrücke und die Opernpassage.

Zusätzlich aber kommen noch 54 Millionen Schilling für die Erhaltung von Bundesbrücken, so etwa für die heute bereits strapazierte Nikolaibrücke, wo Belagsarbeiten durchgeführt werden. Nicht, Herr Kollege Pawkowicz, etwa deswegen, weil das vor 12 Jahren schlecht gemacht worden ist, sondern ganz einfach deshalb, weil die Tonnagen im Schwerverkehr immer mehr zunehmen und die Straßen durch den zunehmenden Achsdruck in immer größerem Maße beansprucht und der Abnutzung unterzogen werden.

Diese Ausgaben stellen einen notwendigen Beitrag zur Sicherheit für alle Wienerinnen und Wiener dar. Die Brückenuntersuchungen tragen sehr wesentlich zur Verbesserung der Sicherheit der Bevölkerung bei, denn das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen und Wiener ist in den vergangenen Jahren durch Greuermeldungen über die Zerbröckelung der größten Brücke Österreichs, der Hochstraße in St. Marx, durch Gemeinderäte Ihrer Fraktion, meine Damen und Herren von der ÖVP, sehr arg in Mitleidenschaft gezogen worden. (GR. Hoffmann: Die war auch kaputt! Tatsache!) Herr Kollege Hoffmann! Ich will das Gespräch aus dem Ausschuß, wo Sie doch überzeugt wurden, wo die Fachleute Sie davon überzeugt haben, hier nicht wiederholen. Ich will den Ausdruck „Betonkrätzen“ hier nicht noch einmal breittreten. Das ist im Ausschuß bereits klargestellt worden, das haben Ihnen die Fachleute, die in unserem Ausschuß sind, ja mehr als deutlich expliziert. (GR. Hoffmann: Das haben Sie repariert?) Das werden sie bei Nacht und Nebel mit der Taschenlampe gemacht haben, damit es der Presse nicht auffällt! (GR. Hoffmann: Das fällt herunter!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Sozialisten, die wir das Auto doch als eine Ergänzung zu dem zweifellos den Vorrang genießenden öffentlichen Verkehrsmittel sehen, glauben, mit den Ansätzen der Gruppe Bauten für 1979 jenen eingangs erwähnten Mittelweg eingeschlagen zu haben, der für die meisten Wienerinnen und Wiener in verstärktem Ausmaß wieder mit uns begehbar erscheint. Wir Sozialisten sind entschlossen, die in Wien anstehenden Fragen des Straßenbaus effizient zu lösen. Deshalb werden wir den Ansätzen des Kapitels Bauten gerne unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächster Redner hat sich der Herr amtsführende Stadtrat Böck zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Böck: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Es ist für mich üblich, nach einer solchen Debatte, von der ich immer erwarte, daß die sachlich geführt wird, zu sagen: Ich danke allen Diskussionsrednern für die Sachlichkeit.

Es fällt mir heute etwas schwer. Es fällt mir insbesondere schwer, das als Gewerkschafter zu einem Gewerkschafter zu sagen. Herr GR. Alram in seiner ersten Rede hier im Haus: Na, ganz sachlich, Kollege Alram, war das nicht. Wir kennen uns schon so lange. Wir haben in der Wiener Arbeiterkammer im Finanz- und Budgetausschuß an die 15 Jahre zusammengearbeitet und haben es dort zu Sachlichkeit gebracht. Wir haben auch hier bei uns — zumindest für den Gemeinderatsausschuß Bauten darf ich das sagen — die Sachlichkeit in den Vordergrund gestellt.

Aber dennoch danke ich allen für die sachliche Diskussion.

Nun ein paar Worte zum Herrn Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz.

Über die Frage Wien-West, Zufahrt zur A 1,

brauche ich, glaube ich, nichts mehr zu sagen. Das wurde von Herrn GR. Haberl gesagt. In der Fragestunde habe ich ebenfalls darüber gesprochen.

Vergabesituation bei der Brigittenauer Brücke: Ich weiß nicht, von wo Sie das herhaben. Ich bin mit der Brigittenauer Brücke überhaupt noch nicht befaßt. Sie ist immer noch im Stadium der Planung, der Vorbereitung. Als Ausführender, als jener, der dann die Ausschreibung und die Vergabe durchzuführen hat, kann man heute nicht sagen, daß die Stahlbauarbeiten bereits fix vergeben sind und daß die ARGE von der Floridsdorfer Brücke auch bei der Brigittenauer Brücke den Auftrag bekommen soll. Möglich ist, daß sie bei beiden zum Zug kommt.

Für mich kann ich heute schon sagen, daß bei der Brigittenauer Brücke keine freihändige Vergabe durchgeführt wird, sondern sie wird ordnungsgemäß ausgeschrieben wie jedes andere Bauwerk. Die Floridsdorfer Brücke und alles, was da herum war, war eine ganz andere Situation für uns, ein Notstand, der schnell beseitigt werden mußte. Daher die freihändige Vergabe.

Zur Frage der schlechten Gestaltung der Philadelphiabrücke. Ich habe bisher nur Positives gehört in bezug auf die Brücke und auf alles, was rundherum ist. Negativ ist nur eines, auch für mich, nämlich daß der Teil östlich, also die Eichenstraße, noch nicht fertig ist und wahrscheinlich noch bis zum Frühsommer des nächsten Jahres dauern wird.

Warum die Straßenbahnlinie 64 nicht geradeaus durch die Meidlinger Hauptstraße geführt wird: Wir haben mit viel Aufwand, mit viel Arbeit und mit viel Kosten erreicht, daß wir die Endstelle der Autobusse von jenseits der Philadelphiabrücke zum Meidlinger Südbahnhof verlegen können, damit die Autobusbenutzer einen direkten Anschluß an die Schnellbahn haben und nicht 600 Meter, bei schlechtem Wetter unter Umständen, über die Brücke zum Bahnhof gehen müssen. Das war eine zweckmäßige Notwendigkeit für uns. Das gleiche gilt auch für die Linie 64: Die Autobusbenutzer und die Straßenbahnbenutzer sollen beide bis zur Umsteigstelle zur Schnellbahn gebracht werden können.

Kollege Alram hat vehement über den Karlsplatz geschimpft. Ich verfolge in vielen Zeitungen die Leserbriefe, ich lese auch jene Briefe, die wir in den Magistrat bekommen haben. Menschen aus Wien, Männer und Frauen, haben in ihren Aussagen eindeutig festgehalten: Wir haben über den Karlsplatz geschimpft, er hat uns nicht gefallen, aber wenn wir jetzt hingehen und schon das Grün sehen — in einem oder zwei Jahren wird das Grün dort wahrscheinlich vollkommen sein, wenn die Bäume größer sein werden —, revidieren wir unsere Meinung, jetzt sagen wir, der Karlsplatz ist schön. Ich leugne nicht, daß auch die Karlskirche schön ist, aber es gibt neben der Karlskirche noch vieles, was der Wiener Bevölkerung gefällt.

Bezüglich der Frostschäden wurde bemängelt, daß im Budget nur sehr wenig für sie vorhanden ist. Wenn ich richtig gehört habe, dann hat Herr GR. Alram gemeint, der Stadtrat muß ein Verhält-

nis mit dem Petrus haben. Ich habe kein besseres und kein schlechteres zu ihm als jeder andere, aber ich habe ein gutes Verhältnis zum Finanzstadtrat der Stadt Wien und habe in den beiden Jahren, seit ich hier bin, immer, sobald wir etwas über die 30 Millionen Schilling hinaus gebraucht haben und die Notwendigkeit vorhanden war, bei ihm ein offenes Ohr gefunden. Wir haben immer wieder die notwendigen Schäden über die 30 Millionen Schilling hinaus bereinigen können. Das wird auch im kommenden Jahr so sein.

Zur Frage der Einbauten und der offenen Straßen. Hier muß man sieben Fälle unterscheiden. Wir haben sechs Einbautendienststellen und den Straßenbau direkt. Wir wissen, daß wir mit den Einbauten immer viel länger brauchen, notgedrungen. Die Straße ist dann schnell gemacht, die benötigt den kürzesten Zeitraum. Daher entspricht die Feststellung, es sei immer alles zu lange offen, nicht ganz den Tatsachen.

Herr GR. Hoffmann hat davon gesprochen, daß der Ansatz für die Brücken im kommenden Jahr zu gering ist. Ich darf festhalten, daß die Jahre 1976 und 1977 bereits vorbei sind, wo wir uns bei den Brückenüberprüfungen überhastet mußten und viel Geld brauchten, um diese Arbeit zu bewerkstelligen. Ich habe in diesem Haus schon mehrmals gesagt, daß wir mit den Pölzungen der Brücken nahezu fertig sind. Im Augenblick kann ich nicht sagen, ob wir vollkommen abgeschlossen haben, aber der Ausschuß hat immer einen Bericht bekommen, wie es ist. Dazu kann man nur sagen: Wenig Geld für die Brücken? Wir müssen auch jene Beträge nehmen, die wir mit dem Bund verrechnen. Wir haben hier ja nur den Ansatz für die Stadt Wien. Das, was wir mit dem Bund verrechnen bezüglich dieser Brücken — das ist zumeist der größere Teil —, das muß dazugerechnet werden. Aufhören werden die Brückenüberprüfungen nie, aber sie werden nicht mehr in jener Intensität durchgeführt werden müssen wie in den vergangenen eineinhalb Jahren.

Gestatten Sie mir noch ein paar Worte zu Diskussionsrednern von gestern und vorgestern. GR. Fürst hat in seiner Rede die große Anzahl der Insolvenzen in der Bauwirtschaft angeführt. Ich werde keinen einzigen Firmennamen nennen, ich werde Ihnen nur über die Insolvenzen potenter Firmen sagen, wie sie entstanden sind. In der einen Firma war der Seniorchef gesundheitlich nicht mehr so auf der Höhe, um den Betrieb führen zu können; seine Kinder führen den Betrieb weiter. Der Prokurist hat mehrmals gewarnt, daß es schlecht um den Betrieb steht. Die Kinder haben beschlossen, dem alten Herrn nichts zu sagen, denn das hielte er nicht aus. Dann waren sie bei mir und haben mir gesagt: Wir gehen in einigen Wochen in Konkurs! Der eine Fall.

In zwei anderen Fällen ist der Seniorchef — oder, wie wir in der Bauwirtschaft sagen, der alte Herr — gestorben. Die jungen Nachfolger haben sich wenig um den Betrieb gekümmert.

Ich habe bereits bei meinem Dienstantritt hier im Rathaus auf einem Blatt Papier vermerkt, wel-

che Firmen in den zwei Jahren meiner Tätigkeit in Konkurs gehen werden. Alle, die ich jetzt anführe, sind auf dieser Liste. Das Kuvert liegt verschlossen in meinem Schreibtisch, das kann mein Büro bezeugen. Bei diesen Firmen habe ich gesagt, in zwei Jahren ist es mit ihnen aus. Es handelt sich dabei immer um angesehene, potente Firmen. Der Seniorchef hört auf, die Jungen sind nicht mehr fähig, diesen Betrieb weiterzuführen und der End-erfolg ist der Ausgleich. (StR. Dr. Goller: Politische Analogie: Sie müssen Stadtrat bleiben!)

Bei einer Firma entnehmen die zwölf Mitbesitzer — jeder — jährlich eine Million Schilling, nachgewiesenermaßen, und fast jeder hat einen teuren, großen Mercedes. Das kann keine Baufirma aushalten. Wenn 12 Millionen Schilling und einige Mercedes aus dem Kapital herausgenommen werden, dann wird die Firma zu bestehen aufhören.

Ich will jetzt nicht von der Firma reden, die momentan im Gespräch ist.

Eine andere potente Firma hat bei zwei Bauvorhaben schwere Schäden erlitten, jede Schadensbehebung hat einige Millionen Schilling gekostet. Im selben Zeitraum baut sich der Firmenchef um einige Millionen Schilling eine Villa. Das kann ein Betrieb mit hundert Personen nicht verkraften.

Nun, das Resümee aus dem ganzen: Diese Insolvenzen muß man zur Kenntnis nehmen. Traurig ist aber das, was nachkommt, nämlich eine Menge Subunternehmer, eine Menge Zulieferer, die dann mitgehen, die davon nichts gewußt haben und daran schuldlos sind. Das ist dann die große Zahl, wo man sagt, in der Bauwirtschaft gibt es Insolvenzen. In Wirklichkeit sind es einige zum Großteil selbst verschuldete, keinesfalls aber ist es — das haben alle bestätigt — ein zu geringer Auftragsstand oder, wie manchmal gesagt wird, eine lässige Zahlung von erbrachten Leistungen. Alle sagen, beides wäre in Ordnung gewesen.

Herr GR. Professor Zörner hat in seiner Wortmeldung gesagt, daß Beschwerden, die an den Magistrat und zum Bürgermeister kommen, monatelang liegenbleiben und nicht behandelt werden. Ich darf aus meinem eigenen Bereich sagen und das auf andere Geschäftsgruppen überleiten: Wir haben vor einigen Wochen eine Telefonaktion durchgeführt. Ich persönlich habe 65 Anrufe bekommen. Beschwerden, Wünsche und dergleichen. Wir haben bis zum gestrigen Tag 62 vollkommen erledigt, manchmal auch negative Antworten geben müssen, und nur drei haben wir noch liegen, weil wir noch Erhebungen pflegen müssen.

Am Montag hat eine Tageszeitung geschrieben, daß es in einem Wiener Wohnhaus in der Wehlstraße Schwierigkeiten gibt, der Balkon stürzt ein, die Heizung klappt nicht und alles mögliche. Sofort am Montag, als ich das gelesen habe, habe ich an die Magistratsabteilung 24 den Auftrag gegeben, zu erheben, worum es sich handelt. Noch am Montag habe ich den schriftlichen Bericht der Magistratsabteilung 24 bekommen und kann daher feststellen, daß irgendwelche Beschwerden, Anregungen oder Wünsche nicht liegen bleiben, sondern sofort er-

ledigt werden, was ich ebenfalls von anderen Geschäftsgruppen behaupten darf.

Noch ein Wort zur Reinprechtsdorfer Straße: sie wurde heute schon erwähnt. Der Straßenbau der Reinprechtsdorfer Straße ist im Budget für 1979 ebenfalls enthalten. Laut Aktenvermerk vom November war eine Augenscheinverhandlung für die Einbautendienststellen; sie werden etwa bis Mai oder Juni mit allen Einbauten fertig sein, und dann wird der Straßenbau begonnen werden.

Wir halten es immer so, daß wir beim Straßenbau darauf achten, daß immer eine Möglichkeit der Zufahrt für alle Geschäftslokale besteht, weil während des Straßenbaues ja die Möglichkeit der Zufahrt für alle Einsatzfahrzeuge bestehen muß.

Nun ist das Projekt nur bis zu den Einbauten gediehen, wir haben noch gar kein echtes Projekt für den Straßenbau, und dennoch wird schon diskutiert über ganze Sperre, über halbe Sperre, über stückweise Arbeiten. Ich verbinde dieses normale Sachthema mit einer Feststellung des Herrn GR. Professor Bittner, der hier von diesem Platz aus etwas gesagt hat, wobei ich mir gedacht habe, endlich spricht wieder jemand etwas aus, was vom Herzen kommt: Toleranz soll hier herrschen, Sachlichkeit soll hier im Haus walten und gegenseitiges Verständnis auch dann, wenn der andere etwas anderes sagt als der, der es behauptet. Ich habe dem vollkommen beigepflichtet. Man soll das tun. Man soll das Häßliche im Gespräch hier bei uns weglassen und menschlich und human bleiben.

Im Zusammenhang mit der Reinprechtsdorfer Straße sieht das etwas anders aus. Hier würde ich Sie bitten, Herr Professor: Vielleicht können Sie auf Ihre Freunde einwirken. Was Sie uns allen gesagt haben, das könnten Sie auch einmal intern Ihren Freunden in der eigenen Partei sagen. Ich habe vor mir ein Flugblatt „Pro Wien“, Wiener Volkspartei. Hier steht: Rasche Sanierung der Reinprechtsdorfer Straße. Die Sozialisten wollen 1979 die Reinprechtsdorfer Straße sperren und durchgehend sanieren. — Niemand hat gesagt, ob sie gesperrt wird oder nicht. Auf alle Fälle kann ich heute schon sagen: Sie wird immer in einer Spur doppelseitig befahrbar sein, weil wir immer nur eine Seite machen werden. Hier ist wieder eine Verunsicherung der Bevölkerung gegeben. Man sagt heute schon, diese bösen Sozialisten sperren die Reinprechtsdorfer Straße, dort wird überhaupt kein Verkehr durchgehen können, die Geschäftsleute werden angeführt, die Nahversorgung wird aufhören, der Anrainerverkehr wird weg sein und die Belästigung der Bewohner wird da sein. — Warum das? Vielleicht kann man das intern auch behandeln. So, wie wir Ihren Appell, Herr Professor, gerne aufgenommen haben — ich war sehr erfreut darüber —, genauso entschieden würde ich bitten, daß man das auch intern macht; nicht nur an die anderen diese schönen Worte richten, sondern man soll intern genauso reden.

Im übrigen darf ich nochmals allen, die mitgearbeitet haben, herzlichst danken. Ich darf auch dazusagen, wenn wir von Toleranz sprechen: Viel-

leicht haben Sie es von Ihren Mitgliedern im Gemeinderatsausschuß Bauten schon gehört, wir pflegen dort die Toleranz. Wir sprechen ganz heftig in der sachlichen Diskussion, aber wir haben noch nie — das werden alle drei Fraktionen, die dort vertreten sind, bestätigen können — eine Auseinandersetzung gehabt, wo es zu Beschimpfungen gekommen ist. Wir reden heftig über Sachprobleme und können das tun, was hier im Saal schon sehr oft ausgesprochen wurde, auch vom Herrn Bürgermeister vor der Wahl, denn ich will nach der Sitzung jedem, der im Ausschuß sitzt, ruhig in die Augen schauen können! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Zur Beratung des 7. Hauptstückes ist kein Redner mehr zum Wort gemeldet.

Wir kommen zum 8. Hauptstück, Wohnen. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowitz. Ich erteile es ihm.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowitz: Herr Bürgermeister! Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Es wurde heute und auch in den letzten Sitzungen immer wieder über den 8. Oktober diskutiert. Es wurden diverse philosophische Betrachtungen angestellt, und es wurde auch darüber polemisiert. Wenn ich so sehe, daß ich heute zum dritten Mal hier heraußen stehe, dann muß ich ganz ehrlich sagen: Wir haben uns etwas mehr vorgestellt. Ich darf schon sehr deutlich sagen, daß wir uns jedenfalls vorgenommen haben, das nächste Mal mit deutlich mehr Leuten hier herinnen zu sitzen. Es ist nur zu hoffen, daß die Wiener Bevölkerung da mittut. Das hat nicht nur mit unserem Bundesparteiobmann zu tun, sondern ich kann mir sehr gut vorstellen, daß zum Beispiel durch eine Änderung unserer Verfassung, durch eine Änderung des Wahlrechts und durch ein bißchen mehr Gerechtigkeit diese 6,5 Prozent zumindest sechs Mandate bringen. Aber nächstes Mal sind es mit Sicherheit bedeutend mehr als nur 6,5 Prozent. Das wollte ich nur so vorausschicken. Aber nun will ich zum Sachkapitel Wohnen kommen.

Ich glaube, daß Wohnen mehr sein muß, als sich nur auf die eigene Wohnung zu beschränken, denn es handelt sich dabei doch um einen wesentlichen Teil aus der Vielfalt des gesamten Lebensablaufes. Je intensiver Wohnen in diesem Sinne verstanden wird, umso mehr kann man dann die technologischen Strukturen unserer Stadt den Bedürfnissen der Wienerinnen und Wiener anpassen, und umso besser wird dann auch der Grad der Attraktivität des Wohnens in unserer Stadt sein. Gerade in den inneren Bezirken sehe ich die schwierigsten und wesentlichsten Probleme, und die Stadterneuerung — da sind sich alle drei Parteien einig — soll auch künftig Schwerpunkt der Wohnbautätigkeit sein.

Seit Beginn der siebziger Jahre wird auch die Modernisierung der Wohnungen aus öffentlichen Mitteln gefördert, was ohne Zweifel zu einer wesentlichen Verbesserung des Standards auf diesem Gebiet beigetragen hat. Um es mit anderen Worten zu sagen: Ohne die geförderte Wohnungsverbesserung wäre ohne Zweifel die Zahl der vorgemerkten

Wohnungssuchenden größer, und die Hoffnungen der Betroffenen, bald zu einer Wohnung zu kommen, wären geringer.

Ohne Zweifel steht auch fest, daß sanierte Altwohnungen einen sehr, sehr hohen Wohnwert garantieren, vor allem dann, wenn eine funktionierende Infrastruktur zur Verfügung steht. Teilweise muß aber diese Infrastruktur in den innerstädtischen Bereichen eine Verbesserung erfahren, weil sich die Lebensgewohnheiten, die Wohngewohnheiten der Wiener geändert haben. Fast alle Bewohner der Stadt haben ein zumindest latentes Interesse an der Natur. Das sieht man an den Wochenenden und während der Ferien, wo sehr viele Wienerinnen und Wiener aus der Stadt hinausströmen. Diese Möglichkeit zum engen Kontakt mit der Natur ist ein wesentliches Element für Harmonie und Glück unserer Mitbürger. Bei der künftigen Stadtentwicklung muß daher in verstärktem Maße auch der so notwendige Grünraum beachtet werden, es muß noch sehr viel Grünraum zur Verfügung gestellt werden.

Immerhin sind 30 Prozent aller Wiener Baugrundstücke zu über 50 Prozent der Grundstücksfläche bebaut, und 18 Prozent aller Grundstücke wurden sogar zu über 75 Prozent bebaut. Vor allem im innerstädtischen Bereich befinden sich die Wohngebiete mit dieser außerordentlich ungünstigen Bebauungsdichte, die dann schlechte Belichtung, wenig Sonne und einen geringen Grünanteil nach sich zieht. Gerade dieser Grünanteil spielt in einer gesunden Umwelt eine sehr wichtige Rolle, denn Pflanzen sind nun einmal der Schutz, den wir brauchen gegen die Luftverschmutzung und gegen Lärm. Sie absorbieren Kohlendioxid, und damit kann natürlich der gesamte Wohnwert steigen.

Die Natur im Stadtgebiet muß daher geschützt und erhalten werden, und in verstärktem Ausmaß müssen solche Grünflächen zur Verfügung gestellt werden. Es ist eine Tatsache, meine Damen und Herren, daß, wenn einmal der dringendste Wohnungsbedarf gedeckt ist, das Bedürfnis nach Behaglichkeit steigt. Wir wollen dann alle mehr grüne Bäume und die schöne Umgebung.

Es ist auch möglich, eine solche Wohnumgebung durch Entflechtung im Zuge der Assanierung der Stadt zu schaffen. Im Sinne einer solchen vermehrten Schaffung von Grünflächen im dichtverbauten Stadtgebiet erscheint es uns erforderlich, einen Betrag von 50 Millionen Schilling jährlich für den Ankauf geeigneter Flächen in den erwähnten Stadtteilen bereitzustellen, einen sogenannten Grünlandfonds. Die freiheitlichen Gemeinderäte stellen daher gemäß § 30 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden Abänderungsantrag:

„Innerhalb der Post 57 zu Rubrik 823, Grundstücksangelegenheiten, sind Unterpositionen
a) Grunderwerbungen und -freimachungen und
b) Grünlandfonds neu zu eröffnen. Der vorgesehene Ausgabenansatz von 370,930.000 Schilling ist wie folgt aufzuteilen: a) 320,930.000 Schilling, b) 50,000.000 Schilling.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben, da die Grünflächen, die so geschaffen werden können, vielfältig benutzbar sind. Hier könnten unter anderem die so dringend benötigten Kinderspielplätze, von denen es, wie ich glaube, zu wenig in der Stadt gibt, geschaffen werden. Diese Kinderspielplätze sind doch ohne Zweifel Kommunikationszentren von außerordentlich großer Wichtigkeit. Deshalb sollen diese Spielplätze innerhalb des Wohngebietes liegen, möglichst zentral und auch möglichst nahe der zu schaffenden Fußgeherzonen sein, das heißt integriert im gesamten Leben der Stadt. Neben dem Spielen in der freien Luft, neben dem Sich-Ausleben, dem Sich-Austoben und dem Umwelterleben ist die Hauptaufgabe eines solchen Spielplatzes, daß hier auch das Gemeinschaftserleben gefördert wird, mit allem, was dazu gehört, das Sich-Einfühlen, das Sich-Durchsetzen, das Sich-in-Gruppen-Zusammenschließen und das in der Stadt so wichtige Rücksichtnehmen auf andere.

Es ist außerdem, wie ich glaube, eine Aufgabe dieser Plätze, den Schwächeren in unserer Gemeinschaft, den Älteren, die Möglichkeit zu geben, sich aus ihrer Vereinsamung zu lösen. Diese Vereinsamung der Älteren scheint mir ein sehr gravierendes Problem in der Großstadt zu sein. Die Alten- und Kinderfreundschaft, wenn man so will, könnte mit solchen Einrichtungen schon vorprogrammiert werden.

Klar ist, daß diese Grünflächen nicht, wie wir es immer wieder erleben können, eingezäunt sein dürfen, sondern natürlich frei zugänglich sein müssen.

In den Sanierungsgebieten stehen wir aber außerdem vor folgendem Problem: Der Anteil der Kleinwohnungen und der mangelhaft ausgestatteten Wohnungen ist sehr hoch. Es ist ja so, daß in Wien zirka 24 Prozent, also ein Viertel aller Wohnungen noch ohne Wasser und WC sind, wie ich dem Bericht entnehmen konnte. Durch Wohnungszusammenlegungen könnten aus einer Reihe von Substandardwohnungen relativ einfach Standardwohnungen geschaffen werden, konkret aus zwei Substandardwohnungen eine Standardwohnung. Es erscheint klar, daß vom Standard der alten Mietwohnungen auch der Standard der künftigen Wohnungen in der Gemeinde abhängen wird und daß die Gemeinde ohne diese Wohnungen nicht auskommen kann.

Zur Befriedigung der individuellen Wohnbedürfnisse, die sich mit Alter, Familiengröße und Einkommenslage ändern, sind jedoch neue Voraussetzungen für den Wechsel von Mietwohnungen zu überlegen. Wir Freiheitlichen glauben, eine Lösung dieses Problems zumindest zur Diskussion stellen zu können, und zwar in der Form der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für einen Wohnungstausch. Dieses Wohnungstauschrecht für Mieter sollte zumindest innerhalb desselben Wohnhauses oder innerhalb der Häuser eines Eigentümers verankert werden. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Dieses Wohnungstauschrecht soll jedenfalls nur für Mietwohnhäuser

im eigentlichen Sinne gelten, also nicht etwa für Eigentumsbeschränkungen eines Zweifamilienhausbesitzers. Dieses Tauschrecht wäre für Häuser ab einer gewissen Wohnungsanzahl gerechtfertigt, also zum Beispiel ab vier Wohnungen. Gerechtfertigt wäre es, wie mir scheint, vor allem in Assanierungsgebieten und für gleichwertige oder gleich ausgestattete und gleich finanzierte Wohnungen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß zu Zwecken der Altstadtsanierung unter gewissen Voraussetzungen sogar eine Tauschpflicht in Erwägung zu ziehen ist, weil diese Tauschpflicht insbesondere bei der Zusammenlegung von Kleinwohnungen zu Mittelwohnungen entscheidende Bedeutung haben kann. Hier scheint uns jedenfalls ein Ansatzpunkt zu liegen, um in der Zukunft die Revitalisierungsmaßnahmen zu erleichtern.

Ich möchte nun Ihr Augenmerk auf ein Problem lenken, das bei den Wohnbauvorhaben der letzten Jahre, wie mir scheint, zu wenig Berücksichtigung gefunden hat, und zwar das Problem der Behinderten und daher oftmals Benachteiligten. Es gibt hier ohne Zweifel Ansätze, vor allem seitens der Gemeinde Wien. Meines Wissens sind bei dem Projekt „Wohnen morgen“ im 15. Bezirk bei 292 Wohneinheiten auch vier Behindertenwohnungen vorgesehen (GR. Gawlik: Fünf!), und in den letzten acht Jahren sind zirka 100 Behindertenwohnungen fertiggestellt worden. So erfreulich diese Ansätze sind, scheint es mir doch noch ein bißchen zu wenig zu sein, denn ich glaube, daß hier in Wien ein Nachholbedarf gegeben ist.

Im Stadtentwicklungsplan, Teil Wohnungswesen, wird relativ umfassend der Wohnungsbau in Wien durchleuchtet und beschrieben, aber gerade über diesen Bereich der sozial sehr Schwachen, der Behinderten, finden wir sehr wenig, und das scheint mir nicht zufällig zu sein, denn ich glaube, daß wir uns alle bisher ein bißchen zu wenig mit diesem Problem beschäftigt haben. In sehr vielen Fällen kommt der Behinderte dann in ein Pflegeheim, wenn es dort einen Platz gibt, was meist gar nicht so sicher ist. Jedenfalls ist diese Situation, wie mir scheint, gerade am Rande des Erträglichen, und nur deswegen, weil für den Behinderten keine geeignete Wohnung vorhanden ist. Dabei glaube ich, daß die verstärkte Wohnraumbeschaffung für Behinderte eine beschleunigte Reintegration und darüber hinaus ein Freiwerden der so dringend benötigten Betten in den Pflegeheimen bedeuten würde.

Häufig gerät ein Behinderter auch durch die nicht abgestimmte Infrastruktur seiner Umgebung in einen Versorgungsnotstand. Er muß seine Besorgungen, soweit er dazu in der Lage ist, selbst erledigen können. Das bedeutet, daß eine ganze Reihe von Einrichtungen für ihn benutzbar sein müssen, was aber heute nur zum Teil der Fall ist. Ein Magistratisches Bezirksamt zum Beispiel mit einem kaum überwindbaren Stiegenaufgang ist schon für unsere betagten Mitbürger nur sehr schwer, aber für einen Rollstuhlfahrer fast unmöglich zu erreichen.

Herr Professor Reinhard Gieselmann von der Technischen Universität Wien schreibt in einem Aufsatz, daß es für den heutigen Planer selbstverständlich ist, sich für Spezialgebiete wie Statik der betreffenden Spezialisten zu bedienen. Das gleiche Selbstverständnis muß meines Erachtens auch für das Spezialgebiet des behindertengerechten barrierefreien Lebensraumes erreicht werden, in dem sich alle Mitbürger, ganz gleich, wie sie sich bewegen, selbständig behaupten können müssen.

Meine Damen und Herren! Ich weiß schon, daß das Sozialamt der Gemeinde Wien einiges unternimmt. Ich weiß, daß es ein Behindertenzentrum der Stadt Wien gibt oder zum Beispiel eine verhaltenstherapeutische Wohngemeinschaft im 13. Bezirk in der Lainzer Straße errichtet wurde und einiges mehr. Es gibt auch die ÖNORM B 1600, die bauliche Maßnahmen für körperbehinderte und alte Menschen beschreibt. (GR. Gawlik: Die ÖNORM B 1600 ist nur für Behinderte!) Es gibt eine ganze Reihe von Einrichtungen.

Ich meine, daß man diesem Problem in Zukunft in verstärktem Maße Rechnung tragen sollte. Zum Beispiel könnte — hier sollte man meiner Meinung nach ansetzen — bei der Baubehörde ein Beauftragter für bauliche Behindertenangelegenheiten eingesetzt werden. Oder: Zusammen mit den jeweiligen Wohnraumplanungen, sei es in Assanierungsgebieten oder im Bereich der Stadterweiterung, müßte eine entsprechende Infrastruktur überprüft werden. Man könnte gegebenenfalls Auflagen erlassen, einen erhöhten Anteil von Behindertenwohnungen im öffentlichen Bereich, aber durchaus auch bei den privaten Bauträgern vorzusehen. (GR. Gawlik: Man sollte das nicht nur von der öffentlichen Hand verlangen, auch von den Privaten! Es ist vor allem auch eine Kostenfrage!) Völlig richtig! Man könnte es sich bei geförderten Wohnungen durchaus überlegen, in verstärktem Maß Anteile für Behindertenwohnungen zu verlangen.

Meine Damen und Herren! Besonders sollte beachtet werden, daß es neben den Gehbehinderten auch viele andere Behinderte gibt. Da gibt es blinde, gehörlose und schwerhörige Mitbürger in Wien. In Schweden zum Beispiel — das habe ich gesehen — wird ein Teil der Wohnungen für Schwerhörige mit einer Induktionsschleife ausgerüstet, so daß sie den Ton von Radio und Fernsehen direkt und verstärkt mit ihren Hörgeräten empfangen können. Diese Geräte müssen natürlich entsprechend ausgerüstet sein. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Da gibt es Ampelanlagen mit akustischen Signalen. Diese ermöglichen es den Sehbehinderten und den Blinden, die Straßen relativ gefahrlos zu überqueren.

Wenn bei der Planung der neuen Wohnsiedlungen mehr als bisher auf die behinderten Bürger Rücksicht genommen wird, könnten diese wieder einen Großteil ihrer Selbständigkeit erhalten. Vielleicht kann — das sei nur eine Anregung — bei künftigen geförderten Wohnbauvorhaben der Gemeinde Wien ein fester Prozentsatz von Behindertenwohnungen — mein Vorschlag liegt bei ungefähr 7 bis 10 Prozent — vorgesehen werden. (GR.

Gawlik: Die Probleme liegen in der Desintegration!) Völlig richtig, Herr Gemeinderat.

Ich glaube, daß es noch ein Problem gibt, das man besonders beachten sollte. Ich meine, daß zum Beispiel öffentliche Gebäude behindertengerecht zugänglich gemacht werden müssen. Ich kenne ein Beispiel aus Hamburg, also einer Stadt, die in ihrer Größenordnung mit Wien vergleichbar ist, wo für diese Zwecke im letzten Jahr 7 Millionen Mark, also etwa 50 Millionen Schilling, zur Verfügung gestellt wurden.

Ich meine, daß das, was in Wien zum Teil schon vorhanden ist, weiter ausgebaut werden sollte.

Ich komme nun zu einem anderen Problem. Unter der Überschrift „15 Milliarden in fünf Jahren“ berichtete am Samstag voriger Woche der „Kurier“, daß rund 36.000 Wohnungen mit einem Aufwand von 15 Milliarden in den kommenden fünf Jahren in Wien neu gebaut werden sollen. Dabei soll, so las ich, vom Schwerpunkt des kommunalen Wohnbaues abgegangen werden. Der neue Schwerpunkt soll eher auf dem genossenschaftlichen Wohnbau liegen.

Zum Problem der Stadterneuerung und der Stadterweiterung will ich nicht mehr Stellung nehmen. Das ist heute schon sehr ausführlich behandelt worden.

Zum Wohnbau möchte ich aber schon noch eine Anmerkung machen. Bei den neuen Wohnbauten am Stadtrand, die die großen Brocken im Budget ausmachen, kann man sehen, daß einige wenige Firmen zum Zug kommen und daß zum Teil sehr großzügig — es ist mir schon klar — auch wegen der Arbeitsplatzsicherung — vorgegangen wurde. Ich erinnere an die letzte Gemeinderatssitzung, wo aus — wie es hieß — Billigkeitsgründen 30 Millionen für eine Firma nachträglich bewilligt wurden, noch dazu für einen besonders häßlichen Garagenbau, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf.

Ich meine daher, daß es schon aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung durchaus zielführend und zweckmäßig sein könnte, wenn man die Stadterneuerung auch in den nächsten Jahren als Schwerpunkt betrachtet, weil man weiß, daß die Erneuerungsgebiete besonders arbeitsintensiv sind und viele Mitbürger beschäftigt werden könnten.

Der größere Teil fällt jetzt auf die förderbaren Neubauwohnungen von Genossenschaften. Wenn ich mir vor Augen halte, wie oft gerade die Genossenschaften in der letzten Zeit ins schiefe Licht gekommen sind, dann werde ich schon ein wenig nachdenklich. Ich weiß schon, daß es relativ wenig Genossenschaften sind, die Anlaß zu Ärger geben. Trotzdem bin ich der Meinung, daß eine verstärkte Kontrolle Platz greifen könnte. Abgesehen davon bin ich der festen Überzeugung, daß diese Genossenschaften weitgehend entpolitisiert werden sollten. Ich glaube, daß allein schon in der Verpolitisierung der Genossenschaften der Stein des Anstoßes zu suchen ist.

Der oberste Genossenschaftsaufseher, der zugleich auch Wohnbausprecher des ÖAAB ist, Herr Klemen, meinte in einem Zeitungsinterview: „Aus

dem Sauhaufen, der bei zwei, drei Genossenschaften vielleicht herrschen mag, darf man nicht auf alle Gemeinnützigen schließen.“ Damit hat er sicher recht. Wenn aber die Kontrolle der Genossenschaften beim Prüfverband verbleibt, ist das schon problematisch. Dieser Prüfverband wird, wie wir alle wissen, von den Genossenschaften bezahlt.

Wir schlagen daher vor, daß eine Kontrollinstanz dort eingerichtet wird, wo die Mittel herkommen. In Wien sollte eine solche zusätzliche Abteilung beim Kontrollamt eingerichtet werden, sozusagen eine Art Ombudsmann für Genossenschaftsgeschädigte, wenn ich das so sagen darf. Darf ich kurz erläutern, wie das aussehen könnte. Wenn es diesen Ombudsmann für die Genossenschaftsgeschädigten gibt, dann muß man eben sehen, daß die Förderungsmittel nur jene Wohnbauträger bekommen, die diese Kontrollinstanz von vornherein freiwillig anerkennen. Es ist mir klar, daß das ganze einer gesetzlichen Regelung bedarf. Ich meine allerdings: Wenn alle Parteien sich einig sind, daß eine echte Kontrollinstanz auch in diesem Bereich gut und nützlich ist, dann wird es daran sicherlich nicht scheitern.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächster Redner ist Herr GR. Präsident Hahn zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Hahn: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Meine Ausführungen beschäftigen sich diesmal vor allem mit der Situation des Gemeindewohnbaues hinsichtlich der Mieten und Betriebskosten, aber auch mit der Situation des privaten Althausbestandes. Dabei knüpfe ich an meine frühere langjährige Tätigkeit an, die mich mit meinem Pendant, dem Altgemeinderat Windisch, verbunden hat.

Darf ich bei dieser Gelegenheit sagen: Wir haben hier jahrelang die heftigsten Debatten geführt, und trotzdem — das sage ich deshalb, weil das immer wieder von einigen Debattenrednern erwähnt wurde — können wir uns gut leiden. Wir grüßen uns gerne und geben uns die Hand. Er befindet sich sogar auf der Galerie. Ich glaube, daß eine Debatte sachlich und hart geführt werden kann und daß das auch jetzt immer noch der Fall sein muß.

Ich werde heute nur Fakten aufzählen, weil ich leider den Optimismus, den ich vor Jahren noch hatte, heute nicht mehr äußern kann. Wir gehen auf dem Gebiete des Wohnbaues, auf dem Gebiet der Mietengesetzgebung — ich werde Ihnen das an Hand der Entwicklung bei den Gemeindebauten beweisen — im Kreis herum. In stärkerem Maße als je zuvor leidet die Gemeinde Wien unter einem veralteten Mietengesetz. In stärkerem Maße als je zuvor leiden auch die Mieter in den Gemeindebauten unter den nun auch bei der Gemeinde Wien am laufenden Band vorgenommenen Erhöhungen. Es gibt immer wieder Aufstände, gerade in größeren Komplexen, ob es nun im 10., 11., 12. oder 20. Bezirk ist.

Die Ankündigung des Stadtrates Mayr vom Vorjahr, er hoffe, daß man auf parlamentarischer

Ebene zu einer Einigung kommt, ist vor allem durch die schwere Erkrankung des Justizministers, der nun Gott sei Dank wieder Dienst macht, nicht erfüllbar. Es ist einige Zeit verstrichen, und die Ankündigung des Herrn Stadtrates ist daher völlig überholt. Es wird sich im Jahre 1979 auf Bundesebene nichts tun.

Ich werde mir daher erlauben, heute wieder einige Vorschläge zu machen, denn die Krisen des Althausbestandes werden schon jahrelang prolongiert. Sie werden immer wieder vor sich hergeschoben. Ich kann Ihnen gerade bei diesem Kapitel Zahlen nicht ersparen. Es ist nun einmal beim Kapitel Wohnen so wie beim Kapitel Wirtschaft und Finanzen.

Ich beginne bei den Mieteinnahmen der Gemeindebauten. Ihre Entwicklung ist sehr interessant, und ich bitte Sie, zu beachten, daß es Steigerungen gibt. Ich werde auch erklären, warum das so ist. Die Mieteinnahmen sind allein gegenüber dem Vorjahr um 105 Millionen von 669 Millionen auf 774 Millionen gestiegen, und das bei nur ungefähr 2.500 neuen Gemeindewohnungen. Es ist paradox, daß es in einem Jahr eine Steigerung gibt, die zwei Drittel des Betrages ausmacht, der für 53.000 Gemeindewohnungen, die zwischen 1959 und 1967 errichtet wurden — damals zum durchschnittlichen Zins von 3 Schilling —, eingenommen wurde. Die Durchschnittsgröße dieser Wohnungen beträgt zirka 60 Quadratmeter. Diese 53.000 Wohnungen erbringen 150 Millionen Schilling Mieteinnahmen, während nun in einem einzigen Jahr eine Steigerung von 105 Millionen Schilling zu verzeichnen ist. Noch krasser wird die Aufstellung, wenn Sie die 112.000 Gemeindewohnungen berücksichtigen, die von 1919 bis 1957 erbaut wurden. Die bringen überhaupt nur 60 Millionen Schilling an Mieteinnahmen.

Ich fasse zusammen: Sie haben einen Block von 165.000 Gemeindewohnungen, der 210 Millionen Mieteinnahmen bringt. Das heißt, die Durchschnittsbelastung des Mieters beträgt im Jahr 1.280 Schilling. Sie haben weiters einen Block von zirka 35.000 Gemeindewohnungen, das sind die der letzten zehn Jahre, die 564 Millionen bringen. Natürlich nicht reine Mieteinnahmen — darauf komme ich noch zu sprechen —, denn da sind die Kapitaltilgungen und Kapitalzinsen beinhaltet. Diese 35.000 Gemeindewohnungen der letzten zehn Jahre werden mit durchschnittlich 16.700 Schilling Grundzins pro Jahr belastet.

Allein aus diesen in konzentrierter Form vorgetragenen Zahlen ersehen Sie die große Belastungsspanne für die neuen Mieter, denen allerdings zum Teil mit Wohnbeihilfen geholfen wird. Wir haben gestern gehört, daß es pro Fall im Durchschnitt 911 Schilling sind. Insgesamt gesehen zahlen die neuen Mieter im Schnitt das 13fache der Altgemeindebaummieter, mit Ausnahme der Altgemeindebauten, die neu vermietet werden, wo die Gemeinde auch schon 4 Schilling pro Quadratmeter verlangt. Das ist meiner Meinung nach auch völlig richtig.

Es muß allerdings mit gleicher Deutlichkeit festgehalten werden, daß man diesen von mir aufge-

zeigten wirtschaftlichen Widerspruch sicher nicht auf einmal lösen können.

Es wächst vor allem die Unzufriedenheit in den alten Gemeindebauten, wo die Leute ganz einfach nicht glauben können oder glauben wollen, daß keine Mietzinsreserve vorhanden ist, weil sie immer den großen Gesamttopf sehen, aber niemals den Umstand, den ich jetzt aufgezeigt habe, daß für 112.000 Altgemeindewohnungen überhaupt nur 60 Millionen Schilling Mieten eingenommen werden.

Der zweite Umstand, der die Betroffenen sicherlich mit Recht verärgert, ist der Erhaltungsaufwand, der einfach zu gering ist. Er ist gegenüber dem Vorjahr nur um 15 Millionen auf 339 Millionen gestiegen. Ich bilde mir ein, mich einigermaßen beim Budget auszukennen. Es gibt wahrscheinlich niemanden hier im Saal, ausgenommen vielleicht den Finanzstadtrat, der sich beim Budget hundertprozentig auskennt, der jede einzelne Detailpost kennt. Und ich sage Ihnen: Wenn man sich bemüht, bei Detailposten auf den Grund zu gehen, erfährt man immer wieder, daß es etwas anders sei als im Vorjahr, so daß Vergleiche manchmal sehr schwierig sind. Sie entschuldigen, aber ich habe eine Buchhalterseele, das ist nun einmal mein Beruf.

Jedenfalls ist die Frage, wo die Mietzinsreserve im Budget wirklich ausgewiesen ist, nie beantwortet worden, obwohl schon einige Male danach gefragt wurde.

Ich muß nun aber über die Post sprechen, die ich eingangs erwähnt habe, nämlich über die Entwicklung des Kapitalsdienstes. Sie zeigt die ungeheure Problematik auf, die ich in meinem Beitrag zu Wirtschaft und Finanzen kurz angerissen habe. Darf ich Ihnen ein paar Zahlen bekanntgeben. Im Jahre 1975, wo die Wohnbauförderungsdarlehen nach der neuen Wohnbauförderung 1968 bereits voll zum Tragen gekommen sind — damals allerdings noch mit höheren öffentlichen Darlehen, mit 60 Prozent — hat es 95 Millionen Schilling für den Kapitalsdienst gegeben. Im Jahre 1979 wird diese Post bereits 319 Millionen betragen. Das heißt, in fünf Jahren hat sich der Kapitalsdienst vervierfacht, und es wird von Jahr zu Jahr stärker steigen. Das heißt, durch diese Post, die natürlich buchhalterisch zu berücksichtigen ist, wird die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben womöglich noch größer werden.

Daher stelle ich noch einmal das Ersuchen — um das Wort „Forderung“ zu vermeiden —, man soll zumindest einmal Überlegungen anstellen. Ich glaube, ich habe das sowieso schon beim Hauptkapitel Wirtschaft gesagt: Dankenswerterweise gibt es jetzt einen Fünfjahresplan, und wir haben jetzt Gott sei Dank wirklich viele Unterlagen und viel Ziffernmaterial. Ich weiß schon, das ist alles eine Belastung für die Beamten, die in dieser Geschäftsgruppe nicht mehr geworden sind. Ich spreche aber doch die Bitte aus, einmal nachzurechnen, wie es ist, wenn man höhere öffentliche Mittel einsetzt. Nach der Novelle wären 70 Prozent möglich, aber bitte, wir sagen: Gehen wir wieder auf 60. Dann

wäre wieder ein starkes Absinken des Kapitaldienstes zu verzeichnen, und das käme natürlich den Mietern zugute. Natürlich würden auch die Wohnbeihilfen wieder zurückgehen. Die rechnerische Frage ist ja: Wie lange geht das noch mit den Wohnbeihilfen, mit der Subjektförderung? Ich gebe zu, wir haben das in den Jahren 1972 und 1973 mit unseren Forderungen in die Höhe getrieben. Es waren Wahlen, Wien hat auf einmal die beste Wohnbeihilfe aller Bundesländer gehabt und ist auch jetzt mit Oberösterreich ziemlich an der Spitze. Aber jeder der Fachleute fragt: Wie lange geht das noch, bis der Topf einmal ausgetrunken ist?

Ich würde also wirklich ersuchen, daß man diese Berechnungen einmal ins Auge faßt, denn meiner Meinung nach ist hier in irgendeiner Form eine Wende notwendig.

Eine weitere Kritik richtet sich gegen den Erhaltungsaufwand. Ich habe schon gesagt: Es sind mehr Wohnungen geworden, es sind die Baukosten gestiegen. Ich bitte, meine Damen und Herren, jetzt nicht böse zu sein: Es gibt — ich denke da zum Beispiel an den Berliner Hof im 16. Bezirk; wenn den einmal ein Berliner sieht, muß er sich wirklich beleidigt fühlen, wie der aussieht — leider sehr, sehr viele Gemeindebauten, bei denen die Fassade ganz furchtbar aussieht.

Ich erlaube mir daher, den ersten Abänderungsantrag der GR. Hahn, Ebert und Prochaska zu bringen, daß die Gemeinde Wien zur Verwirklichung einer echten Stadterneuerung mit gutem Beispiel vorangehen und gerade mit Blickpunkt Fassaden in nächster Zukunft verstärkt die Sanierung der Wohnhäuser der Stadt Wien in Angriff nehmen soll. Daher wäre der Ausgabenansatz 812.51. Städtische Wohnhäuser, bauliche Herstellungen, um 20 Millionen von 99 Millionen auf 119 Millionen zu erhöhen und diese Mehrausgabe durch Reduzierung des Ausgabenansatzes 311.55, Ankauf von Wertpapieren, zu bedecken.

Eine weitere Ungereimtheit, die, wie ich es sehe, den Wiener Steuerzahler belastet, sind im Voranschlag 1979 die Betriebskosten. Im laufenden Jahr 1978 geht die Rechnung vollkommen in Ordnung: 777 Millionen, aufgeschlüsselt in Post 812.24; 776 Millionen sind bedeckt. Wegen der einen Million werden wir uns sicherlich nicht streiten. Es ist allerdings richtig, daß die Grundsteuer etwas zu hoch angesetzt wurde; das deckt sich aber irgendwie mit den anderen Gesamtbetriebskosten.

Für 1979 allerdings, wenn man sich das ansieht, sind die Gesamtbetriebskosten in der Höhe von 889 Millionen nur mehr mit 316 Millionen bedeckt, das heißt, Sie haben einen echten Betriebskostenabgang von 73 Millionen. Wahrscheinlich haben Sie sich vor dem 8. Oktober nicht getraut, auch diese Betriebskostenerhöhung anzukündigen.

Da muß ich sagen: Diese 10 Prozent Erhöhung kann wirklich nicht der Steuerzahler bezahlen, das muß man den Leuten beibringen. Wir haben uns — wenn es mir gestattet ist, das am Rande festzuhalten — hier im Gemeinderat und im Wohnbauförderungsbeirat, wo an und für sich ein sehr

sachliches Verhandlungsklima herrscht, einmal unterhalten, ob man nicht in Extremfällen auch Betriebskosten in die Wohnbeihilfe einbeziehen sollte. Ich habe gelesen, bei einer Tagung der sozialistischen Frauen und der Jugend wurde das verlangt. (Amtsf. StR. Pfoch: Das stimmt nicht! Falschmeldung!) Das war eine Falschmeldung der „Arbeiter-Zeitung“. Ich bin den Dingen schon nachgegangen, Herr Vizebürgermeister. Also auch die „Arbeiter-Zeitung“ bringt Falschmeldungen.

Es ist natürlich ein Problem, ich weiß das schon. Aber ich glaube, die Betriebskosten hat wirklich der Mieter in vollem Umfang zu bezahlen, dafür kann der Steuerzahler nicht auch noch seine Schillinge blechen.

Bei den Kosten der Hausverwaltung kenne ich mich nicht ganz aus. Ich hoffe auf Aufklärung. Ich finde jetzt nämlich zwei Posten: 12,6 Millionen und die Kosten der Datenverarbeitung, die heuer erstmals budgetär aufscheinen, mit noch einmal 12,7 Millionen. Die muß man jetzt also dazurechnen. Bitte, möglicherweise überschneidet sich das jetzt ein oder zwei Jahre. Da ersuche ich eben um Aufklärung.

Wenn man die Haupt- und Nebenbezüge und die Sozialversicherung dazurechnet, kommt man insgesamt auf einen Verwaltungsaufwand von 92 Millionen Schilling. Jetzt komme ich wieder mit der Rechnung von den Altbauten: Die Personalkosten für die Altgemeindewohnungen, wenn ich nur grob die Hälfte dieser 92 Millionen nehme, sind 46 Millionen. Wie gesagt, es sind rund 112.000 Wohnungen. Das heißt also, die Personalkosten sind fast so hoch wie die gesamten Mieteneinnahmen bei den 112.000 Wohnungen, die bis 1958 errichtet wurden. Da bleiben nur mehr ein paar Millionen übrig.

Ich bin sicher, daß der Herr Vizebürgermeister Pfoch die Berechnungen genauer hat als ich. Ich bin ja auf die paar Budgetziffern hier angewiesen, aber ich habe mich wirklich sehr bemüht, das richtig zu rechnen.

Im übrigen wurde — und zwar schon im März des heurigen Jahres — in der „Arbeiter-Zeitung“ die Mietrechtsreform angekündigt. Hier muß ich auch wieder sagen: Die Mietrechtsreform ist angekündigt worden, aber geschehen ist nichts. Nun, warum ist diese Mietrechtsreform nicht durchgeführt worden?

Ich glaube, wir nähern uns dabei schon sehr weit an. Es wird auf die Dauer gar nicht zu verhindern sein, weil man in den Gemeindebauten immer stärker den § 7 spürt und die Leute natürlich sagen: Wieso soll ich auf einmal das Sieben-, Acht- oder Neunfache zahlen? Es gibt, glaube ich, auch schon ein paar höhere.

Jetzt gehe ich aber vom Gemeindewohnbau weg, denn dieses Problem betrifft im Moment erst ein paar tausend Gemeindemieter. In Wien sind es zirka 170.000 Haushalte, die vom § 7 betroffen sind, so wir uns auf Schätzungen verlassen. Ich habe das schon einmal kritisiert, ich wiederhole es heute: Es gibt so viele Statistiken, der Computer erfaßt alles,

aber es kann Ihnen kein Mensch in Wien sagen, wie viele § 7-Fälle es wirklich gibt. Die Schätzungen der Mietervereinigung und der Hausherren differieren. Ich gehe von der Zahl 170.000 aus, die ungefähr eine Durchschnittszahl sein wird und wahrscheinlich richtig ist.

Es gibt Fälle, wo den Mietern bereits das 25- bis 30fache zugemutet wird. Ich verstehe die Spruchpraxis nicht ganz. Ich möchte nur, um das noch einmal klarzustellen, etwas sagen. Auf der einen Seite haben wir heute den Herrn Stadtrat Dr. Krasner mit dem berechtigten Antrag gehört, alles zu tun, um die Spekulationen zu verhindern. Auf der anderen Seite ist doch die Frage, wenn ein Haus schon so schlecht ist: Was hat der Mieter davon, wenn er das 25fache zahlt, wenn er das WC trotzdem weiter am Gang hat? Werden diese Fälle jetzt auch von Ihrer Partei stärker behandelt?

Sehr interessant ist es, die Fortsetzungen in der „Arbeiter-Zeitung“ über Veranstaltungen zu lesen, die im Renner-Institut unter dem Vorsitz Ihres Klubobmannes Ing. Hofmann abgehalten wurden. Das sind alles Aussagen, meine Damen und Herren, die wir von der ÖVP schon vor Jahren hier getroffen haben. Da waren Sie noch sehr erregt und haben uns Hausherrenpartei genannt. Wir haben immer wieder den Gegenbeweis angetreten. Heute sind wir eigentlich schon so weit, daß wir sagen: Irgend etwas muß bald geschehen, sonst wird es immer noch schlechter.

Ich muß jetzt wieder das eine Beispiel vorrechnen — ein Extremfall, gebe ich zu —: In Margareten eine Zimmer-Kabine-Küche-Wohnung, 45 Quadratmeter, 30facher Mietzins. Der Mieter zahlt also an reiner Miete 1.350 Schilling, ohne Betriebskosten, oder 16.000 Schilling im Jahr. Hier gibt es, bitte, keine Wohnbeihilfe. Jetzt werden Sie sagen: Es gibt die bundesgesetzliche Mietenbeihilfe. Ich decke mich hier voll mit den Aussagen des Altgemeinderates Windisch. Sie kennen die Einkommensgrenze: Für ein Ehepaar sind es 70.000 Schilling. Das heißt, jeder Berufstätige — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — fällt da heraus. Der Mieter „brandelt“ also für die Wohnung — ich wiederhole es — 1.350 Schilling, ohne Betriebskosten. Er zahlt 1.700 bis 1.800 Schilling für diese Zimmer-Kabine-Küche-Wohnung mit dem Klosett am Gang und bekommt keinen Groschen. Er versteht die Welt nicht mehr.

Das haben wir auch im Gemeinderatswahlkampf bei den Passagendiskussionen — ich habe bei insgesamt 14 mitgewirkt — immer wieder gehört. Man sagte uns: Zeigt uns doch einen Ausweg, Sie sind so gescheit, was schlagen Sie denn vor, warum muß ich für diese miese Wohnung 2.000 Schilling bezahlen, und der, der Glück hat — nun kommen die verschiedensten Varianten —, bekommt eine Altgemeindewohnung mit billigem Zins. Dem anderen ist man die neue Gemeindewohnung neidig; Sie kennen sicher diese Varianten auch alle. Das ist natürlich auch ein Anlaß — das sage ich in aller Offenheit —, warum tausende Leute gesagt haben: Ich gehe nicht zur Wahl, die können uns ... — die

Höflicheren haben gesagt: nicht helfen, und die anderen haben eben etwas Unhöflicheres gesagt.

Das extreme Gegenbeispiel ist — das sage ich auch ganz offen —, daß in den guten großen Althäusern für Wohnungen mit Bad und Zentralheizung schon niedrigere Mieten bezahlt werden. Gottlob gibt es bei den Wohnungen, die vor dem Jahre 1919 errichtet wurden, auch solche; es ist ja nicht so, daß alle Altwohnungen in Wien klein und schlecht sind. Darüber haben wir uns ohnehin schon unterhalten. Das heißt also, die Mietzinsungerechtigkeit wird immer größer.

Jetzt werden Sie fragen: Warum erzählt er uns das, was soll die Gemeinde Wien hier wirklich tun?

Ich komme nochmals kurz auf den Zustand der Althäuser zurück. Viele sind eben schlecht, und manche bessere Althäuser werden zum Demolieren reif gemacht. Hier liegt die Schuld — ich muß das sagen — bei der Gemeinde Wien, die bei den Ersatzvornahmen viel zu langsam vorgeht. Ich will jetzt gar nicht auf das berühmte Haus auf dem Judenplatz zurückkommen, wo schon vor sechs Jahren die Ersatzvornahme beschlossen wurde, bis heute aber noch nichts geschehen ist. Das sind auch gar keine Ersatzvornahmen im eigentlichen Sinne des Wortes mehr, sondern es sind nur mehr baupolizeiliche Notstandsmaßnahmen. Daher haben wir auch die Anfrage gerichtet, wie viele Ansuchen bzw. Gebrechen es überhaupt gibt.

Wie kann man denn das mit 4 Millionen bedecken? Das sind Punkte, wo ich schlicht und einfach nicht mit kann. Da nützt es auch nichts, wenn der Herr Bürgermeister in der Fragestunde erklärt, es wird sicher kein Hindernis sein, daß der Gemeinderat diese Budgetpost erhöht, da ist kein Widerstand zu erwarten.

Was kann man mit 4 Millionen anfangen? Ich erwarte hier wirklich eine klare Antwort. Über die Rechtsprechung haben wir uns, wie gesagt, schon beim Kapitel Planung unterhalten. Ich hörte allerdings, daß die Antworten, die der Herr Stadtrat Wurzer gegeben hat, äußerst kurz waren. Ich konnte nicht da sein, weil ich bei einer Ehrung sein mußte. Das muß aber eine Opposition als schlecht empfinden, denn es ist normalerweise nur beim Budget oder beim Rechnungsabschluß die Möglichkeit, über solche existentielle Fragen zu reden. Deshalb sitzen wir ja da beim Budget, auch wenn kein Journalist mehr hier ist und auf der Galerie nur mehr ein paar Leute sitzen. Ich meine, wir sollten eine Budgetdebatte schon sehr ernst nehmen. Dazu sitzen wir diese vier Tage da, und jeder sucht sich halt die Kapitel aus, wo er glaubt, sich auszukennen.

Bezüglich der Ersatzvornahmen möchte ich auch einen Abänderungsantrag einbringen, und zwar auf Erhöhung der Mittel für Ersatzvornahmen im Zuge von Bauaufträgen. Antrag der GRe. Fritz Hahn und Dr. Hannes Krasner:

Der spekulative Abbruch von erhaltungswürdigen Althäusern ist so wirkungsvoll wie möglich zu verhindern. Dazu sind die rechtlichen Möglich-

keiten voll auszuschöpfen. So kann gemäß den Bauordnungsbestimmungen die Baupolizei einen Herstellungsauftrag zur Sanierung von Baugebrechen verfügen und notfalls selbst eine Ersatzvornahme der notwendigen Arbeiten auf Kosten des Eigentümers vornehmen.

Die gefertigten ÖVP-Gemeinderäte stellen daher gemäß § 30 (1) der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden Abänderungsantrag:

„Der Ausgabenansatz der Post 801.30, Ersatzvornahmen im Zuge von Bauaufträgen, ist um 16 Millionen Schilling von 4 Millionen Schilling auf 20 Millionen Schilling zu erhöhen.

Die Mehrausgabe ist durch eine entsprechende Reduzierung des Ausgabenansatzes der Post 311.55, Ankauf von Wertpapieren und Wertgegenständen, zu bedecken.“

Meine Damen und Herren! Diese Ersatzvornahmen allein können aber den Zustand der alten Häuser sicher nicht retten. Das Problem ist vor allem im 5., 7., 15., 16., 17. und 20. Bezirk besonders stark. Das ist jetzt auch in den Papieren des StR. Wurzer nachzulesen, ist aber schon ein Jahr vorher aus den IFES-Untersuchungen und den Statistiken des Statistischen Zentralamtes hervorgegangen. 46,5 Prozent aller Wiener Substandardwohnungen, bei denen also Wasser und WC außerhalb des Wohnungsverbandes liegen, befinden sich bei einem Gesamtwohnungsbestand von 32 Prozent und einer Wohnbevölkerung von 29 Prozent in diesen Bezirken.

Daraus ersieht man schon, daß dieses Problem in einigen Bezirken ganz besonders kraß ist. Sicher: In jenen Bezirken, wo viel Neues gebaut wurde, wie Floridsdorf oder Donaustadt, ist dieses Problem viel geringer.

Jetzt kommt das noch Schlimmere. Die Statistik zeigt uns auch, daß die Substandardwohnungen zu einem Drittel von alleinstehenden Frauen über 65 bewohnt werden. Das ist natürlich die schreckliche menschliche Frage bei diesem Problem. Diese Leute haben ja nur mehr den einen Wunsch, in der Wohnung zu bleiben, ganz egal, wie sie aussieht und beschaffen ist. Sie wollen einfach nicht mehr fort.

Wir müssen uns natürlich damit beschäftigen. Das Wohnungsverbesserungsgesetz, über das Herr Kollege Dr. Ebert sprechen wird, hat hier schon einiges gebracht. Das Entscheidendste aber hat es nicht gebracht, nämlich die Zusammenlegung von Kleinwohnungen. Nur 2 Prozent der 53.000 Wohnungsverbesserungsfälle waren Zusammenlegungen.

Zu den Althäusern der Gemeinde Wien ein ganz offenes Wort. Die Gemeinde macht es sich bei den Absiedlungen verhältnismäßig leicht: sie bedient sich auch nicht des Mietengesetzes. Da kommt einer hin — Vertrauensmann, Hausmeister — und sagt: Füllen Sie das aus, Sie bekommen einen Vormerkchein. Alle hoffen, sie bekommen eine schöne Gemeindewohnung im selben Bezirk, alles billig. Dann kommen natürlich die großen Enttäuschungen, und die argen Härtefälle sind wiederum die alleinstehenden

Frauen, die unter Umständen in einem alten Haus eine Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung gehabt haben und jetzt eine Zimmer-Küche-Wohnung mit 25 bis 35 Quadratmetern bekommen, während sie vorher vielleicht 60 oder 70 Quadratmeter hatten.

Hier sind wir der Meinung, daß jedenfalls ein Härteausgleichsfonds geschaffen werden muß. Ein Beispiel hat uns ja hier im Gemeinderat immer wieder beschäftigt, im 10. Bezirk das Haus Quellenplatz 4 a.

Wir sind sehr froh, daß sich die SPÖ, vor allem aber auch die Arbeiterkammer, mit dieser unserer Forderung beschäftigt. Ich darf daran erinnern, daß wir im vorigen Jahr bereits den Antrag eingebracht haben, einen Wohnhauserneuerungsfonds zu schaffen, der unter anderem auch die § 7-Fälle ausgleichen soll. Ich hoffe, daß Sie unserem Antrag diesmal die Zustimmung geben. Ich habe ihn vor einem Jahr sehr ausführlich begründet und kann es mir daher heuer ersparen, noch einmal ausführlich darauf einzugehen. Ich bringe nur den folgenden Abänderungsantrag der GR. Hahn, Ing. Kreiner und Maria Hampel-Fuchs ein:

Zur Sanierung des Wiener Althausbestandes werden in Zukunft neue und zusätzliche Maßnahmen notwendig sein. Eine solche Maßnahme für eine echte Stadterneuerung ist die Schaffung eines Wiener Wohnhauserneuerungsfonds, bei dem die Stadt die Zinsenstützung für Darlehen zur Verbesserung der Substanz des Wohnhauses übernehmen soll. Dieser Fonds würde auch die derzeit bestehende Förderungslücke zwischen der Wohnungsverbesserung und der Instandsetzung des Hauses nach § 7 des Mietengesetzes schließen, bei dem die Mietzinsbelastung oft auf das 20- bis 30fache steigen kann.

Es wird daher der Abänderungsantrag gestellt:

„Die Ausgabenrubrik 811.34 a, Wiener Wohnhauserneuerungsfonds, ist mit einem Ansatz von 100.000.000 Schilling neu zu eröffnen.“ Bedeckung durch entsprechende Reduzierung der Post 311.55, Ankauf von Wertpapieren.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bürgermeister hat in der vorletzten Fragestunde erklärt, daß er bereit sei, Maßnahmen zu prüfen, die dazu führen, daß unter weitgehendem Eingriff — ich zitiere wortwörtlich — in das private Eigentumsrecht in großen Miethäusern den Mietern besser geholfen werden kann. Das ist eine falsche Antwort. Die ÖVP will den Mietern helfen, das ist eindeutig und klar, aber der Wohnhauserneuerungsfonds ist sicherlich kein Eingriff in das private Eigentum. Das genaue Gegenteil würde der Fall sein. Eigentümer und Mieter müßten ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung des Hauses haben. Selbstverständlich wäre es auch zu begrüßen, wenn Mieter in alten Häusern Eigentum begründen könnten, vor allem dann, wenn sie selbst entsprechende Mittel eingesetzt haben.

Meine Damen und Herren! Die Bedeckung aller drei von mir eingebrachten Anträge würde 136 Millionen Schilling erfordern. Wir haben sie bei den

Wertpapieren bedeckt, eine Post, über die schon einmal diskutiert wurde. Hier können Sie uns keine Lizitationspolitik vorwerfen, denn tatsächlich haben Sie von den präliminierten 200 Millionen für Wertpapiere im Jahre 1977 nur 45 Millionen in Anspruch genommen. Das heißt, daß 155 Millionen übriggeblieben sind. Geben Sie daher Ihrem sozialen Herzen einen Stoß: Spekulieren Sie nicht mit Wertpapieren, verwenden Sie das Geld, um den älteren, minderbemittelten Bewohnern in unserer Stadt in ihrer großen Not wenigstens etwas zu helfen! (Beifall bei der ÖVP.)

Nun ein Wort zu den Grundstücksangelegenheiten. Wenn wir heute in der Presse lesen, daß der Herr Bürgermeister über einem neuen Gesetzentwurf brütet, nach dem die Gemeinde Wien nur Baugründe von Eigentümern kaufen darf, die diese Grundstücke mindestens fünf Jahre in Besitz hatten, möchte ich kurz und deutlich noch einmal feststellen: Warum wurde dann im Jahre 1976, aber auch bereits im Jahre 1972, ein so leicht durchführbarer Antrag der Österreichischen Volkspartei, betreffend Ergänzung von Grundstücksakten durch grundbücherliche Unterlagen zur Abwehr der Grundstücksspekulation, abgelehnt? Einmal von Stadtrat Hintschig, obwohl Sie zu Beginn der siebziger Jahre durch diese Transaktionen politisch am meisten gelitten haben. Sie waren sogar Gegenstand einer Sondersitzung. Stadtrat Hintschig war der bis zum Jahre 1973 zuständige Grundstücksstadtrat, unter dem das alles passiert ist; er wurde mit einem Bundesratsmandat belohnt. Leider hat aber im Jahre 1976 auch der Herr Vizebürgermeister Pfoch diesen unseren Antrag abgelehnt. Was hätte sich die SPÖ an berechtigten Angriffen erspart, wenn sie diesen Antrag 1976 angenommen hätte! Jetzt kommt der Bürgermeister in die Denkphase auf eine Idee. Allerdings, das kritisiere ich, wird das nicht dem Gemeinderat unterbreitet, sondern in einem Pressegespräch. Aber wie gesagt, über die Durchführung der Budgetdebatten gibt es verschiedene Ansichten. Ich bekenne mich hier als ganz konservativ, aber im guten Sinne des Wortes. Ich hoffe, daß Sie das nicht mißdeuten. Vielleicht bin ich so erzogen worden; mein Vater war Beamter der Gemeinde Wien schon seit dem Jahre 1908. Ich bin der Ansicht, man sollte hier über diese Probleme diskutieren, wenn sich schon an den Zahlen nichts verändert. Das ist ja der Hauptvorwurf, der uns gemacht wird; daher die Wichtigkeit eines Budgetausschusses. Das habe ich aber schon beim Kapitel Wirtschaft und Finanzen gesagt.

Ich komme zum Schluß. Wir sprechen hier im Gemeinderat über die Bedeutung des Wohnbaues schon seit Jahren, manchmal kontroversiell, heute scheint es friedlicher zu sein. Sie haben auch schon manche Vorschläge der Österreichischen Volkspartei aufgegriffen, und es ist eine allgemeine Erkenntnis geworden, daß die gewaltigen finanziellen Aufwendungen für den Wohnungsneubau die Situation noch immer nicht so entscheidend verbessert haben, wie wir es alle wollen. In unserem Programm Pro Wien haben wir uns unter dem Motto „Wohnen ist mehr als vier Wände und ein Dach über dem Kopf“ damit beschäftigt. Die Grundvorstellung ist, daß

jede Wohnbaupolitik von der Voraussetzung ausgehen muß, daß es nicht allein um die Stadt an sich geht, sondern jeweils auch um die Menschen, die sich in dieser Stadt aufhalten. Ziel ist die Schaffung einer menschen- und umweltfreundlichen Stadt, die dem Bürger auch Raum zur Entfaltung gibt und die nicht auf Arbeit, Schlafen und Konsum reduziert ist. Wohnen ist sicherlich ein elementares Bedürfnis und ein Recht eines jeden Menschen. Dieses Recht darf allerdings nicht als alleinige Versorgungspflicht durch die Gesellschaft betrachtet werden. Es ist auch Eigeninitiative und Eigenleistung einzusetzen. Dieses Recht umfaßt aber auch den Anspruch des Menschen, dort wohnen zu können, wo er wohnen will. Von dieser Vorstellung sind wir in Wien sicherlich noch weit entfernt. Es ist bestimmt viel geschehen: der kommunale Wohnbau, der Wohnbau der Gemeinnützigen, die Wohnungsverbesserung; ich habe sie kurz erwähnt. Ein Gesetz allerdings, das die ÖVP geschaffen hat — das darf ich schon in Erinnerung rufen —, nämlich das berühmte 68er-Paket, hat die Situation verbessert.

Ich habe heute einige, wie mir scheint, große Ungereimtheiten in geraffter Form dargelegt, ich habe einige wichtige Alternativvorschläge namens der ÖVP eingebracht. Es ist, meine Damen und Herren, wirklich höchste Zeit, daß wir uns 1979 gemeinsam bemühen, eine weitere Verbesserung der Wohnsituation für die Wienerinnen und Wiener zu erzielen! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Lustig zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Lustig: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Wenn Bürgermeister Gratz in seiner Antrittsrede vor dem Gemeinderat am 13. November 1978 den Bereich Wohnen als einen von fünf besonderen Schwerpunkten hervorgehoben hat, dann deswegen, weil, wie er selbst ausführte, noch immer ein beträchtlicher Teil der Wienerinnen und Wiener in Wohnungen lebt, die nicht den Möglichkeiten und Anforderungen unserer Zeit entsprechen. Diese Aussage stützt sich auf das Programm der Wiener, das die Sozialistische Partei bereits vor den Wahlen als Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre der Bevölkerung vorgelegt hat und in dem es heißt: In Wien ist niemand obdachlos, aber in Wien gibt es noch immer zehntausende Menschen, die in Substandardwohnungen leben müssen. Es bedarf daher auch in den nächsten Jahren eines weiteren großen Angebotes an Neubauwohnungen, während gleichzeitig und gleichrangig dafür Sorge getragen wird, daß durch Wohnungsverbesserung ein erhöhter Wohnungsstandard in Altbauten erreicht wird und wertvolle Baubestände erhalten bleiben. Dieses Programm wird die Basis der Tätigkeit im nächsten beziehungsweise in den kommenden fünf Jahren sein.

Das Aussehen und die Erhaltung unserer Gemeindewohnbauten ist uns immer am Herzen gelegen, wenn es auch nicht leicht ist, die hierfür notwendigen finanziellen Mittel in der erforderlichen Höhe bereitzustellen. Trotzdem konnte für nächstes

Jahr wieder eine Steigerung erreicht werden. Auf dem Sektor des kommunalen Wohnbaues sind für die Erhaltung der Wohnhäuser im Budget 1979, wie schon ausgeführt, 339,8 Millionen Schilling vorgesehen. In 1.955 Objekten mit 16.970 Stiegen bzw. Einzelhäusern standen mit 31. Dezember 1977 insgesamt 209.824 Mieteinheiten in Erhaltung. In rund 2.400 Stiegen wurden im abgelaufenen Jahr Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Es ist geplant, auch im kommenden Jahr eine ähnliche Anzahl von Erhaltungsarbeiten durchzuführen.

Im Programm zum nachträglichen Ein- bzw. Anbau von Personenaufzügen in städtischen Wohnhäusern wurden 68 Personenaufzüge fertiggestellt, 110 Aufzugsanlagen befinden sich in Bau, 82 sind in Planung, und 250 weitere Aufzüge sind vorgemerkt. Meine Damen und Herren! Wer weiß, wie schwierig es oft für ältere Menschen ist, ihre höhergelegenen Wohnungen zu erreichen, der wird in dieser von der Gemeinde Wien durchgeführten Aktion wahrlich eine soziale Tat erblicken. Wir werden uns in Zukunft noch mehr mit dem nachträglichen Aufzugsein- und -anbau zu beschäftigen haben. Es liegt aber auch an den Mietern, daß sie sich mit dieser Arbeit nicht nur identifizieren, sondern auch einverstanden erklären.

In den vergangenen 12 Monaten wurden vom Wohnungsamt 7.024 Gemeindewohnungen zugewiesen. Davon waren 2.475 in Neubauten und 3.728 als Wiedervermietung in Gemeindebauten sowie 821 wiedervermietete in Gemeindebauten mit Baukostenbeitrag. Der höchste Prozentsatz, nämlich 34,15 Prozent oder 2.399 Fälle, kam aus überbelegten Wohnungen. Auch hier hat die Stadtverwaltung eine große soziale Aufgabe übernommen, dem Familienstand entsprechende Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Auch für den sozial Schwächeren ist dies durch diverse Subjektförderungen möglich.

Interessant ist auch, daß 1.825 junge Ehepaare berücksichtigt wurden, das sind rund 26 Prozent der zugeteilten Wohnungen.

Die soziale Stellung der eingewiesenen Wohnungswerber ergibt folgendes Bild: 1.293 oder 18,40 Prozent öffentlich Bedienstete, 1.350 Pensionisten — 19,21 Prozent, 2.739 Arbeiter oder Haushalt, das sind knapp 40 Prozent, 1.534 Angestellte in der Privatwirtschaft — 21,8 Prozent, 100 Freiberufliche und Selbständige — 1,4 Prozent, sowie 8 Ärzte, der geringste Anteil mit 0,12 Prozent.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Wohnungswerberstatistik hingewiesen. Der Stand der Vorgemerkten mit Datum 31. Oktober 1978 sieht im Detail folgendermaßen aus: Von Obdachlosigkeit bedroht rund 1.500, gesundheitsschädliche Wohnungen rund 1.400, Überbelag 10.300, also mehr als 50 Prozent der Gesamtzahl — das zeigt erneut, daß es nur eine quantitative Wohnungsnot und keine quantitative, also einen echten Fehlbestand gibt —, Wohnungswerber, die laut ärztlichem Gutachten nicht stiegensteigen können, 4.200, Ehepaare in getrenntem Haushalt über 500, Ehepaare in Untermiete 1.400, Benützer von Dienstwohnungen rund 340; insgesamt 19.871. Daraus ist zu ersehen, daß durch die aktive Zuweisungstätigkeit die Zahl der

Vormerkungen wieder unter 20.000 gefallen ist. Auch dies sei als eine erfreuliche Entwicklung vermerkt.

Wenn vor rund zweieinhalb Monaten vom Herrn Bürgermeister in Ottakring der Grundstein für die 200.000. Gemeindewohnung gelegt wurde, so sei hier darauf verwiesen, daß mit Stichtag 1. Dezember 1978 die Magistratsabteilung 52 1.956 Objekte mit insgesamt 202.496 Wohnungen verwaltete. Ich könnte noch anführen: 10.783 Geschäftslokale, 24.634 Kraftfahrzeugabstellplätze usw. 47.320 Mietobjekte sind zentralbeheizt und 148.842 mit Bädern ausgestattet. Auch das zeigt wieder die Qualität der kommunalen Wohnungen. In städtischen Wohnhäusern befinden sich 3.330 Aufzüge sowie 4.706 maschinelle Waschküchen. Erwähnenswert ist vielleicht auch, daß 4.200 Hausbesorger beschäftigt werden.

Als erfreulich kann ich bezeichnen, daß von der Möglichkeit des Mieteneinzuges über Girokonto mit Stand vom 1. November 1978 insgesamt 93.871 Mieter Gebrauch gemacht haben. Das ist deshalb erfreulich, weil nun bald 50 Prozent der Mieter von dieser bargeldlosen Mietzinseinzahlung Gebrauch machen.

Auf dem Sektor der Wohnungsverbesserung waren mit Stichtag 31. Oktober 1978 7.898 Einreichungen vorhanden. Davon wurden im Beirat 6.927 Fälle mit über 429 Millionen Schilling positiv begutachtet. Von diesen 6.927 Fällen wurden 6.249 von Mietern eingebracht, also Einzelfälle, der Rest von Hauseigentümern beziehungsweise 5 von der Gemeinde Wien. Interessant ist dabei, daß der Prozentsatz der Hauseigentümergeinreichungen seit zwei Jahren konstant knapp über 10 Prozent liegt. Früher war er etwas höher.

Erwähnenswert ist jedoch grundsätzlich, daß mit den Mitteln der Wohnungsverbesserung vor allem gute Wohnungen weiter verbessert werden. So betreffen rund drei Viertel aller bewilligten Anträge Heizungen, der überwiegende Anteil sind Etagenheizungen. Hieraus ist ersichtlich, daß meistens nur der zu größeren und dabei günstigeren Investitionen bereit ist, der den weiteren Bestand seiner Wohnung gesichert weiß. Es zeigt sich aber auch, daß noch immer eine große Anzahl von Substandardwohnungen oder besser, dem Mietengesetz entsprechend, von mangelhaft ausgestatteten Wohnungen, die meist nur bei Zusammenlegungen als Einreichungen bei der Wohnungsverbesserung vorkommen, mit größeren Ein- bzw. Umbauten aufscheinen.

Wichtig ist, daß das Wohnhaus in der Bausubstanz diesen Wohnungsverbesserungen entspricht; dann könnte sicherlich noch sehr viel geleistet werden.

Nun zu einem weiteren erfreulichen Gebiet, zum Wohnberatungszentrum. In der Informationsstelle wurden im Jahre 1978 19.541 Beratungen durchgeführt. Insgesamt konnten in diesem Jahr 1.475 Wohnungen zugewiesen werden. Die Finanzierungsberatung konnte im Jahre 1978 12.255 Beratungen aufweisen, wobei 4.052 Kreditanträge gestellt wur-

den. Seit dem Bestehen der Informationsstelle wurden vom 1. Februar 1968 bis Ende Oktober 1978, also in etwas mehr als 10 Jahren, 203.600 Beratungen durchgeführt und in diesem Zeitraum knapp 25.000 Eigentums- und Genossenschaftswohnungen zugewiesen. Diese Zahlen sprechen für sich und zeigen deutlich, wie gut es war, die Einrichtung der Informationsstelle für Eigentums- und Genossenschaftswohnungen, besser bekannt unter dem Titel Wohnberatungszentrum, zu schaffen.

Ich möchte an dieser Stelle, meine Damen und Herren, allen Mitarbeitern und Beamten des Ausschusses, die mitgewirkt haben, daß die hier aufgezählten Leistungen erbracht werden konnten, einen herzlichen Dank aussprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Dieses Aufzeigen von Zahlen war deshalb notwendig, um zu veranschaulichen, daß sich die Tätigkeit auf diesem Sektor, gekennzeichnet durch das Budget 1979, kontinuierlich weiterentwickeln wird bzw. fortgeführt werden soll.

Meine Damen und Herren! Wenn die ÖVP, wie wir es eigentlich schon gewohnt sein müßten, wieder glaubt, sich nur die Rosinen aus dem Kuchen herausholen zu können, muß ich sie leider enttäuschen. Entweder steht man zum Ganzen, oder man versucht bewußt, die Bevölkerung, wohl mit Schlagworten, aber falsch zu informieren. Sie machen immer nur Vorschläge, durch die Ablehnung des Budgets stellen Sie sich jedoch grundsätzlich gegen alles. Es wäre angebracht, einmal konstruktiv im Interesse sowohl der Gemeindemieter als auch der übrigen Wienerinnen und Wiener tätig zu sein. Worte allein genügen nicht.

Abschließend einige grundsätzliche Bemerkungen zum Mietengesetz. Wenn die Magistratsabteilung 25 im Jahre 1978 rund 3.250 Anträge bzw. Rechnungen in bezug auf Prüfung des Ausmaßes und des Preises behandelt hat, so zeigt dies deutlich, daß in bezug auf die §§ 7 und 8 des Mietengesetzes einiges in Bewegung ist. Die Erhaltung der Althäuser ist ganz einfach — ohnehin auf Kosten der Mieter — erforderlich, wenn sie, wie ich hier ganz deutlich sagen möchte, erhaltungswürdig sind.

GR. Hahn hat in der Generaldebatte den § 21 a des Mietengesetzes, nämlich die Bereitstellung von Ersatzwohnungen, angesprochen und ihn auch heute wieder erwähnt. Ich darf dazu bemerken, daß es die Mietervereinigung seit dem Jahre 1975 — das ist das letzte Forderungsprogramm von uns, es kam nach der Mietengesetznovelle 1974 — zu einer ihrer Forderungen gemacht hat, die Modifizierung und Vereinfachung der gesetzlichen Kündigungsgründe zu erreichen. Dies deshalb, weil bei Abbruchkündigungen gekündigte Mieter, wie wir immer wieder die Erfahrung gemacht haben, oft veranlaßt werden, von einem Abbruchhaus in ein anderes Haus, das in Kürze abbruchreif werden wird, zu ziehen. Wir sind der Meinung, daß bei der Schaffung eines neuen Mietengesetzes oder einer Novelle zum Mietengesetz dieser Punkt unbedingt Berücksichtigung finden muß. Dieses Problem liegt uns vor allem deswegen so am Herzen, weil es zum großen Teil ältere Menschen sind, die davon betroffen werden.

Wir sagen immer, einen alten Baum soll man nicht verpflanzen. Manchmal ist es ganz einfach nicht anders möglich. Es geht hier nicht um das Mobiliar, das vielleicht bei der Übersiedlung zerbrechen kann, sondern es geht darum, meine Damen und Herren, was in diesem alten Menschen zerbrechen könnte, wenn er heute von seiner gewohnten Wohnumgebung wekommt in eine andere und ein oder zwei Jahre später noch einmal und vielleicht dann noch einmal übersiedeln muß. Das haben sich unsere Bürgerinnen und Bürger in Wien wahrlich nicht verdient, daß sie in den letzten Jahren ihres Lebens von einer Wohnung in die andere geschubst werden, wenn ich das so sagen darf.

Ich möchte anerkennend das Bemühen des GR. Hahn in bezug auf die mietrechtlichen Bestimmungen erwähnen. Ich darf aber schon dazusagen, daß hier eine gewisse Doppelzüngigkeit der ÖVP deutlich sichtbar wird. Hier bei uns im Rathaus bedauert Herr GR. Hahn die derzeitige Situation in bezug auf die Ersatzwohnungen. Im Parlament hingegen verzögern und verschleppen die Vertreter der ÖVP — ich klammere hier bewußt jene Monate aus, in denen Herr Justizminister Dr. Broda erkrankt war — bei den diesbezüglichen Parteiengesprächen über ein neues Mietrecht alle positiven Vorschläge auf diesem Gebiet. Vielleicht könnten Sie, Herr GR. Hahn, einmal mit Ihren Parteifreunden ein ernstes oder ein freundschaftliches Wort — das überlasse ich gerne Ihnen; Sie brauchen nicht „Freundschaft“ zu sagen — reden. (GR. Hahn: Unsere Vorstellungen decken sich nicht ganz!)

Ich verrate hier kein Geheimnis, wenn ich sage — mein Freund Windisch wird mir auch nicht böse sein —, daß zum Beispiel freundliche Gespräche zwischen Hausbesitzervertretern aus den Verbänden und dem Kollegen Windisch und mir ergeben haben, daß es sicherlich einige Differenzen gibt, wir zwei oder wir vier wären aber bei einem großen Teil der Bestimmungen des Mietengesetzes, ich will nicht sagen fertig, aber doch einig geworden. Aber vielleicht können Sie mit Ihren Parteifreunden reden, Herr Kollege Hahn.

Ich vermute aber, daß das wieder einmal so ein Fall ist: Wenn es um einen Erfolg der sozialistischen Regierung geht, ist es so wie hier im Rathaus, es wird wohl geredet und gefordert, in Wirklichkeit wird das aber alles nicht so ernst genommen, sondern es wird nur Augenauswischerei betrieben. Ich nehme Ihr Bemühen wirklich ernst, aber ich kann das hier nur so feststellen.

Ich darf an Ihre Worte anschließen. Sie haben gesagt, man hat das Gefühl, man geht im Kreis. Gehen Sie nicht im Kreis, gehen Sie den geraden Weg! (GR. Hahn: Sie gehen doch im Kreis!) Wir gehen nicht im Kreis, da brauchen Sie keine Angst zu haben, wir wissen nämlich, daß man schwindlig wird, wenn man im Kreis geht, und davor bewahren wir uns auf jeden Fall. Ich möchte Ihnen helfen, sich auch davor zu bewahren. (Beifall bei der SPÖ.)

Weiters darf ich Herrn GR. Hahn in bezug auf die Mietzinsbeihilfen aufklären, wenn ich das als Junger so sagen darf. Sie konnten sich, glaube ich, am Montag nicht ganz einig werden, daß die Miet-

zinsbeihilfe mit dem Mietengesetz vom 12. Juli 1974, BGBl. Nr. 409/1974, beschlossen wurde. Sie haben immer gesagt, im Jahre 1975 hat es das nicht gegeben. Ich darf Ihnen dann nach meinem Debattenbeitrag ein Mietengesetz mit Zinsstoppgesetz und Mietzinsbeihilfe, das im Eigenverlag der Mietervereinigung hergestellt wurde, überreichen, selbstverständlich kostenlos, damit Sie sich, obwohl Sie von Ihren Kollegen und auch anderen immer als Wohnbaufachmann bezeichnet werden, mit den einschlägigen Bestimmungen vertraut machen können. Ich habe mir lange überlegt, ob ich eine Widmung hineinschreiben soll. Ich habe es nicht getan, denn dazu ist das Heft zu bescheiden, ich habe aber eine nette Empfehlungskarte daraufgesteckt.

Ich darf noch ein Wort zu Herrn GR. Pawkowicz in bezug auf den Wohnungstausch sagen. Auch der Wohnungstausch ist im Diskussionsentwurf zu einem neuen Mietengesetz enthalten. Ich brauche hier gar nicht zu erwähnen, daß das auch eine langjährige Forderung der Mietervereinigung ist. Ich glaube, wenn man sich bei den diversen Gesprächen — ein Fachmann dürfte ja auch Ihrer Parteirichtung angehören — einigen könnte, dann wäre es sicherlich möglich, nicht nur eine Mobilität zu erreichen, sondern auch viele Härtefälle abzustellen.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich feststellen, daß wir Sozialisten auf dem Sektor des kommunalen Wohnbaues sowie des sonstigen geförderten, der sowohl Miet- und Genossenschafts- als auch Eigentumswohnungen umfaßt, aber auch auf dem Sektor der Wohnungsverbesserung in den nächsten fünf Jahren daran arbeiten werden, wie versprochen für 75.000 Wiener Familien zeitgemäße Wohnverhältnisse zu schaffen! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr Dkfm. Dr. Ebert zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Dr. Ebert: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Zunächst einmal ein paar allgemeine Worte zu vorher Gesagtem im Zusammenhang mit Bauen, Planen, Kaufen des Grundstückes und Wohnen. Das ist ja eine Einheit, die man gar nicht zerreißen kann, denn zuerst muß ich kaufen, dann soll ich planen, dann muß ich bauen. (Amtsf. StR. Pfoch: Zuerst planen, dann kaufen!) Herr Stadtrat, alleweil, es wäre bei der Gemeinde Wien so geschehen, dann hätten wir heute weniger Sorgen! Ich werde darauf noch zurückkommen.

In dem Zusammenhang hat Herr GR. Rosenberger von der Faszination des Planens gesprochen. Nun, es müssen sehr lange sehr wenig fasziniert gewesen sein. Ich werde es Ihnen in meinen Ausführungen genau erläutern: 15 Jahre waren Sie leider in Wien von der Faszination nicht ergriffen. Ich habe das Gefühl, das ergab dann die Frustration anlässlich der letzten Gemeinderatswahl.

Es sind auch ein paar andere Sachen gesagt worden, denen ich mich bewußt nicht anschließen kann. Den Emmentalerstil in Wien vielleicht als Notwen-

digkeit hinzustellen, darüber kann man streiten. Aber ihn als architektonische Leistung darzustellen! Ich glaube, jeder Architekt müßte sich sein Geld zurückgeben lassen, wenn er das als Leistung bezeichnen würde, was damals geschaffen wurde. Es war eine Baumöglichkeit, aber bestimmt keine Leistung. (Zwischenruf der GR. Karoline Pluskal.) Frau Kollegin Pluskal, Sie haben vom Emmentalerstil als Architektenleistung gesprochen. Auf das Wohlgefühl Wohnen werde ich ebenso wie auf das Mitplanen von Frauen noch eingehen.

Ein paar Worte noch zu den Ausführungen des Herrn GR. Lustig. Es ist sehr lustig gewesen, was er gesagt hat. (GR. Lustig: Mit meinem Namen kann man leicht spielen!) Aber es ist leichter, über solche Probleme zu sprechen, als in der Praxis danach zu handeln und ein echtes Erfolgserlebnis damit zu erzielen, wie man nun so modern sagt. Herr GR. Lustig weiß doch genauso wie alle anderen, die damit zu tun haben, welches Problem gerade die Altwohnungen darstellen, die Absiedlung aus den Altbauwohnungen, welche riesige Verantwortung jedem angelastet ist, der solche Häuser zwecks Neubau erwirbt, gleichgültig, ob das nun die Gemeinde oder ein gemeinnütziger Bauträger ist.

Jeder weiß, daß die Problematik auch in der Frage liegt, welcher Preis für Grund und Boden und für die Absiedlung bezahlt werden kann, und auch darin, einen Preis zu erzielen, den der Nachkommende, der die Wohnung dann beziehen soll, noch bezahlen kann. Das ist die Relation, in der wir uns bewegen müssen und aus der wir herauskommen sollten.

Hier ist von der ÖVP ein echter Vorschlag, nämlich die Schaffung eines Wohnungserneuerungsfonds, gemacht worden. Weil jedoch dieser Vorschlag von der ÖVP kam und Sie nicht das geistige Eigentum hatten, wurde er von Ihnen abgelehnt. Das ist das, was ich hier immer wieder kritisiere: Sie werfen uns immer vor, daß wir böse seien und eine harte Sprache sprechen, daß wir die Bevölkerung falsch aufklären. Was machen Sie ununterbrochen? Wir können hier unserer Meinung nach das Beste sagen — sicherlich gibt es auch immer wieder Verbesserungen, denn es gibt nichts Gutes, was man nicht noch besser machen könnte —, aber was geschieht mit allen unseren Ideen? Sie werden abgelehnt, und Sie sagen, Schuld sei eine andere Situation. Sie wollen die Pläne, die wir eventuell gemeinsam durchführen könnten, nicht verwirklichen. Denn es könnte ja um Gottes willen heißen: gemeinsam von ÖVP und SPÖ erarbeitet. Wäre das so schlimm? Zu Beginn dieser Diskussion wurde immer wieder verlangt, zu einem gemeinsamen Denken zu finden und weniger gegeneinander zu arbeiten. Zeigen Sie es uns, beweisen Sie es uns, dann werden wir auch Ihren anderen Worten mehr Glauben schenken können! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe schon gesagt: Kaufen, Planen, Bauen und Wohnen sind eine Einheit. (GR. Rautner: Planen, Bauen, Wohnen!) Ich bin gerne bereit, die Reihenfolge zu ändern. Es waren nur lose aneinander gereichte Begriffe. Ich stehe nicht an zu sagen,

daß in Wien große Leistungen vollbracht wurden. Die Leistungen wurden mit den Bürgern und deren Steuergeldern und mit der Stadtverwaltung vollbracht.

Ich werde Ihnen aber anhand Ihrer eigenen Schriften, anhand Ihrer eigenen Ausführungen — der Arbeiterkammer, des Gewerkschaftsbundes —, anhand von Aussagen von Damen und Herren des Rathauses, die auf Tagungen von SPÖ-nahen Vereinigungen gesprochen haben, beweisen, daß diese Leistungen nicht richtig erbracht wurden. Nicht in der richtigen Art und nicht in der richtigen Weise.

Wenn im Vorwort zum Stadtentwicklungsplan mit sehr allgemeinen Äußerungen begonnen wird, so muß ich sagen: Dazu ist nicht unbedingt ein Vorwort nötig. Wenn man mit Begriffen wie zielorientiert, nach räumlichen Gegebenheiten, nach verfügbaren finanziellen Mitteln, nach persönlichen Voraussetzungen usw. ein Vorwort schreibt, dann, meine Damen und Herren, kann ich dazu auf Wienerisch nur „no na“ sagen. Was steckt jedoch dahinter? Es müßte eine klare Zielsetzung folgen. Die vermissen wir jedoch. Umso deutlicher sind andere Passagen. Gerade aus diesem Konzept geht hervor, daß, unter Bürgermeister Slavik beginnend und unter der Regentschaft von Bürgermeister Gratz fortgesetzt, in den letzten 15 Jahren de facto nichts geschehen ist. Lesen Sie es nur nach, es steht deutlich drin! Es ist nichts geschehen in der Planung, mit Ausnahme der sogenannten Leitlinien, die nur Linien waren, in die man etwas eintragen hätte müssen. Eingetragen wurde in diese Linien nichts. Also 15 Jahre schöpferische Pause zum Nachteil der Wiener Bevölkerung, zum Nachteil der Finanzen, zum Nachteil der Bürger dieser Stadt.

Dazu haben sich geäußert: die Magistratsabteilung 18, Stadtrat Wurzer, der Präsident der Arbeiterkammer. Ich werde Ihnen das im einzelnen noch sehr deutlich ausführen. Es ist aber von keiner Konkretisierung die Rede. Es steht nichts von Bezirkskonzepten, von Regionalkonzepten, von der Abstimmung derselben aufeinander, es gibt keine klare Aussage. Es wird lediglich die Stadterneuerung gegenüber der Stadterweiterung verbessert. Merkwürdigerweise heißt es dann im letzten Absatz, daß man dem täglichen Leben der Wiener im Zusammenhang mit dem Wohnbau große Beachtung schenken müßte. Längst ist es bekannt, daß man besser hätte planen können, längst ist bekannt, daß der Wohnwert einer Wohnung auch einen Großteil des Lebensgefühls in dieser Stadt ausmacht, längst ist bekannt — Bürgermeister Gratz hat es in seiner Eröffnungsrede gesagt —, daß der Mensch im Mittelpunkt steht.

Ich frage Sie in aller Deutlichkeit: Wann haben Sie bei diesem ganzen Geschehen den Menschen auch nur am Rande hingestellt, geschweige denn in den Mittelpunkt? Sie haben ihn hinausgestellt, denn Sie haben ihn nicht teilhaben lassen. Wann haben Sie die Mitgestaltung verwirklicht? Ein einziges Mal in Ottakring, aber auch nicht sehr erfreulich, denn es war in seiner Durchführung problematisch. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Nichts gegen Ottakring, aber Sie haben Ottakring als Demon-

strationsbeispiel angeführt. Wenn dieses Beispiel schon schlecht war, wie sieht es sonst aus, wo Sie noch nicht betont haben, daß Sie etwas demonstrieren wollen? Ottakring war doch Ihr Gustostückerl vom Rindfleisch, wo ist nun der Lungenbraten dazu, den Sie uns noch versprochen haben? (GR. Rautner: Der Lungenbraten ist ein Luxus!)

Sie haben die Mitbestimmung in den Vordergrund gestellt. Aus den Schriften von Sozialisten geht eindeutig hervor, daß sie nicht vorhanden ist. Sie sagen, es hätte mehr geschehen sollen, und nun sagen Sie, es müßte mehr geschehen. Nun nehmen Sie einen neuen Anlauf, bringen schöne braune Hefterln heraus, nun wollen Sie daraus Lehren ziehen.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Sind Sie sich darüber klar, daß Sie nun in die Zeiten der wirtschaftlichen Schwäche hineinkommen? Die guten Jahre haben Sie versäumt zu nützen, und in schlechten Jahren wollen Sie es besser machen, wo Sie viel weniger Geld zur Verfügung haben? Sie haben die guten Jahre nicht wahrgenommen, Sie haben sie verschleudert, und heute versuchen Sie, diesen Zeiten nachzulaufen und Neues zu machen.

Die Ausführungen auf Seite 7 des Stadtentwicklungsplanes zeigen, wie schwierig es ist. Dort kann man eindeutig lesen, daß in den fünfziger Jahren noch 10.000 bis 12.000 Wohnungen gebaut wurden, und in den sechziger Jahren gab es eine Spitze von 14.000 fertiggestellten Wohnungen. Im Jahr einer Wahl natürlich immer mehr, das ist doch selbstverständlich, ob es sich nun um Nationalrats- oder Gemeinderatswahlen gehandelt hat. Das waren die besonders fetten Jahre. Wie wird es Ende der siebziger Jahre und in den achtziger Jahren ausschauen? (GR. Rautner: Die sozialistische Regierung garantiert für weitere sieben fette Jahre!) Herr Kollege, das hätten Sie nicht sagen dürfen. Sehen Sie in den Unterlagen nach, da steht es, daß maximal 6.500 Wohnungen gebaut werden. Das heißt, man bleibt weit unter den 7.000 Wohnungen, die von Ihrer Partei als Minimum festgestellt worden sind. (GR. Rautner: Es ist ein anderer Bedarf als vor 10 oder 20 Jahren!) Auf den Bedarf komme ich noch zu sprechen. Sie selbst haben den Bedarf mit rund 7.000 Neubauwohnungen festgestellt, und der stimmt auch. Stadtrat Pfoch wird Ihnen das bestätigen. Machen Sie daher nicht solche Zwischenrufe, Sie bringen damit nur Ihren eigenen Stadtrat in Verlegenheit.

Das heißt also, daß wir 7.000 Wohnungen benötigen, sie aber nicht werden bauen können, weil das Geld dazu fehlt. Sie machen einen Trick. Sie rechnen plötzlich die Wohnungsverbesserung dazu. Das ist ein Trick: Hie Neubauwohnungen, hie Wohnungsverbesserung, zu der wir absolut stehen. Aber sie dazuzurechnen, das ist ein Trick, weil ich damit Zahlen schaffe, die zwar in der Presse ganz gut aussehen mögen, aber zwei Sachen durcheinanderbringen, denn auch eine verbesserte Wohnung wird nie eine Neubauwohnung modernen Stils sein. Sie wird besser sein, aber nie gut.

Das ist Ihre Problematik. Wir haben seit Jahren gesagt, man soll hier Einhalt gebieten. Sie haben die Stadterneuerung betrieben und haben erklärt, das ist das Ziel aller Wünsche und Möglichkeiten. Sie haben erklärt, das ist billiger. Auf das komme ich noch.

Sie haben gesagt, es wird dort besser sein. Sie haben ganz übersehen, daß die Infrastruktur enorme Gelder verschlingt, bis zu 40 Prozent der Gesamtbaukosten. Im innerstädtischen Bereich ist alles vorhanden: Kanäle, Wasser, sicherlich etwas weniger Grünflächen. Aber die sind ja auch nicht so zahlreich da draußen in Neubaugebieten, innerhalb der Großfeldsiedlung zum Beispiel.

Aber Sie haben jetzt eine neue Sache, wo ich gerne Aufklärung haben würde. Sie schreiben hier: „Die Sozialisten bekennen sich jetzt auch mehr zur Stadterneuerung, weil sie sehen, es geht nicht mehr so weiter.“ Plötzlich ist unser Slogan gut. Aber Sie schreiben da plötzlich von „Lücken“. Lücken — wie groß sollen die aussehen? Reichen die vielleicht vom 20., 21. bis zum 23. Bezirk? Sind das vielleicht die Lücken, die Sie darunter verstehen? Oder wollen Sie uns das vielleicht etwas deutlicher darlegen als Gemeinderäte?

Zum Beispiel sagt ein Harald Glatz in den „Alternativen der Stadtentwicklung“, in einer Zeitschrift, die Ihnen sehr nahesteht, über ein Symposium, wo Sie gesprochen haben, Sozialisten unter sich: „40 Prozent teure Infrastruktur.“ Wie teuer die Infrastruktur ist, weiß jetzt die Gesiba. Sie kiefelt ja an dieser Infrastruktur bei ihrem ganzen Baupreis und daran, was sie den dortigen neuen Einwohnern wird verrechnen müssen, den Bürgern unserer Stadt.

Aber Sie begründen noch immer alles: Wir haben zu wenig Grund und Boden. Gebt uns den Grund und Boden, und dann ist alles in Ordnung.

Meine Damen und Herren, dann verstehe ich etwas nicht: In dem von Herrn Stadtrat Pfoch übergebenen Programm für die nächsten fünf Jahre steht einwandfrei — nachdem intensiv geprüft worden ist und ganz genau nachgeschaut wurde —: Für fünf Jahre reichen Grund und Boden. Fünf Jahre Reserve.

Das geht sogar weiter: Wenn Sie die WIST-Studie 41 vom Juni 1978 zur Hand nehmen, so steht dort einwandfrei: Für die nächsten sieben Jahre ist genügend Grund und Boden vorhanden.

Meine Damen und Herren, 50 Prozent sind im innerstädtischen Bereich! Lassen Sie doch endlich dort mehr bauen und geben Sie es auf — auch wieder mit Tricks —, zu sagen: Wir machen ohnehin schon mehr Stadterneuerung.

Ich glaube, daß man zur Stadterneuerung nur rechnen kann, wo auch die totale Infrastruktur vorhanden ist. Habe ich die Infrastruktur auch in Gebieten, die etwas außerhalb der Stadt liegen, dann würde ich sie dem städtischen Bereich zu rechnen. Macht man aber in Gebieten, ganz gleich, welchen Namen sie haben, ob das der 10. Bezirk oder sonstwo ist, in aufschließungskostenteuren

Gebieten Neubauten, so ist es genauso eine Stadterweiterung wie in Gebieten, die noch etwas weiter entfernt sind von der Stadt. Sie bringt alle Probleme mit sich, die Sie auch schon haben. Das ist keine Stadterneuerung, sondern eine andere Form, eine Umschreibung der Stadterweiterung.

Aber eines ist interessant: Im Wohnbauprogramm steht sehr deutlich der Satz, den ich Ihnen früher schon gesagt habe, von den Erhebungen in den Jahren 1973 und 1974. Aber es steht etwas sehr Interessantes dabei auf Seite 3: „Das größte Problem werden die öffentlichen Förderungsmittel sein.“ Nicht der Grund und Boden — das Geld. Das steht dort einwandfrei. Das haben Sie geschrieben!

Sagen Sie also nicht immer als Ausrede: Grund und Boden fehlt. Er ist für sieben Jahre vorhanden. Nützen Sie diese Flächen, verbauen Sie diese Flächen und glauben Sie nicht immer, daß Sie sich mit einem Bodenbeschaffungsgesetz herausreden können.

Selbstverständlich — damit der Herr Bürgermeister nicht nachher sagt, daß ich sage, man soll nichts nachkaufen — muß laufend zugekauft werden. Aber Sie haben ja bis jetzt für die nächsten fünf, sieben Jahre kaufen können. Dann kaufen Sie weiter in derselben Form!

Wir haben gerade das letzte Mal gesehen, Herr Bürgermeister: Wir haben den Grund und Boden relativ sehr billig bekommen, allerdings in der Stadterweiterung.

Es ist gar nicht mehr so, daß Sie Gesetze brauchen. Sie müssen nur richtig einkaufen lernen, dann werden Sie es nämlich können — ohne etwas merkwürdige Makler. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber was haben Sie erzeugt durch Ihre jetzige Bautätigkeit? Monokulturen. Monokulturen am Stadtrand — der Jungen, Monokulturen im innerstädtischen Bereich — der älteren Menschen. In 25 Jahren haben Sie reinste Monokulturen am Stadtrand.

Aber auch das wurde in Zeitschriften und in Berichten Ihrer eigenen Genossen sehr deutlich gesagt. Jetzt muß man dort am Stadtrand im Rahmen der Infrastruktur Schulen, Kindergärten usw. bauen. Teilweise plant man schon vor für andere Zwecke. Aber Sie werden nicht das erfüllen, was die älteren Menschen in 20, 25 Jahren wirklich haben wollen. Also vergeudete Kosten!

Ein weiteres Problem: Herr Bastecky — vielleicht ein im Rathaus bekannter Name, er ist Sozialarbeiter hier — ist Siedler, Wohnungsinhaber in der Großfeldsiedlung. Er sagt, daß alle notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, vor allem auch im Wohnhaus, fehlen. Sie sind völlig der Privatinitiative überlassen worden. Es fehlt die Infrastruktur. Er spricht von höheren Heizkosten, von wesentlich höheren. Er muß es wissen, er wohnt dort. Er spricht von höheren Betriebskosten, und er stellt weiter resignierend fest, so zu lesen auf Seite 23 in diesem Werk: „Wir sind immer wieder an den Problemen hängengeblieben, nämlich etwas zu tun dort, da

man von Leuten, die in bezug auf Wohnumwelt nie etwas entscheiden konnten, nicht plötzlich verlangen kann, jetzt darüber großartige Aussagen zu machen.“

Er spricht aber auch von Schwierigkeiten gegenüber der Gemeindeverwaltung, die hier nicht richtig aufmerksam war, nämlich Infrastrukturmaßnahmen in Eigenregie durchzuführen, also mit Eigenleistungen, die Sie ja gestern so angesprochen haben. Privatinitiative ist vorhanden, er sagt selber: Haben wir gehabt, aber im Rathaus haben wir kein Gehör gefunden dafür; im Rathaus selber hat man sie abgewürgt. Also in diesem Haus, wo Sie gesagt haben, die Leute sollen mitreden, wollen Sie die Mitsprache anscheinend nicht haben. Er sagt, daß die Hilfe im Rathaus gefehlt hat.

Aber ich komme zu einem anderen, Ihnen nicht ganz unbekannten Mann, Bautenminister Moser, hinsichtlich Ihrer Bodenbeschaffung. Hier steht einwandfrei: „Die Gemeinde Wien hätte schon im bisherigen Bodenbeschaffungs- und Stadterneuerungsgesetz, die als Kompromißgesetze sicherlich in einigen Punkten realisierbar wären, wirksamere Maßnahmen in der Stadtentwicklung setzen können.“

Das sagt der Herr Bautenminister Moser, nicht die böse ÖVP. Er sagt, Sie haben nichts oder nichts Wirksames gemacht. Ist das nicht ein sehr harter Angriff? Dies sagte er in einem Seminar „Probleme der Stadterneuerung“.

Er stellte weiter fest, daß seit dem Inkrafttreten des Stadterneuerungsgesetzes und des Bodenbeschaffungsgesetzes — das sagt wieder nicht die böse ÖVP, sondern Ihr Minister Moser — erst eine städtebauliche Planungsmaßnahme in Wien-Ottakring gesetzt wurde.

Ich habe früher schon gesagt, wie wertvoll oder wie ausgewogen oder wie gut diese Maßnahme war. Sie haben nichts gemacht. Nicht wir stellen das fest, wie Sie uns immer vorwerfen, Ihr Minister Moser sagt es Ihnen. Tun Sie bitte etwas für Ihren Minister Moser!

Aber auch in der „AZ“ vom 29. November 1978 steht etwas sehr Heiteres: „Neue Wohnbauten, Industriegebiete, Schulen, Krankenhäuser, Kraftwerke, Straßen, Grünflächen usw. sind sichtbare Errungenschaften, auf die wir stolz sind.“ Das ist das, was ich gesagt habe: Es ist etwas geschaffen worden. „Wer stellt aber die Frage, ob all das an der richtigen Stelle, zur richtigen Zeit und mit einem vertretbaren Aufwand geschaffen wurde?“ Das steht in der „AZ“, meine Damen und Herren! Keine böse Aussage der ÖVP.

Später heißt es: „Jedes einzelne Projekt wurde sorgfältig vorbereitet und beraten.“ Auch das habe ich positiv festgestellt. „Aber nur ein einziges Mal seit Kriegsende hat sich der Gemeinderat intensiv mit der Frage befaßt, nach welchen umfassenden Gesichtspunkten der Ausbau und Umbau unserer Stadt vor sich gehen soll. Das fällt in den Rahmen des Rainer-Konzeptes 1961.“

Das steht in der „AZ“ des Jahres 1978. Die „AZ“ schreibt, Sie haben zu wenig konzeptive Maßnah-

men gesetzt. Somit liegt die Problematik nicht im Rahmen der Bodenbeschaffung, sondern leider in der nicht vollzogenen Fähigkeit, zu planen, wirklich etwas Grundsätzliches festzulegen und in dieser Stadt auch die Bevölkerung in die Entscheidung einzubeziehen! (Beifall bei der ÖVP.)

Eine weitere Feststellung, auch wieder aus Ihren eigenen Schriften — ich werde sie Ihnen immer wieder vorsetzen, Ihre eigenen Meinungen, die Meinungen Ihrer Genossen, nicht böse ÖVP-Meinungen —: Da steht wieder, daß die Planung bisher nicht gut war. „Während 1971 im dichtverbauten Gebiet“ — das stellt die Arbeiterkammer fest, also Ihre Vertretung, nicht die böse Handelskammer — „auf 100 Einwohner 75 Arbeitsplätze kamen, waren es am Stadtrand nur zwischen 20 und 40 Arbeitsplätze je Einwohner“. Jetzt steht ein sehr deutlicher Satz: „Das heißt, man hat nicht konzeptiv die Bautätigkeit mit der Möglichkeit, in der Nähe einen Arbeitsplatz zu haben, koordiniert.“ Die Folge waren eine Pendlertätigkeit, höhere Kosten für den Straßenverkehr; Unsummen wurden dafür verwendet, die wir in den Wohnungsbau im innerstädtischen Bereich hätten stecken können.

Jetzt zum Wohnungsverbesserungsgesetz. Ich kann mich noch deutlich erinnern — jetzt muß ich wieder GR. Windisch zitieren. Damals war ich der Vorredner und GR. Windisch war mein Nachredner. Er hat damals so heiter gesagt: Wozu brauchen wir das Gesetz, das ist wieder so ein Unsinn der ÖVP-Regierung, das wird nie irgendwo wirksam werden. — Das ist nachlesbar. Wir haben damals nur Hohn geerntet. Heute ist die Gemeinde Wien der Hauptnutzer dieses angeblich so schlechten ÖVP-Gesetzes, wo Sie immer sagen, in unserer Zeit ist nichts geschehen. Sie sind die Hauptnutzer und die Bevölkerung von Wien.

Die kleine Wohnungsverbesserung funktioniert halbwegs, die große Wohnungsverbesserung, Herr Stadtrat, funktioniert überhaupt nicht. Da kann man sagen: Null.

Aber eines verstehe ich überhaupt nicht. Sie haben gestern gesagt, die Privatinitiative soll einsetzen. Bitte, verhindern Sie es nicht! Wissen Sie, die Sie hier sitzen, vielleicht: Wenn jemand mit der Wohnungsverbesserung eine geförderte Sache einrichtet — also mit Steuermitteln oder Gemeindegeldern gefördert —, dann hat er einen steuerlichen Vorteil. Er kann steuerlich hantieren. Einer, der das privat macht und nicht das öffentliche Geld in Anspruch nimmt, der verliert diesen Steuervorteil.

Meine Damen und Herren, so fördern Sie die Privatinitiative? Daß die Privatinitiative höher besteuert bzw. voll besteuert wird gegenüber jenem, der sich — was wir selbstverständlich vertreten — Steuermittel dazugeben läßt? Der andere ist also schlechter gestellt, wenn er sein eigenes Geld nimmt, als wenn er fremdes Geld, also Steuergeld der Wiener Bürger, dazu mitverwendet. Das sind Tatsachen, über die Sie nicht hinwegkommen, und diesbezüglich wurde von uns ein Antrag im Parlament gestellt. Ich hoffe, er wird bei Ihnen positive Wirkungen ausüben.

Wenn Sie jetzt sagen, der Private könnte das mißbrauchen, hier Steuervorteile haben und es für Privatzwecke benutzen: Meine Damen und Herren, wir werden mit Ihnen gemeinsam marschieren, wenn es darum geht, Regulative zu finden, daß kein privater Nutzen daraus entsteht! (Beifall bei der ÖVP.)

Ein paar Worte zur Frage Altwohnungen.

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, an der Spitze Stadtrat Pfoch für diese Verwaltungsgruppe! Eine Frage: Wie verhält es sich mit der Vergabe von Altbauwohnungen der Gemeinde Wien? Ich kann nicht ganz glauben, wie es immer wieder heißt, die kriegen nur Genossen. So heißt es überall, man liest es überall, man sagt es überall. Das wäre Protektionismus in Reinkultur, das wäre Parteiwirtschaft, meine Damen und Herren! Ich nehme an, Sie werden uns eine sehr genaue Unterlage liefern, daß das nicht so ist. (Amtsf. StR. Pfoch: Aber keine politische!) Herr Stadtrat, was ist im Leben nicht politisch? Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Volkswirtschaftspolitik, alles ist Politik. Aus der Politik kommen wir von früh bis spät nicht heraus.

Hier eine klare Feststellung. Wir sind der Meinung — auf Grund des Ondit —, hier bekommen bevorzugte Wohnungen nur Genossen. Legen Sie uns klar, daß diese Meinung nicht stimmt, und wir werden dann sehr gerne denen entgegentreten, die so etwas verbreiten.

Dazu bitte ein Antrag, der eine kleinräumige Frage aufwirft, nämlich den Spittelberg. Stadtrat Dr. Jörg Mauthe und ich stellen folgenden Beschluß- und Resolutionsantrag hinsichtlich Spittelberg:

„Der Wiener Gemeinderat möge beschließen, daß die renovierten Wohnungen im Assanierungsgebiet ‚Spittelberg‘, die im Eigentum der Stadt Wien stehen, nicht ausschließlich als Mietwohnungen, sondern in Zukunft auch als Eigentumswohnungen zu vergeben sind.“

Wir begründen diesen Antrag sehr genau, da dort zwei Probleme auftauchen. Die einen möchten dort gern eine Wohnung haben, haben dazu aber nicht das Geld. Wir sehen ja in der Wohnbauförderung, daß ein immer größerer Hapfen vom Neubau durch Subjektförderung weggenommen wird. Wir wissen, daß es heuer von 3,5 Milliarden Schilling schon 800 Millionen sind, die nicht mehr für den Neubau, sondern für Zwecke der Subjektförderung, Annuitätenzuschüsse usw., Verwendung finden. Das heißt, der, der es haben will, kann es nicht zahlen, und der, der es bezahlen will, kann es oft nicht kriegen, denn der will keine Mietwohnung, sondern eine Eigentumswohnung haben.

Daher unser Antrag, den wir bitten, einer positiven Erledigung zuführen zu wollen.

Eine weitere Frage, die schon gestreift worden ist: Es wird im Wohnungsaufwand bei einkommensschwächeren Schichten der Mietzins gefördert; außerhalb bleiben die Betriebskosten. Wir wissen, daß die Betriebskosten, vor allem in Altwohnungen — auch in älteren Wohnungen der Gemeinde Wien —, heute schon höher sind als die Mietkosten.

Sie haben gehört, daß zum Beispiel in der Großfeldsiedlung die Heizkosten sehr hoch liegen — dank der Verlegung der Wohnbautätigkeit auf die grüne Wiese.

Hier müßte man eine Möglichkeit schaffen, daß auch diese Fälle, wenn sie Menschen betreffen, vor allem alte Menschen, deren Einkommen nicht mehr vermehrbar ist, Abhilfe bekommen.

Für besonders wichtig halte ich die Frage der Mitbeteiligung der Bevölkerung, die Einschaltung — wie das heute so schön heißt — in der Selbstverwirklichung, in der Mitbestimmung. Ich könnte Ihnen jetzt — es ist schon sehr spät — wieder viele Äußerungen Ihrer eigenen Genossen vorlesen, die feststellen, daß für diese Frage der Einbindung, inklusive auch Nahversorgung, vorläufig noch keine gute Lösung gefunden wurde. Die Bevölkerung wird noch nicht richtig gefragt. Sie ist noch nicht eingebunden. Wir stellen daher die dringende Bitte an Sie: Schaffen Sie Konzepte, wo nicht festgestellt wird, Nahversorgung gerettet, wieder ein bißchen mehr Einzelhandelsgeschäfte. An dieses schöne Beispiel möchte ich jetzt anbinden. Es ist eine schöne Statistik, sie ist nur total falsch, wenn Sie den einzelnen Bürger fragen. Denn diese Geschäfte sind dort dazugekommen, wo es genügend gibt, und es sind dort noch weniger geworden, wo schon wenig sind. Das heißt, die Statistik stimmt, die daraus gezogenen Folgerungen des Herrn Stadtrat Mayr aber waren absolut falsch.

Fördern Sie die Privatinitiative! Das verlangt von Ihnen in diesen Werken, die ich aufgezählt habe, auch Präsident Czettel von der Arbeiterkammer, der mit Ihnen ebenfalls nicht zufrieden ist.

Befriedigen Sie endlich die Bedürfnisse Ihrer Genossen mehr und schimpfen Sie weniger auf die ÖVP!

Meine Damen und Herren, Sie haben sehr viel Zeit versäumt. Kann ich zusammenfassend nochmals einige Forderungen bzw. Wünsche an Sie herantragen. Geben Sie der Bevölkerung mehr Möglichkeit zur Mitsprache, nachdem Sie ihr aber vorher auch die Möglichkeit gegeben haben, sich etwas heranzubilden in dieser Materie, denn wir haben überall gehört: Das ist schwer verständlich, da kennen wir uns nicht aus, beim Flächenwidmungsplan usw. Hier müßte man, angefangen von den Volkshochschulen und sonst überall, mehr Unterricht und Möglichkeit bieten.

Schaffen Sie eine Wohnumwelt, die der Qualität der neuen Wohnung entspricht, denn bessere Wohnungen sind nicht gleichzeitig bessere Umwelt. Vermeiden Sie Ausflüchte, wenn Sie genug Grund und Boden haben, vermeiden Sie das Einullen, es wird schon besser werden, wenn wir mehr Grund und Boden durch ein neues Gesetz haben. Neue Gesetze müssen genauso exekutiert werden und müssen genauso Anwendung finden. Sie haben heute schon diese Möglichkeit durch alte Gesetze. Handhaben Sie zuerst diese, und dann rufen Sie nach neuen Gesetzen.

Verteuern Sie nicht den Grund und Boden durch zu geringe Förderungsmittel für den zukünftigen

Wohnungsmieter und Eigentümer. Jedes Jahr mehr warten heißt mehr zahlen. Verkürzen Sie die Fristen. Schaffen Sie mit uns gemeinsam mehr finanzielle Möglichkeiten.

Geben Sie der Jugend in dieser Stadt mehr Animo, mehr Voraussetzung für Lebensfreude, denn es kann nicht von ungefähr sein, daß in Wien viel weniger Kinder auf die Welt kommen als in den übrigen Ländern Österreichs. Es muß ja einen Grund haben, warum man hier weniger Kinder hat. Das liegt teilweise an der Wohnung, das liegt teilweise an der Umwelt der Wohnung. Warum fahren so viele Menschen, vor allem junge Menschen, am Samstag und Sonntag aus der Stadt hinaus? Weil ihnen diese Stadt nicht mehr das bietet, was sie in der Stadt suchen und zu fordern haben. Suchen Sie nicht immer die Schuld auf der anderen Seite, suchen Sie die Schuld endlich einmal etwas mehr bei sich selbst. Sie machen ja diese Erhebungen. Sie haben ja ein ungutes Gefühl, sonst hätten Sie nicht groß alle Wiener aufgerufen: Sagt uns, was euch nicht gefällt! — Wir sagen es Ihnen laufend. Nur glauben Sie es uns nicht. Sie bekommen am Telefon dieselben Antworten. Ich weiß es, denn Anrufer, die ich gesprochen habe, haben dasselbe gehört. Wir wissen genau, welche Anrufe Sie bekommen haben. Wir wissen auch genau Ihre Antworten. Da reden Sie ganz anders als hier in diesem Haus. Reden Sie in diesem Haus so, wie Sie die Antworten am Telefon geben! Seien Sie ehrlicher zu sich selbst und zur Bevölkerung Wiens. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Haben Sie einen illegalen Abhörapparat?) Herr Kollege, es gibt ja Menschen, die mit uns reden. Es gibt auch Sozialisten, die mit uns sehr gut sind. Die erzählen uns viel mehr, als ihr glaubt, und die erzählen uns viel mehr, als euch manchmal lieb ist! (VBgm. Gertrude Fröhlich-Sandner: Umgekehrt auch!) Das ist absolut möglich. Aber, Frau Vizebürgermeister, ich will Sie nicht einbinden in den vorigen Einwand, denn hoffentlich ist es bei Ihnen auch so wie bei uns.

Greifen Sie unsere Vorschläge mehr auf. Suchen wir gemeinsam für die Wiener und deren Zukunft den richtigen Kauf, die richtige Planung, das richtige Bauen und das richtige Wohngefühl. Reden Sie nicht immer mit einem Ton der Überheblichkeit zu uns herüber. Reden Sie nicht immer so zu uns: Dort ist alles schlecht, bei Ihnen ist alles gut. Jedes dritte Wort: Wir Sozialdemokraten machen alles wunderbar. Steigen Sie von Ihrer Überheblichkeit herunter und schaffen Sie mit uns gemeinsam ein schöneres und besseres Wien! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Ing. Hofstetter zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Ing. **Hofstetter**: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Mein Vorredner von der Opposition hat heute sehr viele Dinge angeschnitten, er hat vor allem bewiesen, daß er auch die sozialistischen Schriften sehr aufmerksam liest. Er hat viel daraus zitiert. Mich hat aber eines ganz besonders beeindruckt. Er hat nämlich gesagt: Jetzt kommen die schlechten Jahre. Was aber den Um-

kehrschluß zuläßt, daß bisher die guten Jahre waren, die Jahre, wo es eine sozialistische Regierung, eine sozialistische Stadtverwaltung gegeben hat und gibt. Wir hoffen, daß diese guten Jahre auch weiterhin bleiben, daß es weiter eine sozialistische Stadtverwaltung und eine sozialistische Regierung in Österreich geben wird! (Beifall bei der SPÖ.)

Er hat auch sehr, sehr tiefgründig über die Frage der Stadterneuerung und der Stadterweiterung gesprochen und hier den Standpunkt vertreten, es müßte die Stadterneuerung verstärkt werden. Die Frau GR. Pluskal hat heute in ihren Ausführungen beim Kapitel Bauen sehr deutlich den Nachweis gebracht, daß gerade die Stadt Wien ihre Tätigkeit bei der Stadterneuerung wesentlich verstärkt hat, daß aber natürlich noch nicht das Endziel erreicht werden kann, weil wir nicht ausschließlich Stadterneuerung betreiben können, was nach meiner Meinung auch nie möglich werden wird.

Aber mein Vorredner, der ja in der Wohnungswirtschaft tätig ist, hat mit diesen Dingen auch zu tun. Hier schaut die Praxis schon etwas anders aus. Ich habe das hier schon einmal zitiert und möchte es nur wiederholen. Er hat in einer Bauzeitschrift unter dem Titel „Schöner wär's“ über die Probleme der Stadterneuerung geschrieben und wurde von dem Redakteur gefragt, ob er mit seiner Wohnbaugesellschaft auch bei der Stadterweiterung bauen würde. Ich möchte hier wörtlich zitieren: „Wir müssen, resignierte Dr. Erich Ebert, Präsident der ÖVP-Wohnbaugesellschaft „Eigentum“, halt dort bauen, wo wir die Grundstücke bekommen. Wenn wir eine günstige Fläche am Stadtrand kaufen können, dann wäre es doch Wahnsinn, dort nicht zu bauen.“

Das ist also die Praxis, die bei der eigenen Gesellschaft des Herrn Dr. Ebert angewendet wird. Ich möchte darauf hinweisen: Die Forderungen aufstellen ist sicher leicht, sie aber auch in die Tat umzusetzen ist doch etwas schwieriger.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß gerade die Wohnung Grundlage für eine glückliche Familie ist und daß daher das Kapitel Wohnen ein Kapitel ist, das uns alle sehr stark bewegt, wobei es sicherlich nicht ausschlaggebend ist, ob diese Wohnung eine Eigentums-, eine Miet- oder eine Genossenschaftswohnung ist. Das Wesentliche ist, daß der Betreffende eine schöne und gute Wohnung bekommt.

Gerade über die Ausführung der Architektur kann man verschiedener Auffassung sein. Es war die Jahre vorher sicher so, daß die Wohnungsnot eine große und die Ausführung der Architektur eine sehr einfache war. Aber ich möchte hier doch klar und deutlich festhalten, daß diese einfache Architektur nicht von Politikern stammt, sondern daß diese einfache Architektur auch eine Leistung der Architekten war. Wenn denen damals nichts Besseres eingefallen ist, können die Häuser heute auch gar nicht besser aussehen. Wir haben aber gerade bei der kommunalen Wohnhausbautätigkeit in den letzten Jahren sehr deutliche Akzente für eine

wirklich schöne, zweckmäßige Gestaltung unserer Häuser gesetzt. Wir halten jeden Vergleich mit den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und auch mit den Eigentümerschaften aus, denn die Häuser dieser Gesellschaften sind auch nicht anders als jene, die von der Gemeinde Wien selbst errichtet werden.

Ich möchte sagen, daß die Gemeinde Wien nach wie vor einen sehr bedeutenden Einfluß auf die Wohnbautätigkeit ausübt, nicht nur über die Förderung, sondern auch durch den eigenen Wohnbau. Hier ist ein wesentlicher Unterschied zu den anderen Bundesländern. Ich habe mir die Ziffern herausgesucht. Die Gemeinde Wien baute im Jahre 1976 39 Prozent der fertiggestellten Wohnungen, die Gebietskörperschaften in den anderen Bundesländern nur 9 Prozent. Aber auch die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind in Wien viel stärker tätig als in den Bundesländern, denn in Wien werden 42 Prozent der neuerrichteten Wohnungen von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen errichtet, während im übrigen Österreich nur 33 Prozent der Wohnungen von den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen gebaut werden. Es gab also in den vergangenen Jahren einige Verschiebungen. Die sonstigen juristischen Personen sind mit 7 Prozent in Wien und mit 8 Prozent in den anderen Teilen Österreichs an der Wohnbautätigkeit beteiligt. Hier wird es auf dem Wiener Sektor eine Verschiebung geben, weil auch Pensionistenheime und Gesellenheime mit Wohnbauförderungsmitteln gebaut werden und wir versprochen haben, jährlich zwei neue Pensionistenheime in Angriff zu nehmen. Dadurch wird eine gewisse Verschiebung in der Bautätigkeit eintreten.

Das Wesentliche bei der Beurteilung des Kapitels Wohnen ist die Frage des Wohnungsbedarfs. Dazu gibt es verschiedene Berechnungsarten. Die Grundlage, die für die Bautätigkeit herangezogen werden muß, ist einerseits die Vormerkung, die wir bei der Gemeinde Wien selbst haben — hier ist in den letzten Jahren erfreulicherweise eine Besserung eingetreten —, andererseits aber auch die Tatsache, daß für die Errechnung des Wohnungsbedarfs die Fragen der Eheschließungen und der Geburtenrate wesentlich mitspielen. Wir können feststellen, daß die Zahl der Eheschließungen in den letzten Jahren zurückgegangen ist, nämlich von 11.200 im Jahre 1974 auf 10.100 1975 und auf 9.900 1976, wobei der Anteil der erstmals Verheirateten nur 5.674 beträgt. Es ist klar, wenn weniger Ehen geschlossen werden, vor allem Ehen unter jenen, die erstmals heiraten, daß dann auch die Geburtenrate rückläufig ist. Es ist daher kein Phänomen, wie mein Vorredner meinte. Ich glaube aber, daß uns beide Ziffern eine ungefähre Richtschnur geben, um den Bedarf ermitteln zu können, an dem wir uns orientieren müssen.

Eine weitere Komponente der Bedarfsermittlung ist natürlich die Kostenseite. Ich kann ruhigen Gewissens sagen: Würde es uns gelingen, die Wohnungen um einen Schilling pro Quadratmeter zur Verfügung zu stellen, wäre der Bedarf wesentlich höher, als er es bei den derzeitigen Finanzierungs-

und Baukosten ist. Ich glaube, wenn man alle Komponenten zusammenzieht, kann man feststellen, daß unsere momentane Wohnungsproduktion ausreichend ist.

Ich möchte aber auch die Wohnungsverbesserung in die Berechnungen mit einbeziehen, weil damit ein Teil jener Personen wegfällt, die sonst auf Neubauwohnungen umsteigen würden.

Wir wissen, daß wir diese Entwicklung rechtzeitig erkannt haben, denn in anderen Ländern Europas gibt es heute bereits eine große Anzahl von leerstehenden neugebauten Wohnungen. Ich erinnere vor allem an Deutschland. Wir haben die Bedarfsberechnungen rechtzeitig angestellt und aufgrund der Kosten, die damit verbunden sind, die Wohnungsanzahl fixiert. Diese richtet sich natürlich auch nach den vorhandenen Kapitalien.

Mein Vorredner hat von 6.000 Wohnungen gesprochen. Er hat sich hier gewiß geirrt, er verfügt ja selbst über die Zahlen, die wir vom Wohnbauförderungsbeirat bekommen haben. Denen können Sie entnehmen, daß wir heuer 7.500 Wohnungen fördern können, nächstes Jahr 8.000 Wohnungen, 1980 7.300 Wohnungen, und 1981 und 1982 kommen wir aufgrund der Vorschau auf 6.900 und 6.600 Wohnungen. Aber in vier oder fünf Jahren wird man diese Vorschau voraussichtlich wieder einer Revision unterziehen können. (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Es werden nur 6.500 Wohnungen gefördert!) Wir haben nie nur 6.500 Wohnungen gefördert. Herr Dr. Ebert, ich gebe Ihnen anschließend die Aufstellung — Sie haben sie ja selbst in der Tasche — und bitte Sie, sie zu beachten. Heuer sind es 7.500 Wohnungen, nächstes Jahr 8.000 Wohnungen und ein Jahr darauf 8.300. (GR. Dkfm. Dr. Ebert: In den achtziger Jahren werden es nur 6.500 sein!) Lernen Sie einmal lesen, dann werden Sie verstehen, was in den Papieren steht, die man Ihnen anvertraut.

Von den Vorrednern und vor allem in der Generaldebatte wurde die Forderung erhoben, die Förderungsrichtsätze zu verändern. Dazu sind verschiedenste Vorschläge gemacht worden. Vor allem wurde vorgeschlagen, den Satz von 45 Prozent Förderungsmittel auf 60 Prozent anzuheben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir als Tatsache hinnehmen müssen, daß ein bestimmtes Förderungsvolumen vorhanden ist, und wir die Förderung von 45 auf 60 Prozent der Baukosten anheben, so bedeutet das einerseits, daß wir um ein Drittel weniger Wohnungen bauen können, und andererseits, daß die Baufirmen weniger Aufträge bekommen. Die Wohnbautätigkeit ist ja nicht nur dazu da, um den Bedarf zu decken, sondern auch dazu, um auf die Wirtschaft einen gewissen Einfluß auszuüben und über die Wirtschaft die Vollbeschäftigung zu wahren. Das war der Grund, warum wir in den vergangenen Jahren nicht immer die gleiche Anzahl von geförderten Wohnungen gebaut, sondern uns sehr deutlich an der wirtschaftlichen Entwicklung orientiert haben. Daher sehen Sie, daß gerade in den Jahren einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung eine große Zahl von Wohnungen neu gefördert worden ist.

Ich bin daher der Meinung, daß das System, welches wir momentan anwenden, nämlich 45 Prozent Förderung, 45 Prozent Kapitalmarktmittel und dazu die Subjektförderung, das gerechteste System ist.

Mein Vorredner hat gemeint, man soll doch jenen, die zahlen können, die Wohnungen geben, und nicht jenen, die nicht zahlen können. (GR. Dkfm. Dr. Ebert: Sie verdrehen mir wieder das Wort im Mund!) Das ist ein Grundsatz, dem ich nicht folgen kann. Auch nicht am Spittelberg kann ich diesem Grundsatz folgen. Der Grundsatz der Sozialisten ist, daß der die Wohnung bekommen soll, der sie braucht, und nicht der, der das Geld hat! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, daß die gezielte Subjektförderung wirklich die Möglichkeit schafft, daß der, der die Wohnung braucht, sie auch bekommen kann, so bedauerlich es auch ist, daß heute schon rund 900 Millionen Schilling für diese Subjektförderung aufgewendet werden müssen. In Zukunft — wenn ich wieder auf das Jahr 1981/82 vorgreife — werden es noch mehr sein, nämlich 1.400 Millionen Schilling.

Ich meine, daß wir mit den vorhandenen Geldern das Auslangen finden müssen und es auch finden können. Es ist eine Orientierung für unser Budget, es ist aber auch eine Orientierung für die gemeinnützige Wohnungswirtschaft.

Daß wir die beste Subjektförderung von Österreich haben, hat heute schon ein Oppositionsredner zugegeben. Ich habe die Ziffern bereitgestellt und kann es mir daher ersparen, es ziffernmäßig zu belegen.

Ich glaube aber auch, daß dieses Wohnbauvolumen eine Orientierungshilfe für unsere Grundtransaktionen und für den Grundankauf ist und die Grundlage bilden soll, nach der wir die Bodenpolitik in unserer Stadt zu betreiben haben.

Bedauerlicherweise haben wir im heurigen Jahr gerade für den Wohnhausbau nicht sehr viele Grundstücke erwerben können. Man sollte nicht sagen, wir haben eine Bodenreserve, und die sollen wir aufbrauchen. Sonst haben wir nämlich einmal nichts. Ich bin der Meinung, daß wir den Boden pro Jahr dazukaufen müssen, den wir für die Verbauung verwenden, damit wir entsprechende Vorplanungen treffen können.

Im heurigen Jahr haben wir für Wohnbauzwecke der Gemeinde Wien bisher nur 46.000 Quadratmeter Grund erwerben können. Wenn ich nun rechne, daß wir 2.000 Wohnungen durch die Gemeinde Wien bauen wollen und damit eine Wohnnutzfläche von 160.000 bis 170.000 Quadratmetern erreichen, so brauchen wir bei einer Verbauungsdichte von 1 : 1,15 113.000 Quadratmeter und bei einer Verbauungsdichte von 1 : 2 — das ist schon eine sehr dichte Verbauung — 80.000 Quadratmeter Grund. Da wir nur 46.000 Quadratmeter erwerben konnten, heißt das, daß wir heuer ein Minus auf den Bedarf haben. Daher glaube ich, daß hier Maßnahmen zu setzen sind und daß diese Maßnahmen auch gesetzt werden.

Beim Kapitel Planen ist schon gesagt worden, daß gerade Grund und Boden eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Frage ist. Ich kann mich dieser Meinung nur anschließen. Ich bin aber nicht der Meinung, daß der Bodenmarkt ein Teil der freien Marktwirtschaft sein soll. Es gibt heute schon sehr viele Lebensbereiche in unserem Staat, wo es diese hochgepriesene freie Marktwirtschaft gar nicht gibt. Ich möchte hier auf die Landwirtschaft hinweisen, wo es die garantierten Abnahmen mit festen Preisen gibt. Selbst bei den Betrieben — bei der Nahversorgung, bei den gewerblichen Betrieben — gibt es überall Förderungsmaßnahmen, ohne die diese Betriebe und die Wirtschaft nicht leben könnten. Sogar beim Export gibt es Exportförderungen, die es ermöglichen, konkurrenzfähig zu sein.

Gerade auf dem Bodensektor, wo die Gemeinschaft durch Investitionen beiträgt, daß der Boden den Wert, der beim Verkauf zutage tritt, bekommt, soll es die freie Marktwirtschaft allein sein, die ausschließliche bestimmt, wie hoch dieser Bodenpreis ist? Ich meine, wenn die Allgemeinheit Vorleistungen für die Werterhöhung des Grundes beibringt, so hat sie auch ein Anrecht darauf, einen entsprechenden Zugriff zu haben.

Deshalb unterstütze und wiederhole ich noch einmal unseren Antrag vom 12. September 1978, wo wir beantragt haben, daß die Gemeinde ein Eintrittsrecht bei Grundkäufen bekommen und daß es eine Abschöpfung der Wertsteigerung bei Umwidmungen und bei Aufschließungen geben soll.

Ich bin überhaupt der Auffassung, daß eine Aufschließungsabgabe den Bodenmarkt stark beleben würde. Diese Aufschließungsabgabe sollte dann fällig werden, wenn die Gemeinde die Aufschließung durchführt, und nicht erst dann — wie es jetzt der Fall ist —, wenn der, dem der Grund gehört, dort zu bauen beginnt. Damit könnten wir den Bodenmarkt für jene, die bauwillig sind, etwas erleichtern.

Ich bin daher der Meinung, daß wir unsere Tätigkeit auf dem Gebiet der Bodenpolitik zielstrebig in dieser Richtung fortsetzen müssen. Ich kann Ihnen erfreulicherweise berichten, daß wir die ersten Erfolge haben, nämlich durch die Tatsache, daß wir nur mehr jenen Förderungen im Rahmen der Wohnbauförderung zukommen lassen, die uns die Möglichkeit geben, die Angemessenheit des Grundpreises zu prüfen. Durch die Tatsache, daß wir die privaten Makler ausgeschaltet haben und außer der Gemeinde Wien nur mehr die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen fördern, ist es uns gelungen, den Grundpreis etwas in den Griff zu bekommen.

Mein Vorredner hat gemeint, wir sollen richtig einkaufen. Ich glaube, daß wir das nun tun. Wenn ich Ihnen nämlich sage, daß wir im Jahre 1975 pro Quadratmeter Grund im Durchschnitt 542 Schilling bezahlt haben, im Jahre 1976 523 Schilling, im Jahre 1977 495 Schilling und im Jahre 1978 441 Schilling, so sehen Sie daraus, daß unsere Maßnahmen greifen und wir in Wien bei den Bodenpreisen eine Beruhigung herbeigeführt haben.

Sie aber, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP, haben den Mut, in der Wahlwerbung von Grundtransaktionen und Grundskandalen zu sprechen, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

Ich glaube, daß wir durch unsere Maßnahmen Bodenreserven schaffen können und in Zukunft neue Maßnahmen ergreifen müssen, um den Bedarf für den Wohnhausbau, für die Infrastruktur und andere Einrichtungen decken zu können.

Wir meinen, daß in diesem Budget, sowohl was den Umfang der Wohnbauförderung und die Wohnbautätigkeit als auch den Grunderwerb betrifft, die Voraussetzungen geschaffen sind, um unserer Aufgabe gerecht zu werden. Deshalb wird die sozialistische Fraktion dem Kapitel Wohnen gerne die Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Als nächster Redner ist Herr GR. Dr. Peter Mayr vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

GR. Dr. Peter Mayr: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin zwar namentlich aufgerufen worden, trotzdem vermisste ich, daß Kollege Gawlik schreit: Schon wieder der Mayr!, oder der Kollege Rosenberger sagt: der Wirtschaftsbundfunktionär! Betrachten Sie in mir nun einen Vertragsbeamten der Post, Alleinverdiener, Vater dreier minderjähriger Kinder. Ich erzähle Ihnen nun die Vorgeschichte. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Sie brauchen überhaupt nicht zu weinen, Sie brauchen nur zu helfen. Ich werde Ihnen gleich sagen, wie Sie helfen können.

Wir haben in der letzten Landtagssitzung über das Kleingartengesetz diskutiert. Einen Tag später ist ein Postbeamter, den ich überhaupt nicht kenne, durch Zufall auf mich gestoßen. Kein ÖVP-Mitglied, ich habe ihn auch gar nicht danach gefragt. Er ist mit den Zeitungen in der Hand zu mir gekommen und hat mir folgendes geschildert:

Er hat mit vielen anderen einen Kleingarten besessen, und dieser Kleingarten mußte für Kanalbauten in Anspruch genommen werden. Daraufhin hat er eine Entschädigung bekommen. Er ist in der Magistratsabteilung 40 gewesen und hat 85.550 Schilling für den Kleingarten und 30.000 Schilling für Kulturen bekommen, insgesamt rund 116.000 Schilling. Er mußte bei der Magistratsabteilung 40 — wie es juristisch üblich ist, wenn man sich über die wechselseitige Aufhebung von Rechten und Pflichten einigt — unterschreiben, daß er rechtsverbindlich und unwiderruflich die Erklärung abgibt, daß er bei Bezahlung dieses Betrages auf alle aus diesem Bestand bestehenden Rechte verzichtet, und keine wie immer gearteten Forderungen an die Stadt Wien erhebt.

Das ist zunächst anscheinend in Ordnung. Es ist juristisch richtig, wenn man davon ausgeht, daß die Juristen von dem Gedanken beseelt sind, daß sich laut ABGB alle Leute in der Rechtsordnung auskennen. Das ist jedoch — wie Sie alle wissen — nicht so weit verbreitet, wie es die Juristen annehmen. Was ist nun diesem Mann mit einigen anderen Kleingärtnern passiert?

Er hat nämlich übersehen, daß er Grunderwerbsteuer bezahlen muß. Es ist so, daß bei einem sol-

chen Geschäft beide Vertragsteile für die Grunderwerbsteuer haften. Er ist aber darüber in der Magistratsabteilung 40 in keiner Weise aufgeklärt worden, es wurde ihm nicht gesagt, was üblich ist, wenn man ein Grundstück erwirbt oder ablöst, nämlich, daß der Käufer die Grundsteuer bezahlt, was in dieser Situation zu einer grotesken Situation führt, da der überwiegende Teil der Grunderwerbsteuer sowieso der Stadt Wien zukommt. Das heißt, wenn die Stadt Wien die Grunderwerbsteuer bezahlen würde, würde sie letzten Endes wieder ihr zufließen. Der Mann war also wie alle anderen Kleingärtner in gutem Glauben, daß damit alles erledigt sei. Die Stadt Wien hat überdies nicht, wie dies Notare und Rechtsvertreter tun, eine Anzeige beim Finanzamt gemacht. Der Verkäufer hat also das Geld genommen und sich anderswo ein Grundstück gekauft, in Niederösterreich.

Kurze Zeit später hat er vom Finanzamt eine Anzeige und eine Grunderwerbsteuervorschreibung in der Höhe von 5.988 Schilling zuzüglich 5 Prozent Verspätungszuschlag, zusammen also 6.288 Schilling, und zusätzlich ein Strafverfahren von 1.500 Schilling bekommen.

Nun lese ich Ihnen die Berufung dieses Mannes vor: „Im Jahre 1974 wurde ich von der Stadt Wien gezwungen, meinen Kleingarten wegen eines Kanalbaues zu räumen. Ich erhielt damals von der Magistratsabteilung 40 eine Entschädigung von 85.550 Schilling. Die Beamten haben mich und die anderen Kleingartenbesitzer damals überhaupt nicht aufgeklärt, daß wir Grunderwerbsteuer bezahlen müßten, daß man eventuell aus steuerlichen Gründen ein Ersatzgrundstück anschaffen könnte. Ja es ist der Gemeinde Wien sogar gestattet — schließlich hat die Magistratsabteilung 40 den Vertrag aufgesetzt —, keine Abgabenerklärung so wie jeder Notar oder Rechtsanwalt beim Finanzamt vorzulegen.“

Ich sehe nicht ein, daß ich als Veräußerer der Liegenschaft nun die Grunderwerbsteuer bezahlen soll. Üblicherweise trägt die doch immer der Käufer. Gleichzeitig suche ich um Stundung des mir vorgeschriebenen Betrages an. Seit 1975 bin ich bei der Post als Vertragsbediensteter beschäftigt. Als Paketzusteller verdiene ich nicht sehr viel und habe für drei minderjährige Kinder zu sorgen. Ich bin Alleinverdiener.“

Meine Damen und Herren! Klauf war's, ginge eine politische Weisung an die Magistratsabteilung 40, daß in diesen Fällen die Stadt Wien die Grunderwerbsteuer zahlt, die ihr ohnehin zufließt. Klauf war's, wenn man dem Mann helfen könnte. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Klauf war's gewesen, wenn man das Problem im direkten Weg intern geregelt hätte! — Gegenrufe bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Dr. Ebert zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Dr. Ebert: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das Zwiegespräch zu Ende geführt ist, kann ich vielleicht mit meinen Ausführungen beginnen, die ganz kurz sein werden. Ich

möchte hier keine Mißverständnisse aufkommen lassen.

Bei der Fairneß, die von den Sozialisten immer wieder vorgeschlagen wird, habe ich es gar nicht fair gefunden, den Spittelberg mit jedem anderen Vorhaben gleichzusetzen, so als wenn wir sagen würden, nur jener, der Geld hat, soll sich eine Wohnung kaufen können. Wir haben das bewußt für den Spittelberg gesagt. Vielleicht haben Sie das Ohr ein wenig mehr am Mund der Leute, die dort einziehen können. Die sind nicht so glücklich, daß sie dort einziehen, denn die ganze Umgebung und auch die Frage der Wohnungserhaltung ist für diese Menschen gar nicht so leicht. Daher haben wir im Antrag ausdrücklich von „auch“ gesprochen. Nur damit dies einmal klargestellt ist.

Eine ganz kleine Frage: Ist man eigentlich bei der SPÖ für Wohnungseigentum, für Besitz in kleinem Umfang oder nicht? Ich frage auch den Kollegen Hofstetter ganz offen: Wohnt er in einer Mietwohnung oder in einer Eigentumswohnung? Diese Frage möchte ich jetzt offen stellen, denn wenn es so etwas Böses ist, dann soll er eine Mietwohnung nehmen. Warum ist er dann so glücklich in einer Eigentumswohnung? Bitte, eine ganz klare Frage, die nicht böse gemeint ist. Man soll aber nicht etwas beim anderen verteuflern, was man selber zu schätzen weiß. Ich bin ganz seiner Meinung, es ist gut, daß er es gemacht hat, aber dann soll man es nicht verteuflern.

Die dritte Sache. Ich habe ausdrücklich gesagt: Selbstverständlich soll man Zukäufe machen. Aber Zukäufe in vernünftigem Umfang, und nicht immer sagen, mit einem Gesetz. Sie widersprechen sich ja selbst. Kollege GR. Hofstetter hat deutlich gesagt: Die Preise sind gefallen. Er hat es selbst gesagt — ohne Gesetz. Minister Moser sagt, es gäbe genügend gesetzliche Möglichkeiten. GR. Mayr hat sie doch aufgezählt, die Bauordnung und die anderen gesetzlichen Möglichkeiten. Wenden Sie doch einmal die an! Moser hat ausdrücklich gesagt, erst versuchen, die bestehenden Gesetze anzuwenden. Da gibt es etliche. Ich habe Sie nicht länger aufhalten wollen, ich gebe Ihnen aber nachher gerne die Unterlagen von Ihren Kollegen, die gesagt haben: Erst soll man das anzuwenden versuchen, und wenn man sieht, es geht nicht, dann neue Gesetze. Aber ein neues Gesetz verlangen, bevor noch die alten angewendet sind, ist doch eine irreal Forderung. Die stellt man doch nicht, wenn man wirklich nachdenkt.

Die vierte Sache ist eine auch sehr deutliche. Ich habe nie erklärt, keine Stadterweiterung, ich habe nie erklärt, nur herinnen. Nur habe ich den Primat der Stadterneuerung deutlich in den Vordergrund gestellt, weil es billiger ist, einfacher ist und vor allem auch das Problem der älteren Menschen in dieser Stadt besser lösen würde, weil die älteren Menschen nicht sehr glücklich sind, wenn sie hinaus müssen. Das wurde ja hier von Ihren Rednern gesagt. Daher ist die Stadterweiterung auch eine Frage: Nehmen Sie Rücksicht auf diese 55 Prozent Menschen in Wien, die älter als 50 Jahre sind, nehmen Sie Rücksicht darauf! Das sind unsere Forderungen.

Daher, damit es keine Greuelgerüchte gibt, diese Klarstellungen.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Als nächster Redner gelangt Herr GR. Ing. Hofstetter zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Ing. **Hofstetter**: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, ich habe hier im Gemeinderat nie gegen Eigentumswohnungen polemisiert. Ich habe mich immer für das Siedlungsprogramm eingesetzt, wenn Sie sich an die Diskussionsbeiträge erinnern, die es schon gegeben hat, und ich bin auch weiterhin auf diesem Standpunkt.

Meine Meinung ist, daß es unwesentlich ist, welche Eigentumsverhältnisse die Wohnungen haben, ob es Eigentumswohnungen, Genossenschaftswohnungen, Wohnungen einer gemeinnützigen Wohnungsunternehmung oder der Gemeinde Wien sind, sondern ich habe hier in meinem Debattenbeitrag den Standpunkt vertreten: Ich bin der Meinung, die geförderte Wohnung soll der bekommen, der sie braucht, und nicht der, der das Geld hat. Das ist ein Standpunkt, den, glaube ich, auch meine Fraktion teilt. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Als nächster Redner gelangt Herr amtsführender Stadtrat Pfoch zum Wort. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat **Pfoch**: Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Es ist sicherlich kein Zufall, daß sich die Fragen des Wohnungsbaues, des Mietrechtes, des Mietzinses usw. seit Jahrzehnten, um nicht zu sagen seit Jahrhunderten, je nach der sozialen humanen Grundhaltung einer Gesellschaft, immer wieder in den Vordergrund drängen und Antworten von den Politikern verlangen. So ist es auch heute wieder zu den Fragen Wohnungsbau, Grund und Boden, Mietrecht und Mietzins zur Diskussion gekommen, und das ist gut so.

Ich glaube nur, daß wir in Wien, wie auch aus dem Bericht von Herrn Stadtrat Mayr sehr deutlich hervorgegangen ist, für 1979 jenes dichte Netz an Förderungsmaßnahmen geflochten haben, das sowohl garantiert, daß wir in der Stadt eine optimale Beschäftigungssituation bieten, als auch für die Förderung einer entsprechenden Zahl von Neubauwohnungen und für die Verbesserung von erhaltungswürdiger Bausubstanz vorsorgt.

Die Wohnung steht im Spannungsverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, ist also Ware in gewissem Sinn. Wir bestreiten das. Wir erklären in unserer Diktion, die Wohnung ist ein soziales Gut. Herr GR. Hofstetter hat sehr deutlich herausgearbeitet, worauf es uns ankommt, nämlich den sozial Bedürftigen, den kinderreichen Familien jene Hilfe der Gemeinschaft zu bieten, damit sie ein ordentliches Obdach für sich in Anspruch nehmen können, wozu sie nie imstande wären, wenn nicht die Stadtverwaltung und auch der Bund eine Reihe von Förderungsmaßnahmen setzen würden, die sowohl von der Objektförderung als auch von der Subjektförderung getragen werden.

Meine Damen und Herren! Es ist eine Erfahrung, die wir alle machen müssen, daß private Hauseigentümer von diesen Förderungsmaßnahmen — Herr GR. Dr. Ebert hat von der großen Wohnungsverbesserung gesprochen — nicht in dem Ausmaß Gebrauch machen, als Mittel vorhanden wären, und die Frage drängt sich auf, wie das möglich ist. Da liegt sozusagen das Geld auf der Straße, aber die Hausbesitzer nehmen es nicht in Anspruch.

Die gleiche Fragestellung hat sich bei der kleinen Wohnungsverbesserung ergeben. Bis 1974 ist nämlich das Antragsrecht für die Wohnungsverbesserung nur den Hausinhabungen zugestanden, mit dem Erfolg, daß niemand das Geld genommen hat. Zu dem Zeitpunkt, wo dann durch unsere Novelle der Mieter antragsberechtigt für Wohnungsverbesserungskredite wurde, zu diesem Zeitpunkt ist dann eine Lawine losgetreten worden, mit dem Erfolg, daß mehr als 50.000 Altwohnungen eine gute Verbesserung erfahren haben.

Ich stimme mit Herrn Dr. Ebert nicht darin überein, daß es in der Propaganda nicht gestattet ist, zu sagen: Wir haben 50.000 Wohnungen neu gebaut und gefördert, und wir haben 40.000 Wohnungen in einen modernen Zustand gebracht und dem Bewohner einen Standard geboten, der ihn zufrieden sein läßt, und damit sind es 90.000 Familien in Wien, die ihr Wohlbefinden auf Grund einer kommunalen Leistung gesichert haben.

Die Wiener Stadtverwaltung hat auf diese Weise mit der Wohnbauförderung tausendfach Hilfe geboten, Herr GR. Hofstetter hat die Zahlen genannt, und wir können mit Fug und Recht feststellen, daß in der Stadt niemand obdachlos ist, daß wir auch bei Fällen, die ad hoc auftreten, bis dato immer noch in der Lage gewesen sind, unmittelbare Hilfe zu geben. Auch dann, wenn etwa in einer Zeitung eine fünfköpfige Familie zitiert wurde, die in Not geraten ist und der Hilfe bedarf. Ich kann dem Gemeinderat insofern Information geben, daß wir schon vorigen Mittwoch, also vor einer Woche — in der Zeitung ist es erst am Samstag gestanden —, die genannte Familie untergebracht haben, diese Notsituation also gar nicht erst entstanden ist, von der die Zeitung berichtet hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr GR. Dipl.-Ing. Pawkowicz hat mit Recht Wohnen, Umwelt, Grünflächen, Erholungsraum und dergleichen als eine Einheit bezeichnet. Nun prüfen Sie doch bitte, ob nicht überall dort, wo die Stadtverwaltung als Bauherr auftritt, diese Einheit von Anfang an gegeben ist. Das zieht sich von den Wohnbauten der Ersten Republik bis zu den Wohnbauten der Zweiten Republik, mit den Problemen und Schwierigkeiten, die wir in den sechziger Jahren mit den sogenannten Satellitenstädten gehabt haben. Sie wissen, daß diese Satellitenstädte seit sieben Jahren nicht mehr gebaut werden, daß man den nahen Stadtrand heranzieht, um tausend Wohnungen auf einer Stelle zu bauen, um wieder in der Lage zu sein, vielen bedürftigen Familien unmittelbare Hilfe zu gewähren.

Die Subjektförderung hat in der Debatte auch

eine große Rolle gespielt. Ich kann Ihnen hier berichten — wir haben das bei der dringlichen Anfrage gleichfalls behandelt —, daß wir im Durchschnitt rund 900 Schilling pro Monat an Subjekthilfe gewähren und daß bei den Gemeindewohnungen 90 Prozent der Mieter Subjektförderung in differenter Höhe bekommen.

Dem Herrn Dr. Pawkowicz wäre zur Frage des Tauschrechtes — Herr GR. Lustig hat das zum Teil beantwortet — im Zusammenhang mit der Tauschpflicht einmal vor Augen zu führen: Was bedeutet denn Tauschpflicht? Ist es ein Tauschzwang, dann wird es vielleicht problematisch.

Der Tausch an und für sich, wie wir den Terminus technicus verstehen, heißt, daß zwei oder mehrere Personen Gegenstände, Wohnungen oder Güter haben, die sie zu tauschen bereit sind. Wenn dann ein Tauschzwang entsteht, kann es wohl nicht so formuliert werden, daß wir da von Tauschpflicht reden, sosehr sich da und dort ein solcher Zwang auch als durchaus günstig erweisen könnte,

Herr GR. Hahn hat die Differenzen aufgezeigt, die zwischen den Grundzinsen bei mit der Wohnbauförderung 1968 erbauten Häusern und bei früher erbauten bestehen, wobei wir die ärgsten Auswüchse der Wohnbauförderung 1968 — so günstig war sie nämlich zu diesem Zeitpunkt gar nicht — durch den Wiener Wohnbauförderungszuschußfonds abfangen haben und auch heute noch mit Annuitätendienst abfangen müssen, um nicht eine noch größere Belastung auszulösen, als sie derzeit besteht und von Ihnen mit Recht kritisiert wird.

Die Mietzinsreserven bei den § 2-Verhandlungen und die Aufteilung bei § 7-Anträgen werden wohl nirgends korrekter geführt als bei der Sanierung städtischer Althäuser. Hier wird in jedem einzelnen Fall Rechnung gelegt, und Sie wissen ja, daß wir den Beschluß praktizieren, daß wir bei der Revitalisierung von städtischen Althäusern die Mietzinsbelastung mit 8 Schilling pro Quadratmeter Wohnnutzfläche abbauen, auch dann, wenn eine höhere Mietzinsbelastung, das 14- oder 15fache, die Folge wäre. (GR. Hahn: Aber, Herr Stadtrat, wo sehe ich im Budget die Mietzinsreserven?) Die Mietzinsreserven, Herr GR. Hahn, entfallen zu einem Teil in der Bindung auf jene Bauten, die seit 1968 oder auch seit 1964 bzw. 1958 errichtet wurden. Bei diesen Förderungsaktionen waren immer schon Mietzinsbindungen an das Objekt gegeben, um bei der Instandhaltung eben die Reserven einsetzen zu können. Es ist daher nicht billig, und wir möchten das auch nicht praktizieren, daß wir in Gemeindebauten, wo 1 Schilling Grundzins besteht, die Reserven von anderen einsetzen, damit jene, die seit der Ersten Republik diesen begünstigten Zins haben, diese Häuser noch instandgesetzt erhalten. Genau aus dem Grund überwälzen wir jetzt bei der Instandhaltung die Kosten, und, wie gesagt, wir brechen bei 8 Schilling pro Quadratmeter Wohnnutzfläche die Belastung ab.

Sie haben aber auch die Frage gestellt: Ist das gerecht, wenn in einem Privathaus die Belastung bis zum 30fachen ausmacht? Es ist sicher nicht ge-

recht und gesetzlich auch so geregelt, daß in keinem Fall eine Belastung über 22,50 Schilling pro Quadratmeter Wohnnutzfläche eintreten darf. In diesem Fall wird von der Magistratsabteilung 25 je nach der Priorität dieser Kostenbetrag, der das 22,5fache übersteigt, ganz einfach nicht anerkannt. Es kommen aber Wohnparteien und sagen: Egal, was das kostet, wir zahlen auch das 30fache. Ein solcher Fall besteht bei dem Objekt 10. Bezirk, Quellenstraße 4. Das sind zwei von der Stadt Wien erworbene Althäuser. Sie sind in einem Zustand, daß die Abbruchreife gegeben ist, aber es wohnen einige Mieter darin, die ihre Wohnung ausgezeichnet instandhalten und Erneuerungsarbeiten von über 200.000 Schilling vorgenommen haben. Diese Mieter kommen nun zu uns und sagen: Auch wenn die Miete das 30fache kostet, wir wollen, daß dieses Althaus instandgesetzt wird. Die überwiegende Mehrheit der Mieter sagt: Nein, wenn das 22fache — das ist die Miete bei Neuwertigkeit — überschritten wird, dann ist Abbruchreife gegeben. In diesem Sinn haben wir uns, der Mehrheit folgend, auch hinsichtlich dieser Objekte, die unwirtschaftlich und nicht erhaltungswürdig sind, für den Abbruch eingesetzt.

Wenn Sie das Bauvorhaben von Herrn Dipl.-Ing. Kallinger am Judenplatz anführen und die Gemeinde zur Ordnung rufen, möchte ich Ihnen sagen, daß wir im vergangenen Jahr mittels § 8 eine Fensterinstandsetzung vorgenommen haben, die mit 1,2 Millionen Schilling aus dem Altstadt-erhaltungsfonds bezahlt wurde. So oft die Gemeinde mit Ersatzvornahmen einschreiten wollte, hat die entsprechende Baufirma eigene Maßnahmen gesetzt, so daß wir gesetzlich ganz einfach nicht durchdringen konnten.

Ich habe mir aber auch dieses Althaus angeschaut. Ich weiß von revitalisierten Objekten der Stadtverwaltung, daß die im Hinterhof gelegenen Wohnungen dann, wenn sie das Vielfache kosten, kaum einen Mieter finden.

Im Hinterhof des Judenplatzes sind Wohnungen, die selbst revitalisiert nicht an den Mann zu bringen sind. Aber das ändert nichts daran, daß der Denkmalschutz dort in vollem Umfang gewährt werden muß. Da könnte es keine Debatte geben.

Es hat sich heute den ganzen Tag in der Debatte die Frage durchgezogen: Wie hoch ist der Prozentsatz der Neubauten im Stadterneuerungsgebiet und wie hoch ist er im Stadterweiterungsbereich? Es sind dann die Bauvorhaben angeführt worden. Wiener Flur wäre eher Stadterweiterung. Für die Neilreichgasse und für das Schöpfwerk trifft das nicht im gleichen Maße zu.

Aber wenn Sie alle Wohnbauten zusammenzählen, sowohl jene der Gemeinde als auch jene der Genossenschaften und Eigentums-gesellschaften, die wir 1978 gefördert haben, kommen Sie auf einen Prozentsatz von 73 Prozent Stadterneuerung und 27 Prozent im sogenannten Erweiterungsbereich. Das läßt sich mit den Adressen sehr einfach nachweisen, wenn Sie das wollen. Ich habe mir, weil soviel darüber gesprochen wurde, heute noch

die Arbeit gemacht und die Adressen der Neubauvorhaben gesammelt.

Mehrfach schon habe ich davon Kenntnis gegeben, daß mit der Stadterneuerung und mit Revitalisierungsvorhaben im 4., 7., 9. und 15. Bezirk mehr als tausend Wohnungen in Bau befindlich sind und wir sowohl den Ensembleschutz als auch den Denkmalschutz streng beachten.

Ich möchte Sie noch dahingehend in Kenntnis setzen: Ich habe an alle privaten Hauseigentümer am Spittelberg einen Brief geschrieben und ihnen nahegelegt, sie mögen es der Gemeinde gleichtun und auch ihr Objekt in einen guten Zustand versetzen — mit dem Erfolg, daß ein großer Teil der Hausinhabungen auf den Brief reagiert hat und nun von unserem Bereichsleiter Informationen bekommt, wie etwa der Altstadt-erhaltungsfonds in Anspruch genommen werden kann, wie man die Mittel der großen oder kleinen Wohnungsverbesserung bekommt. So besteht die Hoffnung, daß auf dem Spittelberg auch der private Althausbesitzer von unseren Förderungsmaßnahmen Kenntnis erhält und davon Gebrauch macht. Damit würde nicht die gesamte Last der Revitalisierung auf den Schultern der Stadtverwaltung liegen, wie das im Assanie-rungsgebiet in Ottakring leider fast zu 90 Prozent der Fall ist.

Zur Frage Grund und Boden, meine Damen und Herren, möchte ich doch die Illusionen entkräften, die Herr Dr. Ebert verbreitet hat, wie gut es uns da geht. Herr GR. Hofstetter hat das schon deutlich gemacht, daß wir ja nicht von der Hand in den Mund leben möchten und eben gewisse Reserven benötigen.

Der Grundankauf im Jahre 1978 mit 661.000 Quadratmetern hat leider nur 40.000 Quadratmeter sofort bebaubaren, für Wohnzwecke geeigneten Grund erbracht. Das ist wohl etwas wenig, und wir sind verhalten, auf unsere Reserven zurückzugreifen.

Das hat unter anderem folgende Ursache: Die kleinen Baustellen, auf denen sich Altobjekte befinden, müssen erst freigemacht werden, und es dauert oft drei bis vier Jahre, bis die Baureife erlangt ist. Da werden Sie mir wohl — Sie kennen das aus Ihren eigenen Erfahrungen, ich brauche nur das Bauvorhaben im 9. Bezirk zu erwähnen, da habe ich noch eine Intervention anzubringen — zustimmen, wenn ich sage, daß in diesen Fällen die Freimachung nicht nur Geld, sondern auch Zeit kostet.

Aber wir haben unbeschadet dessen auch für die Infrastruktur der Stadt, etwa für einen Wasserbehälter auf dem Bisamberg oder die notwendigen Flächen zur Ablagerung von Müll, angekauft und nicht zuletzt auch für Betriebsansiedlungen wesentliche Grundflächen zur Verfügung gestellt.

Herr GR. Hofstetter hat schon ausgerechnet, wieviel Grund und Boden man benötigt, um 2.500 Wohnungen zu bauen, nämlich rund 200.000 Quadratmeter. Die können wir derzeit noch von der Reserve nehmen, aber unser Bestreben geht natürlich dahin,

pro Jahr soviel anzukaufen, als wir für die Verbauung brauchen.

Wir haben gestern die Freude gehabt, das Kleingartengesetz zu beschließen. Ich habe in dem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß wir 1978 nicht einen einzigen Kleingarten geschleift haben und daß wir in allen anderen Fällen immer zum Ausgleich gekommen sind.

Zu dem Fall, den Herr Dr. Mayr — aber nur hier — zum Vortrag gebracht hat, möchte ich sagen: So, wie er das dargestellt hat, kann ich es ganz einfach nicht glauben. Wenn es nämlich eine städtische Liegenschaft war, die freizumachen gewesen ist, dann hat der Betreffende die Ablösebeträge, die Herr Dr. Mayr genannt hat, bekommen. Von diesen Ablösebeträgen braucht er keinen Groschen Grunderwerbsteuer zu bezahlen. Er hat ja nichts erworben von uns, wir haben ja unseren Grund zurückgenommen. Es sei denn, er hat dann irgendwo anders Grund gekauft, dann fällt natürlich die Grunderwerbsteuer an. Ich bitte daher, mir den Fall vorzulegen. Ich lasse ihn sehr gewissenhaft prüfen. Ob der Mann drei oder vier Kinder hat, ist mir in dem Fall völlig gleichgültig, ob er ein Postbeamter ist oder ein Generaldirektor gleichfalls, weil hier eine gleiche Behandlung angestrebt wird und erwünscht ist. Aber wenn wir unseren eigenen Grund zurückfordern, weil dort eine Kanaltrasse notwendig ist, und wir 110.000 Schilling Ablöse zahlen, so muß er von diesem Geld keine Grunderwerbsteuer zahlen. Er hat ja keinen Grund erworben. Wir haben ihm ja den, den er genützt hat, wenn Sie wollen weggenommen.

Meine Damen und Herren! Der Grund und Boden hat in den vergangenen Monaten in der politischen Polemik eine große Rolle gespielt, und sowohl Herr GR. Hofstetter als auch ich haben mehrfach darauf hingewiesen, daß die Transaktionen, die hier zur Debatte gestanden sind, vom Gemeinderat nur insofern zu verantworten sind, als diesbezügliche Beschlüsse gefaßt worden sind. Das trifft für die Liegenschaften am Marco Polo-Platz zu. Die Gesiba und die Gemeinde haben mit einstimmigen Beschlüssen diese Liegenschaften erworben, und es war sicherlich kein schlechter Kauf.

Für die anderen Grundtransaktionen, die nicht vom Gemeinderat zu verantworten waren, gibt es hier auch keine besondere Rechtfertigung.

Aber Sie haben noch etwas anderes erwähnt, Herr GR. Hahn. Sie haben an Ihren Antrag vom 7. April 1977 erinnert, daß bei jeder Grundtransaktion aus dem Grundbuch heraus alle Vorfälle bis zu 15 Jahre zurück abgeschrieben werden müssen, um dem Gemeinderat vorgelegt zu werden.

Ich habe Ihnen damals geantwortet, daß wir durchaus eine strenge Kontrolle wünschen, aber den Arbeitsaufwand bei 500 Transaktionsakten darf man nicht außer acht lassen. Ob wir, weil wir vielleicht bei fünf Transaktionen vermuten, daß etwas nicht ganz korrekt ist, auch bei den 495 anderen diese immense Mehrarbeit auf uns nehmen sollten, das habe ich Ihnen zu bedenken gegeben.

Ich erkläre hier ausdrücklich, daß ich in jedem einzelnen Fall im Gemeinderatsausschuß Wohnen — da haben wir über 880 Anträge genehmigt, und nur neun davon waren beeinsprucht — einen Akt, wo eine solche Forderung erhoben wird, von der Tagesordnung absetzen lasse und für diesen Vorgang bis auf Jahrzehnte zurück alles beibringe, um ja beweiskräftig zu sein. Aber natürlich machen wir das nicht für jeden einzelnen der Bagatellfälle, die uns womöglich eine Menge Arbeit bereiten und überhaupt nichts bringen.

Wir könnten uns über den Wert einer solchen Liegenschaft durchaus verständigen, weil in keinem Fall die Absicht besteht, die Hintermänner von Grundtransaktionen zu decken. Im Gegenteil, wir haben alles Interesse und es durch viele Maßnahmen auch zustande gebracht, daß seit 1973 nicht einer der Spekulanten auch nur einen Quadratmeter Grund gekauft hat. Ich rechne es mir an, daß ich nach den Richtlinien des Rechnungshofentschauberichts von 1972 und 1973 jene Maßnahmen gesetzt habe, daß sich die Herren Marek, Machek, Babak und Konsorten am Bodenmarkt in Wien nicht mehr aktiv zeigten. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Umstand, Herr GR. Hahn, daß wir den Bodenpreis während dieser fünf Jahre auf Grund der Rechnungsabschlüsse bei durchschnittlich 450 Schilling feststellen können, ist doch auch ein Fingerzeig dafür, daß wir gegen dieses Spekulantentum ganz entscheidend vorgegangen sind. Und da gibt es noch gar kein Ende, da wird uns schon noch etwas einfallen.

Im Parlament liegt jetzt ein Antrag, da fühlen Sie sich gar nicht wohl, daß Sie da mitstimmen sollen. Aber es wäre eine weitere Möglichkeit, Spekulationen hintanzuhalten oder gar zu verhindern.

Ich möchte aber den Damen und Herren des Wiener Gemeinderates auch Kenntnis davon geben, daß ich die Magistratsabteilungen 40 und 69 schon vor Monaten aufgefordert habe, ein Instrumentarium zu entwickeln, mit dem es uns gelingen dürfte, Grund- und Bodentransaktionen mit spekulativem Charakter, wenn sie von gemeinnützigen Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaften oder auch von Eigentumsgesellschaften praktiziert werden sollten, unter Kontrolle zu bekommen. Ich rege an, einen Grundstückspool zu schaffen. Eine Kommission könnte festlegen, wer wo verhandelt, was angemessen ist und ähnliches mehr, damit wir zu einem gerechten Bodenpreis und dann natürlich auch zu der Möglichkeit kommen, entsprechend preisgünstig ich hoffe auch gute Wohnungen anbieten zu können.

Abschließend gilt mein Dank den tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in meiner Geschäftsgruppe tätig sind. Wir haben allein im Büro Wohnungsamt und im Büro hier im Wiener Rathaus im Jahr 1978 21.000 Geschäftsstücke bearbeitet und in tausenden Fällen die erbetene Hilfe, die von uns erwartet wurde, gewähren können, und zwar auf der Basis der Rechtmäßigkeit und nicht der politischen Protektion. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte nur noch auf die Frage antworten, die Herr GR. Dr. Ebert in den Raum gestellt hat, nämlich: Wie ist denn das bei diesen 7.000 Zuweisungen, muß da jeder ein Parteibuch haben und womöglich Ihres? Dazu möchte ich ihm sagen: Wenn Familien, jungen Ehepaaren, betagten Bürgern das Wasser bis zu den Augen reicht, dann können und wollen wir erst gar nicht fragen: Welcher Partei gehören Sie denn an? — Die Notleidenden wenden sich nämlich automatisch an uns, weil sie wissen, daß die Sozialisten überall dort, wo die Not am größten ist, auch die Hilfe am schnellsten leisten! (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie ein paar Sprengelergebnisse von Gemeindebauten anschauen, werden Sie sofort erkennen, daß das Parteimitgliedsbuch zweifellos nicht die ausschlaggebende Rolle bei der Vergabe der Wohnungen gespielt hat.

Meine Damen und Herren! Mit Worten des Dankes auch an Sie möchte ich Sie ersuchen, den Ansätzen der Geschäftsgruppe Wohnen für das Budget 1979 Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Zur Beratung des 8. Hauptstückes ist kein Redner mehr vorgemerkt.

Wir unterbrechen nun wieder die öffentliche Sitzung des Gemeinderates und setzen sie morgen um 9 Uhr früh mit der Beratung des 9. Hauptstückes, Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz, fort.

Es folgt jetzt noch eine kurze nichtöffentliche Sitzung. Die öffentliche Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung um 18.25 Uhr.)